

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ELKE FRÖHLICH

Joseph Goebbels und sein Tagebuch

AXEL SCHILDT

Konservativer Prophet und streitbarer Soziologe: Johann Plenge 1874–1963

BERND KLEMM / GÜNTER J. TRITTEL

Vor dem „Wirtschaftswunder“:
Durchbruch zum Wachstum oder Lähmungskrise?

HEINRICH KÜPPERS

Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit 1958–1961

LUDGER KÜHNHARDT

Ideologiebildung in der Dritten Welt

DOKUMENTATION

Das Reichskonkordat von 1933 im Alliierten Kontrollrat
(Clemens Vollnhals)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Klaus-Dietmar Henke, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Chefredakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Elke Fröhlich* Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941 . . . 489
- Axel Schildt* Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874–1963) 523
- Bernd Klemm/
Günter J. Trittel* Vor dem „Wirtschaftswunder“: Durchbruch zum Wachstum oder Lähmungskrise? Eine Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der Wirtschaftsentwicklung 1945–1948 571
- Heinrich Küppers* Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit 1958–1961 625
- Ludger Kühnhardt* Ideologiebildung in der Dritten Welt. Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch . . 661

DOKUMENTATION

- Clemens Vollnhals* Das Reichskonkordat von 1933 als Konfliktfall im Alliierten Kontrollrat 677

- NOTIZ 707

- BIBLIOGRAPHIE 73

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80.
Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1987: Einzelheft DM 18,-; Jahresabonnement DM 55,20, für Studenten DM 43,20 (jeweils zuzüglich Versandkosten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 41,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen. Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, 8853 Wemding

Dieses Heft enthält folgende Beilagen:

Verlag C. H. Beck · Perspektiven und Orientierungen

Rheinland-Verlag · Geschichte im Westen

Jahrgang 1987 (1987) Heft 4 · Sozialwissenschaftlicher Verlag · Sozialwissenschaften

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_4.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>



VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987

Heft 4

ELKE FRÖHLICH

JOSEPH GOEBBELS UND SEIN TAGEBUCH

Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941

In steiler und enger, schwer lesbarer Schrift füllte Joseph Goebbels zwischen dem 1. Oktober 1923 und dem 8. Juli 1941 mindestens 22 Kladden, jeweils mehrere hundert Seiten stark. Insgesamt waren das ursprünglich, wie sich recht gut abschätzen läßt, knapp 5000 Eintragungen auf etwa 6000–7000 engbeschriebenen Seiten. Rund ein Drittel davon, 3545 Eintragungen auf 4494 Seiten, sind erhalten geblieben bzw. bisher entdeckt worden. Sie wurden in langwieriger Entzifferungsarbeit transkribiert und im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte in diesen Tagen in einer vierbändigen Edition vorgelegt¹. Diese Veröffentlichung bildet den ersten Teil einer auf zehn Bände berechneten Gesamtedition, die schließlich auch die noch sehr viel umfangreicheren erhaltengebliebenen maschinenschriftlichen Goebbels-Tagebücher von Juli 1941 bis April 1945 umfassen soll. Ziel des editorischen Unternehmens ist es, alle erreichbaren Tagebuchfragmente, einschließlich der schon früher veröffentlichten, zusammenzufassen und einen in bezug auf Authentizität und Vollständigkeit gesicherten Text vorzulegen. Damit soll auch die Verwirrung überwunden werden, die durch die bisherigen, teils gekürzten, teils vollständigen, teils exakten, teils verballhornten Publikationen, entstanden ist².

¹ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, 4 Bde., München 1987.

² Ihren Höhepunkt erreichte die Unsicherheit, als 1982 der Hamish Hamilton Verlag (London) mit einem Raubdruck von Teilen der Tagebücher aus den Jahren 1939 bis 1941 herauskam (eine amerikanische Ausgabe erschien bei Putnam's). Das Buch fußt ersichtlich auf unfertigen Transkriptionen der handschriftlichen Tagebuchtexte, die schon im Auftrag des Hoffmann und Campe Verlages vor 1980 angefertigt worden waren. Weder die räuberischen Zulieferer noch der hehlerische Verlag gaben Rechenschaft darüber, daß sie für den Zeitraum ihrer Publikation nur knapp die Hälfte der tatsächlich vorhandenen Fragmente besaßen; nicht nur war fälschlich von der Überlieferung die Rede: Zahlreiche peinliche Entzifferungsfehler, Datumsirrtümer und zum Teil abenteuerliche „Glättungen“, die der Herausgeber zur Kaschierung offensichtlicher Ungereimtheiten vornahm, entwerten die Veröffentlichung; vgl. dazu im einzelnen: Elke Fröhlich, Goebbels auf dem grauen Markt, *Süddeutsche Zeitung* vom 4. 3. 1983, sowie dies., Rezension, in: *Bulletin of the German Historical Institute London*, Heft 14 (1983); weitere Rezensionen in: *International Affairs* 59 (1983) und *Der Spiegel* vom 7. 11. 1983.

Bedeutung und Charakter der Quelle³

Innerhalb der Kategorie subjektiver Zeugnisse aus dem Kreis der nationalsozialistischen Führung stellen die Goebbels-Tagebücher mit Abstand die bedeutendste Quelle dar. Der Vergleich mit den rund 10000 Seiten Diensttagebuch des ehemaligen Generalgouverneurs im besetzten Polen, Hans Frank⁴, die sich nur auf die Kriegsjahre beziehen, verdeutlicht die Singularität der Goebbels-Tagebücher ebenso wie ein Blick auf die schmalen Fragmente der Tagebücher von Alfred Rosenberg⁵ und Heinrich Himmler⁶ oder auf die wenigen Kalenderkladden, die von Hermann Göring⁷ überliefert sind. Aus der militärischen Führungsschicht liegt entfernt Vergleichbares allenfalls in den Diensttagebüchern von Franz Halder⁸ und Alfred Jodl⁹ vor. Berücksichtigt man zusätzlich die Memoirenliteratur, sind vielleicht noch die Bücher Albert Speers¹⁰ als eine Quelle ähnlichen Ranges zu nennen, obwohl gerade hier die nachträgliche, durch kluge, aber allzu beflissene Freunde und Lektoren betriebene Stilisierung die ursprüngliche Schicht ungeschönter Erinnerung so sehr überlagert hat, daß der authentische Zeugniskern dieser Memoiren kaum noch auszumachen ist.

Zwar wird der Wert der Goebbels-Tagebücher dadurch beeinträchtigt, daß Lücken häufig gerade im Hinblick auf besonders wichtige Ereignisse bestehen. Und einzuräumen ist: Auch als Tagebuchschreiber bleibt Goebbels auf eine spezifische Weise autosuggestiver Propagandist. Seine Tagebuchnotizen über Ereignisse und Begegnungen, Aktivitäten, Personen und Stimmungen sind fast immer geprägt von Emphase, hitziger Aggressivität und Utopie, fast nirgends Resultat und Ausdruck gelassenen, ruhigen Nachdenkens. Aber gerade deshalb: Hier blickt man einem Mann über die Schulter, der von Anfang an die Geschichte des Nationalsozialismus an führender Stelle mitbestimmte. Das Heranwachsen und die Verhärtung nationalsozialistischer Gesinnung wird ebenso evident wie die tägliche Hektik und die inneren Dispositionen, die Goebbels trieben. Gleichsam Itinerar zu einem Politikerleben,

³ Die folgenden Darlegungen sind eine besonders um den Abschnitt „Ziele, Methoden und Grundsätze der editorischen Arbeit“ gekürzte Fassung der Einleitung in Band 1 der Edition (vgl. Anm. 1).

⁴ Vgl. die umfangreiche Auswahledition von Werner Präg/Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945*, Stuttgart 1975.

⁵ Alfred Rosenberg, *Das politische Tagebuch 1934/35 und 1939/40*, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1956.

⁶ *Tagebücher von Heinrich Himmler 1914–1924*, Hoover Institution, Stanford University.

⁷ *Notiz- und Terminkalender von Hermann Göring 1933, 1941, 1943, 1944*, IfZ-Archiv, ED 180.

⁸ Franz Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, Stuttgart 1962–1964; Bd. 1, *Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940)*, Stuttgart 1962; Bd. 2, *Von der geplanten Landung in England (1. 7. 1940–21. 6. 1941)*, Stuttgart 1963; Bd. 3, *Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942)*, Stuttgart 1964.

⁹ *Tagebuch von Alfred Jodl*, IfZ-Archiv, ED 115 und IMT.

¹⁰ Albert Speer, *Erinnerungen*, Berlin 1969; ders., *Spandauer Tagebücher*, Frankfurt 1975.

klären die Tagebücher auch manche bisher strittigen Punkte von Goebbels' Biographie. Besonders aufschlußreich für den „frühen Goebbels“ sind die im Sommer 1924 geschriebenen und dem Tagebuch vorangestellten autobiographischen Erinnerungsblätter, die durch die Edition erstmals zugänglich gemacht werden.

Das Rätselraten um seinen Klumpfuß – angeboren oder nicht? – klärt Goebbels immerhin ein Stück weit, indem er von einem großen Spaziergang im Vorschulalter berichtet, nach dem anderntags sein „altes Fußleiden“ wieder aufgetreten sei; nach langer ärztlicher Behandlung blieb der Fuß für immer gelähmt. Die erstaunlich klare Selbstanalyse dazu lautet: „Jugend von da ab ziemlich freudlos. Eins der richtunggebenden Ereignisse meiner Kindheit. Ich wurde auf mich angewiesen. Konnte mich nicht mehr bei den Spielen der anderen beteiligen. Wurde einsam und eigenbrötlerisch. Vielleicht deshalb auch der ausgemachte Liebling zu Hause. Meine Kameraden liebten mich nicht. Kameraden haben mich nie geliebt, außer Richard Flisges.“ Goebbels berichtet weiter, im letzten Volksschuljahr sei vergeblich versucht worden, die Lähmung durch eine Operation zu beheben.

Eine 1987 erschienene Biographie Goebbels' aus der Feder eines seiner ehemaligen Pressereferenten, Wilfred von Oven, liefert zahlreiche Beispiele für grundlose Behauptungen, die durch die Erinnerungsblätter und erst recht durch die Tagebücher entkräftet werden. Wenn Oven beispielsweise die in der Sekundärliteratur anzutreffende Feststellung, Goebbels' Mutter sei „eine Holländerin von Geburt“ gewesen, als ein „Märchen“¹¹ bezeichnet, so heißt es dazu in Goebbels' Erinnerungsblättern lapidar: „Mutter in Holland geboren: Waubach, direkt an der Grenze.“

Die Erinnerungsblätter geben auch genaue Auskunft über Goebbels' Studienzeit (1917–1922) und über seine damalige, ihn noch später stark bewegende Liebesbeziehung erst zu Anka Stahlherm (1918–1921), dann zu Else Janke (ab 1922); es waren diese Erfahrungen, die ihn schon vor Beginn des eigentlichen Tagebuchs zur Feder greifen ließen. Während des Studiums in Bonn, Freiburg, München und Heidelberg entwickelte der wegen seiner körperlichen Behinderung von mancher Sport- und Freizeitbeschäftigung ebenso wie vom Kriegsdienst ausgeschlossene junge Mann ein neues überschwengliches Selbstwertgefühl, entdeckte sich als einer, der intellektuell, rhetorisch und emotional Freunde und Frauen zu fesseln und in seinen Bann zu ziehen vermochte. Vom Elternhaus entfernt, auf dessen materiellen Rückhalt er gleichwohl weiterhin noch lange angewiesen blieb, begann er sich vom Katholizismus zu lösen. Ohnehin zu narzißtischer Überkompensation neigend, sprachen ihn die antibürgerlichen Stimmungen und politischen Utopien der unruhigen Nachkriegsjahre besonders an. Gleichzeitig suchte sich der junge Doktor der Literaturwissenschaft in der Rolle des Schriftstellers zu erproben, in der er – höher greifend, als sein Talent es erlaubte – ungeduldig und vergeblich eine große Berufung erwartete. Als ein von Gott-, Berufs- und Vaterlandssuche Getriebener, hin- und herschwankend zwischen dem Gefühl der Existenzleere und der Vorbestimmt-

¹¹ Wilfred von Oven, *Wer war Goebbels? Biographie* aus der Nähe, München 1987, S. 53.

heit für eine große Zukunft, voll schneidender Verachtung für Konventionen und voller inbrünstiger Sehnsucht nach neuen Glaubensinhalten – so begegnet uns der junge Goebbels in seinen Erinnerungsblättern und auf den ersten Seiten seiner erhaltengebliebenen Tagebuch-Aufzeichnungen vom Sommer und Herbst 1924.

Die Erinnerungsblätter korrigieren auch manche Annahmen über Goebbels' geistige und literarische Entwicklung. Entgegen der bisherigen Vermutung, Goebbels habe den Jugendroman „Michael“ erst 1923 geschrieben, erfahren wir, daß das kleine Werk schon 1919 entstand. Die Erinnerungsblätter entkräften auch die noch von Helmut Heiber vertretene Ansicht, Goebbels sei stets höchst unkritisch gegenüber seinen eigenen literarischen Produkten gewesen. In den Erinnerungsblättern lesen wir durchaus Selbstkritisches, so über zwei seiner Novellen („Ein fahrender Schüler“ und „Die die Sonne lieben“), die er ohne Erfolg an die *Kölnische Zeitung* gesandt hatte; sie erscheinen ihm selbst „schwülstig sentimental. Kaum noch genießbar.“ Aber nicht alles Eingesandte kam zurück: Sechs Aufsätze druckte die *Westdeutsche Landeszeitung*, und Goebbels behauptet, sie hätten viel Aufsehen erregt.

Die Erinnerungsblätter widerlegen auch die häufig anzutreffende These von dem antisemitischen Schlüsselerlebnis, das Goebbels im Zusammenhang mit seiner Promotion in der Begegnung mit dem berühmten jüdischen Germanisten Friedrich Gundolf gehabt habe. Nachdem Goebbels im Wintersemester 1919/20 in München ein erstes, mit dem Theaterwissenschaftler Artur Kutscher erörtertes Promotions-thema fallengelassen hatte, war er im Sommersemester nach Heidelberg gegangen. Dort suchte er auch tatsächlich Gundolf wegen eines Promotionsthemas auf, wurde von diesem aber an den Kollegen Waldberg verwiesen, bei dem Goebbels dann die 1921 fertiggestellte Dissertation einreichte und die Prüfung ablegte. Offenbar gab es nur eine Begegnung Goebbels – Gundolf und keinen Grund für die häufig zu lesenden Spekulationen über das angebliche frustrierende Erlebnis, von dem auch Helmut Heiber ausging, wenn er schrieb, Goebbels habe von Gundolf sein Dissertationsthema erhalten, sei aber nicht in den engeren Kreis der Schüler aufgenommen worden und habe deshalb womöglich Haßgefühle gegen den Juden Gundolf zurückbehalten und auf die Juden insgesamt übertragen¹². Geradezu ridikul ist die Darstellung der Begegnung Goebbels' mit Gundolf bei Oven¹³, während der sonst schnell empfindlich reagierende Student selbst klar und ohne erkennbare Verbitterung schreibt: „Mein Besuch bei Gundolf. An Waldberg verwiesen. Mein Besuch bei Waldberg. Ein halbes Seminar. Waldberg krank. Vorläufig keine Doktorarbeit.“ – Beide, Gundolf wie Waldberg, waren Juden; Else Janke, Goebbels' Geliebte, war Halbjüdin im Sinne der späteren Nürnberger Gesetze. Darin wird deutlich, wie weit Goebbels damals noch von der Schärfe und Radikalität seiner späteren antisemitischen Einstellungen entfernt war.

Nicht allein im Hinblick auf seinen Autor, auch bezüglich anderer prominenter Figuren des Nationalsozialismus ist das Goebbels-Tagebuch ein Schlüsseldokument.

¹² Helmut Heiber, *Joseph Goebbels*, Berlin 1962, S. 31.

¹³ Oven, Goebbels, S. 89 ff.

Das gilt vor allem für Hitler, an den sich Goebbels seit 1926 trotz mancher wiederkehrender Enttäuschungen und Zweifel annäherte und dem er seit seiner Heirat mit der von Hitler verehrten Magda Quandt (1931) in Berlin auch eine Art Heim und familiäre Bindung bieten konnte. Ohne Übertreibung kann man sagen: Der Tagebuchschreiber Goebbels ist für die Jahre zwischen 1926 und 1945 der wichtigste Kronzeuge für Hitler, als dessen Sprachrohr und Werkzeug er sich ja auch meist begriff. In keiner anderen zeitgenössischen Quelle finden sich so zahlreiche aus der Nähe des Tageserlebnisses stammende Informationen über Hitler, seinen Umgangs- und Führungsstil, sein Schwanken zwischen unentschlossenem Zaudern und ungeduldigem Antreiben. Selbst noch die nicht seltenen Passagen des Tagebuches, in denen Goebbels von entspannter Unterhaltung in vertrauter Atmosphäre berichtet, liefern gelegentlich hochinteressante Informationen. Ein besonders bemerkenswerter Fall sei als Beispiel angeführt.

Am 9. April 1941 hält Goebbels eine Unterhaltung mit Hitler fest, bei der die beiden in spießerischem Wohlbehagen alte Erinnerungen auffrischen. Diesmal kommt die Rede auf das Bürgerbräu-Attentat auf Hitler am 9. November 1939, und beide drücken ihre Verwunderung darüber aus, daß die Hintermänner – die es, wie wir inzwischen wissen, gar nicht gegeben hat – noch immer nicht gefunden seien. Hitler vermutet, daß Otto Straßer die Hand im Spiel gehabt habe; jedenfalls glauben beide fest an eine Verschwörung. Wohl deshalb schwenkt die Unterhaltung auf den anderen großen Attentatsfall über, auf den Reichstagsbrand vom 28./29. Februar 1933. Auch hier, das geht aus Goebbels' Notizen klar hervor, glauben beide nicht an eine Alleintäterschaft des inzwischen hingerichteten Marinus van der Lubbe, der in dem Gespräch nicht einmal erwähnt wird. Hitler vermutet den Anstifter vielmehr in Torgler, dem im Reichstagsbrandprozeß freigesprochenen ehemaligen Führer der kommunistischen Reichstagsfraktion – was Goebbels einigermmaßen ungelegen gekommen sein mag, denn Torgler arbeitet inzwischen sehr zu seiner Zufriedenheit bei einem Goebbelsschen Geheimsender¹⁴. Die Notiz über diese Unterhaltung ist, gerade wegen der Abwegigkeit der darin geäußerten Mutmaßungen, ein klarer Hinweis auf die in der Nazi-Prominenz ebenso wie bei Stalin ausgeprägte Neigung zum Glauben an feindliche Verschwörungen und Hinterhalte trotz fehlender Evidenz; sie ist aber vor allem ein starkes Indiz dafür, daß es sich beim Reichstagsbrand

¹⁴ Der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion stellte sich einen Tag nach dem Reichstagsbrand freiwillig der Polizei, um dadurch die KPD von dem Odium der Brandstiftung zu befreien, was später zu einem Ausschluß aus der Partei führte. Einer der Hauptangeklagten im Reichstagsbrandprozeß, schrieb er in der sich daran anschließenden Schutzhaft mit seiner ehemaligen Mitarbeiterin Maria Reese ein Buch gegen den Kommunismus (Goebbels-Tagebuch vom 21. 8. 1935), für das sich Hitler sehr interessierte. Kurz darauf befand sich Torgler in Freiheit (Goebbels-Tagebuch vom 23. 12. 1935). Das Buch durfte allerdings nicht erscheinen (Goebbels-Tagebuch vom 2. 12. 1935). Später erhielt Torgler von Hitler 800 Mark Monatsgehalt für wissenschaftliche Arbeiten unter den Bedingung, daß er nicht an die Öffentlichkeit trete (Goebbels-Tagebuch vom 25. und 26. 1. 1937). 1940 arbeitete er an Goebbels' Geheimsender „Humanité“ mit, wo er Falschmeldungen zur Demoralisierung des französischen Volkes und zur Schwächung der Kampfkraft der französischen Soldaten erfand.

nicht um eine von der NS-Führung selbst inszenierte Camouflage gehandelt haben kann.

Mögen solche Enthüllungen, die geeignet sind, wichtige Zweifelsfragen der Geschichte des Nationalsozialismus zu klären, auch selten sein, so ist die Fülle der Fakteninformationen, die die Tagebücher enthalten, doch immens. Dies und die Kenntnis der intimen Atmosphäre des Entscheidungshandelns in der NS-Bewegung und im Dritten Reich, die die Tagebücher vermitteln, machen ihren besonderen Quellenwert aus.

Ganz ungewöhnlich ist die Beharrlichkeit, mit der Goebbels seit 1923 bis zu seinem Ende an der selbstauferlegten Pflicht des Tagebuchschreibens festgehalten hat. Ihr ist das Entstehen dieser exzeptionellen Quelle zu verdanken, und sie ist überhaupt nur zu erklären, wenn man davon ausgeht, daß Goebbels – wenn auch vielleicht mit sich verändernder Zielsetzung und Motivation – in außerordentlich hohem Maße an diesem Tagebuch hing. Die pedantische Pünktlichkeit und Unbeirrbarkeit, mit der er seine Notizen täglich entweder abends (so meist in den Jahren 1923–1926) oder morgens (so regelmäßig spätestens seit 1928) machte, wie auch die vielfältigen Vorkehrungen, die er vor dem Zusammenbruch des Regimes traf, um seine Tagebücher über den eigenen Tod hinaus der Nachwelt zu erhalten, bestätigen diese Wertschätzung ebenso wie eine Reihe von Goebbels-Aussagen, die im Tagebuch selbst oder von Zeugen festgehalten worden sind.

Anfangs war das Tagebuch für Goebbels eine Art Beichtstuhlersatz. In den Aufzeichnungen für Else Janke „Aus meinem Tagebuch“ (1923) finden sich dafür zwei bezeichnende Stellen. Die Notiz des damals 26jährigen beginnt mit folgenden Bemerkungen: „Ich fühle das Bedürfnis, Rechenschaft über mein Leben abzulegen. Das kann auf keine Weise besser und eindringlicher geschehen, als wenn ich jeden Abend Gerichtstag über mich selbst halte. In diesem Sinne sind meine Worte zu verstehen. Sie zeichnen den Weg, den ich gehe. Mein Ziel ist Gott. Und meine höchste Freude ist, die Wahrheit zu suchen.“¹⁵ Und an einer anderen Stelle derselben Aufzeichnung heißt es: „Ich schreibe nicht zu meinem Vergnügen, sondern weil mir mein Denken eine Qual und eine Lust ist. Früher, wenn es Samstag war und der Nachmittag weiter ging, dann hatte ich keine Ruhe mehr. Dann lastete die ganze Woche mit ihrer kindlichen Qual auf meiner Seele. Ich half mir immer am besten dadurch, daß ich mein Gebetbuch nahm und zur Kirche ging. Ich dachte über alles nach, was die Woche mir Gutes und Böses gebracht hatte und dann ging ich zu dem Priester und beichtete mir alles von der Seele herunter. Wenn ich jetzt schreibe, dann habe ich ein gleiches Gefühl. Es ist mir, als müßte ich beichten gehen. Ich will mir das Letzte von meiner Seele herunterbeichten.“¹⁶

Noch in den Eintragungen von 1924/25 bezeichnete Goebbels das Tagebuch als seinen „Beichtvater“, sein „liebes Buch“, das er gelegentlich sogar wie ein lebendiges Wesen ansprach: „Bis morgen, mein lieber Gewissensarzt! Zu Dir komm ich am

¹⁵ BA, NL 118 Joseph Goebbels, Bd. 126.

¹⁶ Ebenda.

liebsten“ (23.9.1924). Oder an einer anderen Stelle: „Gute Nacht, Du mein liebes Buch, mein sorgsamer Beichtvater. Dir sage ich Alles! Alles! Hier bin ich Mensch. Hier darf ich's sein! Gute Nacht“ (23.3.1925). Daß die Ehrlichkeit dieses Bekenntnisses zur Gewissensforschung durch Allerweltsphrasen („Hier bin ich Mensch ...“) und die Verkitschung halbreligiöser Gefühle sich selbst zum Teil wieder unglaublich macht, wird in der zuletzt zitierten Notiz allerdings auch erkennbar.

Als Goebbels im Juni 1924 die zweite Kladde seiner im Oktober 1923 begonnenen Tagebücher anfang, schrieb er eingangs: „Möge dieses Buch dazu beitragen, daß ich klarer werde im Geiste, einfacher im Denken, größer in der Liebe, vertrauender in der Hoffnung, glühender im Glauben und bescheidener im Reden“ (27.6.1924). Von diesen sympathisch anmutenden Zielen wurde freilich keines erreicht, abgesehen vielleicht von dem Glauben, den er sich in einer Art autogenem Training durch permanentes Schreiben selbst anerzog. Auch 13 Jahre später, noch als 40jähriger, bezeichnete er die Tagebücher als seine „Zufluchtsstätten“ (Motto für das Tagebuch von November 1937–Februar 1938).

Die relative subjektive Ehrlichkeit und kritische Selbstreflexion, mit der Goebbels anfangs an seine Tagebücher herangegangen war, hatte sich inzwischen aber schon fast ganz aufgebraucht. Mit dem festen und zunehmend erfolgreichen Engagement für die nationalsozialistische Bewegung hörte das Gottsuchertum auf. Doch in abgewandelter Form blieb etwas von der ursprünglichen Beichtstuhlfunktion erhalten: Goebbels brauchte das Tagebuch weiter, um sich selbst Absolution zu erteilen für den vergangenen Tag und um sich für den nächsten in Form zu bringen. Es ging nicht mehr oder kaum noch um das Gewissen, um so mehr um das Gelingen des äußeren Tuns, um die Selbstverpflichtung zu täglich neuer, fast nur noch politischer Aktivität. Vielleicht auch deshalb wurden die Tagebuchnotizen ab 1928 fast immer am Morgen geschrieben.

Andere Motive kamen hinzu: Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme lieferte das Tagebuch Goebbels zum erstenmal die Grundlage für eine Veröffentlichung. Als das Buch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ 1934 erschien, löste dies innerhalb der NS-Führung keineswegs nur Begeisterung aus. Vielmehr wurde das Werk, wie es Alfred Rosenberg berichtete, auf einer Gauleitertagung als Dokument typischer Goebbelsscher Selbstüberheblichkeit bissig kommentiert¹⁷. Gleichwohl wurde es ein Riesenerfolg, der sich auch pekuniär niederschlug. Mit den Einnahmen, die ihm das Buch bescherte, kaufte sich Goebbels 1934 auf Schwanenwerder ein; 1936 arrondierte er mit einer Vorauszahlung¹⁸ des Eher-Verlages für künftige (posthume) Tagebuchveröffentlichungen den Besitz.

Neben der alten Funktion des Sich-in-Form-Bringens, die bestehen blieb, gewann eine neue wachsende Bedeutung: Mit seinem Tagebuch fühlte und verstand sich

¹⁷ Rosenberg, Tagebuch, S. 48.

¹⁸ „Ich verkaufe Amann meine Tagebücher. 20 Jahre nach meinem Tode zu veröffentlichen. Gleich 250 000 Mk und jedes Jahr laufend 100 000 Mk. Das ist sehr großzügig. Magda und ich sind sehr glücklich“ (20.10.1936).

Goebbels als der Chronist an der Spitze der NS-Bewegung und des Dritten Reiches, und dieses ideelle und materielle Kapital wurde ihm immer wichtiger. Mit seinen Tagebüchern sei er „der einzige Mann in der Umgebung von Hitler“, der „ein Werk von historischer Bedeutung schaffen könnte“, erläuterte Goebbels nach Kriegsbeginn dem Chef des Eher-Verlages, Max Amann¹⁹. Auch gegenüber dem Leiter der Presseabteilung im Propagandaministerium, Hans Fritzsche, soll Goebbels bezüglich seiner Tagebücher zu dieser Zeit einmal bemerkt haben: „Das ist das Kapital, das ich meinen Kindern vererben kann.“²⁰ Am 30. März 1941, als er im Tagebuch berichtet, daß er 20 umfangreiche Bände zur Sicherheit in die unterirdischen Tresore der Reichsbank habe bringen lassen, schreibt er zur Begründung: „Sie sind doch zu wertvoll, als daß sie einem evtl. Bombenangriffe zum Opfer fallen dürften. Sie schildern mein ganzes Leben und unsere Zeit. Läßt das Schicksal mir dafür ein paar Jahre Zeit, dann will ich sie für spätere Generationen überarbeiten. Sie werden draußen wohl einiges Interesse finden.“

Goebbels fühlte sich zunehmend als der heimliche Chronist des Nationalsozialismus. Je beunruhigender die politische Gegenwart mit Beginn und im Verlauf des Krieges wurde, desto wichtiger nahm er trotz der neuen großen Herausforderungen, die an ihn gestellt wurden, seine Chronistenpflicht. Ihr galt die erste große Anstrengung zu Beginn des Tages vor der Ministerkonferenz, und daraus sprach wohl mehr als eine zufällige Einteilung des Tagespensums. Die künftige Historie rangierte vor der Politik. Mit seinen Tagebüchern suchte Goebbels pedantisch zu dokumentieren, was den meisten Nationalsozialisten nur im Kopf herumspukte: das alle Weltanschauung und Politik beherrschende Trachten nach historischer Größe.

Am Ende des Ferientagebuches hatte Goebbels am 17. Dezember 1935 geschrieben, diese Notizen seien „die Zeugnisse eines unermüdlichen und harten Lebens“, und er hatte hinzugefügt: „In diesem Geiste: weitergeben.“ Von der anfänglichen Gewissensbeichte und Selbstreinigung war noch immer etwas geblieben. Es äußerte sich jetzt eher zunehmend in der Selbstkasteiung zu einem aufopferungsvollen politischen Leben, zu einem persönlich-politischen Heroismus der Unterwerfung – vor allem unter Hitler.

Aus alledem wird deutlich: Das Tagebuchschreiben war für Goebbels weit mehr als eine private Freizeitbeschäftigung, der man nachgehen, die man aber auch bleiben lassen kann. Über die damit verbundene Eitelkeit und auch über das damit verknüpfte materielle Interesse hinaus war es für Goebbels eine Beschäftigung von existentieller Bedeutung. Darin gründete letzten Endes die Beharrlichkeit des Schrei-

¹⁹ So nach dem Bericht „Die zweierlei Tagebücher von Paul Joseph Goebbels“ des amerikanischen Anwalts Dr. Kurt Frank Korf an die Verfasserin vom 11. 7. 1987. Frank Korf, der Amann, diesem Bericht zufolge, am 4. 5. 1948 im Untersuchungsgefängnis Neudeck in München verhörte, berichtet weiter dazu: „Es kam zu keinem festen Vertrag. Amann fühlte sich durch einen Autorenvertrag mit Goebbels gesichert, und für Goebbels lag die Sache noch in weiter Ferne. Trotzdem ließ Goebbels nicht locker und er wollte dann wissen, was Amann als einmalige Ablösung zahlen würde. Amann meinte ‚unverbindlich drei Millionen Mark‘.“

²⁰ Ebenda.

bers, der sich mit den Tagebüchern eine über das Ende des Nationalsozialismus und den eigenen Tod hinausreichende Wirkung zu verschaffen suchte. Damit hängt es aber wohl auch zusammen, daß in den Tagebüchern bis zuletzt ein Grundbestand ernster und gewissenhafter Berichterstattung gewahrt bleibt – trotz eitler Selbstbespiegelung und autosuggestiver Lügenhaftigkeit, die sie massenhaft enthalten. Der existentielle Grund des Tagebuchschreibens, der rote Faden, der noch die letzten Eintragungen mit der Beichtstuhlgesinnung des Anfangs verbindet, sichert diesem Dokument einen historischen Zeugniswert, der von der hochgradigen Egozentrik seines Verfassers nicht aufgezehrt werden konnte.

Zur Überlieferungsgeschichte

Schon die Rekonstruktion der Entstehung der Goebbels-Tagebücher in den unterschiedlichen Lebenssituationen des Verfassers und unter den sich verändernden politischen Rahmenbedingungen zwischen 1923 und 1945 ist nicht ganz einfach. Noch schwieriger und abschließend derzeit gar nicht zu leisten ist die genaue Darlegung der Überlieferungsgeschichte. Ist darunter doch eine Aufklärung nicht nur über die Abfolge der Verwahrungsorte und die Zahl und Art der entstandenen Fassungen zu verstehen, sondern auch eine verlässliche Rekonstruktion der vor Kriegsende von Goebbels selbst noch veranlaßten Herstellung von Kopien, der begonnenen oder befohlenen Vernichtung von Doppelüberlieferungen und der Verbringung und Verbergung von Originalen und Kopien. Zu der im Falle dieser Tagebücher wahrhaft abenteuerlichen Überlieferungsgeschichte gehört schließlich die Geschichte der Wiederauffindung der bei Kriegsende schon verstreuten Teile, ihrer privaten Ausplünderung und der offiziellen Beschlagnahme durch die verschiedenen Besatzungsmächte, des durch Fahrlässigkeit und Vernachlässigung eingetretenen Verderbens von Teilen der Quelle und schließlich der Teilrückgabe an deutsche Archive und des Teiltransfers von Ost nach West, der 1972 stattfand.

Auf weite Strecken verliert sich diese Geschichte im Dunkel von Vermutungen oder eklatanten Widersprüchen von Zeugenaussagen. Immerhin lassen sich einige unwiderlegbare Feststellungen treffen. Bis gegen Ende 1944/Anfang 1945 existierten von Goebbels' Tagebüchern drei Fassungen bzw. Formen: die 22 Kladden des handschriftlichen Tagebuchs, die bis dahin (seit März 1941) in den Tresoren der Reichsbank lagen, und die Erst- und Zweitschrift des maschinenschriftlichen Tagebuches. Der Text des letzteren setzte sich zusammen aus dem militärischen Lagebericht, den ein Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht in freier Rede täglich vortrug und anhand von Kartenmaterial erläuterte, und dem etwa einstündigen Diktat von Goebbels, das regelmäßig am Vormittag von der um 11 Uhr beginnenden Ministerkonferenz stattfand²¹. Beide Vorträge wurden von dem Steno-

²¹ Befragung Richard Otte vom 4. 5. 1981; Schreiben Richard Otte an Peter Stadelmayer vom 6. 6. und 12. 7. 1977; Otte, gelernter Pressestenograph und Dienststellenleiter beim Deutschen Nachrichten-

graphen Richard Otte in Maschinenschrift übertragen. Er benutzte dazu eine Continental-Schreibmaschine mit übergroßen Drucktypen, die Goebbels auch anderweitig in seinen Büros und in Schwanenwerder zur Verfügung standen. Angesichts der zum Teil äußerst umfangreichen Eintragungen bildeten Anfertigung und Korrektur der Reinschrift und Ablage der beiden Fassungen (Erst- und Zweitschrift) eine tagesfüllende Arbeit. Die Aussagen, die der noch heute (1987) lebende, als Zeuge im allgemeinen verlässliche Otte hierzu gemacht hat, finden sich in den nach 1945 wiederaufgefundenen Papieren durchwegs bestätigt: Für die Erst- und Zweitschrift wurden dasselbe starke Papier mit dem Wasserzeichen „Normal 1 Hoesch Koenigstein“ und anscheinend auch derselbe Farbstoff (für das Schreibmaschinenband und das Kohlepapier) verwendet. Eine Unterscheidung zwischen Erst- und Zweitexemplar ist deshalb für das Auge eines Laien kaum möglich. Die in Leitzordnern von jeweils etwa 500 Blatt²² abgehefteten Eintragungen des maschinenschriftlichen Tagebuches waren in einem gesonderten Raum des Propagandaministeriums untergebracht. Geht man von der Minimalschätzung aus, wonach seit Juli 1941 pro Tag durchschnittlich rund 40 Seiten Text geschrieben worden sind, so müssen daraus bis April 1945 die monströse Menge von 50 000 Blatt in 100 Leitzordnern allein der Erstschrift und eine ebenso umfangreiche Zweitschrift entstanden sein.

Gegen Ende 1944, spätestens im November, leitete Goebbels angesichts der näherrückenden Front verschiedene Maßnahmen ein, die der Sicherung seiner Tagebücher dienen sollten. Das trug dazu bei, daß sich die Fassungen des Tagebuches vermehrten, wodurch auch die Überlieferungsgeschichte weiter kompliziert wurde.

Zunächst erhielt Otte den Auftrag, die handschriftlichen Kladden zu transkribieren. Er begann nach eigenen Aussagen mit den Eintragungen, die dem maschinenschriftlichen Tagebuch unmittelbar vorausgegangen waren, und transkribierte rückwärts etwa 600–800 Seiten. Den Beweis für Ottos Behauptung liefern die letzten auf Mikrofilm überlieferten Kladden der handschriftlichen Tagebücher (von Oktober 1940–Juli 1941), auf denen sich gelegentlich bei schwer zu entziffernden Worten Markierungen finden. Die weitere Transkription mußte wohl aufgegeben werden, weil Goebbels im November 1944 die Anweisung gab, vordringlich die große Masse der bis dahin vorliegenden Tagebücher zu kopieren.

Der Minister wandte sich dafür an den Pionier der damals gerade erfundenen Mikrofilmierung, Dr. Joseph Goebel, und bestellte eine sogenannte Goebel-Planfilm-Kamera²³. Goebel erinnerte sich, daß Goebbels ihm erklärt habe, alles könne er verlieren, aber seine privaten Aufzeichnungen müßten erhalten bleiben²⁴, und daß er die Kamera eigenhändig in der Künstlergarderobe des Privattheaters in Goebbels'

büro in Berlin, wurde ab 1938 zeitweilig vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zur Protokollierung von Reden und Konferenzen angefordert und mit Wirkung vom 1. 11. 1941 zum Regierungsrat und „persönlichen Sekretär zur Verfügung des Ministers“ ernannt.

²² So die Evidenz aufgrund des Goldschwamm-Faszikels (vgl. Anm. 29).

²³ Irene H. Gring, Dr. Joseph Goebel: Portrait of a Pioneer in Microfiche, in: *Journal of Information & Image Management*, August 1984.

²⁴ Schreiben Dr. Joseph Goebel an Dr. Klaus Oldenhave vom 20. 9. 1984.

Wohnung in der Hermann-Göring-Straße aufgestellt habe²⁵. Für die Mikrofichierung muß ein Satz des maschinenschriftlichen Tagebuches zeitweilig dorthin transferiert worden sein. Nach Goebels Erinnerungen waren die Leitzordner in einem gepanzerten Raum untergebracht, der sich unmittelbar neben der Garderobe befand. Goebel beteiligte sich selbst nicht an den Kopierarbeiten, sondern stellte dafür zwei Fotolaborantinnen aus seiner Firma zur Verfügung, Fräulein Gertrud Maschke und Frau Erika Stöcken. Otte bestätigte diese Aussagen und gibt an, Goebbels habe ihm die Leitung und Kontrolle der Kopierarbeiten übertragen, weswegen dann ein anderer Stenograph, Otto Jacobs²⁶, das tägliche Tagebuchdiktat entgegenzunehmen hatte. Laut Otte²⁷ wurden sämtliche bis dahin vorliegenden Tagebücher mikrofiziert; entgegen seinen Angaben galt das jedoch auch für die Gesamtheit der handschriftlichen Kladden. Die Negativ-Glasplatten im Format 14,5 × 10,5 cm mit jeweils maximal 45 Aufnahmen pro Platte – es müssen als Ergebnis der Aktion annähernd 1000 solcher Glasplatten zusammengekommen sein –, wurden nach den Angaben von Otte kurz vor der sowjetischen Besetzung Berlins auf Geheiß von Goebbels in eine Offizierskiste mit Stahlbändern geschachtelt. Sie sollen dann von einem Offizier bei Potsdam, zwischen Caputh und Michendorf, unweit der Autobahn vergraben worden sein. Otte behauptet, bei dieser Vergrabung zugegen gewesen zu sein. Einen anderen Zeugen für diesen Vorgang gibt es nicht. Trotz angestrebter Versuche (z. B. David Irvings), den Schatz zu heben – die Angaben Ottes sind seit längerem unter Eingeweihten bekannt –, ist seit 1945 an der bezeichneten Stelle nie etwas gefunden worden, jedenfalls gibt es keinerlei Hinweis auf eine Entdeckung. Wohl aber befanden sich in dem Bestand, den Erwin Fischer am 1972 dem Hoffmann und Campe Verlag überbrachte, eine Reihe von Mikrofiches mit Aufnahmen von Teilen sowohl des handschriftlichen wie des maschinenschriftlichen Tagebuches. Es handelt sich dabei nachweislich um Mikrofichiekopien von originalen, 1944/45 hergestellten Glasplatten. Somit kann die Mikrofichierung als erwiesen gelten. Über den Verbleib der Masse der annähernd 1000 Glasplatten und die Herkunft der von Erwin Fischer gelieferten Stücke gibt es aber bislang keine befriedigende Erklärung. Die Angaben Ottes über die Vergrabung können, obwohl seine Erinnerung sonst sehr verlässlich ist, nicht als bewiesen gelten. Da der gewissenhafte Beamte Richard Otte auch andere Befehle, die er in letzter Stunde von seinem Minister erhielt, nicht oder nicht mehr in vollem Maße durchzuführen vermochte, ist nicht auszuschließen, daß er seine diesbezüglichen Angaben, gleichsam um seiner Legalität Genüge zu tun, über das wirkliche Maß hinaus verbessert hat.

Nach Ottes Version wurden ferner, kurz bevor Goebbels mit seiner Familie am 22. April 1945 in den Bunker der Reichskanzlei zog, die Originalkladden des hand-

²⁵ Schreiben Goebel an Peter Stadelmayer vom 22. 5. 1978.

²⁶ Otto Jacobs, als Stenograph beim Deutschen Nachrichtenbüro tätig, wurde 1941 zum Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda abgestellt.

²⁷ Folgendes nach Befragung von Richard Otte am 4. 5. 1981.

schriftlichen Tagebuches und die Erstschriften des maschinenschriftlichen Teils in Aluminiumkisten verpackt und in die Reichskanzlei transportiert. Das Erstexemplar der maschinenschriftlichen Tagebücher war vorher aus Platzgründen aus den Leitzordnern genommen und von Otte und dem anwesenden Beamten für Geheimschutz des Propagandaministeriums mit Bindfaden, den sie durch die Heftlöcher zogen, lose gebunden worden²⁸. An diesem 22. April, so Otte, habe er schließlich von Goebbels den Auftrag erhalten, die noch im Propagandaministerium verwahrten (mindestens 100) Leitzordner mit der Zweitschrift des maschinenschriftlichen Tagebuches mittels Reißwolf zu vernichten. Diesen Auftrag habe er aber in der Kürze der verbliebenen Zeit nur beginnen, nicht zu Ende führen können. Noch am selben Tage habe Goebbels ihn zu sich zitiert und ihn förmlich entlassen. Er, Otte, habe Goebbels dabei versprechen müssen zu versuchen, sich in Berlin verborgen zu halten. Offensichtlich war Goebbels sehr daran gelegen, daß sein „Tagebuch-Nachlassverwalter“ am Leben und in der Nähe der Tagebücher blieb. Nach dieser förmlichen Dienstentlassung habe er, so erinnert sich Otte, angesichts der chaotischen Verhältnisse im Propagandaministerium keine Zeit mehr verlieren wollen. Statt das Tagebuch im Reißwolf zu vernichten, habe er deshalb die Blätter aus den Leitzordnern genommen und begonnen, sie in Packen in den Koksofen des Ministeriums zu werfen. Dabei sei er von einem Heizungswart ertappt und auf die Verstopfungsgefahr im Ofen hingewiesen worden. Er habe sich schließlich auch nicht mehr die Zeit genommen, abzuwarten, ob das kostbare, schwer brennbare Papier wirklich von den Flammen erfaßt und verzehrt worden sei; vielmehr sei er auf das Angebot eines Wehrmachtsoffiziers eingegangen, der ihn auf dem schnellsten Wege aus Berlin herauszubringen versprach. Folgt man dieser Schilderung Ottes, so ist gut denkbar, daß überhaupt nur ein kleiner Teil der Zweitschrift vernichtet oder verbrannt, der größere Teil unbeschädigt zurückgelassen wurde.

Von den genannten Überlieferungen tauchten nach Kriegsende wenigstens Teile wieder auf. Nach der Besetzung Berlins entgingen die Goebbels-Tagebücher zunächst der Aufmerksamkeit der sowjetischen Besatzer. Das herrenlose Material stand längere Zeit der zufälligen Ausplünderung offen: Im „Führerbunker“ hatten Personen, die dort in den ersten Wochen nach dem Waffenstillstand zu Aufräumarbeiten verpflichtet worden waren, ungehinderten Zugang zu den Aluminiumkisten mit den maschinenschriftlichen Tagebüchern. Eine von ihnen, Frau Elise Goldschwamm, nahm sich, wie sie später berichtete, aus einer der inzwischen geöffneten großen Offizierskisten²⁹ ein Bündel (mit 500 Blatt) und überließ dieses 1961 dem Institut für Zeitgeschichte. Dieses Goldschwamm-Fragment (umfassend die Erstschrift der maschinenschriftlichen Tagebucheintragen für die Tage von 23. 9.–30. 9. 1942 und 15. 2.–23. 2. 1943, <23. 6. 1943>) gehört zu den wichtigsten Beweisstücken, auf denen die Rekonstruktion der Überlieferungsgeschichte fußt.

²⁸ Befragung Otte am 21. 7. 1987.

²⁹ „Goldschwamm-Fragment“, Originaltagebuch von Joseph Goebbels aus den Jahren 1942/43, IfZ-Archiv, ED 83/1–2.

Else Goldschwamm berichtete dem Institut, daß zu den Aufräumungsarbeiten im „Führerbunker“ der Reichskanzlei damals eine bunt zusammengewürfelte Gruppe herangezogen worden sei, die sich danach „wieder in alle Winde zerstreut“ habe³⁰.

Ähnliches geschah offenbar mit den im Propagandaministerium noch liegenden Papiermassen aus den rund 100 Ordnern der Zweitschrift: Etwa 7000 Blatt davon fanden sich Ende 1946 in einem Berg von Altpapier im ehemaligen Reichsverkehrsministerium und wurden von einem deutschen Altpapierhändler einer amerikanischen Dienststelle übergeben. Das war die erste und umfangreichste Entdeckung von Goebbels-Tagebüchern, die schon bald nach Kriegsende bekannt wurde. Die damals aufgefundenen Papiere befinden sich heute in der amerikanischen Stanford University (Hoover Institution on War, Revolution and Peace) und bildeten die Grundlage der 1948 im Verlag Doubleday von Louis P. Lochner herausgebrachten Auszugsedition.

Sehr viel umfangreichere Teile der im Propagandaministerium verbliebenen Zweitschriften sind aber offenbar schon vorher den Russen in die Hände gefallen und wurden wahrscheinlich mit den auf dem Gelände des „Führerbunkers“ in der Reichskanzlei entdeckten Teilen der Erstschrift, die die Ausplünderung überstanden, zusammengebracht. Die Sicherung des Materials durch die sowjetischen Organe und Archivare scheint nicht sehr sorgfältig und gewissenhaft durchgeführt worden zu sein. Als verbürgt kann nur gelten, daß in einigem zeitlichen Abstand, wahrscheinlich vor 1946, von den Sowjets Mikrofilmaufnahmen von Teilen der aufgefundenen Tagebücher gemacht wurden. Kopien dieser Filmrollen brachte rund 25 Jahre später ein hochgestellter sowjetischer Gast anlässlich eines Besuches in der DDR als Geschenk mit³¹. Dieser Film (jetzt im Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR in Berlin-Ost) bildete die Vorlage der Filmkopien, die Erwin Fischer 1972 dem Hoffmann und Campe Verlag, autorisiert durch die zuständigen Stellen der DDR, überbrachte. Seine Überprüfung zeigt, daß er Eintragungen enthält, die auch in dem Goldschwamm-Fragment (aus der Erstschrift) überliefert sind und viele Eintragungen, die auch in dem Stanford-Material (aus der Zweitschrift) enthalten sind. Da die Vorlagen also teils aus der Erstschrift, teils aus der Zweitschrift stammen, kann der Film erst hergestellt worden sein, als sowjetische Behörden sowohl Teile des im Propagandaministeriums verbliebenen wie Teile des auf Veranlassung von Goebbels in den „Führerbunker“ verbrachten Materials beschlagnahmt hatten.

Wir wissen heute außerdem, daß trotz der vorangegangenen Ausplünderung im sowjetischen Sektor Berlins sehr viel mehr von den maschinenschriftlichen Tagebüchern übrig geblieben war, als in den 21 Filmrollen erfaßt wurde, die über Ost-Berlin 1972 zum Hoffmann und Campe Verlag und schließlich 1980 in das Bundesarchiv und (in Form einer Zweitkopie) in das Institut für Zeitgeschichte gelangten.

³⁰ Schreiben Else Goldschwamm an Dr. Anton Hoch vom 13.7.1961.

³¹ Auskunft Dr. Ludwig Nestler, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, am 23.10.1986.

Diese enthalten rund 16.000 Seiten aus den maschinenschriftlichen und circa 4000 Seiten aus den handschriftlichen Tagebüchern. Die sowjetischen Archivare, die in Berlin nicht mehr als eine Grobsichtung des Materials vornahm, erkannten offenbar, daß es in dem aus „Führerbunker“ und Propagandaministerium zusammengeholten, aus Erst- und Zweitschrift gemischten, aber kaum noch an diesem Merkmal unterscheidbaren Bestand naturgemäß viele Dubletten gab. Sie waren aber anscheinend außerstande, die immer noch große Papiermenge zu sortieren. So trafen sie für die Verfilmung eine mehr oder weniger chronologische Auswahl aus beiden Überlieferungen, die die Vorlage zur späteren Verfilmung bildeten, ließen aber – wahrscheinlich versehentlich – auch manche Abschnitte der Tagebücher unberücksichtigt und unverfilmt, darunter allein ca. 6000 Blatt aus dem Jahr 1944. Das Material, das in die sowjetische Verfilmung einbezogen wurde (es ist gekennzeichnet durch die auch im Film enthaltenen Einlageformulare mit kyrillischen Buchstaben), darunter auch die noch aufgefundenen Kladden bzw. Teile der handschriftlichen Tagebücher, scheint in den ersten Nachkriegsjahren in die Sowjetunion transferiert worden zu sein. Über den Verbleib ist bis heute nichts bekannt.

Ein untrügliches Indiz für die Auffindung großer Teile der handschriftlichen Tagebücher liefert der Bericht der sowjetischen Historikerin Jelena Rshewskaja, die 1945 mit einem Team nach Berlin geschickt worden war, um die Überreste der Leichen Hitlers und Goebbels' im „Führerbunker“ zu identifizieren und sicherzustellen. Sie stieß dabei auf eine Menge von Dokumenten und berichtet in ihrem 1967 erschienenen Buch darüber: „Einer unserer bedeutsamsten Funde waren die Goebbels-Tagebücher, ein Dutzend dicke Hefte, gedrängt mit steilen Buchstaben beschrieben, die eng aufeinandersitzen – schwer zu lesen. Die ersten Hefte bezogen sich auf das Jahr 1932, als die Faschisten noch nicht an der Macht waren, das letzte endete Mitte 1941. Es verdroß mich, daß ich mir nicht gleich diese schwer lesbaren Tagebücher vornehmen konnte . . . Uns aber fehlte jede Minute, denn vor uns stand unaufschiebbar die Aufgabe, herauszufinden, was mit Hitler geschehen war, um ihn zu suchen. Wir sichteten die Dokumente, ich schrieb eine kurze Inhaltsangabe, und dann wurden sie weggeschickt, an den Stab der Front.“³² In Goebbels' Zimmer im „Führerbunker“ seien außer den Tagebüchern noch zahlreiche persönliche Papiere seiner Frau, Drehbücher verschiedener Autoren, eine Mappe mit Schriftstücken, die auf einer Schreibmaschine mit sehr großen Buchstaben geschrieben gewesen seien, und anderes gefunden worden. Sie sei, so schrieb Rshewskaja, schier erstickt in der Unmenge von Dokumenten³³. Über maschinenschriftliche Tagebücher verlor sie jedoch kein Wort; ihr Bericht spiegelt ziemlich deutlich die Improvisation bei der Sichtung der Materialien. Da sich die Arbeit im Bunker als beschwerlich erwies, sei die Sortierung in einen Saal der Reichskanzlei verlegt worden. Dorthin schleppten sowjetische „Aufklärer“ die in Säcken gesammelten losen Schriftstücke und „schütteten sie aus den Säcken“ auf den „Prunkboden“ der Reichskanzlei.

³² Jelena Rshewskaja, *Hitlers Ende ohne Mythos*, (Ost-Berlin 1967), S. 28.

³³ Ebenda, S. 46.

Allein Rshewskajas Hinweis, das letzte der handschriftlichen Tagebücher ende Mitte 1941 – ein Faktum, das 1967 sonst niemand im Lager der ehemaligen deutschen Kriegsgegner kannte –, beweist die Authentizität ihrer Darstellung. Was sie über den weiteren Verbleib der aufgefundenen Kladden schreibt („und dann wurden sie weggeschickt an den Stab der Front“), ist buchstäblich das letzte, was wir darüber wissen. Da kaum anzunehmen ist, daß die Verwahrung in höheren Stäben der Roten Armee noch die Möglichkeit persönlicher Entwendung offenließ, bleibt nur die Schlußfolgerung, daß sich die handschriftlichen Kladden noch heute in einem Spezialdepot befinden, möglicherweise außerhalb der „ordentlichen“ Staats- und Militärarchive.

Aufgrund dieses an den Frontstab gerichteten Berichts Jelena Rshewskajas dürften hohe sowjetische Organe und Amtspersonen mit historischem Bewußtsein rasch auf die exzeptionelle Quelle aufmerksam geworden sein. Das würde auch erklären, weshalb bestimmte Abschnitte der Kladden, die politisch besonders wichtige Ereignisse betrafen, offenbar herausgenommen worden sind, ehe die von den Sowjets zusammengestellten Tagebücher insgesamt verfilmt wurden.

Vor der sowjetischen Beschlagnahme war aber wenigstens eine der 22 Kladden, das Elberfelder Tagebuch von 1925/26, in amerikanische Hände gelangt. Der amerikanische Anwalt Dr. Kurt Frank Korf, der 1948 zur Aufklärung der Herkunft der von Lochner bearbeiteten Goebbels-Tagebücher vom Pentagon nach Berlin entsandt worden war, berichtete darüber in einem Schreiben an die Herausgeberin: „Ich erfuhr zum erstenmal von dieser Art Tagebüchern von Daniel W. Montenegro, amerikanischer Vize-Konsul in Berlin, als ich mit ihm am 3. März 1948 in Berlin sprach. Er sagte mir, daß er im November 1945, als er noch im amerikanischen Heer diente, dicht am Führerbunker zwei Büchlein fand. Die Bücher waren feucht von der Erde und dem Wetter. Er öffnete sie und fand handgeschriebene Einträge, die fast unleserlich waren, er gab sie Hauptmann Schepsis für die Dokumentensammlung der Abteilung G-2, Berlin Command, der ich zufällig zur gleichen Zeit zugestellt war. Soweit ich 1948 feststellen konnte, wurde eines der beiden Büchlein, zusammen mit den maschinenschriftlichen Seiten, 1947 an die Hoover Institution weitergegeben. Was aus dem zweiten Buch geworden ist, weiß ich nicht.“³⁴

Über die Herkunft des von Lochner 1948 zum Teil veröffentlichten Materials aus den Jahren 1942/43 haben Lochner und der Verlag Doubleday seinerzeit eher irreführende Angaben gemacht³⁵. Sehr viel genauer ist der Bericht über die Untersuchung des Vorganges, der aus Anlaß der unautorisierten Doubleday-Veröffentlichung 1948 von einer deswegen vom Pentagon nach Berlin entsandten Kommission verfaßt wurde³⁶. Diese fand folgendes heraus: Der Berliner Altpapierhändler Robert

³⁴ Bericht Dr. Kurt Frank Korf „Die zweierlei Tagebücher von Paul Joseph Goebbels“ vom 11.7.1987.

³⁵ Louis P. Lochner (Hrsg.), Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942–43. Mit anderen Dokumenten, Zürich 1948, Vorwort des Verlegers und Einleitung des Herausgebers.

³⁶ National Archives, RG 165, CAD 073, Telegramme McGrath Berlin an Alprop Washington vom 21. und 25.2.1948.

Breyer hatte am 1. November 1946 für 176,28 Reichsmark 6420 Kilogramm Altpapier aus dem ehemaligen Reichsverkehrsministerium erworben, worunter er etwa 7000 Blatt wegen ihrer besonderen Papierqualität auffällige Goebbels-Tagebücher entdeckte. Nach Beratung mit Freunden und Fühlungnahme mit dem amerikanischen CIC-Offizier William Heimlich veräußerte Breyer diesem das Material gegen einige Stangen Zigaretten. Am 25. November 1946 unterschrieb Breyer in Heimlichs Büro eine Erklärung, wonach er die Papiere rechtmäßig als Altpapier erworben und wegen ihrer offensichtlichen Bedeutung der amerikanischen Dienststelle zur Verfügung gestellt habe³⁷. Die Befragungen Heimlichs ergaben, daß dieser sich damals zuerst an den Direktor des Berlin Document Centers, Hans Heim, gewandt hatte; in dessen Abwesenheit sei ihm von einem der dortigen Mitarbeiter nach kurzer Einsicht in die Papiere das Desinteresse des Document Centers erklärt worden. Heimlich informierte schließlich auch noch telefonisch die Dienststelle des politischen Beraters des amerikanischen Militärgouverneurs in Berlin (Polad) über den Besitz der Papiere. Wenige Wochen danach, im Februar 1947, kam die „Presidential Food Investigation Mission“ unter Führung von Expräsident Herbert Hoover nach Berlin. In Hoovers Begleitung befanden sich der ehemalige Mitarbeiter der US-Botschaft in Berlin Frank Mason sowie der ehemalige amerikanische Berlin-Korrespondent Louis P. Lochner, die sich der Tagebücher annahmen. Heimlich überließ Hoover das Material für die Hoover Library, und bereits im Sommer 1947 hatte Lochner einen Auszug zusammengestellt und arbeitete an der Übersetzung. Am 10. Februar 1948 teilte Lochner Heimlich mit, daß die Tagebücher bald veröffentlicht würden und vom „Book of the Month Club“ für Mai 1948 bereits als Buch des Monats angekündigt worden seien.

Neben dem CIC-Offizier Heimlich hatte der in Berlin stationierte amerikanische CIC-Agent Eric C. Mohr ein aus 591 Seiten bestehendes Fragment des maschinenschriftlichen Tagebuchs (aus den Jahren 1941–1943) in die Hände bekommen und bei seiner Ausmusterung 1947 der US-Regierung übergeben. Dieses längere Zeit in Vergessenheit geratene Fragment stöberte der schon genannte Dr. Korf nach 1972 in den National Archives in Washington als ein mit Bindfaden geheftetes Bündel auf. Es bildet neben dem Lochner-Material und dem Elberfelder Tagebuch das dritte in den USA befindliche Fragment der Goebbels-Tagebücher.

Über 25 Jahre lang hielt die zeitgeschichtliche Forschung diese schon 1946/47 aufgefundenen Fragmente für die alleinigen Reste der Goebbels-Tagebücher. Die Übermittlung etwa dreimal so umfangreicher Tagebuch-Teile an den Hoffmann und Campe Verlag durch Erwin Fischer im Jahre 1972 war deshalb eine Sensation. Die Dienststellen der DDR, die 1969 überraschend in den Besitz der nach Kriegsende angefertigten sowjetischen Mikrofilmrollen mit Aufnahmen von rund 20 000 Blatt gelangt waren, hatten sich dieser Quelle gegenüber offenbar in starker Verlegenheit gesehen. Eine Edition des umfangreichen Materials glaubte man in Ost-Berlin aus politischen Gründen nicht leisten zu können, obwohl man sich der Bedeutung der

³⁷ National Archives, RG 260, OMGUS, B 27/213-1/31, Februar/März 1948.

Quelle bewußt war. Daher, so ergibt sich aus verschiedenen Indizien, entschloß man sich, Kopien der Filmrollen devisenbringend nach „dem Westen“ zu schleusen. Der als Antifaschist ausgewiesene Journalist Erwin Fischer sollte die Gewähr dafür bieten, daß eine pronazistische Verwertung im Westen ausgeschlossen blieb.

Das Vorhaben des Hoffmann und Campe Verlages, das von Fischer gelieferte Material in einer Reihe von Veröffentlichungen auf den Markt zu bringen, blieb aus einer Reihe von Gründen stecken. Der Verlag publizierte 1977 lediglich einen Band mit den letzten Eintragungen von März/April 1945³⁸. Belastet durch finanzielle Ansprüche und rechtliche Auseinandersetzungen, kam man bei Hoffmann und Campe zu der Überzeugung, daß angesichts des Umfangs der erst mühsam zu entziffernden handschriftlichen Quelle eine den ursprünglichen Gewinnerwartungen entsprechende publizistische Verwertung nicht möglich sei.

Aufgrund dessen konnten der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte und der Präsident des Bundesarchivs bei dem Verlag die Bereitschaft erwirken, der Forschung das Material gegen eine Vergütung der für Transkriptionen schon geleisteten Aufwendungen zu überlassen. Institut für Zeitgeschichte und Bundesarchiv waren von der Sorge bestimmt, daß ein weiterer Verbleib der Quelle an einem privaten Ort keine genügende Sicherheit gegen Verluste, keine sachgemäße Aufbewahrung, vor allem aber auch keine allgemeine Zugänglichkeit gewährleiste. Im August 1980 konnte der Bestand von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte übernommen werden. Das Bundesarchiv erhielt die bisher beim Hoffmann und Campe Verlag befindlichen Materialien, das Institut für Zeitgeschichte eine vollständige, im Bundesarchiv angefertigte Kopie. Die beiden in der Bundesrepublik von der zeitgeschichtlichen Forschung am meisten frequentierten Institutionen verabredeten eine identische Aufstellung und Signierung sämtlicher Elemente der Goebbels-Tagebücher unter Einschluß der schon früher aufgefundenen Fragmente. Beschlossen wurden gleichzeitig eine wissenschaftliche Gesamtedition unter Federführung des Instituts und, wenn möglich, die weitere Ergänzung des vorhandenen Materials.

Im Rahmen der letztgenannten Bemühungen erfuhren Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte schon vor Jahren von der Existenz weiteren Materials in Ost-Berlin. Aber erst 1986 gelang es dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte und der Herausgeberin, Zutritt zu diesem Fundus zu erhalten und Genaueres über seinen Inhalt zu erfahren: Angeregt durch das vorgenannte sowjetische Filmrollengeschenk, waren 1969 in der DDR eigene Nachforschungen auf dem noch immer un bebauten Trümmergelände der ehemaligen Reichskanzlei veranlaßt worden. Diese hatten nicht weniger als neun der großen Aluminiumkisten zutage gefördert, die dort vor Kriegsende mit Goebbels-Materialien abgestellt worden waren. Der Inhalt, jahrzehntelang der Feuchtigkeit ausgesetzt, befand sich in einem deploralen Zustand. Immerhin war erkennbar: Eine der Kisten enthält handschriftliche Kladden von Goebbels, deren mit Tinte beschriebene Blätter fast ganz unleserlich gewor-

³⁸ Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977, umfaßt die Eintragungen 28. 2.–10. 4. 1945.

den waren. In den acht anderen Kisten befinden sich Originalfragmente der maschinenschriftlichen Tagebücher aus den Jahren 1941–1945, insgesamt ein Bestand von schätzungsweise 20 000 Blatt, aber durch Feuchtigkeitseinwirkung und offenbar auch durch andere Ursachen weitgehend zerstört. Eine erste Bestandsaufnahme ergab nun eindeutig, daß es sich nicht, wie man in Ost-Berlin selbst lange annahm, um die Vorlage der 18 Rollen der sowjetischen Verfilmung aus der Nachkriegszeit handelt, vielmehr um das Material, das die Sowjets, wohl in der falschen Annahme, es bestehe nur aus Dubletten, 1945/46 nach der Verfilmung und Übernahme eines großen Teiles der Goebbels-Tagebücher in der Reichskanzlei zurückgelassen hatten. Daß die großen Kisten im ehemaligen Führerbunker über 20 Jahre in Vergessenheit geraten konnten, war wohl auch der Tatsache zuzuschreiben, daß sowjetische und DDR-Behörden zur Vermeidung neugieriger Besuche und Besichtigungen und wegen offenkundiger Einsturzgefahr das ganze Gelände gesperrt hatten.

Infolge der starken Zerstörung dieser Originalpapiere in den neun Behältern bildete der vom Hoffmann und Campe Verlag übernommene sowjetische Mikrofilm noch immer die ergiebigste Überlieferung. Aber es wird nun höchstwahrscheinlich möglich sein, die darin enthaltenen Aufnahmen von rund 16 000 Seiten des maschinenschriftlichen Tagebuches sowie die zusätzlichen bisher aufgetauchten Mikrofiches und die schon vorher in die USA verbrachten Fragmente von Originalen ganz wesentlich zu ergänzen durch Originalfragmente aus Ost-Berlin. Die seit 1945 eingetretene Zersplitterung wird durch die Edition mithin zu einem guten Teil rückgängig gemacht werden können.

Die Negativ-Bilanz der Überlieferungsgeschichte ist gleichwohl beträchtlich: Jegliche Spur fehlt nicht nur von den wahrscheinlich in die Sowjetunion transportierten Originalen, die die Vorlage der sowjetischen Mikroverfilmung bildeten. Nicht wiederaufgetaucht sind auch die Transkriptionen der circa 600–800 Seiten der handschriftlichen Tagebücher – vorausgesetzt, Richard Otte hat sie vor Kriegsbeginn tatsächlich niedergeschrieben und nicht nur vorbereitet. Des weiteren fehlt nach wie vor knapp ein Drittel der handschriftlichen Tagebücher, darunter besonders wichtige Teile, die möglicherweise aus historisch-politischem Interesse, vielleicht auch als Beweisstücke für die Kriegsverbrecherprozesse nach 1945, aus der Überlieferung entnommen worden sind. Und ganz im dunkeln liegt bisher die Herkunft der wenigen aufgetauchten Mikrofiches und der Verbleib der großen Masse dieser Kopien, die – wenn sie wieder zum Vorschein kämen – wegen der größeren Dauerhaftigkeit und Resistenz des Materials vermutlich den besten Erhaltungsstand der verschiedenen Überlieferungen aufwiesen.

Dieser Überblick über die Überlieferungsgeschichte beantwortet implizit schon manche Fragen nach der Echtheit der Quelle. Zweifel an der Authentizität der Tagebücher mögen zunächst naheliegen nach der Erfahrung mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern oder angesichts der Tatsache, daß große Teile der Goebbels-Tagebücher erst vor 15 Jahren aus dem kommunistischen Machtbereich aufgetaucht sind. Reale Anhaltspunkte für einen Fälschungsverdacht, wie er, wohl aus Furcht vor möglichen peinlichen Enthüllungen, vor allem von Personen aus Goebbels'

nächster Umgebung (z. B. von Wilfred von Oven) prophylaktisch geäußert wurde, lassen sich aber gerade angesichts dieser Überlieferungsgeschichte kaum festmachen: Die Parallelität und Überschneidung so relativ vieler Überlieferungsstränge, die sich nach 1945 zunächst trennten und erst nach langen Umwegen in Ost und West wieder zusammenkamen und dabei klare Übereinstimmung des Materialcharakters und bei den vielen Doppelüberlieferungen auch vollständige inhaltliche Deckungsgleichheit offenbaren, sind im Falle der Goebbels-Tagebücher der stärkste Beweis ihrer Echtheit.

Die von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte veranlaßten kriminaltechnischen Untersuchungen verschiedener Originale (Prüfung des Alters von Papier und Tinte, Prüfung des Farbbandes sowie der Authentizität der Handschrift) waren demgegenüber sekundär und dienten nur der Echtheitsbestätigung. Anders als im Falle Hitlers war in bezug auf Goebbels einer ansehnlichen Zahl von Leuten bekannt, daß er regelmäßig Tagebuch schrieb. Goebbels war, das wußte man, ein Mann nicht nur des gesprochenen, sondern auch des geschriebenen Wortes. Es ist ein Leichtes, seine Schriftzüge, seine Schreibweise, seine stilistischen und grammatikalischen Eigenheiten im Tagebuch zu vergleichen mit anderen von ihm eigenhändig geschriebenen Stücken. Das schafft zusätzlich Sicherheit bei der Authentizitätsprüfung.

Wichtiger aber ist das Ergebnis der inhaltlichen Überprüfung. Im Laufe der Arbeiten hatte die Herausgeberin häufig Gelegenheit, in dem Tagebuch enthaltene Informationen, die nur ganz wenigen Personen bekannt gewesen sein können, in den Akten wiederzufinden oder durch die Befragungen von Personen aus der Umgebung Goebbels' bestätigt zu erhalten. Ein Beispiel ist die Befragung der ehemaligen Geliebten von Goebbels, Lida Baarova³⁹: Ohne Kenntnis des Tagebuches berichtete sie Einzelheiten, die nur sie und Goebbels wissen konnten. Ähnliches ergab sich bei der Befragung von Goebbels' Schwester⁴⁰ und im dienstlichen Bereich bei der ehemaligen Sekretärin aus der Berliner „Kampfzeit“, Josephine von Behr⁴¹, und des ehemaligen Staatssekretärs im Propagandaministerium Leopold Gutterer⁴². Auch Hunderte von inzwischen ganz und gar unbekanntem Personen, die im Tagebuch vorkommen, wurden oft mühsam identifiziert. Nirgends ergaben sich dabei Anhaltspunkte für Fälschungen, wie sie gerade in diesem Bereich intimer Personalbezüge hätten unterlaufen müssen. Dem Echtheitsnachweis dient schließlich, daß Richard Otte, der seinerzeit die Übereinstimmung von Stenogramm und Reinschrift zu überprüfen und dabei gelegentlich handschriftliche Korrekturen der Reinschrift vorzunehmen hatte, diese auch in der „Ost-Überlieferung“ entdeckte und als von seiner Hand stammend bestätigen konnte.

³⁹ Befragung Lida Baarova am 5. 2. 1987.

⁴⁰ Befragung Maria Kimmich am 1. 4. 1987.

⁴¹ Befragung Josephine von Behr am 6. 3. 1987.

⁴² Befragung Leopold Gutterer am 7./8. 5. 1987.

Inhalt und historische Stationen

Es wurde schon angedeutet: Mit dem Beginn der eigentlichen Tagebücher im Oktober 1923 begann für Goebbels das Motiv des Schreibens politisch bzw. völkisch-national zu werden. Nach „wilden Tagen des Saufens aus Verzweiflung“ notiert er: „Der Untergang des deutschen Gedankens. Ich halte die Qual nicht mehr aus. Ich muß mir die Bitterkeit vom Herzen schreiben. Else schenkt mir ein Buch für den täglichen Gebrauch. Am 17. Oktober beginne ich also mein Tagebuch“ (Erinnerungsblätter, S. 28 f.).

Leider ist die erste Kladde für den Zeitraum vom 17. Oktober 1923 bis zum 26. Juni 1924 verschollen. Wir wissen deshalb auch nicht, ob und wie Goebbels die Ereignisse dieser Phase, Hitlers Putsch in München (8./9.11.1923) und den anschließenden Prozeß, den Höhepunkt und die Überwindung der Inflation durch die Notstandsgesetzgebung der Regierung Stresemann im Winter 1923/24 und die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 mit ihren lokal beträchtlichen Wahlerfolgen der Völkischen und Nationalsozialisten (im Reichsdurchschnitt 6,5 Prozent) kommentierte. Goebbels war damals, das zeigen auch die ersten erhalten gebliebenen Tagebuchnotizen vom Juni/Juli 1924, politisch noch nicht fest engagiert. Unter dem Einfluß seines Freundes Fritz Prang und wohl auch infolge des als schmachvoll empfundenen Zusammenbruchs des patriotischen Widerstandes gegen die französische Besatzung im Rheinland und im Ruhrgebiet hatte er aber begonnen, sich mit deutsch-sozialistischen, völkischen und nationalbolschewistischen Zielen zu identifizieren. Die beiden schmalen Teile, die sich aus der zweiten Tagebuchkladde für den Sommer 1924 und das Frühjahr 1925 erhalten haben, sind für Person und Charakter des Schreibers besonders aufschlußreich. In dieser politischen Inkubationszeit schreibt Goebbels noch relativ ungeschützt, sehr viel selbstkritischer und reflektierender als später.

In den ersten Tagebuchfragmenten entwickelt sich Schritt für Schritt Goebbels' „nationalsozialistisches Bewußtsein“: Man erlebt den noch ziemlich verblasenen akademischen Hungerleider, der – stellungslos, aber eine große Berufung erwartend – mit 27 Jahren dem Vater nach wie vor auf der Tasche liegt, wahllos Bücher liest (Bebel und Rosa Luxemburg, Thomas Mann, Keyserling, Spengler, Moeller van den Bruck u. a.) und hin- und herschwankt zwischen romantischem Weltempfinden und großsprecherisch verkündetem weltanschaulichen und politischen Aktionsbedürfnis. Charakteristisch hierfür ist schon die erste erhalten gebliebene Eintragung vom 27. Juni 1924, in der Goebbels einerseits die Idylle des „schönen Sommertags“ in der „neuinstallierten Laube“ genießt, sich andererseits viele Gedanken um „die Zukunft Deutschlands“ macht und diese mit unvermittelten Haßtiraden auf die Juden verbindet, die er als Lumpen, Schweinehunde, Verräter oder Vampire bezeichnet. Nur wenige Tage danach (4.7.1924) ist er aber wieder fähig, einsichtsvoll zu notieren: „Man kann als Mensch so schlecht aus seiner Haut heraus. Und jetzt ist meine Haut doch eine etwas einseitige antisemitische. Hoffentlich werde ich bald klar und gerecht.“ Die Hoffnung sollte schnell trügen. Bezeichnend für diese

Anfangszeit scheint auch, daß Goebbels immer wieder den künftigen Führer herbeisehnt und seine Bereitschaft andeutet, diesem zu dienen und sich ihm bedingungslos zu unterwerfen (4. und 19.7.1924). Daneben steht aber auch ein eigenes Sendungsbewußtsein (7.7.1924), ein starkes Gefühl, „daß einmal doch meine große Stunde kommen muß“ (25.7.1924). Es bedurfte deshalb auch kaum des Goebbels mitunter fälschlich nachgesagten Opportunismus, wenn er im Kreis völkisch oder nationalsozialistischer Gesinnter bestehen wollte, wie es dann bald geschah.

Charakteristisch ist, daß Goebbels vor Beginn dieser festen politischen Bindung immer wieder doch auch die Klarsicht kritischer Selbsteinschätzung aufbrachte und seinem Tagebuch anvertraute, so am 11. Juli 1924, als er sich als „pathologischen Aufschneider“ einstufte. Später verlor sich solche Selbstkritik mehr und mehr. Die entscheidende Wende, die das „dumpfe Hinbrüten“ beendete, trat Mitte August 1924 ein, mit Goebbels' Teilnahme am Parteitag der völkischen und nationalsozialistischen Führer und Gruppen in Weimar, die dort nach der Maiwahl Heerschau abhielten und Grund zu haben glaubten, optimistisch in die Zukunft zu sehen.

Fritz Prang, der Freund aus Rheydt, aus vermöglicher Familie und schon länger im Dienst der völkischen Bewegung, ermöglichte Goebbels die Reise nach Weimar. Das Treffen, bei dem man Goebbels auch dem Schutzpatron der Völkischen, dem ehemaligen kaiserlichen Chef der Obersten Heeresleitung, Generaloberst Ludendorff, vorstellt, wird zum Schlüsselerlebnis (19. und 20.8.1924). Bald danach ist der Doktor aus Rheydt als Redakteur der Samstagzeitung *Völkische Freiheit* in Elberfeld engagiert, aus der sich das Organ des Gaues Westfalen der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, später der wiedergegründeten NSDAP entwickelt. Goebbels schreibt die Artikel in diesem Blatt fast alle selbst, auch die regelmäßige Kolumne „Das politische Tagebuch“. Zusammen mit Fritz Prang gründet er am 21. August 1924 eine Ortsgruppe der Nationalsozialisten in Mönchen-Gladbach. Dabei hat er sein erstes Erlebnis als erfolgreicher Redner: Goebbels spürt, wie der Funke seiner Rede auf einen jungen Zuhörer übergeht und dessen Reaktion auf ihn zurückwirkt, und Freund Prang lobt ihn als „geborenen Redner“ (22.8.1924).

Von nun an macht Goebbels als politischer Kolumnist und Propagandist schnell Karriere in der Partei. Die stolze Feststellung, daß ihm die Gedanken beim Reden kommen (27.9.1924), wird anfangs noch gelegentlich unterbrochen durch die Einsicht, er sei auf dem besten Wege, ein „Demagoge schlimmster Sorte“ zu werden (4.9.1924). Doch schnell frißt das wachsende politische Selbstbewußtsein alle Bedenken auf. Bereits am 27. September 1924 kann er schreiben: „Mein Ruf als Redner und als politisch-kultureller Schriftsteller geht durch die Reihen der Anhänger des nationalsozialistischen Gedankens im ganzen Rheinland.“ Anfang Oktober 1924 wird Goebbels redaktioneller Chef des Elberfelder Blattes, betrachtet dies mit Recht als Sprungbrett nach oben und gelobt „mit heiligem Ernst“: „Ich werde den Weg weiter nach oben gehen . . . Aufwärts! Zu den Sternen! In die deutsche Freiheit hinein! Gott steh uns bei!!!“ (3.10.1924).

Anschließend reißt die Tagebuchüberlieferung für fünf Monate ab. In dieser Phase findet Goebbels definitiv den Weg zu den Nationalsozialisten. Am 27. Februar

1925 gründet Hitler in München die Partei neu, und im März wird in Elberfeld der Gau Rheinland-Nord gegründet, zu dessen Vorstand auch Goebbels zählt. Am 16. März 1925, als die Tagebuchüberlieferung wieder einsetzt, sind diese Entscheidungen schon gefallen. Goebbels' neue Geschäftigkeit wird zunächst daran erkennbar, daß die vorher durchschnittlich zwei bis drei Seiten langen Tagebucheintragungen infolge seiner intensiven Redner- und Journalistentätigkeit auf täglich eine halbe bis höchstens eine Seite zusammenschmelzen.

In der Bewegung ist man auf Goebbels nicht nur in positiver Weise aufmerksam geworden. Bei den mehr völkisch-konservativ Gesinnten erwirbt er den negativen Ruf eines nationalsozialistischen Robespierre (26.3.1925). Mit dem Erfolg finden sich die Rivalen und die Neider ein. Es kommt aber auch – und darüber gibt das Tagebuch kaum noch ehrliche Auskunft – die Überheblichkeit und Verschlagenheit von Goebbels zum Zuge. Gemeinsam mit Karl Kaufmann intrigiert er erfolgreich vor allem gegen den Leiter des Gaues Westfalen-Nord, Axel Ripke. Bevor die Affäre zu Ende geht, bricht die Überlieferung dieses Tagebuchfragments ab (9.6.1925).

Die ersten Eintragungen der anschließenden Kladde (ab 12.8.1925) streifen noch den Abschluß des Falles, in dessen Folge Goebbels unter Kaufmann Gaugeschäftsführer wird. Dieses sogenannte Elberfelder Tagebuch, durch die Edition von Helmut Heiber schon seit 1960 bekannt, umfaßt die Monate von August 1925 bis zum Oktober 1926, eine besonders bemerkenswerte Phase der Frühgeschichte der Partei, in der Goebbels eine ebenso wichtige wie zwielichtige Rolle spielt: erst als Antreiber und radikaler Wortführer der sozialistischen Linken, dann – als nach der Führertagung in Bamberg im Februar 1926 deutlich wird, daß Hitler diesen Kurs scharf mißbilligt – als Überläufer auf Seiten Hitlers. Zwar gibt Goebbels seine radikalen anti-bürgerlichen Positionen nicht völlig auf, aber er spürt instinktiv die taktisch-politische Überlegenheit Hitlers gegenüber Gregor Straßer, dem Protagonisten der stärker sozialistisch orientierten nordwestdeutschen NSDAP. Allerdings war schon vor der Bamberger Tagung deutlich geworden, daß Goebbels in Hitler den geborenen Führer und kommenden Diktator erblickt. Das Tagebuch endet mit Goebbels' Abkommandierung nach Berlin, wo er auf Hitlers Wunsch den Posten des Gauleiters übernimmt.

Bei den Gebrüdern Straßer, vor allem bei Dr. Otto Straßer, der in Berlin den *Kampf*-Verlag mit einer Reihe regionaler Blätter (*Der nationale Sozialist*) gegründet hat, gilt Goebbels von nun an als Mann Hitlers und wird entsprechend vorsichtig bis feindselig behandelt. In die über 17monatige Lücke zwischen dem Abschluß des Elberfelder Tagebuchs (30.10.1926) und dem Wiedereinsetzen der Überlieferung (14.4.1928) fallen manche Querelen zwischen Goebbels und den Straßer-Brüdern, die auch den Schlichtungsausschuß der Partei beschäftigen. Sie gewinnen einen realen Grund vor allem dadurch, daß Goebbels am 4. Juni 1927 in Berlin in Konkurrenz zu den Straßer-Blättern eine eigene Gauzeitung ins Leben ruft, den *Angriff*. Anlaß ist das Verbot der Partei durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten am 5. Mai 1927, nachdem sich die NSDAP zum wiederholten Male durch schwere Ausschreitungen gegen politische Gegner hervorgetan hatte. Mit dem *Angriff* sollten

die durch das bis April 1928 geltende Parteiverbot entstandenen Einschränkungen der Agitationsmöglichkeiten wettgemacht werden. Wie die just im April 1928 wieder einsetzende Tagebuchüberlieferung deutlich erkennen läßt, investierte Goebbels in das Blatt und seinen Ausbau zur Tageszeitung (ab Herbst 1930) zahlreiche journalistische Ideen und Artikel. Als einen wichtigen Mitarbeiter kann Goebbels den Maler und Karikaturisten Hans Schweitzer (alias Mjólnir) gewinnen, der mit seinen ebenso zynisch-gehässigen wie eingängigen Karikaturen viel zur agitatorischen Wirksamkeit des *Angriff* beiträgt und sozusagen dessen Markenzeichen wird.

Die politische Flaute, die zwischen 1924 und 1929 im Zeichen der relativen Stabilisierung der Republik für die Nationalsozialisten einsetzt, tangiert auch Goebbels und ist wohl mitbestimmend für manche Äußerung politischer Lustlosigkeit, die seine Notizen im Tagebuchfragment vom Frühjahr 1928 (14.4.–20.7.1928) und im anschließenden Tagebuch vom Sommer 1928 bis zum Sommer 1929 kennzeichnen. Goebbels erübrigt in dieser Phase offensichtlich mehr Zeit für das Tagebuch als vorher in Elberfeld, wo er sich noch durchbeißen und bewähren mußte. Er schreibt fast täglich, und der private Inhalt nimmt gegenüber den Tagebüchern der Jahre 1924 bis 1926 eher wieder zu. Die wechselnden, aber ziemlich bedeutungslosen Liebschaften, auch die Wiederbegegnung mit der unvergessenen Anka, drängen teilweise den politischen Inhalt zurück. Das Tagebuch 1928/29 ist vielleicht das historisch belangloseste der gesamten Überlieferung, obwohl auch hier manche parteigeschichtlich wichtigen Vorgänge und Entwicklungen beleuchtet werden: die Agitation für die Reichstagswahlen (14.5.1928); die ersten Konflikte mit den aufsässigen SA-Leuten unter der Führung von Walter Stennes; der Versuch, die politische Baisse durch die satirische Judenhetze gegen den stellvertretenden Polizeipräsidenten von Berlin, Bernhard Weiß (von den Nationalsozialisten nur noch „Isidor“ genannt), zu beleben. Im Sommer 1928 wird Goebbels Mitglied des Reichstages. Die dadurch erlangte Immunität schützt ihn aber nur teilweise vor den zahlreichen Verfahren wegen Verleumdung von Mitgliedern und Repräsentanten der Republik, denen er sich in Berlin gegenüber sieht. Die Flaute gibt auch den schwebenden innerparteilichen Intrigen Auftrieb, und es häufen sich personelle Dissonanzen mit Mitarbeitern der Gaugeschäftsstelle und in der Redaktion des *Angriff*.

Die politischen Rahmenkonditionen ändern sich merklich seit dem Sommer 1929, als die NSDAP sich an der Agitation für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan beteiligt und erstmals Gelegenheit erhält, in einer wichtigen Frage nationaler Politik mitzusprechen. Das neue, zwei Jahre später durch die sogenannte Harzburger Front bekräftigte Bündnis mit den deutschnationalen Gegnern der Republik, das unter Goebbels' leidenschaftlicher Beteiligung 1925 zugunsten einer sozialistisch-revolutionären Umorientierung der NS-Bewegung aufgekündigt worden war, hatte sich schon vorher (z.B. in versöhnlichen Worten Hitlers gegenüber Reichswehr und Stahlhelm) angekündigt. Bei Goebbels werden dadurch – nicht zum letzten Male – die Zweifel an der Richtigkeit des von Hitler eingeschlagenen Kurses wiederbelebt. Sie finden in dem besonders inhaltsreichen und historisch bedeutungsvollen Tagebuch für die Zeit vom Sommer 1929 bis Ende 1930 vielfachen Ausdruck. Der (ver-

glichen mit ähnlich großen vorangegangenen Tagebuchzeiträumen) fast auf das Doppelte angewachsene Umfang⁴³ kennzeichnet schon äußerlich die neue politische Intensität des Verfassers und der im Tagebuch berichteten Aktivitäten und Zeitereignisse: eine Fülle von sich jagenden Kundgebungen, Reden, Parteiversammlungen im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheid; Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen.

Die Wahl vom 14. September 1930 mit ihrem sensationellen Ergebnis bringt auch in Berlin den Durchbruch für die Nationalsozialisten. Goebbels, nun zugleich Leiter der Propagandaabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, ist dauernd unterwegs. Was Hitlers Einpeitschungen für die leitenden Funktionäre der Partei bedeuten, der Goebbels unablässig abverlangte Einsatz als Redner, ist im Tagebuch mit Händen zu greifen; ebenso die radikale Angriffslust und der revolutionäre Schwung, mit dem Goebbels den Kampf um die Reichshauptstadt betreibt. Schon bei den Kommunalwahlen Ende 1929 läßt die NSDAP das äußerst magere Ergebnis der Maiwahlen von 1928 hinter sich, und im September 1930 erreicht sie auch im „roten Berlin“ 15 Prozent. Die hier unter der Protektion von Goebbels entstandene Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation soll das Ringen „um die Seele des Arbeiters“ glaubwürdig machen. Sinnbild des erfolgreichen Kampfes gegen die Kommunisten wird der ermordete SA-Führer Horst Wessel: Trotz Wessels fragwürdigem Lebenslauf gelingt es Goebbels, den von Kommunisten erschossenen jungen Mann zum Märtyrer der Bewegung zu stilisieren. Der von Horst Wessel auf die Melodie eines kommunistischen Kampfliedes gedichtete Text „Die Fahne hoch“ wird zum verbreiteten Marschlied der SA, nach 1933 zur nationalsozialistischen Nationalhymne neben dem Deutschlandlied.

Als sich das Schwergewicht der politischen Tätigkeit auch Hitlers zunehmend nach Berlin verlagert, der im „Kaiserhof“ am Potsdamer Platz gegenüber der Reichskanzlei absteigt und politisch Hof hält, wird Goebbels' Tagebuch auch zum ergiebigsten Itinerar für die Aktivitäten des „Führers“. Es beleuchtet aber auch die Tätigkeit anderer Parteigrößen, z. B. Görings, den Hitler nach der Septemberwahl 1930 zu seinem Berliner Bevollmächtigten bestellt und der – oft zum Kummer von Goebbels – mit zahlreichen potentiellen Verbündeten im rechten politischen Spektrum sowie zu einflußreichen adeligen, wirtschaftlichen und militärischen Kreisen Kontakte aufnimmt und um finanzielle und politische Unterstützung wirbt. Goebbels' Verhältnis zu Göring hatte sich nach dessen Übersiedlung nach Berlin (1928) zunächst positiv entwickelt.

Göring hatte Goebbels Zugang zu Berliner Salons (Frau von Dirksen u. a.) verschafft und ihn zu Ostern 1930 sogar auf eine Reise nach Schweden zur Familie seiner Frau Karin mitgenommen. Aber schon gegen Ende 1930, als Göring für Hitler in Berlin wichtiger zu werden begann als Goebbels, kühlte die Beziehung ab. Goeb-

⁴³ Im Original 379 Seiten für knapp 17 Monate. Das Tagebuch für die knapp 13 Monate vom Sommer 1928 bis Sommer 1929 hat einen Umfang von 275 Seiten, das Elberfelder Tagebuch (fast 15 Monate) von 195 Seiten.

bels bemerkt das, gesteht es sich aber nicht mehr ehrlich ein: als Hauptpropagandist ist er für Hitler in der Reichshauptstadt wichtig, auf dem Feld der politischen Diplomatie jedoch ist er in die Entscheidungsprozesse nur am Rande eingebunden. Die spätere Erfahrung im Dritten Reich, als der Propagandaminister über wichtige außenpolitische und militärische Entscheidungen spät oder nur unvollkommen unterrichtet wird, wirft ihre Schatten voraus.

Die folgenden Tagebücher ab Januar 1931 begleiten den weiteren Fortgang des nationalsozialistischen Machtaufstiegs bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.1933) und Goebbels' Berufung zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933. Die Überlieferung ist aber nur noch bis August 1933 vollständig, dann klafft eine Lücke bis Ende 1935. Auch die Tagebuchüberlieferung bis Dezember 1932 ist teilweise stark gestört. Einen Ersatz bietet für den Zeitabschnitt vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 das Teilstück des Tagebuchs, das Goebbels 1934 als Dokument des nationalsozialistischen Machtkampfes unter dem Titel „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ selbst veröffentlichte. Diese von Goebbels redigierte Version ist, sofern das möglich war, in der neuen Gesamtedition den aus der Originalüberlieferung stammenden Eintragungen gegenübergestellt worden. Erstmals läßt sich damit teilweise genau feststellen, inwieweit Goebbels bei seiner Publikation von 1934 den ursprünglichen Text des Tagebuches verändert hat; das Ergebnis fällt für ihn günstiger aus als vielfach vermutet. Neben seinen Ängsten und seiner Hitler-Kritik hat Goebbels vor allem bei der Schilderung von Intrigen und innerparteilichen Auseinandersetzungen (Straßer-Krise im Dezember 1932) retuschiert. Bemerkenswert ist außerdem, daß Goebbels die Bezeichnung „der Führer“, die im originalen Tagebuch erst im Frühjahr 1934 gebräuchlich wird (vorher ist von „Hitler“ oder dem „Chef“ die Rede), in „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ auf die Jahre 1932/33 rückprojiziert hat. Getilgt hat er vor allem auch die Enttäuschung darüber, daß er bei der Bildung der Regierung Hitler zunächst leer ausging; im originalen Tagebuch findet diese lebhaften Ausdruck.

In privater Hinsicht hatte Goebbels' Leben 1931 eine Wende erfahren, die sich auch politisch, vor allem in dem Verhältnis zu Hitler, auszahlt: Er lernt Magda Quandt, die schöne, gesellschaftlich versierte und wohlhabende geschiedene Industriellenfrau kennen, die er Ende des Jahres heiratet. Damit sind die langen Jahre des materiellen und gesellschaftlichen Hungerleidens definitiv vorüber. Goebbels zieht in die herrschaftliche Wohnung seiner Frau, und Magda wird, von Hitler verehrt, zum bleibenden Kitt auch für das Verhältnis Goebbels-Hitler. Das angenehme Heim der Goebbels' zieht Hitler häufig an und bietet ihm Ersatz für die aus München gewohnte Familiarität.

Zwischen 1932 und 1935 besteht die Überlieferung der Tagebücher aus zwei Fragmenten (umfassend die Zeitspannen 10.12.1932–15.2.1933 und 3.5.–19.8.1933) und aus einem 374 Seiten starken Tagebuch mit dem Titelvermerk „für Ferien und Reise“ (22.5.1932–17.12.1935). Beide Teile ergänzen sich, lassen aber größere Lücken vor allem für die Zeit von August 1933 bis Juni 1935.

Im Jahre 1936 vergrößert sich das Anwesen der Familie Goebbels mit ihren

schließlich sechs Kindern erheblich. Wie schon 1934 für die Publikation „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“, erhält Goebbels durch Hitlers Vermittlung von Max Amann, dem Konzernherrn der nationalsozialistischen Presse und Leiter des Eher-Verlags, größere Summen, diesmal unter anderem als Vorschuß für die dem Eher-Verlag abgetretenen Rechte zur Verwertung seiner Tagebücher. Das ermöglicht Goebbels, auf der Halbinsel Schwanenwerder im Wannsee, wo er schon ein Haus besitzt, auch noch das Nachbargrundstück zu erwerben und das dortige Haus von Grund auf umbauen zu lassen. Die Stadt Berlin schenkt ihm im gleichen Jahr zu seinem Geburtstag und zum zehnjährigen Jubiläum des Gaues Berlin ein Haus am Bogensee unweit von Lanke (Kreis Barnim). In Schwanenwerder erhält dann auch Hitler „ein kleines Zuhause“; Magda „räumt heute auf für den Führer“, heißt es am 19. April 1936 im Tagebuch.

Die verbesserten Lebensverhältnisse – seit 1932 gönnt sich Goebbels Erholungsreisen – und die wechselnden Wohnsitze finden zwischen 1932 und 1938 auch Ausdruck in einer zersplitterten Überlieferung seiner Tagebücher. Neben dem „Tagebuch zu Hause“ legt Goebbels am 22. Mai 1932 ein Tagebuch „Für Ferien und Reise“ an, ferner am 6. April 1936 ein „Tagebuch Schwanenwerder“ und am 29. Oktober desselben Jahres ein Tagebuch mit der Deckblatt-Bezeichnung „Haus am Bogensee“. Offenbar wollte er damit erreichen, daß an jedem seiner Aufenthaltsorte ein Tagebuch zur Hand war. Die funktionale Trennung der verschiedenen Tagebücher geriet aber durcheinander bzw. wurde nicht beibehalten. Wie es scheint, wurde das Ferien- und Reisetagebuch spätestens in der zweiten Hälfte 1935 zum regelmäßigen Tagebuch (mit monatlich rund 15 Eintragungen); jedenfalls gibt es für die Zeit von Mai 1932 bis März 1937 keine chronologisch aufeinanderfolgenden Tagebuchfragmente mehr, sondern eine Parallelüberlieferung verschiedener Tagebücher und Fragmente, die in der neuen Edition zugunsten einer chronologischen Reihenfolge aufgelöst wurde.

Die Parallelität mehrerer Tagebücher mag dazu beigetragen haben, daß Goebbels' Schreibkonzentration in dieser Phase nachließ bzw. sich mitunter stark auf die schönen Nebensächlichkeiten des privaten, gesellschaftlichen und künstlerischen Verkehrs richtete, die sich 1936/1937 vor allem in Schwanenwerder abspielten. Zu konstatieren ist jedenfalls, daß der politische Gehalt des Tagebuchs zwischen der Machtübernahme und 1936/37 abnimmt. Goebbels' Aufgaben als Gauleiter, Propagandaleiter der NSDAP und Propagandaminister, der Aufbau des vielgliedrigen Propagandaapparates und der ihm unterstehenden Reichskulturkammer mit den Einzelkammern für Theater, Literatur, Bildende Kunst, Musik, Presse, Funk und Film erscheinen in den aus dieser Phase erhaltenen Tagebucheintragungen eher peripher als substantiell. Besonders bedauerlich ist das Fehlen von Notizen über wichtige politische Ereignisse, etwa über den sogenannten Röhmputsch am 30. Juni 1934. Aus einer Eintragung am Vortage ist immerhin zu entnehmen, daß Goebbels über die Aktion informiert war, daß er sie billigte und an ihr teilnahm: „Heute morgen Anruf vom Führer gleich nach Godesberg fliegen. Es geht also los. In Gottesnamen. Alles ist besser als dieses furchtbare Warten. Ich bin bereit“ (29. 6. 1934).

1936/37 befindet sich Goebbels oft außerhalb von Berlin und registriert auch schon selbst einmal „vertane“ Tage (23.6.1936). Der Propagandaminister liebt es jetzt, die Rolle des Kunstverständigen und Mäzens zu spielen. Er erhöht persönlich die Gagen der Künstler, hilft Knut Hamsuns Tochter beim Filmen in Deutschland, kümmert sich um die Steuersorgen von Anny Ondra, und gemeinsam mit Magda umsorgt er sie, als ihr Mann, Max Schmeling, in den Kampf gegen Joe Louis geht (20.6.1936). (Nach Schmelingens sensationellem Sieg schaltet sich auch noch der „Führer“ ein und erläßt dem Boxidol höchstpersönlich die Steuern.) Die Schmelingens sind Nachbarn auf Schwanenwerder, und die Beziehungen entwickeln sich so gut, daß Goebbels, als bei Schmeling der Blitz einschlägt und das Haus niederbrennt, pietätvoll seinen Gartenempfang absagt. Goebbels sorgt aber auch dafür, daß Wolf Albach-Retty und Magda Schneider heiraten können (24.10.1936), bespricht mit Camilla Horn ihren Film „Weiße Sklaven“, um ihm die „richtige Tendenz“ zu geben (24.10. u. 9.12.1936), und sagt Heinz Rühmann Hilfe zu, als dieser ihm sein „Eheleid mit einer Jüdin“ klagt (6.11.1936). Auch Luise Ullrich kommt mit ihren Sorgen. Goebbels' Kommentar: „Sie wird zu Unrecht übersehen. Ich muß da eingreifen . . . Es geht dem Künstlervölkchen so schlecht, wenn niemand sich seiner annimmt“ (12.11.1936).

Das Tagebuch ist auch eine Fundgrube für die Künstlerbeziehungen im Bereich der Musik, so im Hinblick auf den Dirigenten Furtwängler, der Goebbels Toleranz gegenüber jüdischen Mitgliedern seines Orchesters abhandelt, sich dafür aber auch den Wünschen des Regimes immer wieder gefügig zeigt. Der Leser erfährt Goebbels' wütende Reaktion auf die Verteilung des Nobelpreises an Ossietzky, auch Hitlers Drängen auf das am 27. November 1936 erlassene Kritikerbot im Feuilleton und die Säuberung der deutschen Museen von der vermeintlich „entarteten Kunst“.

Auch das wird an den Eintragungen aus den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ deutlich: Propaganda macht Goebbels nicht mehr den gleichen Spaß wie früher. Die Ware, die er anzubieten hat, ist eigentlich schon verkauft, es fehlt der politische Biß. Deshalb erfahren wir darüber relativ wenig, auch kaum etwas über die Sorgfalt, mit der Goebbels seit 1933 mit seinen jährlichen Artikeln zu Hitlers Geburtstag und bei anderen Gelegenheiten den Führermythos systematisch aufzubauen half.

1936, auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Konsolidierung und noch ehe die riskanten Schachzüge Hitlerscher Expansionspolitik ihre Schatten vorauswerfen, geraten der Machtgenuß, das Festefeiern (Olympiade) und die Beziehungen zu Künstlern des In- und Auslandes sowie Fragen der Filmproduktion und der Bildenden Kunst, an denen auch Hitler besonderen Anteil nimmt, mehr und mehr in den Vordergrund des Tagebuches. Goebbels ist nicht mehr länger Revolutionär und Kämpfer: Nach der Rheinlandbesetzung, vor der er warnt, feiert er gleichwohl Hitler als Genie; auch möchte er in der sich daran anschließenden Kampagne für die Neuwahl des Reichstags ein Meisterstück liefern, aber ihm fehlt das Angriffsziel. Ohne Gegner werden seine Reden kraftlos. Häuser, Boote und Autos erfreuen des Ministers Herz im Jahre 1936 und – zum erstenmal seit der Heirat mit Magda –

eine blutjunge Frau, in die sich Goebbels Hals über Kopf verliebt: die tschechische Schauspielerin Lida Baarova. Aus den Tagebüchern versteht man die Anfänge dieser bis 1938 dauernden Affäre nur dann zu lesen, wenn man die beiden dürftigen Anspielungen „Franzensbad“ (gemeint ist Franzensberg, 12. und 15.9.1936) richtig zu deuten vermag – unter Zuhilfenahme auch dessen, was die ehemalige Goebbels-Geliebte heute darüber berichtet⁴⁴. Sorgen plagen Goebbels kaum, seine größten Probleme sind die des Placements bei den Festen und Veranstaltungen, von denen die Nationalsozialisten alljährlich mehr in ihren Kalender aufnehmen. Die Olympischen Spiele bilden 1936 natürlich einen besonderen Höhepunkt. Goebbels sieht zwar die Kehrseite solch ausschweifender Lust zum Feiern und meint, er müsse das abstoppen, denn das Volk lache schon darüber (3.7.1936). Das hindert ihn aber nicht, fünf Wochen später die bis dahin mit Abstand größte Fete zu geben: das legendäre Gartenfest auf der Pfaueninsel mit 2700 erschienenen Gästen und einem Kostenaufwand von 400000 Reichsmark. – Alles in allem ein glückliches Jahr, der so häufig Deprimierte ergeht sich in ungewöhnlichen Lobpreisungen über die Schönheiten des Lebens.

Vieles davon wird in den Jahren 1937/38 fortgeschrieben. Aber im Zeichen der außenpolitischen Spannungen und dann Kriegserfolge nehmen der politische Gehalt, Intensität und Umfang der Tagebuchüberlieferung erheblich zu. Von der Zeitspanne Mai 1932–Februar 1937 unterscheidet sich dieser letzte Abschnitt dadurch, daß es keine Parallelität separater Tagebücher mehr gibt, sondern nur noch chronologisch aufeinanderfolgende Kladden und/oder Fragmente. Nach dem Grade des Umfangs und der Vollständigkeit sind drei Phasen zu unterscheiden: Das Jahr vom Februar 1937 bis Februar 1938 ist vollständig überliefert in drei aufeinanderfolgenden Kladden mittleren Umfangs (jeweils zwischen 250 und 300 Seiten). Sehr gestört ist dagegen die Überlieferung für die folgenden, historisch besonders bedeutsamen 20 Monate bis zum Beginn des Krieges. Hierfür liegen nur Fragmente im Gesamtumfang von 429 Seiten vor, die kaum mehr als die Hälfte der ursprünglichen Tagebücher repräsentieren. Sie enthalten Lücken von sieben Wochen zwischen Februar und April 1938 und von acht Wochen im September/Oktober 1938. Es fehlen ferner je eine Monatshälfte im Dezember 1938, im Februar 1939 und im März 1939, vier Wochen im April/Mai und mehr als vier Monate unmittelbar vor und nach Kriegsbeginn (Juni bis Anfang Oktober 1939). Diese Lücken sind besonders schmerzlich, weil sich dahinter zahlreiche höchst wichtige Ereigniskomplexe verbergen. So fehlen Aufzeichnungen für die Tage des Einmarschs deutscher Truppen in Österreich im März 1938, für die entscheidenden Wochen der von Hitler angezettelten „Tschechenkrise“ und der britisch-französischen Appeasement-Politik, die zum Münchener Abkommen am 30. September 1938 und zur Angliederung des Sudetenlandes führten. Es fehlen uns auch Goebbels-Notizen in den Tagen vor der sogenannten Reichskristallnacht (7.–11.11.1938); seine radikale Haltung in der Judenfrage manifestiert sich jedoch in den Tagen danach. So schreibt er am

⁴⁴ Tonbandinterview Lida Baarova vom 5.2.1987 und ihre auf Tonband gesprochenen Memoiren.

13. November 1938: „190 Synagogen verbrannt und zerstört. Das hat gesessen. Konferenz bei Göring über die Judenfrage. Heiße Kämpfe um die Lösung. Ich vertrete einen radikalen Standpunkt. Funk ist etwas weich und nachgiebig. Ergebnis: die Juden bekommen eine Kontribution von einer Milliarde auferlegt. Sie werden in kürzester Frist gänzlich aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschieden. Sie können keine Geschäfte mehr betreiben. Bekommen dafür nur Schuldbuchverrechnungen zu 6%. Die Schäden müssen sie selbst decken. Versicherungsbezüge verfallen dem Staate. Noch eine ganze Reihe dieser Maßnahmen geplant. Jedenfalls wird jetzt tabula rasa gemacht. Ich arbeite großartig mit Göring zusammen. Er geht auch scharf heran. Die radikale Meinung hat gesiegt.“ Mit seinem aus anderen Quellen bezeugten Vorprollen bei der „Reichskristallnacht“ wollte Goebbels wahrscheinlich auch Hüler, der als Staatsmann im Hintergrund bleiben mußte, einen Dienst erweisen. Er hatte es jedenfalls nötig, um Hitlers Gunst zu werben, denn die erst vor kurzem durch dessen Machtwort beigelegte Affäre mit Lida Baarova hatte an dieser Gunst sehr gezehrt. Wohl aus demselben Grund setzt sich Goebbels in dieser Zeit daran, ein den „Führer“ verherrlichendes Opus zu schreiben: „Adolf Hitler. Ein Mann, der Geschichte macht“; in der Eintragung vom 13. November 1938 berichtet er, schon zwei Kapitel fertiggestellt zu haben.

Die Serie der schwerwiegenden Lücken setzt sich auch 1939 fort: Es fehlen Eintragungen im Zusammenhang mit der Besetzung Böhmens und Mährens Mitte März 1939, für die Vorgeschichte des Krieges und des Hitler-Stalin-Paktes und für die ganze Zeit des Polenfeldzuges und der sowjetischen Besetzung Ostpolens.

Eine lückenlose, massive Überlieferung liegt dann aber für die Schlußphase des handschriftlichen Tagebuches vor, für die Zeit vom 9. Oktober 1939 bis zum 8. Juli 1941: drei sehr umfangreiche Kladden von jeweils rund 475 Seiten für jeweils sechs bis sieben Monate und eine abschließende kleinere Kladder (152 Seiten) für eineinhalb Monate. Diese vier Kladden aus den ersten zwei Kriegsjahren machen allein zwei Fünftel der Gesamtüberlieferung des eigenhändig geschriebenen Tagebuches aus.

Goebbels' Schreibintensität nahm schon seit 1937 zu und steigerte sich nochmals ab Kriegsbeginn. Der Propagandaminister befand sich sozusagen schon auf dem Wege zu dem diktierten Tagebuch der folgenden Jahre und hielt alles fest, was ihm von den Tagesereignissen wichtig erschien. Die Ereignisse werden jetzt nicht mehr so selektiv wiedergegeben wie zum Teil vor 1933 und, auf andere Weise, zwischen 1933 und 1936/37. Das Tagebuch umfaßt nun mehr oder weniger die Gesamtheit der politischen und militärischen Vorgänge, von denen Goebbels erfuhr, auch wenn er an ihnen selbst nicht verantwortlich beteiligt war.

Mit Beginn des Krieges vollzog sich in Goebbels offenbar auch wiederum eine Wandlung der Auffassung seines Amtes und seiner Funktion im NS-Regime. Seine kämpferische und angriffslustige Natur, in Zeiten des Friedens verkümmert, fand wieder genügend Betätigungsfelder, zumal als das Kriegsglück zu schwinden begann. Vorüber waren die Zeiten, in denen der kämpferische Propagandist sich als Staatsmann geben und sich mit Gegnern wie „Pfaffen“ und Juden begnügen mußte.

Der Fortgang des Krieges weckte in Goebbels die schlummernden propagandistischen Talente und demagogischen Energien und veranlaßte ihn zu genialen Leistungen, aber auch zu hektischer Aktivität. In allen eroberten Hauptstädten inspizierte Goebbels den „Geist“ und die Technik der deutschen Kriegspropaganda. In bezug auf die Disziplin der Volksgemeinschaft plädierte er im Krieg für drakonische Strenge. Im Falle eines Übergriffes von Parteigenossen auf „einfache Volksgenossen“ verordnete er Konzentrationslager (11.11.1939), und dieselbe Strafe bescherte er einem Angehörigen seines Ministeriums, der unter Alkoholeinfluß einen Unfall verursacht hatte (21.9.1940). In der Bereitschaft zur Ausmerzung oppositioneller und störender Personen und Gruppen kannte seine Radikalität jetzt keine Grenzen mehr; auch die Sprache der Tagebücher enthüllt einen vor nichts mehr zurückschreckenden Vernichtungswillen. Nach einer Zurechtweisung des oppositionellen Dichters Ernst Wiechert, den er aus dem Konzentrationslager hatte vorführen lassen, notierte Goebbels, er habe Wiechert „geistig abgestochen“ und ihm mit physischer Vernichtung gedroht (30.8.1938). Über den unbotmäßigen Regisseur Luis Trenker vermerkte er im Tagebuch, er werde dieses „Miststück . . . eines Tages erledigen“ (16.2. und 7.3.1940). Selbst bei kleinen Sabotagefällen in den besetzten Gebieten, etwa in Holland, plädierte Goebbels für die Todesstrafe, bei holländischen Juden für den Strang (8.3.1941). Die Aristokraten („die fürstlichen Parasiten Europas“) wollte er am liebsten „ausrotten“ (24.12.1939) wie die Kriminellen (17.8.1940) und die Juden (17.10.1939). Mit Philipp Bouhler, dem Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, registrierte er mit Genugtuung die „stillschweigende Liquidierung eines Geisteskranken“ und formulierte am 31. Januar 1941 das Zwischenergebnis: „80 000 sind weg, 60 000 müssen noch weg“.

Bei der antisemitischen Hetze, die er durch entsprechende Filme wirkungsvoll steigerte, fand Goebbels die Mitarbeit führender Regisseure. Seine Notizen lassen erkennen, daß sich Veit Harlan keineswegs dagegen wehrte, „Jud Süß“ zu drehen, wie er in seinen Erinnerungen glauben machen will⁴⁵. Im Gegenteil, Harlan wartete mit einer „Menge neuer Ideen“ auf und überarbeitete das Drehbuch noch einmal (5.12.1939), so daß Goebbels ihm großes Lob spenden konnte (15.12.1939). Fritz Hippler, Reichsfilmintendant von 1939 bis 1943, verdiente sich große Anerkennung seines damaligen Chefs durch die rührige Produktion des wohl übelsten Hetzfilms, der im Dritten Reich entstanden ist: „Der ewige Jude“⁴⁶. Noch bedenkenloser

⁴⁵ Veit Harlan, *Im Schatten meiner Filme*, Gütersloh 1966, S. 89 ff. und 269 ff.

⁴⁶ Fritz Hippler, *Die Verstrickung*, Düsseldorf o. J.; dort (S. 207) behauptet Hippler, Goebbels habe für die „Gestaltung“ des Films „Der ewige Jude“ seinen (Hipplers) Namen in den Vorspann setzen lassen, weil er den eigenen dafür nicht gut haben verwenden können, obwohl dieser Film im Grunde Goebbels' Werk gewesen sei. In einem Schreiben an die Herausgeberin vom 8.3.1987 ging Hippler noch einen Schritt weiter, indem er die Tatsache als Goebbelssche Bestrafungsaktion für seine angeblich unbotmäßige Haltung interpretierte: „Auch war ihm genau bekannt, daß ich mich am Morgen nach der ‚Reichskristallnacht‘ bei meinem damaligen Vorgesetzten (MR Leichtenstern, Leiter der Filmabt.) in ziemlich aufgeregter Form ‚beschwert‘ hatte. Er hat mich auf diese und andere ‚verräterische‘ Handlungen und Äußerungen nie direkt, wohl aber öfters indirekt tadelnd angesprochen. Das war auch mit einer der Gründe, weswegen er zum Schluß der Entstehungstragi-

waren angesehene Film- und Theaterleute, wenn es um die Produktion von Filmen zur Verunglimpfung der deutschen Kriegsgegner ging. Zu dem anti-englischen Film „Ohm Krüger“ übernahm Schauspielstar Emil Jannings nicht nur die glänzend gespielte Hauptrolle, er hatte auch die Filmidee geliefert (29.11.1939). Die Filmproduktion lief im Kriege ungedrosselt weiter, überwiegend wurden aber Unterhaltungsfilme hergestellt. Goebbels, gegen eine Überdehnung der heroischen Filmpropaganda, war sich mit Hitler einig in der zynischen Einschätzung, daß den Kinogängern zur Betäubung und Ablenkung möglichst leichte Unterhaltungskost geboten werden mußte.

In der „geistigen Kriegführung“, seiner Domäne als Propagandaminister, richteten sich Goebbels' Hauptattacken gegen England. Winston Churchill, den er als besonders gefährlich ansah, suchte er zur lächerlichen Figur zu machen, zum „eitlen Affen in rosa Höschen“ (13.6.1941), beinahe nach dem Schema der Angriffe auf Bernhard Weiß alias „Isidor“. Goebbels' Neigung zu zügellosen Schmähungen erreichte hier ihre Spitze, dahinter stand offenbar aber ernste Sorge. Denn obwohl Goebbels sich über die Siege in Polen, Norwegen und Frankreich „rasend“ freute und Hitler als das größte militärische Genie aller Zeiten pries, plagten ihn doch seit Beginn tiefsitzende Zweifel über den Kriegsausgang. „Ob's zum richtigen Weltkrieg kommen wird“, fragte er am 12. Oktober 1939 mit bangem Ton und tröstete sich nur oberflächlich damit, daß der ihm unheimliche Hitler-Stalin-Pakt doch immerhin einen Zweifrontenkrieg ausschließe (9.11.1939). Den Einmarsch in Norwegen und Dänemark kommentierte er triumphierend („die beiden Länder geben wir nie wieder heraus“), zugleich auch schauernd ob der Kette immer neuer erfolgreicher Expansionen („mir grauet vor der Götter Neide“) und schließlich schlicht und sachlich: „wir müssen in diesem Jahr zum Siege kommen. Sonst würde die Materialüberlegenheit der Gegenseite zu groß“ (9. und 10.4.1940).

Schon am 8. April, vor Beginn des Skandinavienfeldzuges, hatte Goebbels Hitler zu bedenken gegeben, daß der Krieg schnell gewonnen werden müsse, weil ein mehrjähriger Krieg „psychologisch schwer zu ertragen“ sein würde. Hitler hatte ihn beruhigt: nach der Einnahme von Norwegen und Dänemark werde England bepflastert (9.4.1940), und Holländer, Belgier und Franzosen würden froh sein, wenn der Kelch an ihnen vorübergehe. Aber schon wenig später, am 24. April 1940, vertraute ihm der „Führer“ Pläne für neue militärische Operationen an, die wiederum den englischen Hauptkriegsgegner nur mittelbar betrafen: „Frankreich muß zerschlagen werden. Damit verliert London seinen Festlandsdegen. England ist dann ohnmächtig. Die Zerschmetterung Frankreichs ist auch ein Akt geschichtlicher Gerechtigkeit“ (25.4.1940). Daß der Frankreichfeldzug nur eine Frage von Wochen sein würde, ahnte selbst ein Vermessener wie Goebbels nicht. Als am 22. Juni 1940 der

komödie des Films ‚Der ewige Jude‘ meinen Namen auf den Vorspann setzen ließ.“ Dazu Goebbels in seinem Tagebuch vom 3.9.1940: „Der ewige Jude‘. Jetzt ist dieser Dokumentarfilm ganz vorzüglich. Eine großartige Arbeit. Hippler hat seine Sache gut gemacht. Wir sitzen noch bis in die tiefe Nacht und palavern.“

größte Teil Frankreichs besiegt und der Waffenstillstand im Wald von Compiègne unterzeichnet worden war, schreckte sogar Goebbels, der in diesem Frühjahr so manchen Tag der militärischen Siege als groß und geschichtlich gepriesen hatte, vor „soviel geschichtlicher Größe“ zurück (23.6.1940).

Goebbels' Krisenbewußtsein blieb wach. Das vergebliche Warten auf die kriegsentscheidende Operation, die geplante Luftschlacht gegen England, zehrte im Sommer 1940 offenbar an den Nerven des Ministers. Zwischen die großsprecherischen Bemerkungen schlichen sich bemerkenswert depressive Äußerungen. Im späten August während einer Schlechtwetterlage, die die Luftoperationen über England unmöglich machten, bettelte er fast wie ein Kind: „Lieber Gott, laß noch einmal Sommer werden. Wir haben ihn dieses Jahr nötiger denn je“ (23.8.1940).

Am 14. April 1941 jubelte Goebbels über die Siege in Jugoslawien („welch eine Auferstehung aus der langen Winternacht“, 14.4.1941), aber in den Jubel mischten sich zahlreiche Klagen, die den Minister beinahe als einen der von ihm vor Jahren geschmähten Nörgler und Kritiker erscheinen lassen, Klagen über die angespannter werdende Ernährungslage (1.5.1941) oder bramarbasierende Tagebuchreden über die Mißerfolge des italienischen Verbündeten und ihre Konsequenzen: „Leider hat uns Italien mit seinen ewigen Niederlagen schweren Schaden angetan. Ohne das wäre Pétain auf unserer Seite geblieben, hätte Franco vielleicht doch den Weg zu uns gefunden und Gibraltar wäre demnach in unserem Besitz. Auch die Türkei wäre dann zu gewinnen gewesen“ (9.5.1941).

Das Tagebuch läßt nicht erkennen, wann Goebbels von der Planung des Angriffs auf Rußland erfährt, das er in seinen Notizen noch schamhaft mit „R.“ bezeichnet. Aber es wird sehr deutlich, daß er sich Sorgen darüber macht, unvorhergesehene Feldzüge gegen Jugoslawien und Griechenland würden den Angriff auf die Sowjetunion verzögern (23. und 24.4.1941). Mit der Entscheidung zum Kampf gegen Rußland, in dem Goebbels einst einen natürlichen Verbündeten der Versaillesgeschädigten deutschen Proletarier-Nation im Kampf gegen die „plutokratischen“ Westmächte gesehen hatte, baut er sich zunehmend eine heroische Pose auf, der er seine tiefsitzenden Bedenken und Zweifel opfert. Goebbels immunisiert sich gegen unterschwellig besseres Wissen und sucht den bevorstehenden Kampf allein schon seiner Kolossalität wegen in die Dimension historischer Schicksalhaftigkeit zu heben: Das wird ein „Massenangriff allergrößten Stils. Wohl der gewaltigste, den die Geschichte je gesehen hat“ (16.6.1941). In derselben Aufzeichnung setzt er sich aber auch mit der ihn offenbar quälenden Analogie des napoleonischen Feldzuges von 1812 auseinander („das Beispiel Napoleons wiederholt sich nicht“) und sammelt krampfhaft, in einer für das Tagebuch untypischen Weise, Argumente für den Angriff gegen die Sowjetunion, die hier wegen ihrer herausragenden Bedeutung für das Tagebuch und für Goebbels' autosuggestive Kraft, wenn es ihm darum zu tun ist, Vernunft und Angst in Aggression und Irrationalismus umzupolen, ausführlich wiedergegeben werden: „Der Führer schätzt die Aktion auf etwa 4 Monate, ich schätze auf weniger. Der Bolschewismus wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Wir stehen vor einem Siegeszug ohnegleichen. Wir müssen handeln. Moskau

will sich aus dem Kriege heraushalten, bis Europa ermüdet und ausgeblutet ist. Dann möchte Stalin handeln, Europa bolschewisieren und sein Regiment antreten. Durch diese Rechnung wird ihm ein Strich gemacht. Unsere Aktion ist so vorbereitet, wie das überhaupt menschenmöglich ist. Soviele Reserven sind eingebaut, daß ein Mißlingen glatt ausgeschlossen ist. Der Aktion ist geographisch keine Grenze gesetzt. Es wird solange gekämpft, bis keine russische Heeresmacht mehr existiert. Japan ist mit im Bunde. Auch für diese Seite ist die Aktion notwendig. Tokio würde sich nie mit USA einlassen, wenn Rußland noch intakt in seinem Rücken steht. Also muß Rußland auch aus diesem Grunde fallen. England möchte gerne Rußland als Zukunftshoffnung in Europa halten. Das war auch Cripps Mission in Moskau. Sie ist noch nicht gelungen. Der Mann trägt seinen Namen zu Unrecht. Aber Rußland würde uns angreifen, wenn wir schwach werden, und dann hätten wir den Zweifrontenkrieg, den wir durch diese Präventivaktion verhindern. Dann erst haben wir den Rücken frei. Ich schätze die Kampfkraft der Russen sehr niedrig ein, noch niedriger als der Führer. Wenn eine Aktion sicher war und ist, dann diese. Wir müssen auch Rußland angreifen, um Menschen frei zu bekommen. Ein ungeschlagenes Rußland zwingt uns dauernd 150 Divisionen auf, deren Menschen wir dringend für unsere Kriegswirtschaft brauchen. Die muß intensiver werden, um unser Waffen-, Uboot- und Flugzeugprogramm durchzuführen, so, daß uns auch USA nichts mehr anhaben kann. Material, Rohstoffe und Maschinen sind da für 3Stundenschicht, aber die Menschen fehlen. Ist Rußland niedergeworfen, dann können wir ganze Jahrgänge entlassen und bauen, rüsten, vorbereiten. Dann auch erst kann man den Angriff auf England durch die Luftwaffe in ganz großem Stile beginnen. Eine Invasion ist sowieso nur sehr schlecht möglich. Also heißt es sich andere Sicherheiten zum Siege zu schaffen . . . Das bolschewistische Gift muß aus Europa heraus. Dagegen kann wohl auch Churchill oder Roosevelt nur wenig sagen. Evtl. treten wir auch an den deutschen Episkopat beiderlei Bekenntnisse heran, diesen Krieg als einen gottwohlgefälligen zu segnen. In Rußland wird nicht der Zarismus zurückgeholt, sondern entgegen dem jüdischen Bolschewismus der echte Sozialismus durchgeführt. Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung, daß wir das noch erleben. Das Zusammengehen mit Rußland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. Der wird nun abgewaschen. Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch . . . zuerst haben nun unsere Soldaten Gelegenheit, das Vaterland der Arbeiter und Bauern persönlich kennenzulernen. Sie werden alle als wilde Antibolschewisten zurückkehren. Diese Pest wird aus Europa ausgetrieben . . . Stalin zittert vor den kommenden Dingen. Seinem falschen Spiel wird ein Ende gesetzt. Die Rohstoffe dieses reichen Landes werden wir nun organisieren. Die Hoffnung Englands, uns durch Blockade zu vernichten, ist damit endgültig zunichte. Und dann läuft der Ubootkrieg erst richtig an. England wird zu Boden sinken . . . Also los. Die reichen Felder der Ukraine locken.“

Weil der „Endsieg“ inzwischen wesentlich weiter entrückt war als nach dem Frankreichfeldzug, wurde das Siegen-Müssen zu einem heillosen Zwang und schuf einen neuen Fanatismus der Gewalt. Sie gründete schon nicht mehr in dem Glau-

ben, daß radikale Gewalttätigkeit den Sieg näher bringen könnte. Die Entschlossenheit zur äußersten weltanschaulich legitimierten Radikalität, die Hitler in den Monaten vor Beginn des Rußlandfeldzuges an den Tag legte und umsetzte in die berühmten Programme zur Ausmerzungen des „jüdischen Bolschewismus“, (Kommissarbefehl, Vernichtung der sowjetischen Juden) und in die Utopien zur Umgestaltung Rußlands in einen gigantischen kolonialen Großraum der deutschen Herrenrasse – diese zunehmend politikfernen und zwecklosen Weltanschauungsziele und -visionen waren auch Kompensation und Rache dafür, daß der ursprünglich gewollte schnelle und leichte Sieg nicht möglich gewesen war. Die Entschlossenheit zur äußersten Gewalttätigkeit verlegte außerdem den Rückzug und machte jeden Kompromißfrieden unmöglich. Die Komplexität der Gründe dieser Weltanschauungsradikalität vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion enthüllt sich in der teilweise schon zitierten Tagebucheintragung vom 16. Juni 1941. Es ist eine besonders lange Eintragung, die längste überhaupt, die Goebbels in seinen eigenhändig verfaßten Tagebüchern niederschrieb; auch deswegen ist sie verräterisch. Die Aufzeichnung basiert auf einer vorangegangenen Unterredung mit Hitler. Es kann deshalb wohl gesagt werden, daß sich ein Fenster darstellt, das Einblick sowohl in das Goebbelssche wie in das Denken Hitlers am Vorabend des Krieges gegen die Sowjetunion gibt: „Der Führer sagt, ob recht oder unrecht, wir müssen siegen. Das ist der einzige Weg. Und er ist recht, moralisch und notwendig. Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausgeradiert werden“ (16. 6. 1941).

Der heroische Fatalismus, der sich hier ausspricht, basierte auf tiefsitzenden Ängsten und durch sie begründeten Rachegefühlen wegen der entgangenen Möglichkeit des schnellen Sieges (gegen England), nicht zuletzt aber auch auf der Überzeugung von der zusammenschweißenden, fanatisierenden Wirkung krimineller Komplizenschaft. Was man schon auf dem Kerbholz hatte, trieb zu neuer Vernichtungswut an. Die neue Stufe, die mit dem Rußlandfeldzug beschrritten wurde, mag auch ein Grund dafür gewesen sein, daß Goebbels sich entschloß, die Chronik der bevorstehenden Ereignisse, die er in seinen Tagebüchern festzuhalten geneigt war, noch großartiger zu gestalten. Die pennälerhaften Kladden, mit denen er das Tagebuchschreiben als 26jähriger begonnen hatte, schienen dafür nicht mehr gemäß.

AXEL SCHILDT

EIN KONSERVATIVER PROPHET MODERNER
NATIONALER INTEGRATION

Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge
(1874–1963)

Der Name des Nationalökonom und Soziologen Johann Plenge verbindet sich vor allem mit den „Ideen von 1914“, da er der Urheber dieses bekannten Schlagworts und Etiketts deutscher Weltkrieg I-Ideologie war, das dann von unterschiedlichen Autoren benutzt wurde. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg stand es deshalb für liberale Schriftsteller, die sozialistische Wurzeln des „Dritten Reiches“ aufspüren wollten, fest, daß Plenge als gewichtiger Ahnherr des Nationalsozialismus anzusehen sei¹. Außerdem erwarb er sich eine gewisse Bekanntheit durch den Umstand, daß unter seinen Doktorprüflingen 1920 auch der spätere westdeutsche SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher gewesen war². Mit diesen beiden auf den ersten Blick nicht recht zusammenpassenden Kennzeichen ist zwar die Spannbreite politischer Interpretationsmöglichkeiten angedeutet, nicht aber Plenges tiefere Bedeutung als Gesellschaftstheoretiker erfaßt, der eine universale Organisations- und Propagandalehre als Grundlage straffer Formierung von Staat und Gesellschaft auszuarbeiten versuchte. Immerhin wurden ihm von soziologischer Seite verschiedentlich „einige Vorwegnahmen moderner organisationstheoretischer Vorstellungen“ und die „tastende Vorwegnahme der Idee einer allgemeinen Systemtheorie“³ zugeschrieben, und sogar der Vergleich seiner gesellschaftlich-staatlichen Ordnungsvorstellungen mit Ludwig Erhards „Formierter Gesellschaft“ wurde riskiert⁴. Nicht zuletzt sind es solche Zusammenhänge und „Vorläuferfunktionen“, die Plenges umfangreiches

¹ Vgl. F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*. Aus dem Englischen (*The Road to Serfdom*, 1944) übersetzt von E. Röpke, Erlenbach-Zürich 1948, S. 217 ff.; das entsprechende Kapitel heißt „Die sozialistische Wurzel des Nationalsozialismus“; entsprechend W. Röpke, *Die deutsche Frage*, Erlenbach-Zürich 1945, S. 203; vgl. auch J. F. Neurohr, *Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1957, S. 121.

² Aus noch zu nennenden Gründen erfolgte eine Veröffentlichung erst gut 50 Jahre später: K. Schumacher, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. von F. Holtmeier mit einem Geleitwort von H. Wehner, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.

³ R. Mayntz, Rezension: Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)*, Jg. 18, 1966, S. 611–613 (Zitat: S. 612).

⁴ E. Schrader, *Theorie und Praxis. Johann Plenges Programm eines organisatorischen Sozialismus*, in: B. Schäfers (vgl. Anm. 8), S. 17–44 (hier S. 32).

Werk interessant für die Zeitgeschichte politischer Ideologien und Theorien machen. Es geht hier dabei um einen Strang konservativen Denkens im 20. Jahrhundert, der hohe Sensibilität für gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und für die Notwendigkeit einer Integration der Arbeiterbewegung in den Staat mit Antiliberalismus und Antiparlamentarismus verband, aber gleichzeitig eben auch neben und zum Teil gegen irrationalistisch-lebensphilosophische Strömungen stand, die sich um die Jahrhundertwende ausbreiteten und dann das tragende und geistige Fundament des deutschen Konservatismus in der Zwischenkriegszeit bildeten.

Für diesen angedeuteten „rationalistischen“ Nebenstrang konservativen Denkens war Plenge ein wichtiger Theoretiker, dessen Wirkung allerdings schwer abzuschätzen ist, da aus verschiedenen Gründen sich sehr wenige Schriftsteller explizit auf sein Werk beziehen mochten. Er befand sich stets zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und Fraktionen, war seit Beginn seiner Karriere in ständige Polemik auch um Nebensächlichkeiten verstrickt⁵ und blieb Einzelgänger, auch wenn er gleichzeitig rastlos Ausschau nach Gleichgesinnten hielt⁶. Denn Verbindungen kamen jeweils nur so weit und so lange zustande, wie Plenges Auffassungen ohne Abstriche anerkannt wurden. Selbst keinerlei Widerspruch dulnd, war seine Kritik oft verletzend. Solche persönlichen Züge trugen sicherlich ihren Teil dazu bei, daß es, obwohl ihm nichts wichtiger war als die wissenschaftliche und politische Wirkung seiner Theorie, keine „Plenge-Schule“ oder einen „Plenge-Kreis“ gegeben hat. Mit einer Ausnahme überwarf er sich mit sämtlichen seiner Assistenten, und seit seinem Amtsantritt als Professor 1913 hielt er es auch kaum mehr für nötig, andere Auffassungen als die eigenen, wenn nicht in polemischer Absicht, zu zitieren. Aber es war nicht allein die ihm von seinem Lehrer Karl Bücher attestierte pathologische Selbstüberschätzung⁷, für die ihn die akademische Nachwelt zunächst mit Vergessen strafte. Plenge selbst empfand die Grenzen wissenschaftlicher Disziplin als einengend, der ganze Universitätsbetrieb war ihm ein Greuel. Er glaubte sich im Besitz einer grundlegenden Theorie zur Lösung der Probleme seiner Zeit. Sein Forschungsanliegen war immer zugleich ein „politisches und sozialpädagogisches Ziel“⁸,

⁵ Schon Plenges rege Rezensionstätigkeit für die „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ (ZfdgS) seit 1906 kann nur als scharfzüngig und ätzend gekennzeichnet werden. Immer wieder kam es zu Erwidierungen.

⁶ Im Nachlaß Plenge in der Universitätsbibliothek Bielefeld (UB, NL Plenge) befindet sich die Korrespondenz mit ca. 600 Partnern; bei den Briefen Plenges handelt es sich um maschinenschriftliche Durchschläge.

⁷ Vgl. K. Bücher, Rez. zu Plenge: *Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsentwicklung*, in: ZfdgS, Jg. 72, 1916, S. 437–446.

⁸ B. Schäfers, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Soziologie und Sozialismus. Organisation und Propaganda. Abhandlungen zum Lebenswerk von Johann Plenge, mit einem Anhang „Johann Plenge, Obtinenz und Realität“*, und mit einem Geleitwort von L. v. Wiese, Stuttgart 1967, S. 4; obwohl Plenge häufig das „Ziel, nicht für den Fachgelehrten, sondern gemeinverständlich zu schreiben“ (J. Plenge, *Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsentwicklung*, in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*, Bd. 4, 1916, S. 495–529), betonte, entwickelte er doch immer stärker eine exklusive Begrifflichkeit, die eine weitere Rezeptionsschranke bedeutete.

er wollte unmittelbar auf Politik und Politiker Einfluß gewinnen – Max Webers „Werturteilsfreiheit“ lehnte er strikt ab –, ohne allerdings Rücksicht auf die in dieser Sphäre besondere Kompromißhaftigkeit zu nehmen. Dies trug dazu bei, daß seine Schriften nicht nur wissenschaftlich auf Rezeptionsbarrieren stießen, sondern auch die direkte politische Wirkung nur während einer kurzen Phase gelang.

Nach Plenges Tod 1963 gab es die Edition einiger seiner Texte durch einen anhänglichen Schüler aus dem Bereich der Betriebswirtschaftslehre⁹, und eine Gruppe von Soziologen leistete eine wertvolle erste Beschreibung und Analyse einiger seiner wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten in der Zeit der Weimarer Republik¹⁰. Erst neuerdings hat sich das Interesse an Plenge verstärkt. Zu nennen ist vor allem ein Versuch seiner genauen Einordnung in den nationalökonomischen Richtungsstreit am Vorabend des Ersten Weltkrieges und im Krieg, der zahlreiche wichtige Informationen enthält¹¹.

Demgegenüber fehlt bisher ein zusammenfassender, den universalistischen Anspruch und Gesamtcharakter seiner Theorie berücksichtigender Überblick, von dem her erst die Spezifika seiner zugleich wissenschaftlichen und politischen Konzeption deutlich werden. Die folgende Skizze dient diesem Ziel, indem sie Leben und Werk von Plenge vornehmlich anhand der Entwicklung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik verfolgt, wobei politische Zäsuren deshalb entscheidend für die Periodisierung dieser Entwicklung werden, weil alle Theorie von Plenge stets als Angebot politischen Praktikern unterbreitet wurde, die Zeitereignisse direkte Verarbeitung in seinen Schriften fanden.

⁹ J. Plenge/H. Linhardt, *Das System der Verkehrswirtschaft*, Tübingen 1964 (darin der Neudruck von Plenges Probeerlesung am 25. April 1903 an der Universität Leipzig); *Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre*, eingeleitet von H. Linhardt, Berlin 1965; *Cogito ergo sumus. Eine Auswahl aus den Schriften von Johann Plenge 1874–1963 über Wirtschaft und Gesellschaft, Geschichte und Philosophie, Sozialismus und Organisation*. Besorgt und eingeleitet von H. Linhardt, Berlin 1965. In der allgemeinen Geschichtsschreibung der Nationalökonomie und Volkswirtschaftslehre fand Plenge hingegen nur flüchtige Erwähnungen: vgl. P. Mombert, *Geschichte der Nationalökonomie*, Jena 1927, S. 528 f.; E. Salin, *Politische Ökonomie. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart*, Tübingen⁵ 1967, S. 17, 114, 118 f.; G. Stavenhagen, *Geschichte der Wirtschaftstheorie*, Göttingen⁴ 1969, S. 147; zur betriebswirtschaftlichen Rezeption vgl. auch Hinweise in H. Linhardt, *Zur gegenwärtigen Problematik und literarischen Bearbeitung der Organisation und der Propaganda*, in: *Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre*, S. 5–57 (hier S. 32 ff.).

¹⁰ B. Schäfers, *Soziologie und Sozialismus*; vgl. auch D. Käsler, *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung* (Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 58), Opladen 1984, der Plenge nach den Kriterien seiner Verankerung im Kommunikationsgeflecht zum „äußeren Rand“ (ebenda, S. 43) des maßgeblichen Soziologen-Milieus zählt.

¹¹ D. Krüger, *Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 58), Göttingen 1983.

1. Hegel gegen Marx – Konstruktion einer konservativen Integrationsstrategie

Johann Plenge wurde am 7. Juli 1874 als Sohn einer vornehmen protestantischen Patrizierfamilie in Bremen geboren¹². Sein Studium begann er Anfang der neunziger Jahre in Leipzig. Neben Volkswirtschaftslehre belegte er Staatswissenschaften, Philosophie und Geschichte. Obwohl ihn auch der Historiker Karl Lamprecht sehr beeindruckte, wandte er sich nach anfänglichem Schwanken ganz der Nationalökonomie zu, die in Leipzig von Karl Bücher vertreten wurde. Nachdem Plenge zwischenzeitlich auch in Bonn bei Heinrich Dietzel studiert hatte, promovierte er 1897 bei Bücher zum Dr. phil. Das Thema seiner Arbeit fiel noch nicht aus dem Rahmen des zeitgenössischen „kathedersozialistischen“ Interessenspektrums¹³. Um 1900 nutzte Plenge Studienaufenthalte in Brüssel und Paris zur Abfassung einer Habilitationsschrift über die „Gründung und Geschichte des Crédit Mobilier“¹⁴. Das Gedankengut des französischen Utopisten St. Simon (1760–1825) und dessen verzweigten Schülerkreises zog Plenge in dieser Zeit sichtlich in seinen Bann¹⁵. Vor allem die Idee, von der Kommandohöhe des Kreditsystems aus eine zentralistisch organisierte Volkswirtschaft zu dirigieren, bestimmte auch die Thematik seiner weiteren nationalökonomischen Schriften in den folgenden Jahren¹⁶. Plenges fachwissenschaftliches Interesse lag dabei durchaus im Trend des seit 1900 immer stärker werdenden „Bewußtseins vom Wert guter Organisation“¹⁷, und sieht man einmal von der erwähnten polemischen Form seiner Schriften ab, die immer wieder

¹² Vgl. als knappe Personalinformation B. Schäfers, Plenge, Johann, in: Internationales Soziologenlexikon, hrsg. von W. Bernsdorff/H. Knospe, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 333–335; ders., Einleitung, S. 1 ff.; zuletzt auch ders., Die gesellschaftliche Funktionsbestimmung der Soziologie nach Johann Plenge, in: S. Papcke (Hrsg.), Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland, Darmstadt 1986, S. 351–367.

¹³ J. Plenge, Westerwälder Hausierer und Landgänger (Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 78), Leipzig 1898.

¹⁴ J. Plenge, Gründung und Geschichte des Crédit Mobilier. Zwei Kapitel aus: Anlagebanken, eine Einleitung in die Theorie des Anlagebankgeschäfts, Tübingen 1903.

¹⁵ Ebenda, S. 24 ff., 39 ff.

¹⁶ J. Plenge, Das System der Verkehrswirtschaft. Probevorlesung am 24. April 1903 an der Universität Leipzig, Tübingen 1903; ders., Die Finanzen der Großmächte. Eine Kritik neu-deutscher Finanzstatistik, in: ZfdgS, Jg. 64, 1908, S. 713–775; ders., Zur Diagnose der Reichsfinanzreform, in: ZfdgS, Jg. 65, 1909, S. 288–337; ders., Zur internationalen Finanzstatistik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 37, 1909, S. 233–247; ders., Noch einmal die Finanzen der Großmächte, in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 1909, S. 619–634; ders., Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt, Berlin 1913; vgl. dazu P.-C. Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland (Historische Studien, H. 415), Lübeck/Hamburg 1970, S. 223 f.

¹⁷ J. Kocka, Industrielles Management. Konzeptionen und Modelle in Deutschland vor 1914, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG), Jg. 56, 1969, S. 332–372 (Zitat: S. 348); vgl. allgemein vor allem R. v. Bruch, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980.

„begründete tiefe Verbitterung“¹⁸ von Zunftkollegen hervorrief, so verlangte er im Kern nichts anderes als eine straffere Diskontpolitik der Reichsbank und eine stärkere „Besitzbelastung“¹⁹ bei Steuererhöhungen.

Relativ unverbunden mit seinen Studien zum Kreditwesen befaßte sich Plenge bald auch mit sozialphilosophischen Betrachtungen, hierin der „Mehrheit der Sozialwissenschaftler“ folgend, die über „Perspektiven und Leitbilder der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung“²⁰ nachdachten, wobei es unter den Nationalökonomien im Zeitraum zwischen Jahrhundertwende und Weltkriegsausbruch vor allem einen latenten Konflikt zwischen sozialkonservativen, die Höherrangigkeit des staatlichen Ganzen gegenüber dem Individuum, und sozialliberalen, die Wohlfahrt des Einzelnen als Bedingung für das Funktionieren des Gesamtsystems betonenden Gedankengängen gab. Daß Plenge, obwohl sein Lehrer Bücher eher der liberalen Richtung zuzurechnen war²¹, eine strikt antiindividualistische Position einnahm, hatte sich bereits mit seiner Habilitationsschrift angedeutet. Neben St. Simon waren es Schriften von „Sozialkonservativen“ des 19. Jahrhunderts, Karl Rodbertus und Lorenz v. Stein, sowie das vielgelesene Werk von Houston Stewart Chamberlain²², die ihn in diesen Jahren beeinflussten²³. Vor allem aber die Lektüre Hegels sollte entscheidend für seine Positionsfindung werden. Konservative Staatsphilosophie verschmolz bei Plenge, der von 1903–1905 einen 18monatigen Forschungsaufenthalt in den USA absolvierte²⁴, mit der Gewißheit, in einer beginnenden „Periode der modernen Technik unter der Herrschaft einer genau rechnenden, organisatorisch weit ausgreifenden Wirtschaftsführung“, in einer „Zeit der weltgeschichtlichen Revolution“²⁵ zu leben. Der damit einhergehenden „drohenden Gewalt der proleta-

¹⁸ F. Somary, Rez. zu Plenge: Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 38, 1914, S. 491–494 (Zitat: S. 494).

¹⁹ J. Plenge, Zur internationalen Finanzstatistik, S. 246.

²⁰ Krüger, S. 12.

²¹ Ebenda, S. 15; vgl. zur sozialwissenschaftlichen Fraktionierung im Wilhelminischen Deutschland vor allem D. Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich, vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. 1890–1914 (VSWG, Beiheft 52/3), Wiesbaden 1967.

²² H. S. Chamberlain, Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts, München 1899 (bis zum Ende des Ersten Weltkrieges erlebte dieses Buch 14 Auflagen).

²³ Vgl. zu den Quellen Plenges H. Linhardt, Zur gegenwärtigen Problematik, S. 9.

²⁴ Ein wichtiges Bildungserlebnis während dieses Aufenthaltes war offenbar der Gelehrtenkongreß anlässlich der Weltausstellung in St. Louis 1904, an dem von deutscher Seite u. a. Karl Lamprecht, Werner Sombart, Ferdinand Tönnies, Ernst Troeltsch und Max Weber teilnahmen (vgl. Congress of Arts and Science. Universal Exposition, St. Louis, 1904. Ed. by H. J. Rogers, 8 Vols., Boston/New York 1905/07; H. Münsterberg, Der Internationale Gelehrtenkongreß, in: Amtlicher Bericht über die Weltausstellung in St. Louis 1904. Erstattet vom Reichskommissar. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. 11. Legislaturperiode – II. Session, Anlageband 7, Berlin 1906, S. 563–571; B. v. Brocke, Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, Jg. 31, 1981, S. 128–181 [hier S. 139 f.]).

²⁵ J. Plenge, Die Zukunft in Amerika, in: Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, Bd. 1, 1912, S. 431–500 (Zitate: S. 433, 437).

rischen Massenbewegung²⁶, soviel stand für ihn fest, war nicht mit einer Kantianisierung der Sozialdemokratie beizukommen, die er verächtlich als „modisch“²⁷ apostrophierte. In der Auseinandersetzung mit der kantianischen Marxkritik seines Fachkollegen Schulze-Gävernitz²⁸ ging Plenge soweit, zu schreiben, daß, wer „unbefangen“ sei, „an Marxisten und neukantianischen Antimarxisten gleich wenig Freude“²⁹ habe. Nicht eine Liberalisierung der Sozialdemokratie, sondern die Disziplinierung der Arbeiterschaft mittels der Hegelschen Staatsphilosophie stand für ihn auf der Tagesordnung. Dies war der Kern seines in nur wenigen Wochen niedergeschriebenen „Marx und Hegel“, das Anfang 1911 erschien³⁰. Daß Plenge sein Buch nicht „Hegel gegen Marx“ betitelte, was dem politischen Kern seines Anliegen eher entsprochen hätte, verdankte sich folgender Konstruktion: Hegel sei selbstverständlich größer als Marx³¹ gewesen, habe aber eine wichtige Lücke hinterlassen, die dieser ausfüllte – die Erforschung der „ökonomisch-technischen Unterlage jeder Gesellschaft“³². Dies habe nichts mit Materialismus, sondern lediglich mit partiell „kräftigerem Realismus“³³ zu tun, während der „Marxismus als Weltanschauung und Geschichtsbetrachtung objektiv eine unvollständige und einseitige Weiterbildung der Hegelschen Philosophie“³⁴ darstelle. Das Verdienst von Marx bestand für Plenge in der Aufbewahrung Hegelschen Denkens gerade in der „schweren Luft der bürgerlichen Interessen“³⁵, also in dessen Antiliberalismus, und in der Organisation der „amorphen sozialen Masse“³⁶. Der politische Inhalt dieser Organisation, „agitorische Predigt vom Klassenbewußtsein des Proletariats“³⁷ und „egalitäre Freiheitsidee“³⁸, der zu überwinden sei, wurde von Plenge auf Marx' Unfähigkeit zu konstruktivem Denken zurückgeführt, und dieser „Defekt seiner politischen Begabung“³⁹ wiederum leite sich aus der jüdischen Herkunft ab, so daß von einer „Erneuerung der Hegelschen Philosophie aus jüdischem Geiste“⁴⁰ gesprochen werden müsse.

²⁶ J. Plenge, Realistische Glossen zu einer Geschichte des deutschen Idealismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 32, 1911, S. 1–35 (Zitat: S. 35).

²⁷ J. Plenge, Marx oder Kant, in: ZfdgS, Jg. 66, 1910, S. 213–239 (Zitat: S. 215).

²⁸ Vgl. Krüger, S. 50 ff.

²⁹ Plenge, Marx oder Kant, S. 214.

³⁰ Plenge, Marx und Hegel, Tübingen 1911.

³¹ Ebenda, S. 10, S. 176.

³² Ebenda, S. 46; noch deutlicher zu diesem Defizit Hegels Plenge, Realistische Glossen, S. 31.

³³ Plenge, Marx und Hegel, S. 47.

³⁴ Ebenda, S. 53.

³⁵ Ebenda, S. 54 f.

³⁶ Ebenda, S. 180.

³⁷ Ebenda, S. 126.

³⁸ Ebenda, S. 127.

³⁹ Ebenda, S. 57; diese Sichtweise gehörte zum gängigen Arsenal zeitgenössischer, namentlich neohegelianischer, Marxkritik (vgl. etwa E. Hammacher, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus, Leipzig 1909, S. 3).

⁴⁰ Plenge, Marx und Hegel, S. 57; die latent antisemitische Marxinterpretation durchzieht das gesamte Buch. Demgegenüber fand Engels als „philosophischer Banause“ (ebenda, S. 16) nur eine beiläufige

Hegel selbst galt Plenge als Modernist, dem es darum gegangen sei, „seine Zeit zu rationalisieren“⁴¹, eine „hoch rationale, arbeitsteilige und gegliederte, ihre Organisation beherrschende Gesellschaft“⁴² zu propagieren. Gerade die konservativen, quietistischen Züge von Hegels Staatsphilosophie, die Plenge allein interessierten⁴³, wurden zum geeigneten Ansatzpunkt für die Einordnung der Menschen in den „Organisierten Kapitalismus“. Die eingängige Formel, die er dafür fand, eine Abwandlung des bekannten Satzes von Descartes, kann als Kern seiner Theorie angesehen werden: „Cogito, ergo sumus. (. . .) Ich denke, also bin ich eingeordneter Teil in einer organisierten Gesellschaft.“⁴⁴ Daß diese Formierungsapologie als „Sozialismus“, „d.h. bewußte Einordnung des Einzelnen in den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang“⁴⁵, und nicht etwa als „Idealismus von höchster Selbstbesinnung“ oder „konkreter Rationalismus“⁴⁶ bezeichnet wurde, deutete das Ziel politischer Wirksamkeit und das dafür notwendige Eingehen auf die „semantische Hegemonie“⁴⁷ dieser Begrifflichkeit seit der Jahrhundertwende an. Der sozialkonservative Kern seiner Gesellschaftstheorie entsprach dem „Zeitgeist“. Plenge wies rückblickend auf Dietzels Gegensatz von Individual- und Sozialprinzip hin, der ihn schon im Studium beeindruckt habe⁴⁸. Auch die Hegel-Rezeption erlebte nach 1900 durchaus eine Renaissance⁴⁹. Selbst für den Gedanken, die Arbeiterbewegung mittels dessen Philosophie zu einer positiven Staatsgesinnung zu erziehen, konnte Plenge keine Originalität beanspruchen, auch wenn der Neokantianismus in diesen

Erwähnung. Dies unterschied Plenge in gewisser Weise von konservativen Marxkritikern der Weimarer Republik, die den „arischen Engels“ gegenüber dem „jüdischen Marx“ aufwerteten; vgl. etwa F. Fried (= F. Zimmermann), *Das Ende des Kapitalismus*, Jena 1931, S. 131 f.

⁴¹ Plenge, *Marx und Hegel*, S. 40.

⁴² Ebenda, S. 41.

⁴³ Im Vorwort (ebenda, S. 4) vermerkt Plenge, daß Hegels „Philosophie der Geschichte“ seit Herbst 1906 eines seiner Lieblingsbücher gewesen sei; zu dieser Hegel-Lektüre von Plenge vgl. auch Krüger, S. 60 f. Ergänzt werden kann, daß auch in der „Rechtsphilosophie“ zahlreiche einschlägige Stellen über den „organisierten Staat“ auffallen, die Plenge auch von der Begrifflichkeit her inspiriert haben könnten; vgl. etwa G. W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse* (Werke Bd. 7); Frankfurt/M. 1970, S. 407 (§ 260. Zusatz).

⁴⁴ Plenge, *Marx und Hegel*, S. 24.

⁴⁵ Ebenda, S. 178.

⁴⁶ Plenge, *Realistische Glossen*, S. 34.

⁴⁷ H. Berking, *Masse und Geist. Studien zur Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin 1984, S. 159.

⁴⁸ Vgl. J. Plenge, 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916, S. 56.

⁴⁹ Befördert wurde diese vor allem durch die Herausgabe der *Gesammelten Werke Hegels* von Georg Lasson; vgl. auch E. Hammacher, *Die Bedeutung der Philosophie Hegels für die Gegenwart*, Leipzig 1911; zur Bedeutung des Neohegelianismus in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vgl. H. Lübke, *Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte*, München 1974 (Basel 1963); H. Kiesewetter, *Von Hegel zu Hitler. Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus*, Hamburg 1974; beide – ansonsten in der Bewertung des Neohegelianismus konträre – Arbeiten übergehen den nicht zu einer der fest umrissenen „Schulen“ zählenden Plenge für die Jahre vor 1914 (vgl. lediglich die beiläufige Erwähnung bei Kiesewetter, S. 198).

Jahren weit einflußreicher war⁵⁰. Die Spezifik seiner Theorie machte eher das besondere Kombinationsgeschick aus, mit dem Plenge die ihm passenden Teile von Hegels Staatsphilosophie mit der Vision einer modernen, rationalisierten Gesellschaft verband, daraus die führende Mission der „sozialen Funktionäre, jenes neuen Beamtentums, das wir mit der neuen Organisation des Wirtschaftslebens entstehen sehen“⁵¹, ableitete und diese mit gewissem Recht als „Ideologie des Managements“⁵² bezeichnete Ordnungsvorstellung mit einprägsamen Formeln („Cogito, ergo sumus“) als allein zeitgemäße neue Stufe des Sozialismus propagierte.

Die politische Bedeutung dieser gegen marxistische Orthodoxie wie neokantianischen Revisionismus gleichermaßen gerichteten Konzeption, die sich dann im Ersten Weltkrieg enthüllte, wurde von den sozialdemokratischen Parteitheoretikern vorerst nicht erahnt. Franz Mehring amüsierte sich über Plenge als stilistisch begabten „neuen Marxtöter“, der wie alle seine Vorgänger nach der immer gleichen Methode vorgehe, zunächst die alten Marxtöter niederzumachen, dann Marx aufzubauen, um ihn schließlich zu überwinden⁵³. Die Resonanz unter führenden Sozial- und Geisteswissenschaftlern hingegen war recht positiv und der Karriere Plenges förderlich. In dem Historiker Hans Delbrück, der selbst schon durch sein Elternhaus in Hegels Staatsauffassung hineingewachsen war, gerade deshalb das persönliche Regiment Wilhelms II. wie auch den manchesterlichen Liberalismus ablehnte und sich als Anhänger eines „aufgeklärten Konservatismus“⁵⁴ verstand, fand er einen Fürsprecher bei seinen Versuchen, eine Professur zu erhalten⁵⁵. Eine ebenso wichtige Protektion erfuhr Plenge durch Max Weber, dem er zuerst durch seine bank- und finanzwissenschaftlichen Beiträge aufgefallen war, der aber auch seine theoretische Ader schätzte⁵⁶. Vor allem Delbrück und Max Weber, unterstützt von Geheimrat Ludwig Elster im Preußischen Kultusministerium, versuchten trotz

⁵⁰ Einige parallele Gedankengänge zu Plenge finden sich in der Schrift seines Fachkollegen B. Harms, Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie, Jena 1909; Plenge selbst (Marx und Hegel, S. 4) wies auf Überlegungen Max Adlers hin, die ihm eine „Bestätigung“ eigener Gedanken geliefert hätten.

⁵¹ Ebenda, S. 180.

⁵² Krüger, S. 93.

⁵³ F. Mehring, Rez. zu Plenge: Marx und Hegel, in: Die Neue Zeit, Bd. 29/II, 1911, S. 143–144 (Zitat: S. 143); Lenin, der Plenges „Marx und Hegel“ im Schweizer Exil 1915 oder 1916 gelesen hatte, notierte als einziges Lob für den „Erzbanansen“, daß er „einiges Gute im Vergleich mit dem Kantianismus“ aufweise; vgl. W.I. Lenin, Werke, Bd. 38 (Philosophische Hefte), Berlin (Ost) 1971, S. 383; G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Darmstadt/Neuwied 1974 (Taschenbuchausgabe), Bd. 3, S. 16, meinte, daß die Ausnutzung der „reaktionären Seiten der Hegelschen Philosophie“ bei der Einflußnahme auf die SPD vor dem Ersten Weltkrieg, „Plenges Episoden“, deshalb „ohne wichtige Folgen“ blieben, weil bei allen Flügeln der Partei keine Beziehung zu Hegel mehr bestanden habe. Die Entwicklung im Weltkrieg widerlegt diese simplifizierende These.

⁵⁴ A. Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 6), Düsseldorf 1955, S. 23; vgl. A. Hillgruber, Hans Delbrück, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Göttingen 1973, S. 416–428.

⁵⁵ Vgl. Schäfers, Einleitung, S. 3; Krüger, S. 22.

⁵⁶ Ebenda, S. 23, 95 f.

aller Widerstände, die Karriere Plenges zu fördern. Nachdem Aussichten in Leipzig, Breslau und Gießen sich zerschlagen hatten, nicht zuletzt seine polemische Natur wurde gefürchtet – eben zu dieser Zeit hatte er sich nach heftigem Streit auch von seinem akademischen Lehrer Karl Bücher losgesagt⁵⁷ –, gelang zum Sommersemester 1913 seine Berufung an die Universität Münster⁵⁸. An Max Weber schrieb Plenge: „Herzlichen Dank für Ihre tatkräftige Hilfe in Münster und Gießen.“⁵⁹ Dieser Dank hielt ihn nicht davon ab, Max Weber in grober Form anzugreifen, als sich die Wege im Weltkrieg trennten. Und die zweifelsfrei erwiesene Fürsprache Delbrücks verwies er in einem Brief an Heinrich Braun sogar in den Bereich der Legende⁶⁰. Als Ordinarius meinte er, nun rücksichtslos und unabhängig seiner Theorie zum wissenschaftlichen und politischen Durchbruch verhelfen zu können.

2. Die „Ideen von 1914“ – Weltkrieg als Weltrevolution

Mit der Berufung nach Münster begann das Jahrzehnt von Plenges höchster öffentlicher Wirksamkeit. Schon im Wintersemester 1913/14 erhielt er die Geschäftsführung des Staatswissenschaftlichen Seminars der Universität und den damit verbundenen Auftrag zu dessen Reorganisation⁶¹ im Sinne eines stärkeren Praxisbezugs für die Ausbildung von Volkswirten⁶².

Dieses vergleichsweise bescheiden anmutende Vorhaben ergab sich als Konsequenz direkt aus den bereits in „Marx und Hegel“ ausgebreiteten Gedankengängen über die zukünftige Organisation der Gesellschaft.

Ein Jahr später brach der Erste Weltkrieg aus, und Plenge konnte die beginnende

⁵⁷ Mit Karl Bücher stand Plenge bis zu einer gemeinsamen Italienreise 1912 in enger Beziehung. Die Freundschaft artete in einen haßerfüllten, in wissenschaftlichen Journalen auch öffentlich ausgetragenen Streit aus, nachdem Plenge gegen seinen ehemaligen Lehrer den Vorwurf des Plagiats erhoben hatte (vgl. Plenge, *Wirtschaftsstufen*, S. 498 ff.; Zum Prioritätenstreit über die Theorie der Wirtschaftsstufen. Eine Auseinandersetzung zwischen Karl Bücher und Johann Plenge, in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*, Bd. 5, 1917, S. 248–262; auch der Verleger der „Annalen“, Heinrich Braun, der bis zum Abbruch der beiderseitigen Beziehungen 1917 zu den treuesten Verbündeten Plenges zählte, griff in diesen Streit ein: H. Braun, *Karl Büchers polemische Sitten*, in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*, Bd. 5, 1917, S. 571–580; zum Streit Bücher-Plenge vgl. auch Linhardt, *Zur gegenwärtigen Problematik*, S. 16 ff.; Schäfers, *Einleitung*, S. 2). Nicht bekannt wurde dagegen die Verstimmung mit dem zweiten seiner Leipziger Lehrer (vgl. Karl Lamprecht an Plenge, 24. 9. 1913; Plenge an Karl Lamprecht, 29. 9. 1913, in: UB, NL Plenge).

⁵⁸ Vgl. dazu die Korrespondenz im Universitäts-Archiv Münster (UAM), Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Pers.-Akte Nr. 16 I.

⁵⁹ Plenge an Max Weber, 14. 3. 1913, in: UB, NL Plenge.

⁶⁰ Plenge an Heinrich Braun, 9. 12. 1915, in: UB, NL Plenge.

⁶¹ Vgl. J. Plenge, *Bericht über die Neuordnung des Staatswissenschaftlichen Seminars im Wintersemester 1913/14*. Sonderdruck (8 Seiten) aus der *Chronik der Westfälischen Wilhelmsuniversität*, Jg. 28, 1914.

⁶² Vgl. J. Plenge, *Die Vorbildung der Volkswirte*, in: *Die Konjunktur*, Jg. 5, 1913/14, S. 565–573.

Hochkonjunktur für patriotisches Professorenschrifttum⁶³ deshalb besonders gut ausnutzen, weil er mit einem fertigen „Gesellschaftsmodell“ auftrat, für das der Krieg sowohl Bestätigung wie Bewährungsprobe darstellte. Für die gleichzeitige „höchstbewußte Handhabung der Organisationstechnik“ und entsprechend „höchstbewußte innere Einordnung des Menschen in die Organisation“⁶⁴ war nun nicht mehr nur die kriegsmäßig ausgerichtete Industrie das Vorbild, sondern auch das Heer mit der „Selbständigkeit des einzelnen Mannes und aller Unterführer“⁶⁵. Damit ordnete sich Plenge in den zeitbestimmenden Diskurs von „Freiheit“ und „Pflicht“ ein. Auch die Interpretation des Weltkriegs als „Wirtschaftskrieg“ gegen England, als Krieg des deutschen „Volkes der Arbeit“ gegen die Macht der „Krämer“⁶⁶, von Werner Sombart in einer der „hemmungslosesten Schriften“⁶⁷ auf den Gegensatz „Händler und Helden“ gebracht, entsprach einem gängigen Auslegungsmuster⁶⁸. Als deshalb Plenge seine Auffassungen als „Ideen von 1914“ bezeichnete⁶⁹, schien er damit lediglich das patriotische Zeitbewußtsein auf den Begriff gebracht zu haben. Nachdem der Schwede Rudolf Kjellen diese Kennzeichnung als Titel einer vielgelesenen Flugschrift benutzt hatte⁷⁰, wurde sie allgemein populär. Die Spezifik der Auffassungen Plenges blieb damit aber verdeckt, und, wie erwähnt, hatte er daran seinen Anteil. Vor allem in zweifacher Hinsicht hob sich seine Weltkriegsphilosophie aber von der vorherrschenden Linie ab. Zum einen machte er die „Deutschtumsmetaphysik“⁷¹ vieler Kollegen, selbst wenn er gelegentlich von den „deutschen Ideen von 1914“⁷² sprach, nicht mit, zum anderen verstand er diese nicht als antirationalistischen „weltgeschichtlichen Kontrapunkt“⁷³ gegen die Ideen von 1789.

⁶³ Vgl. u. a. K. Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1969; H. Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik* (Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien Bd. 10), Meisenheim a. Glan 1975, S. 21 ff.; K. Vondung, *Deutsche Apokalypse 1914*, in: ders. (Hrsg.), *Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen*, Göttingen 1976, S. 153–171.

⁶⁴ J. Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, Leipzig 1919, S. 13.

⁶⁵ Ebenda, S. 14.

⁶⁶ J. Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft* (Kriegsvorträge der Universität Münster i. W. 11/12), Münster 1915, S. 15.

⁶⁷ F. K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*, Stuttgart 1983, S. 171.

⁶⁸ Vgl. Schwabe, S. 27 f.

⁶⁹ Die „klassische“ Stelle lautet im Kontext (*Der Krieg und die Volkswirtschaft*, S. 187 f.): „Wenn wir einmal diesen Krieg in einem Erinnerungsfeste feiern werden, so wird es das Fest der Mobilmachung sein: Das Fest des 2. August! Das Fest des inneren Sieges! – Da ist unser neuer Geist geboren: der Geist der stärksten Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und aller staatlichen Kräfte zu einem neuen Ganzen, in dem alle mit gleichem Anteil leben. Der neue deutsche Staat! Die Ideen von 1914!“

⁷⁰ R. Kjellen, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915.

⁷¹ Lübke, S. 185.

⁷² Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, S. 190.

⁷³ Lübke, S. 206; auch Lübke behandelt Plenge hier als beliebigen Vertreter deutscher Weltkriegsphilosophie.

Gerade die deutsche „Mission“ im Weltkrieg wurde von ihm mit dem übernationalen Charakter der „Ideen von 1914“ begründet. Am deutlichsten kam dies in seiner Schrift „1789 und 1914“ zum Ausdruck, die Plenge Anfang 1916 in wenigen Wochen verfaßte⁷⁴. Seine „Ideen von 1914“ dürften nicht nur als „Steigerung oder Erneuerung über das Erlebnis von 1813 oder das von 1870 hinaus“ mißverstanden werden; es handle sich nicht um eine „nur auf Deutschland bezügliche, sondern ganz allgemeine Frage“⁷⁵ der Menschheitsentwicklung. Und auch den Rekurs auf die Philosophie Fichtes, deren Renaissance als Charakteristikum der Weltkriegs-ideologie allgemein⁷⁶ und auch der Vorstellungen Plenges⁷⁷ gilt, wollte dieser nicht als nationalistisch, sondern als Vereinigung von „Patriotismus und Kosmopolitismus“⁷⁸ verstanden wissen. Gemäß der Hegelschen Lehre vom „führenden Volk“ verkörperte Deutschland für Plenge deshalb den „Weltgeist“, weil es im „Reich der Ideen ... der überzeugteste Träger aller sozialistischen Träume und in dem Reich der Wirklichkeit der kraftvollste Erbauer der höchst organisierten Volkswirtschaft“ sei⁷⁹, und es müsse den „Kreuzzug im Dienste des Weltgeistes bis zum Ende fechten“⁸⁰, um die „starke Säule einer organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte der Menschheit zu genossenschaftlichem Leben zu sein“⁸¹. Aber selbst England sollte die Möglichkeit haben, durch eine Aufnahme der „Ideen von 1914“ wieder „gesund“ zu werden⁸². War deshalb Plenge schon kein „Extremfall“⁸³ des deutschen Nationalismus und über den üblichen „konservativen Antiliberalismus mit antibritischem Effekt“⁸⁴ erhoben, konnte er noch weniger als schlichter Irrationalist angesprochen werden. Unmißverständlich erklärte er, daß der „Gegensatz der Ideen von 1789 und 1914 ... ein Entwicklungsgegensatz ... weder ein konträrer noch ein kontradiktorischer, sondern ein dialektischer Gegensatz“⁸⁵ sei, und polemisierte in deutlicher Form gegen Kjellen, der nur den Gegensatz betone⁸⁶, und noch weit schärfer gegen Nietzsche, diesen „gefährlichen Heiligen für die Ideen von 1914“⁸⁷:

⁷⁴ Plenge, 1789 und 1914; die Schrift entstand als Reaktion auf einen – im Anhang abgedruckten – Leitartikel der liberalen „Frankfurter Zeitung“ gegen die philosophische Kriegserklärung vom 24. 12. 1915; das Geleitwort datiert vom 9. 3. 1916.

⁷⁵ Ebenda, S. 80.

⁷⁶ Vgl. Lübke, S. 194 ff.

⁷⁷ Vgl. Kiesewetter, S. 198 f.; Schwabe, S. 43.

⁷⁸ Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 123.

⁷⁹ Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft, S. 188.

⁸⁰ Ebenda, S. 202.

⁸¹ Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. XI.

⁸² Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft, S. 189.

⁸³ H. P. Bleuel, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Berlin/München/Wien 1968, S. 87.

⁸⁴ Kritzer, S. 189.

⁸⁵ Plenge, 1789 und 1914, S. 41.

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 143. Ein Gedankenaustausch zwischen Plenge und Kjellen kam nicht zustande; im Nachlaß Plenge befinden sich lediglich einige belanglose Bedankungspostkarten Kjellens für übersandte Schriften aus dem Jahr 1915.

⁸⁷ Plenge, 1789 und 1914, S. 144.

„Wer darum von Zarathustra kommt, muß vielleicht noch mehr umlernen, um 1914 zu verstehen, als wer von 1789 kommt.“⁸⁸

Das Echo auf seine Gelegenheitsschrift „1789 und 1914“ fiel recht unterschiedlich aus, da nun deutlich geworden war, daß Plenge eine wissenschaftliche und politische Linie markierte, die sich nicht umstandslos einem der Hauptlager ideologischer Kriegsbegleitung zuordnen ließ. Anerkennung fand sein Buch bei dem evangelischen Theologen und Philosophen Ernst Troeltsch, der in einer programmatischen Rede vor der einflußreichen „Deutschen Gesellschaft 1914“⁸⁹ bekannte, inhaltlich damit „spontan“⁹⁰ übereinzustimmen. In einer ausführlichen Besprechung für die „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ differenzierte Troeltsch dann sein Urteil. Bei allem Respekt und Wohlwollen meinte er doch, Plenge sehe die Lage „in einem reichlich rosigen Licht“⁹¹ und abstrahiere von manchen Schwierigkeiten deutscher Organisation, die „für einen Weltkampf ... sehr wenig glücklich konstruiert“⁹² sei. Diese skeptischere Beurteilung des deutschen Obrigkeitsstaates wurde durch eine wichtige philosophische Differenz ergänzt und verstärkt. Troeltsch, der vor dem Krieg durch seine Bekanntschaft mit Windelband und Rickert in enger Beziehung zum Neokantianismus badischer Prägung gestanden hatte⁹³, gefiel zwar das „sozialidealistische“ Eingliederungspathos, aber eben nicht dessen hegelianische Fassung als „Höhepunkt der Menschheit“ bezw. eines „von der diesseitig immanenten Menschheit zu erreichenden sozialideellen Höhepunktes“⁹⁴. Entsprechend empfahl er Plenge eine „volle und entschlossene Preisgebung des rationalistischen Monismus“⁹⁵ und verdeutlichte damit, daß auch das „protestantische Phänomen“⁹⁶ gemeinsamer Sinnggebung des Weltkrieges nicht die Kluft zwischen Neokantianismus und Neohegelianismus zu überbrücken vermochte. Plenge, dem die Unterstützung durch Troeltsch, der großen Einfluß hatte, sehr wichtig war, beeilte sich, in einem ausführlichen Schreiben seine Confessio darzulegen: „Ich bin zwar zu Hegel zurückgekommen, bin aber alles andere wie ein Hegelianer ... ich konstruiere nir-

⁸⁸ Ebenda, S. 146.

⁸⁹ Vgl. als Überblick zu dieser von Robert Bosch finanzierten liberalen Berliner Vereinigung J. Schellenberg, Deutsche Gesellschaft 1914 (DG), in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von D. Fricke, Bd. I, Leipzig 1968, S. 378–380.

⁹⁰ E. Troeltsch, Die Ideen von 1914, in: ders. (Hrsg. von H. Baron), Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden, Tübingen 1925, S. 31–58 (Zitat: S. 33).

⁹¹ E. Troeltsch, Plenges Ideen von 1914, in: Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, Bd. 5, 1917, S. 308–343 (Zitat: S. 320); Tönnies und Adolf Weber hatten zuvor Besprechungen für diese Zeitschrift abgelehnt (vgl. Krüger, S. 202).

⁹² Troeltsch, Plenges Ideen von 1914, S. 321.

⁹³ Vgl. W. Bodenstein, Neige des Historismus. Ernst Troeltschs Entwicklungsgang, Gütersloh 1959, S. 24 ff.

⁹⁴ Troeltsch, Plenges Ideen von 1914, S. 327.

⁹⁵ Ebenda, S. 335.

⁹⁶ Vondung, S. 160.

gends nach einem Schema, das ich von außen herantrage.“⁹⁷ Die Beziehungen zwischen Plenge und Troeltsch blieben während des Weltkriegs distanziert freundlich⁹⁸.

Auch der in dieser Zeit dem Katholizismus zuneigende Philosoph Max Scheler fühlte sich mit dem „Grundakkord“ von Plenges „1789 und 1914“, der Betonung des Kriebserlebnisses, „durchaus eins“⁹⁹. Die „Missionsidee der deutschen Organisation“¹⁰⁰ sei besonders in ihrem Einfluß auf die Arbeiterbewegung sehr nützlich. Allerdings regten sich bei Scheler angesichts der Gegenüberstellung von 1789 und 1914 „schwere Zweifel“¹⁰¹, denn im Gegensatz zur französischen Revolution beanspruche Deutschland im Weltkrieg eben keine Weltmission, und man dürfe sich nicht auf Hegel berufen, weil bei diesem eine „falsche verderbliche Ansteckung durch französische politische Denkkategorien“¹⁰² vorgelegen habe. Plenges Angriffe gegen die „Kantscholastik“ fand Scheler ebenso „richtig“¹⁰³ wie die Marxkritik „vortrefflich“¹⁰⁴; gäbe es nur die Wahl zwischen Kant und Hegel, so würde er auch für Hegel votieren, aber die „wahrhaft neue welthistorische Periode“¹⁰⁵ sei eben auch mit diesem Denker des 19. Jahrhunderts nicht zu meistern, sondern eher mit dem in katholischer Kirche, Gewerkschaften und Berufsvereinen herangereiften neuen „Geisttypus“¹⁰⁶, den Scheler bekanntlich lebensphilosophisch charakterisierte. Eine intensive Diskussion zwischen Plenge und Scheler folgte im ersten Jahr der Weimarer Republik.

Seine Beachtung im politischen „Hochland“-Katholizismus¹⁰⁷ hatte Plenge durch seinen Versuch gewonnen, den inneren Zusammenhang und die „hohe Entsprechung“ der „Ideen von 1914“ mit dem Christentum herauszustellen, den er in der Überwindung des Individualismus sah: „Wolle aus einem anderen Willen als dem beschränkten Willen deines kleinen Ichs! Das ist das Gemeinsame“¹⁰⁸. Eine intensive Diskussion ergab sich darüber mit dem Österreicher Hermann Bahr¹⁰⁹, der zunächst in Zweifel zog, daß es sich bei den „Ideen von 1914“ um einen Sieg gegen den Indi-

⁹⁷ Plenge an Ernst Troeltsch, 28. 3. 1916, in: UB, NL Plenge; der Brief umfaßt 8 maschinengeschriebene Seiten.

⁹⁸ Vgl. noch Ernst Troeltsch an Plenge, 16. 2. 1918, in: UB, NL Plenge.

⁹⁹ M. Scheler, Rez. von Plenge: 1789 und 1914, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 42, 1917, S. 586–605 (Zitat: S. 589); vgl. als in dieser Hinsicht wichtigste Kriegsschriften von M. Scheler, *Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg*, Leipzig 1915; ders., *Die Ursachen des Deutschen Hasses. Eine nationalpädagogische Erörterung*, Leipzig 1917.

¹⁰⁰ Scheler, Rezension, S. 587.

¹⁰¹ Ebenda, S. 589.

¹⁰² Ebenda, S. 590.

¹⁰³ Ebenda, S. 601.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 604.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 601.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 596.

¹⁰⁷ Vgl. zuerst J. Strieder, *Neue Wirtschaft und Gesellschaft*, in: *Hochland*, Jg. 13/II, 1916, S. 462–470.

¹⁰⁸ Plenge, 1789 und 1914, S. 154, vgl. auch schon ders., *Realistische Glossen*, S. 29.

¹⁰⁹ Vgl. den Briefwechsel in UB, NL Plenge; von H. Bahr auszugsweise in „Hochland“ (1917) und von Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 38 ff., veröffentlicht.

vidualismus handle, denn bereits vor dem Krieg hätten von „Verbänden beherrschte, geformte, ganz unpersönliche Typen“¹¹⁰ die Gesellschaft bestimmt, während der Krieg dann den Staat als den Verbänden übergeordnete Macht sichtbar gemacht, einen „Sieg des Staatsgedankens“, einen „Sieg des Geistes über die Wirtschaft“¹¹¹ zur Folge gehabt habe. Die durch den Krieg geschaffene „Organisation von Nationen“¹¹² sei eben die Gewähr dafür, daß sich darüber wieder „der katholische Dom der Menschheit erhebt, der mit seiner Turmspitze Gott berührt“¹¹³. Die grundsätzliche philosophische Distanz stellte Plenge als taktische Differenz dar: auch er erblicke „das Letzte und Größte der Ideen von 1914 in der Wiedervereinigung mit Gott“¹¹⁴, aber Voraussetzung einer wahrhaften Völkerfamilie sei eben Deutschlands zuvor realpolitisch zu sichernde Stärke. Es gebe keine Wahl zwischen „deutscher Aufgabe oder Ordnung Gottes“¹¹⁵, denn dieser habe das deutsche Volk selbst zum „Werkzeug“¹¹⁶ genommen.

Während die Aufnahme von „1789 und 1914“ bei philosophisch-politisch motivierten Schriftstellern beider christlicher Konfessionen ungeachtet aller Differenzen nicht unfreundlich verlief, stieß Plenge bei neokantianischen Sozialdemokraten und Alldeutschen gleichermaßen auf Ablehnung. Auf der Linken hielt Conrad Schmidt die „Ideen von 1914“ für eine „utopistische Idee“, die den Burgfrieden des Weltkrieges nicht überleben werde, und für eine „blasphemische“ Rechtfertigungsideologie¹¹⁷; auf der Rechten bejahte Georg von Below zwar die Existenz der „Ideen von 1914“ und gestand Plenge für diesen Begriff die Urheberschaft zu, aber nicht der Philosoph des Staates Hegel, sondern der nationale Vorkämpfer Treitschke sollte als „Führer und klassischer Vertreter der neuen Ideenwelt“ gelten¹¹⁸; außerdem sei „Sozialismus“ dafür eine schlechte Bezeichnung, wenn Plenge wirklich keine Verstaatlichung wolle.

Gerade der unterschwellige Verdacht, er sei „Staatssozialist“ und damit Befürworter von Eingriffen in die Verfügungsgewalt des privaten Kapitals, der als Nebensache bereits bei den Kritiken von Scheler, Strieder und Bahr eine Rolle gespielt hatte, traf Plenge an einem empfindlichen Punkt. Als Arthur Strecker in der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ im August 1916 gegen die in einem Atemzug genannten Professoren Plenge und Edgar Jaffé¹¹⁹ argumentierte, daß der „Kriegssozialismus“ nur für die Dauer des Krieges sinnvoll sei, weil danach „jene

¹¹⁰ Ebenda, S. 52.

¹¹¹ Ebenda, S. 54.

¹¹² Ebenda, S. 61.

¹¹³ Ebenda, S. 65.

¹¹⁴ Ebenda, S. 70.

¹¹⁵ Ebenda, S. 84.

¹¹⁶ Ebenda, S. 85.

¹¹⁷ C. Schmidt, Rez. von Plenge: 1789 und 1914, in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*, Bd. 5, 1917, S. 588–590 (Zitate: S. 589).

¹¹⁸ G. v. Below, Rez. von Plenge: 1789 und 1914, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, III. Folge, Bd. 52 (Bd. 107), 1916/II, S. 848–852 (Zitat: S. 849).

¹¹⁹ Zur Biographie von Jaffé vgl. Krüger, S. 24 f.

angestaunten neuen Menschen wieder die alten sein“ würden¹²⁰, verwahrte sich Plenge in seiner Antwort dagegen, zu den „Kathedersozialisten“ gezählt zu werden, da bei ihm „äußerer Individualismus mit innerem Sozialismus“ einhergehe, der als „eine starke, männliche, höchstbewußte Gesinnung der Pflicht, die sich ein freier Geist selbst errungen hat“¹²¹, zu kennzeichnen sei. Je mehr inneren Sozialismus man hervorbringe, desto geringeren äußeren staatlichen Zwang benötige man. Ein Jahr vorher, im Herbst 1915, war sein ehrgeiziger Versuch gescheitert, die westdeutsche Schwerindustrie zur Finanzierung eines Lehr- und Forschungsinstituts für Volkswirte zu bewegen, da er nicht die dafür notwendige Unterstützung des Preußischen Kultusministeriums gewinnen konnte¹²². In der Begründung für dieses Projekt hatte er „echt sozialistische Gesinnung“ ebenfalls als „bewußte Einordnung des einzelnen ins Ganze, aus tiefster Überzeugung ergriffene Übernahme einer zweckmäßigen Funktion im organischen Arbeitszusammenhang“¹²³ charakterisiert und in diesem Zusammenhang den Satz geprägt: „Wer die besten Volkswirte hat, hat den besten Sozialismus“¹²⁴. Neben ungeschickter und indiskreter Verhandlungsführung Plenges spielte das offenbar nicht auszuräumende Mißtrauen eine Rolle, er sei etatistischen Gedankengängen vielleicht doch nicht abgeneigt. Im übrigen blieb kurz darauf auch sein Versuch, einen engeren Kontakt mit dem Industriellen Walther Rathenau anzuknüpfen, ohne ermutigendes Echo¹²⁵.

Während Plenge sich einerseits ständig um die Abgrenzung zu „staatssozialistischen“ Gedankengängen bemühen mußte, erfolgten andererseits Angriffe der sozialdemokratischen Presse, die ihn wegen seiner Institutspläne als Kreatur der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erscheinen ließ¹²⁶. Anfang 1917 kritisierte auch der SPD-Politiker Konrad Haenisch im Preußischen Abgeordnetenhaus die Tendenz, Universitätsinstitute von privater Seite zu finanzieren, und erwähnte als Bei-

¹²⁰ Abgedruckt in Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 5.

¹²¹ Ebenda, S. 7; die Auseinandersetzung zwischen Plenge und Strecker war auch von „Schmollers Jahrbuch“ Anfang 1917 nachgedruckt worden. Schmöller selbst fand in seinem Nachwort anerkennende Worte für Plenge.

¹²² Die entsprechende Korrespondenz befindet sich in UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Dienst-Akte CI Nr. 2; vgl. u. a. J. Plenge, *Über den Ausbau einer Unterrichtsanstalt für die Ausbildung praktischer Volkswirte*. Denkschrift für die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Als Handschrift gedruckt bei Johannes Bredt, Münster i. W. 1915; ders., *Aus dem Leben einer Idee*. Begleitwort zu einer Denkschrift über eine Unterrichtsanstalt für die Ausbildung praktischer Volkswirte, Münster i. W. 1915; Krüger, S. 102 ff.

¹²³ Plenge, *Aus dem Leben*, S. 13.

¹²⁴ Ebenda, S. 15; vgl. auch ders., *Die Radikalkur gegen alle Mängel unserer Kriegsorganisation*, in: *Germania*, Nr. 424 und 425 vom 12. und 13. 9. 1916.

¹²⁵ Plenge an Walther Rathenau, 27. 1. 1916, und Antwortschreiben vom 29. 1. 1916, in: UB, NL Plenge; Plenge hatte Rathenaus „Die Organisation der Rohstoffversorgung“ als ein „dauerndes Dokument der Zeitgeschichte“ gelobt und einige Exemplare erbeten, die ihm mit einem knappen Dank für die Übersendung eines Vortragsmanuskripts zuzingen. In einem Brief an Friedrich Naumann vom 29. 6. 1917 erwähnte Rathenau unkommentiert seine Plenge-Lektüre (vgl. P. Bendixen, *Das Staatsdenken Walther Rathenaus*, Phil. Diss. Kiel 1972, S. 62).

¹²⁶ Vgl. Krüger, S. 286 (Anm. 38).

spiel Plenge in Münster. Dieser sandte Haenisch daraufhin etliche seiner Schriften mit der Aufforderung zu, sich von seiner sozialistischen Wahrhaftigkeit zu überzeugen. Haenisch antwortete sehr freundlich und sagte eine nähere Beschäftigung mit der Theorie Plenges zu¹²⁷. Es sollte sich um die Anknüpfung des wohl wichtigsten politischen Kontaktes für Plenge handeln und zugleich um den Gewinn eines nahezu bedingungslosen Gefolgsmannes. Daß er für seine theoretische Plattform nun in der Sozialdemokratie¹²⁸ Gehör fand, erklärte sich durch die Differenzierung am rechten sozialdemokratischen Flügel seit 1914. Eine Reihe vordem radikaler „Antirevisionisten“, an erster Stelle sind Konrad Haenisch¹²⁹, Heinrich Cunow¹³⁰ und Paul Lensch¹³¹ zu nennen, hatte sich nicht nur, zum Teil nach schweren inneren

¹²⁷ Plenge an Konrad Haenisch, 8.3. 1917, in: UB, NL Plenge; die Korrespondenz mit Haenisch umfaßt allein im ersten Jahr ihrer Bekanntschaft weit über 100 Briefe.

¹²⁸ In den Jahren 1912/13 hatte es Kontakte zwischen Plenge und dem gerade wegen seiner Unterstützung der deutschen Außenpolitik aus der SPD ausgeschlossenen Gerhard Hildebrand gegeben, dem eine Art „deutscher Fabier-Gesellschaft“ als Sammelbecken für Intellektuelle rechts neben der Sozialdemokratie vorschwebte. Plenge dachte demgegenüber eher an eine Vereinigung zur Propaganda seines „organisatorischen Sozialismus“. An Vorverhandlungen für dieses Projekt, die ergebnislos verliefen, waren auch Max Weber und Hans Delbrück beteiligt (vgl. W.J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1974, S. 127 ff.; Bruch, S. 354; Krüger, S. 70).

¹²⁹ Konrad Haenisch (1876–1925), Sohn eines Marinearztes, 1893 wegen politischer Betätigung von der Schule relegiert, galt als Anhänger der Linken und war Redakteur zahlreicher sozialdemokratischer Zeitungen. In den Jahren seit 1894 war Haenisch Gasthörer an der Leipziger Universität bei Bücher und Lamprecht; vgl. K. Haenisch, Die Not der geistigen Arbeiter (Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgenössischer Schriften, Bd. XII), Leipzig o. J. (1920), S. 6. Die Bedeutung der Leipziger Universität jener Jahre und vor allem Büchers betont auch H. de Man, Gegen den Strom. Memoiren eines europäischen Sozialisten, Stuttgart 1953, S. 76 ff.; zu Lamprecht umfassend L. Schorn-Schütte, Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik, Göttingen 1984. Von 1913–1925 war Haenisch Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses bzw. Landtags, 1918–1921 preußischer Kultusminister, 1923–1925 Regierungspräsident in Wiesbaden; vgl. zur Biographie von Haenisch J. Fischart (= E. Dombrowski), Konrad Haenisch, in: Die Weltbühne, Jg. 15/I, 1919, S. 503–510; R. Sigel, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg, Berlin 1977, S. 29 ff.

¹³⁰ Heinrich Cunow (1862–1936), aus einer Arbeiterfamilie stammend, war u. a. Lehrer an der Parteischule und Redakteur des „Vorwärts“. Einen Namen hatte sich der Autodidakt vor allem mit volkswissenschaftlichen Werken über fremde Kulturen gemacht. 1917–1923 war Cunow, als Nachfolger von Kautsky, Chefredakteur des theoretischen Organs „Die Neue Zeit“, 1919–1924 Mitglied des preußischen Landtags; 1919 wurde er zum Außerplanmäßigen Professor für Staatswissenschaften in Berlin und zum Direktor des Museums für Völkerkunde ernannt; vgl. Sigel, S. 25 ff.

¹³¹ Paul Albert Lensch (1873–1926), Sohn eines Oberregierungsrats aus Potsdam, schloß sich nach seinem Studium der Nationalökonomie (Promotion 1900 in Straßburg) der Sozialdemokratie an. Von 1902–1913 war er Redakteur, seit 1907 als Nachfolger von Franz Mehring Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“; 1912–1918 Mitglied des Reichstags, 1918 einer der Vertreter des Rats der Volksbeauftragten bei der Obersten Heeresleitung; 1919–1925 Außerordentlicher Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Berlin; 1922–1925 Chefredakteur der konservativen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“; 1922 Ausschluß aus der SPD; vgl. J. Fischart (= E. Dombrowski), Paul Lensch, in: Die Weltbühne, Jg. 14/I, 1918, S. 340–343; H. Herzfeld, Paul Lensch. Seine Entwicklung vom Marxisten zum nationalen Sozialisten (1927), in: ders., Aus-

Kämpfen, zur Bewilligung der Kriegskredite und zur Burgfriedenspolitik¹³² bekannt, sondern kritisierte gleichzeitig deren lediglich politisch-taktische Begründung durch die Parteimehrheit. Die ehemaligen Linken forderten stattdessen ein festes theoretisches Fundament, für das ihre Vorkriegsauffassungen, reinterpreted, durchaus von Nutzen seien. Der mit den Gedankengängen dieser Gruppierung sympathisierende Historiker der Arbeiterbewegung Gustav Mayer hob in diesem Sinn die Gemeinsamkeit der Imperialismusanalyse bei der äußersten Rechten und der äußersten Linken der Sozialdemokratie hervor, von der unabhängig es politisch allein darum gehe, „wie man sich zum Problem des modernen Staates stellt“¹³³; in dieser Sichtweise schienen die beiden Pole der Partei gleich weit entfernt von der „konservativen“¹³⁴ marxistischen Orthodoxie. Die ehemaligen Linken hatten sich danach auch nicht reumütig den vormaligen Reformisten und Revisionisten anzuschließen, die Kritik an Liberalismus und Parlamentarisierung der Arbeiterbewegung blieb gültig, hatte durch die pazifistische Wendung Eduard Bernsteins¹³⁵ sogar nachträglich Berechtigung erhalten. Betont wurde in den Weltkriegsschriften der ehemaligen Linken der „revolutionäre“ Charakter der politischen Situation, der zunächst anerkannt werden müsse¹³⁶. Die „grandiose Dialektik“ habe es so gefügt, meinte Haenisch, daß das „in aller Welt als reaktionär verschrieene Deutschland die Sache des großen Fortschritts vertritt . . . Den zurückgebliebenen Formen des kapi-

gewählte Aufsätze, Berlin 1962, S. 87–138; ders., Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, Leipzig 1928; Sigel, S. 21 ff.

¹³² Vgl. als repräsentativen Sammelband F. Thimme/C. Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915; während die Reichstagsfraktion der SPD Paul Lensch seit Kriegsausbruch nicht mehr zum Redner in irgendeiner Frage bestimmte, akzeptierte der Parteivorstand seine Mitarbeit an diesem Band; vgl. dazu U. Ratz, „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: IWK, Jg. 7, 1971, S. 1–26; zum Gesamtzusammenhang vgl. Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919. Bearbeiter von K. Schoenhoven (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert Bd. 1), Köln 1985; S. Müller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 53), Düsseldorf 1974, S. 31 ff.; H.-J. Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 15), Hamburg 1981, S. 374; vgl. allgemein auch G. D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918, Bonn/Bad Godesberg 1985; Plenge, 1789 und 1914, S. 17 f., hatte die Haltung der Gewerkschaftsführung ausführlich positiv gewürdigt.

¹³³ G. Mayer, Der deutsche Marxismus und der Krieg, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 43, 1916, S. 108–170, zit. nach dem Reprint in: Marxismus und Politik. Dokumente zur theoretischen Begründung revolutionärer Politik. Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre, Frankfurt/M. 1971, S. 93–143 (Zitat: S. 126). Gustav Mayer war von Plenges „Marx und Hegel“ sehr beeindruckt (G. Mayer an Plenge, 4. 2. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹³⁴ Mayer, S. 102.

¹³⁵ Vgl. S. Müller, Bernsteins Haltung im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19, in: H. Heilmann/T. Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus, Bonn 1978, S. 213–221.

¹³⁶ H. Cunow, Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit, Berlin 1915.

talistischen Wirtschaftsbetriebes, wie sie in England herrschen, steht in und mit Deutschland die höher entwickelte Form des modernen, organisierten Kapitalismus gegenüber!¹³⁷ „So wäre also der Sieg der englischen Koalition der Sieg veralteter Formen des Kapitalismus über seinen modernsten Typus und zugleich der Sieg proletarischer Rückständigkeit über den proletarischen Sozialismus!“¹³⁸ Auch Lensch sah entsprechend „die Geschichte an der Arbeit“, gegen den englischen Individualismus „einen Typus“ neuer Art hervorzubringen: „den sozialen, gesellschaftlichen, den organisierten Menschen“¹³⁹.

Die Theorie vom „Kriegssozialismus“ – für die Wortschöpfung beanspruchte Lensch die Urheberschaft¹⁴⁰ – als Mixtur von ökonomischer Analyse, Hegelschem Staatsdenken und Betonung der Organisation, Antiliberalismus und Englandfeindschaft war in ihren Grundzügen mit Plenges „Ideen von 1914“ nahe verwandt, ohne daß eine gegenseitige Rezeption nachgewiesen ist. Haenisch jedenfalls hatte in seiner Antwort auf den erwähnten Brief Plenges im März 1917 bekannt, „bisher im Drange der politischen Arbeit keine Muße gefunden“¹⁴¹ zu haben, dessen Publikationen zu verfolgen. Um so rascher erfolgte nun die Aufnahme, zumal Plenge eine Art Schnellkurs verordnete. Zuerst sollte Haenisch das fünfte Kapitel von „Marx und Hegel“ lesen, danach das Vorwort, erste Kapitel und den letzten Teil der „Diskontpolitik“ und dann den Aufsatz „Die Zukunft in Amerika“¹⁴². Schon zwei Wochen darauf erfolgte die Einladung nach Münster zu ausführlichen Gesprächen, „denn der sozialistische Praktiker, der den Sozialismus zur Wirklichkeit führen möchte, und der sozialistische Theoretiker, der die Bedingungen und Grenzen des wirklichen Sozialismus durchdenken möchte, gehören notwendig zusammen“¹⁴³. Der „Praktiker“ Haenisch nahm die Einladung begeistert an¹⁴⁴. Ein Ergebnis des mehrtägigen Gedankenaustausches war das Angebot Plenges, von nun an für „Die Glocke“, die Haenisch seit Oktober 1915 leitete, zu schreiben¹⁴⁵. Verleger und Geldgeber dieser Zeitschrift war der legendäre russische Revolutionär Parvus (Alexander Helphand), dem sich Haenisch schon 1905 in seiner Leipziger Zeit so eng angeschlossen hatte, daß ihm dies den Beinamen „Parvulus“ einbrachte¹⁴⁶. Als Parvus, durch Kriegsgeschäfte in der Türkei reich geworden, 1915 nach Deutschland

¹³⁷ K. Haenisch, *Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege*, Berlin 1917, S. 104.

¹³⁸ Ebenda, S. 105.

¹³⁹ P. Lensch, *Die Weltstellung Englands und die Haltung der englischen Arbeiterklasse*, in: *Preussische Jahrbücher*, Bd. 164, 1916/II, S. 237–248 (Zitat: S. 248); vgl. auch ders., *Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis*, Hamburg 1916; ders., *Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück*, Leipzig 1916.

¹⁴⁰ Vgl. Lensch, *Die Sozialdemokratie*, S. 188; allgemein Sigel, S. 46 ff.

¹⁴¹ Haenisch an Plenge, 10. 3. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁴² Plenge an Haenisch, 12. 3. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁴³ Plenge an Haenisch, 28. 3. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁴⁴ Haenisch an Plenge, 30. 3. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁴⁵ Plenge an Haenisch, 18. 4. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁴⁶ Vgl. W. B. Scharlau/Z. A. Zeman, *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 1964, S. 110 f.

kam, um mit seinem Geld den antizaristischen Kampf voranzutreiben, war Haenisch der einzige, der zu ihm hielt und zum Abbau des Mißtrauens wichtiger Vertreter des rechten Parteiflügels gegen den etwas dubiosen Revolutionär beitrug¹⁴⁷. Mit der im September 1915 gegründeten und seit Ende des Jahres wöchentlich erscheinenden „Glocke“ erhielt die „Gruppe“ ehemaliger Linker um Haenisch ein eigenes Richtungsorgan¹⁴⁸ und war nicht mehr darauf angewiesen, eigene Artikel der sozialdemokratischen Presse nur anzubieten¹⁴⁹. Über den Einfluß der nicht nur vom linken Flügel¹⁵⁰, sondern auch von Repräsentanten der Parteimehrheit¹⁵¹ bisweilen heftig attackierten „Glocke“ lassen sich nur Indizien zusammentragen. Forderungen an der Parteibasis der Mehrheitssozialdemokraten im Vorfeld des Würzburger Parteitags 1917 jedenfalls, nach der Trennung von den Unabhängigen nun auch gegen die Rechten um die „Glocke“ vorzugehen, wurden von der Führung der Mehrheitssozialdemokratie strikt abgelehnt¹⁵².

Plenge stellte seine publizistische Mitarbeit an diesem innerparteilich umstrittenen Organ unter das anspruchsvolle Motto: „Revolutionierung der Revolutionäre“¹⁵³. Wie er gegenüber Haenisch betonte, wollte er als Theoretiker die „Selbstverständigung“ der „besonderen Gruppe“ auf dem rechten Flügel der SPD entscheidend vor-

¹⁴⁷ Ebenda, S. 173.

¹⁴⁸ Die Bezeichnung „Richtungsorgan“ verlangt folgende Präzisierungen: Zum einen handelte es sich quasi um ein Bündnis von Parvus' „Antizarismus“ und der antibritischen Stoßrichtung von Haenisch und Lensch (vgl. Scharlau/Zeman, S. 203; Sigel, S. 61 f.). Zweitens gab es spürbare Unterscheidungen gegenüber den „Sozialistischen Monatsheften“ als dem traditionellen Theorieorgan der Parteirechten; während diese eine Kontinentaleuropakonzeption und deutsch-britische Gleichberechtigung propagierten, galt der „Glocke“ England prinzipiell als Weltreaktion (vgl. Sigel, S. 107 ff.). Drittens kamen in der „Glocke“ auch Vertreter des rechten Parteiflügels zu Wort, die das theoretische Fundament von Haenisch und Lensch nicht unterstützten oder auch nicht genauer kannten. Zu den Autoren gehörten außer dem engeren Kreis – Haenisch, Lensch, Cunow – u. a. Max Cohen-Reuß, Carl Severing, Wilhelm Sollmann, Eduard David, Rudolf Wissell, Wilhelm Keil und Otto Braun. Während die Gewerkschaftsführer ansonsten eher die „Sozialistischen Monatshefte“ bevorzugten, zählten immerhin die Spitzenfunktionäre Wilhelm Jansson und August Winnig zu den ständigen Mitarbeitern.

¹⁴⁹ Seit Juni 1915 hatte man versucht, mit der „Sozialdemokratischen Artikelkorrespondenz“ (zweimal wöchentlich) Einfluß auf die Parteipresse zu erhalten (vgl. Sigel, S. 57 f.); Haenisch war auch Leiter der Flugblattzentrale beim Parteivorstand, mußte aber in dieser Position Zurückhaltung üben (vgl. die von ihm verfaßte Broschüre „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1916).

¹⁵⁰ Vgl. Sigel, S. 126 ff.

¹⁵¹ Ebenda, S. 64 f.

¹⁵² Ebenda, S. 140. Während D. Grosser, *Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs* (Studien zur Regierungslehre und Internationalen Politik I), Den Haag 1970, S. 157, davon ausgeht, daß der Parteivorstand „durch diese ideologischen und theoretischen Kontroversen nur wenig berührt“ gewesen sei, sehen Scharlau/Zeman, S. 204, „eine gewisse Wirkung auf den Parteivorstand“ hinsichtlich der antienglischen Kampagne; Sigel, S. 64, konstatiert „eine bedeutsame Rolle“ der Gruppe in der öffentlichen Diskussion.

¹⁵³ So lautete seine erste Artikelfolge in der „Glocke“ von Mai–Juli 1917, veröffentlicht auch als Buch: J. Plenge, *Die Revolutionierung der Revolutionäre*, Leipzig 1918.

anbringen¹⁵⁴. Dazu gehörte der Nachweis, „daß das am 4. August aufgebrochene Geschwür des alten Marxismus noch einmal mit sicherer Hand nachgeschritten werden muß“¹⁵⁵, „damit der Marxismus nicht in einfachen Revisionismus verfällt“¹⁵⁶. Inhaltlich ging Plenge bei dieser „chirurgischen“ Arbeit nicht über den Antikantianismus¹⁵⁷ und latent antisemitisch getönten Antimarxismus¹⁵⁸ – seit „Marx und Hegel“ (1911) Kern seiner Auffassungen – hinaus; allenfalls die Tonlage war lauter geworden. Ungeduldig drang Plenge auf eine klare Abgrenzung der „Glocke“ von Repräsentanten der Rechten in der Parteiführung wie Wolfgang Heine und Eduard David und von deren „vaterländischem Demokratismus mit stärkster Beimischung von Sozialpolitik“¹⁵⁹, was mit Sozialismus als einer „Vereinigung sehr konservativer und sehr fortschrittlicher geistiger Elemente“¹⁶⁰ nichts zu tun habe.

Bei einigen „Glocke“-Leuten mag der Hintergedanke eine Rolle gespielt haben, sich des Münsteraner Professors zu bedienen, um ungefährdet auch da ihre wahren Ansichten zu verbreiten und das „politisch Machbare auszukundschaften“¹⁶¹, wo parteitaktische Rücksichten offenes Visier verboten¹⁶². Plenge, der anfangs unter dem Pseudonym „von einem organisatorischen Sozialisten“ schreiben wollte, war auf Wunsch von Haenisch auch gern bereit, sofort unter seinem vollen Namen in der „Glocke“ zu veröffentlichen¹⁶³. Dadurch hatte man seine Aufsätze formal als Diskussionsbeiträge eines Nicht-Sozialdemokraten eingestuft. Allerdings darf daraus nicht gefolgert werden, Plenge hätte sich in dienender Funktion den Plänen der Haenisch-Lensch-Cunow-Gruppe einpassen lassen. Dies entsprach nicht seinem hohen Selbstbewusstsein als Theoretiker, der die Sozialdemokratie in seinem Sinne „revolutionieren“ wollte. Schon seine ersten Aufsätze in der „Glocke“ waren geprägt von einem schulmeisterlichen Ton, in dem er Haenisch, Lensch und andere¹⁶⁴ zwar als hoffnungsvolle Talente aufzählte, gleichzeitig aber nie vergaß,

¹⁵⁴ Plenge an Haenisch, 18. 4. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁵⁵ Plenge, Die Revolutionierung, S. III.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 11.

¹⁵⁷ Vgl. Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 16.

¹⁵⁸ Vgl. Plenge, Die Revolutionierung, S. 24.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 11.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 10.

¹⁶¹ Sigel, S. 116.

¹⁶² Gerade der sporadisch auch in der „Glocke“ schreibende David war für Haenisch und Lensch ein wichtiger Fürsprecher im Parteivorstand. Vgl. zu den Kontakten vor allem: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918. In Verbindung mit E. Matthias bearbeitet von S. Müller (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe Bd. 4), Düsseldorf 1966.

¹⁶³ Plenge an Haenisch, 23. 4. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁶⁴ Erwähnt wurden, zum Teil auf Wunsch von Haenisch, auch Ernst Heilmann, Wilhelm Jansson, Max Beer – Ende 1919 Nachfolger von Haenisch als Chefredakteur der „Glocke“ – und August Winnig (Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 99, 130); Hinweise einer direkten Plenge-Rezeption Winnigs werden nicht erwähnt bei W. Ribhegge, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973, sind allerdings wahrscheinlich; Schumacher, S. 102 ff.

auf ihre Grenzen hinzuweisen. Allenfalls das Verständnis von wichtigen Teilstücken seines theoretischen Gebäudes gestand er zu: „Bei Haenisch: Die Ideen von 1914. Bei Lensch: Die Revolution des Aufbaus, Sozialismus als Organisation. Bei Cunow: Marx und Hegel.“¹⁶⁵ Mit der Aufnahme bei den Mitstreitern von Haenisch konnte Plenge sehr zufrieden sein. Cunow, mit dem er seit April 1917 korrespondierte, spendete überschwengliches Lob für „1789 und 1914“: „Viele Parteien sind mir geradezu aus der Seele herausgeschrieben, besonders Ihre Ausführungen über die individualistischen Freiheitsideen von 1789 im Gegensatz zum modernen Organisationsgedanken sowie über Kant als Vertreter des liberal-philosophischen Individualismus und seine Überwindung durch die Hegelsche Rechts- und Staatsphilosophie.“¹⁶⁶ Lensch hatte ihn im Mai 1917 sogar in Münster besucht und eine gute Gesprächsgrundlage gefunden¹⁶⁷. Plenge hatte anlässlich dieses Besuches an Haenisch geschrieben: „Es ist sehr drollig, wie wir alten Leipziger jetzt zusammen agieren. Maurenbrecher, Sie und ich, dieselbe Generation. Lensch könnte durch seine lange Leipziger Zeit auch hinzugehören. Sehr viel hängt unzweifelhaft mit den Anregungen zusammen, die von Lamprecht ausgegangen sind.“¹⁶⁸

Die freundliche Aufnahme Plenges bei den Redakteuren der „Glocke“ fiel allerdings gerade in den Zeitraum einer Umbesinnung des Verlegers Parvus. Nach dem Sturz des Zarismus im Februar 1917 glaubte dieser nun, wie Haenisch an Plenge schrieb, allen Ernstes an eine Beendigung des Krieges „durch eine proletarische Weltrevolution nach russischem Muster“¹⁶⁹; Parvus war nicht nur „sehr unzufrieden“ mit Plenges Artikelfolge, er verlangte sogar ihre „Sistierung“, was Haenisch und Cunow mit Mühe verhindern konnten¹⁷⁰.

Plenges Optimismus, eine rasche theoretische Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Rechten in seinem Sinne bewirken zu können, hatte Cunow schon sehr bald gedämpft. Das „Tohuwabohu“ sei viel größer, als Plenge meine: „In der Parteilichkeit finden sich z. B. die verschiedenartigsten Strömungen zusammen: radikal-individualistischer Liberalismus à la Bright und Morley, spießbürgerlicher Alt-Demokratismus von 1848, französische Revolutionsromantik, naiver Allerweltskosmopolitismus, gefühlsseligere Pazifismus, reiner Opportunismus usw.“¹⁷¹ Im Juli 1917 kam dann bei Plenge der Verdacht auf, daß gerade letzteres Merkmal auch auf Lensch zutraf, der sich im Reichstag nicht der Friedensresolution von Zentrum,

¹⁶⁵ Plenge, *Die Revolutionierung*, S. 178.

¹⁶⁶ Cunow an Plenge, 5. 6. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁶⁷ Lensch an Plenge, 21. 5. 1917; Plenge an Lensch, 25. 5. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁶⁸ Plenge an Haenisch, 15. 5. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁶⁹ Haenisch an Plenge, 15. 5. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁷⁰ Haenisch an Plenge, 20. 7. 1917, in: UB, NL Plenge; auf Rat von Haenisch schickte Plenge ein gebundenes Exemplar seines „Revolutionierung der Revolutionäre“ mit einem freundlich gehaltenen Begleitschreiben an Parvus, der sehr kühl und ohne Dank lediglich „Interesse“ bekundete (Haenisch an Plenge, 27. 7. 1917; Plenge an Parvus, 25. 8. 1917; Parvus an Plenge, 27. 8. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹⁷¹ Cunow an Plenge, 28. 6. 1917, in: UB, NL Plenge.

Fortschrittlicher Volkspartei und SPD widersetzt hatte¹⁷². Ein Artikel des jungen Gewerkschaftsfunktionärs Ernst Heilmann¹⁷³ in der „Glocke“, in dem dieser scharfe antiparlamentarische Töne angeschlagen hatte¹⁷⁴, ließen Plenges aufkommende Zweifel in die Perspektiven der rechtssozialdemokratischen Gruppe noch einmal verfliegen. Begeistert schrieb er an Haenisch: „Als Theoretiker habe ich dabei den besonderen Spaß, einem sachlich und persönlich gleich interessantem Rennen ... um die neue politische Führung zuzusehen. Ein Rennen zwischen Parteien und Talenten. Ihre Gruppe hat die Führung in der Neuorientierung und in Ihrer Gruppe ist nun auf einmal einer, der für mich wenigstens bis dahin Outsider war ...“; Heilmann, nicht mehr Lensch, sei nun sein Favorit¹⁷⁵. Und an Heilmann selbst sandte Plenge überschwengliche Glückwünsche für dessen Aufsatz, der „eine entscheidende Tat“ sei. Gerade die Ordnung der Gewerkschaften, die auch nicht daran dächten, „ein so gut wie dauernd tagendes Parlament von Abgeordnetencliquen neben die Leitung zu stellen“, müsse auch in der Staatsvorstellung Vorbild werden, um die „Mehrheitszählerei“, die liberalen „unverdauten Naumannbeschwerden“ der Sozialdemokratie zu kurieren. Dabei setze er große Hoffnungen gerade in Heilmann¹⁷⁶. Dessen Antwort bedeutete allerdings eine Enttäuschung. Er sei über die Anerkennung „sehr erfreut und zugleich beschämt“, sei er doch nur ein unbedeutender Journalist, der hohe Erwartungen nicht rechtfertige¹⁷⁷. Für Plenge hatte diese

¹⁷² Plenge an Haenisch, 24.7. 1917, in: UB, NL Plenge; Haenisch verteidigte die Friedensresolution daraufhin als taktisch „wohl notwendig mit Rücksicht auf die Stimmung des Inlandes, in dem die Kriegsmüdigkeit doch leider einen immer bedrohlicheren Umfang annimmt“ (Haenisch an Plenge, 27.7. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹⁷³ Ernst Heilmann (1881–1940) erhielt 1918 die Leitung des Gewerkschaftsorgans „Internationale Korrespondenz“ und gehörte von 1919–1933, seit 1924 als Fraktionsvorsitzender der SPD, dem Preußischen Landtag und 1928–1933 dem Reichstag an. Heilmann wurde 1940 im KZ Buchenwald ermordet. Vgl. P. Lösche, Ernst Heilmann – sozialdemokratisch-parlamentarischer Führer im Preußen der Weimarer Republik, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 33, 1982, S. 420–433.

¹⁷⁴ E. Heilmann, Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Advokatenwirtschaft, in: *Die Glocke*, Jg. 3/I, 1917, S. 801–816; Plenge hatte diesen Artikel – wie auch seit 1915 seine eigenen Arbeiten – an den kommandierenden General des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps in Münster, Freiherrn von Gayl, gesandt, der ihn sogar an den Reichskanzler weiterleitete (v. Gayl an Plenge, 14.9. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹⁷⁵ Plenge an Haenisch, 31.8. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁷⁶ Plenge an Heilmann, 8.9. 1917, in: UB, NL Plenge; vgl. schon die Gegenüberstellung von positiv beurteilten Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei bei Plenge, *Die Revolutionierung*, S. 160, 169.

¹⁷⁷ Heilmann an Plenge, 13.9. 1917, in: UB, NL Plenge; schon vorher hatte Haenisch, offenbar über die von Plenge geäußerte Begeisterung etwas irritiert, hervorgehoben, daß Heilmann „natürlich Jude“ sei und daß es wirklich so scheine, „daß wir das jüdische Element, so sehr sich unser Blut dagegen sträuben mag, in der Poliik und Journalistik ebensowenig entbehren können wie z. B. im Theaterleben“ (Haenisch an Plenge, 2.9. 1917, in: UB, NL Plenge). Antisemitisch getönte Urteile über andere Personen finden sich in der Korrespondenz Plenge–Haenisch etliche. Im gleichen Zeitraum z. B. charakterisierte Haenisch den Chefredakteur des „Vorwärts“ Friedrich Stampfer als „jüdischen Wiener Kaffeehausjournalist“ und „an sich eine wenig angenehme Erscheinung“;

Absage eine große Bedeutung, wie in einem rückblickenden Brief an Haenisch zu merken ist: Er zeigte sich „froh, daß die Gefahr, zu sehr in die eigentliche Politik hineingezogen zu werden, glücklich vorüber ist. Sie wurde lebhaft, als durch Heilmann die Tätigkeit Ihrer Gruppe in stärkeren Gang zu kommen schien. Da war ich in starker Versuchung, und habe mich zum Glück besonnen.“¹⁷⁸

Nach den Anfechtungen der praktischen Politik wieder in der Rolle des politischen Theoretikers, erklärte Plenge nun den bevorstehenden Würzburger Parteitag im Oktober 1917 zur Bewährungsprobe der Parteirechten. Wenigstens zu klaren Auseinandersetzungen müsse es kommen, eine Abkehr von „gefährlicher Verkleisterungspolitik“¹⁷⁹ sei zu fordern. Der Parteitag hinterließ in dieser Hinsicht bei Plenge einen zwiespältigen Eindruck. Immerhin war Cunow das wirtschaftspolitische Referat übertragen worden¹⁸⁰, aber vor allem Lensch, der sich um eine theoretische Begründung der nationalen Politik seit 1914 bemühte und koloniale Forderungen für einen Friedensschluß aufstellte, geriet in eine Außenseiterrolle¹⁸¹. Entsprechend skeptisch fiel Plenges Parteitagsbilanz aus¹⁸²: „Eintagspolitik und Augenblickspolitik klangen lauter in die Welt als die Neueinstellung des weltgeschichtlichen Willens.“¹⁸³ Inmitten des bürokratischen Parteibetriebs machte er immerhin noch den Parteivorsitzenden Philipp Scheidemann als „ehrliches, hochstrebendes Arbeiterherz“¹⁸⁴ aus. Plenge zog aus Würzburg zunächst die Konsequenz, seinen Einfluß auf die Sozialdemokratie auszudehnen. Gegenüber Haenisch äußerte er den Wunsch, nun auch in der „Neuen Zeit“ zu schreiben¹⁸⁵, deren Chefredakteur gerade Cunow geworden war; dem österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner schickte er seine „Revo-

Plenge erklärte sein Zerwürfnis mit Heinrich Braun (vgl. Anm. 57) „schon wesentlich mit der Rasse“, der „Rachsucht und Hysterie der Juden“ (Haenisch an Plenge, 31. 8. 1917; Plenge an Haenisch, 21. 8. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹⁷⁸ Plenge an Haenisch, 29. 9. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁷⁹ Plenge an Haenisch, 12. 9. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁸⁰ Auch die Referate/Berichte der Reichstagsfraktion (Eduard David), zur Finanzpolitik (Wilhelm Keil) und zur Sozialpolitik (Rudolf Wissell) wurden immerhin von gelegentlichen Autoren der „Glocke“ vorgetragen; eine direkte Plenge-Rezeption Wissells ist nicht nachgewiesen (vgl. D. E. Barclay, Rudolf Wissell als Sozialpolitiker. 1890–1933, Berlin 1984), aber immerhin wahrscheinlich (vgl. die Korrespondenz Plenge–Wissell 1920/21 in UB, NL Plenge).

¹⁸¹ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, Berlin 1917, S. 312 ff., 357 ff., 444 f.; Haenisch berichtete: „Angriffe auf Heilmann, Lensch und mich hat's nur so gehagelt... Die Entwicklung zu klar erkannter sozialistischer Realpolitik geht verzweifelt langsam.“ (Haenisch an Plenge, 22. 10. 1917, in: UB, NL Plenge).

¹⁸² Der entsprechende Aufsatz in der „Glocke“ mit dem Titel „Vom kommunistischen Manifest zum Parteitag 1917“ ist abgedruckt in Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 90 ff., und in J. Plenge, Die Geburt der Vernunft, Berlin 1918, S. 73 ff.

¹⁸³ Ebenda, S. 77.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 78. Die mit herablassendem Begleitschreiben übersandten Bücher „Die Revolutionierung der Revolutionäre“ und „Die Geburt der Vernunft“ blieben offenbar unbeachtet (Plenge an Scheidemann, 11. 10. 1917 und 9. 2. 1918, in: UB, NL Plenge).

¹⁸⁵ Plenge an Haenisch, 25. 10. 1917, in: UB, NL Plenge; diese Absicht wurde nicht verwirklicht.

lutionierung der Revolutionäre“, woraufhin dieser sich mit Plenge treffen wollte¹⁸⁶; und auch Friedrich Ebert hatte den „lebhaften Wunsch“¹⁸⁷ geäußert, dieses Buch zu lesen.

Im letzten Quartal des Jahres 1917 arbeitete Plenge mit großem Einsatz an einer neuen Artikelfolge für die „Glocke“ unter dem Titel „Geburt der Vernunft“¹⁸⁸, die von ihm als „konstruktives“ Gegenstück und Ergänzung zur „Revolutionierung der Revolutionäre“ angelegt wurde¹⁸⁹. Gerade diese Artikelfolge markierte allerdings einen wichtigen Dissens zwischen Plenge und anderen „Glocke“-Autoren im Blick auf die Nachkriegszeit. Beispielhaft kritisierte er für die Gesellschaftspolitik Karl Renner¹⁹⁰, für den zwar die „Durchstaatlichung des Wirtschaftslebens ... den Anfang der Wirklichkeit des Sozialismus“¹⁹¹ darstelle, der aber den „organisatorischen Sozialismus“ nicht als allgemeines Prinzip begriffen habe; noch schärfer attackierte er das Unvermögen Lenschs¹⁹², „planetarisch“ zu denken. Lensch habe zwar die innereuropäische geistige Front nach seinem Vorbild in „1789 und 1914“ einleuchtend dargestellt, dabei aber „Amerika und Japan wesentlich übersehen, und doch ist das der Angelpunkt der kommenden Weltorganisation!“; wenn man nach der Dialektik des Krieges frage: „wo kämpft international der Sozialismus, wo der Kapitalismus?“, so müsse man konstatieren: „Die Welt der Mittelmächte und der Entente existiert nicht mehr, wenn der Krieg endet!“ Die neue Konstellation heiße Europa gegen Amerika, „Länder des Kriegsverlustes gegen das Land des Kriegsgewinnes“¹⁹³.

Im Unterschied zu einer konservativ-revolutionären“ Strömung in der Weimarer Republik, die aus einer solchen globalen Sichtweise des Kampfes „proletarischer“ gegen „bürgerliche“ Nationen für ein deutsch-russisches Bündnis optierte¹⁹⁴, hatte Plenge Ende 1917 einen Dreibund Deutschland-England-Rußland als Kern eines durch Anwendung seiner Leitlinien des „organisatorischen Sozialismus“ erstarkten

¹⁸⁶ Plenge an Karl Renner, 11. 10. 1917; Renner an Plenge, 26. 10. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁸⁷ Haenisch an Plenge, 4. 12. 1918, in: UB, NL Plenge.

¹⁸⁸ Plenge, *Geburt der Vernunft*.

¹⁸⁹ Vgl. ebenda, Vorwort.

¹⁹⁰ Dabei bezog sich Plenge auf K. Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale*, Stuttgart 1917. Außenpolitisch propagierte Renner während des Ersten Weltkriegs den Mitteleuropagedanken (vgl. ders., *Österreichs Erneuerung. Politisch-programmatische Aufsätze*, Bd. I, Wien 1916, S. 119 ff.), dem Plenge stets ablehnend gegenüber gestanden hat.

¹⁹¹ Plenge, *Geburt der Vernunft*, S. 52.

¹⁹² Dabei bezog sich Plenge auf P. Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1918 (zum Gegensatz Deutschland-England vgl. ebenda, S. 30, 61 ff.); die gesamte Schrift durchzieht ein sich auf Hegel berufendes Freiheitspathos, das sich von Plenges Schriften kaum abhebt.

¹⁹³ Plenge, *Geburt der Vernunft*, S. 52 f. Vgl. zum Zusammenhang K. Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971.

¹⁹⁴ Vgl. aus der reichhaltigen Literatur geistesgeschichtlich noch immer interessant O.-E. Schüddekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960; allerdings wird Plenge hier fälschlich in den Kontext Moeller van den Brucks gerückt.

Europa im Sinn, Deutschland dabei dominierend durch Annexion der Erzlagerstätten in Belgien und Nordfrankreich¹⁹⁵. Haenisch kamen Plenges Gedanken zur Nachkriegsordnung zu diesem Zeitpunkt eigentlich ungelegen, da er seiner Partei „keine politischen Schwierigkeiten“¹⁹⁶ machen wollte, die mit der Artikelfolge unabwendbar schienen¹⁹⁷. Er bat Plenge um Verständnis dafür, daß die Artikel nicht in direkter Fortsetzung, sondern jeweils eine Heftnummer überspringend, veröffentlicht wurden, weil „sonst geistiges Magendrücken“¹⁹⁸ zu befürchten gewesen sei. Auch bei dieser Gelegenheit zeigte sich die Unduldsamkeit Plenges und seine geringe Rücksichtnahme auf taktische Erwägungen. Seine Artikel seien „kein beliebiges Zeug“¹⁹⁹, ihr Abdruck habe politisch oberste Priorität.

Die Widerstände gegen Plenge in der „Glocke“ verstärkten sich Anfang 1918, weil deren Verleger es „gründlich leid“ war, ein „Organ der äußersten Rechten“ des Sozialismus herauszugeben, ein Organ für „weltfremde Professoren und politisch heimatlose Ideologen“²⁰⁰. Plenge verzichtete deshalb zunächst auf dieses Forum und drückte seine im Frühjahr 1918 wachsende Skepsis gegenüber dem rechten Flügel der Sozialdemokratie in der von Ernst Kriek redigierten „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ aus²⁰¹. Der „unverdaute doktrinaire Internationalismus“²⁰² habe nicht überwunden werden können, „die alte Propaganda der fanatischen Verneinung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft ohne alle positiven Ziele“²⁰³ sei stärker geworden, „die alte sozialdemokratische Partei ein verworrener Zwitter zwischen Marxismus und organisatorischem Sozialismus“²⁰⁴ geblieben; wenn es „unter der verhängnisvollen Führung Scheidemanns“²⁰⁵ so weiter ginge, „dann stände der rechte Flügel der Sozialdemokratie . . . vor dem Abgrund“²⁰⁶, gebe es für die Partei

¹⁹⁵ Plenge, *Geburt der Vernunft*, S. 55. Schon im Frühjahr 1918 war allerdings Rußland ausgeschieden: „Das wilde ‚Tatarentum‘, das, von der verneinenden ethischen Machtwut jüdischer Doktrinaire gespornt, sich in Rußland als Sozialismus austobt, zieht doch eine Grenze zwischen dem Osten und dem Westen Europas . . . wo alle gesunden Rasseninstinkte abgeschreckt werden.“ (Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 112).

¹⁹⁶ Haenisch an Plenge, 26. 11. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁹⁷ Abgesehen von der inhaltlichen Radikalität hatte Plenge u. a. auch den Parteiführer Scheidemann, der wiederum im Reichstag von der Linken gerade in einem Atemzug mit Lensch und Haenisch kritisiert worden war (vgl. Miller, *Burgfrieden*, S. 355), als „redlich strebende, aber überzeugungsblinde Apostelnatur“, behaftet mit einem „gefährlichen Doktrinarismus der Friedensstiftung“ disqualifiziert (Plenge, *Geburt der Vernunft*, S. 50).

¹⁹⁸ Haenisch an Plenge, 1. 12. 1917, in: UB, NL Plenge.

¹⁹⁹ Plenge an Haenisch, 3. 12. 1917, in: UB, NL Plenge.

²⁰⁰ So wurde Parvus referiert von Haenisch an Plenge, 9. 12. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁰¹ J. Plenge, *Die Lehren des Generalstreiks*, in: *Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung*, Jg. 3, 1918, Nr. 9 vom 2. 3. 1918 (abgedruckt in Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 104 ff.); zur Verbindung Plenge-Kriek vgl. Anm. 220.

²⁰² Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 105.

²⁰³ Ebenda, S. 106.

²⁰⁴ Ebenda, S. 109.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ Ebenda, S. 115.

insgesamt neben den konstruktiv eingestellten Gewerkschaften keine Existenzberechtigung mehr²⁰⁷.

Im Frühjahr 1918 geriet auch die „Glocke“ in eine politische Dauerkrise. Der zunächst von Plenge erwogene Gedanke, den „Juden“ Parvus, der „aufbauende Arbeit“ gar nicht begreifen könne²⁰⁸, auszubooten und die Zeitschrift ohne ihn weiterzuführen, ließ sich aus finanziellen Gründen nicht verwirklichen²⁰⁹. Ende April kam es dann zur „Palastrevolution“²¹⁰: Lensch und Jansson kündigten, vorläufig, ihre Mitarbeit auf, ohne sich mit Haenisch abzusprechen, und gefährdeten damit den Zusammenhalt der Gruppe. Ihr Schritt richtete sich auch nicht allein gegen Parvus, sondern drückte ebenso das Unbehagen an einer weiteren Mitarbeit Plenges aus, der in den folgenden Monaten nur noch von Haenisch und Winnig gestützt wurde²¹¹. Zum Stein des Anstoßes geriet der erste Artikel Plenges nach halbjähriger Pause, eine Polemik gegen seine Intimfeindin, die liberale „Frankfurter Zeitung“. Diese hatte, eine Wortschöpfung Kriecks aufgreifend, die „Glocke“ als „neumarksisches“ Anhängsel der „Sozialistischen Monatshefte“ glossiert²¹². Plenge hielt dagegen, daß sein Organisationsgedanke die Überwindung des Marxismus sei, und propagierte ungeniert – zur gleichen Zeit kämpfte die Sozialdemokratie für eine Demokratisierung des Wahlsystems – einen „Vertrauensausschuß von hervorragenden Köpfen . . . der für eine ganze Reihe von Jahren seiner Sache sicher ist“²¹³. Dieses Diktaturverlangen gefiel der „Bayrischen Vaterlandspartei“ so gut, daß sie den Artikel verbreiten wollte²¹⁴. Lensch, der vergeblich Einspruch gegen den Abdruck in der „Glocke“ erhoben hatte, wurde dafür von Plenge als Anhänger des „reinen Marxismus“²¹⁵ und als „heimtückische Bulldogge“²¹⁶ tituliert. Noch einmal wälzten Plenge und Haenisch im Juli 1918 ergebnislos den Plan einer neuen Zeitschrift, die unter dem programmatischen Titel „Die Organisation“ erscheinen sollte²¹⁷. Die

²⁰⁷ Ebenda, S. 117; Krüger, S. 228.

²⁰⁸ Plenge an Haenisch, 11. 2. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁰⁹ Haenisch an Plenge, 14. 2. 1918, in: UB, NL Plenge. Die „Glocke“ wurde 1922 zugunsten der in fünf Sprachen und anspruchsvoller Aufmachung erscheinenden Zeitschrift „Wiederaufbau“ eingestellt. Chefredakteur dieses nur kurze Zeit betriebenen Blatts war der liberale Moritz Bonn (vgl. M. J. Bonn, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 256 f.; Scharlau/Zeman, S. 336 ff.). Zur Auflösung der „Glocke“-Gruppe vgl. auch Sigel, S. 155 ff.

²¹⁰ Haenisch an Plenge, 26. 4. 1918, in: UB, NL Plenge.

²¹¹ Haenisch an Plenge, 23. 7. 1918, in: UB, NL Plenge.

²¹² „Neumarksisches“, in: Frankfurter Zeitung, 23. 5. 1918 (1. Morgenblatt).

²¹³ Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 152.

²¹⁴ Plenge an Haenisch, 6. 7. 1918, in: UB, NL Plenge; daraufhin sah sich die auf dem rechten Flügel der Partei beheimatete und von Gustav Noske redigierte „Chemnitzer Volksstimme“ zu der Bemerkung veranlaßt, Plenge habe mit der Sozialdemokratie so viel zu tun wie „eine Handgranate mit einer Schnupftabaksdose“ (Chemnitzer Volksstimme, 2. 9. 1918; vgl. dazu den Leserbrief von Plenge in der gleichen Zeitung, 10. 9. 1918).

²¹⁵ Plenge an Haenisch, 25. 6. 1918, in: UB, NL Plenge.

²¹⁶ Plenge an Haenisch, 13. 7. 1918, in: UB, NL Plenge.

²¹⁷ Ebenda. Den von Haenisch vorgeschlagenen Titel „Neues Preußen“ lehnte Plenge als einengend ab.

Suche nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten war ein Zeichen für eine strategische Wende. Da die Hoffnungen auf den rechten Flügel der Sozialdemokratie sich nicht erfüllt hatten, setzte Plenge nicht nur immer stärker auf die Gewerkschaften, für die er während aller Kriegsjahre nur lobende Worte gefunden hatte, sondern konstatierte Ende August 1918 auch die Hinwendung der „christlich-nationalen Arbeiterbestrebungen“²¹⁸ zu seiner Gedankenwelt.

Für einen kurzen Zeitraum, das letzte Jahr des Weltkriegs, mochte es auch scheinen, als gewinne Plenges „organisatorischer Sozialismus“ Einfluß auf konservative Publizisten. Im Juni 1917 hatte ihm Ernst Krieck, der spätere NS-Pädagoge und -Philosoph, sein Buch „Die deutsche Staatsidee“²¹⁹ mit dem Hinweis geschickt, er sei von verschiedener Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß er in „Abhängigkeit“ von Plenges Ideen stehe. Erst danach habe er „1789 und 1914“ gelesen und festgestellt, daß „wir jedenfalls von entgegengesetzten Punkten aus in dieser Mitte zusammentreffen“²²⁰. Plenge reagierte erfreut über den Gewinn eines Schülers, der nach der Lektüre von „Revolutionierung der Revolutionäre“ „völlige Übereinstimmung“ bekundete und „ganz auf den Boden Ihrer Lehre treten“²²¹ wollte. Schon im Sommer 1918 ergaben sich allerdings einige schwerwiegende Differenzpunkte. Krieck hatte Bedenken gegen Plenges radikalen Antikantianismus angemeldet; vor allem aber konnte es dieser nicht gelten lassen, „Erziehung“ gleichberechtigt neben sein oberstes Prinzip „Organisation“ zu setzen²²². Zum endgültigen Bruch mit Krieck kam es allerdings erst drei Jahre später.

Im September 1918 hatte auch Moeller van den Bruck, der zu Beginn der Weimarer Zeit vielleicht bedeutendste „konservativ-revolutionäre“ Schriftsteller und „Prophet des Dritten Reiches“, eine Annäherung an Plenge versucht. Er schrieb ihm, ungeachtet einiger Divergenzen sei „das Erlebnis“ der Bücher Plenges „stark“ gewesen: „Sie bestätigten mir, daß es zwischen Konservatismus und Liberalismus, ebenso wie zwischen Liberalismus und Sozialismus eine Versöhnung allerdings nie, zwischen Konservatismus und Sozialismus dagegen sehr wohl geben kann.“²²³ Plenge antwortete leicht distanziert, daß „alle schematischen und doktrinären Übertreibungen des äußeren Organisationsgedankens“ zu vermeiden seien, „in die endgültige

²¹⁸ Vgl. J. Plenge, *Marxismus und christlich-nationale Arbeiterschaft*, in: ders., *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 180 ff.

²¹⁹ E. Krieck, *Die deutsche Staatsidee*, Jena 1917.

²²⁰ Krieck an Plenge, 26. 6. 1917, in: UB, NL Plenge. Geistige Abhängigkeit von Plenge hatte u. a. Max Weber kritisiert (vgl. Krüger, S. 236), während der Rechtsprofessor Erich Kaufmann sich mit den gedanklichen Grundlagen von Plenge und Krieck einverstanden erklärte (vgl. E. Kaufmann, *Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung*, Berlin 1917, S. 106). Plenge erkundigte sich bei Haenisch über Krieck (Plenge an Haenisch, 31. 8. 1917, in: UB, NL Plenge); zu Krieck vgl. E. Thomale, *Bibliographie Ernst Krieck. Schrifttum, Sekundärliteratur, Kurzbiographie*, Weinheim 1970.

²²¹ Krieck an Plenge, 12. 9. 1917, in: UB, NL Plenge; im folgenden arbeitete Krieck einige Zeit bei der „Glocke“ mit.

²²² Plenge an Krieck, 8. 6. 1918, 18. 6. 1918; in einem ausführlichen Schreiben betonte Krieck an Plenge, 23. 6. 1918, nun seine eigenständige Position, in: UB, NL Plenge.

²²³ Moeller van den Bruck an Plenge, 15. 9. 1918, in: UB, NL Plenge.

Synthese auch ein Einschluß Liberalismus“ hineingenommen werden müsse²²⁴. Diese Einschränkung bezog sich, wenn man an die gleichzeitige Propagierung einer Diktatur denkt, nicht auf den Bereich der politischen Verfassung, sondern auf die „Autonomie“ des privaten Kapitals. Das Mißtrauen gegen einen zu weitgehenden wirtschaftspolitischen Etatismus speiste im übrigen auch seine Gegnerschaft zu Oswald Spengler, dessen Philosophie er als „System des starren Sozialismus“²²⁵ kritisierte, in dem die Notwendigkeit der „äußeren Wiederherstellung des Kapitalismus“²²⁶ nach dem Kriege, die er stets verlangt hatte, geleugnet werde. Wie auch in anderen Fällen mischten sich in der Abneigung gegen Spengler solche eher politischen mit geschichtsphilosophischen Beweggründen. Für den hegelianisch gestimmten Plenge war es unerträglich, daß Spengler „jede durchgehende Entwicklung in der Weltgeschichte schlechthin leugnet“²²⁷; bei Ausbruch der Novemberrevolution arbeitete Plenge an einer grundsätzlichen Kritik an Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“, um die damit verbreitete „eigentliche Niedergangsstimmung zu vertreiben“²²⁸, die namentlich einige der Mitarbeiter der „Glocke“, z. B. Lensch und Winnig, beeinflusst hatte. Die anstehenden Entscheidungsprozesse Ende 1918 hielt er dann allerdings für wichtiger als die Auseinandersetzung mit Spengler, dieser „verhältnismäßig kleinen Nummer in der Geistesgeschichte“²²⁹.

Überblickt man die Berührungspunkte Plenges mit konservativen Schriftstellern am Ende des Ersten Weltkriegs, so repräsentiert sein Denken zwar hinsichtlich der Radikalität des Antiliberalismus und Antiparlamentarismus sowie der „scheinbaren Rezeption“²³⁰ des Sozialismus bzw. der partiellen Apperzeption sozialistischer Terminologie „einen neuen Konservatismus als Bindeglied zwischen dem Konservatismus des 19. Jahrhunderts und dem Präfaschismus der Weimarer Republik“²³¹. Gleichzeitig aber ist seine Sonderstellung zu beachten, die nicht nur bei der Ablehnung „staatssozialistischer“ Eingriffe in die Verfügungsgewalt des privaten Kapitals deutlich wurde, sondern sich stärker noch auf den lebensphilosophischen Unterton des neueren Konservatismus bezog, die „Seelenkultur“ und die „Wichtigtuerei“, die

²²⁴ Plenge an Moeller van den Bruck, 27. 9. 1918, in: UB, NL Plenge; diese Korrespondenz fand damit ihren Abschluß.

²²⁵ J. Plenge, Durch Umsturz zum Aufbau. Eine Rede an Deutschlands Jugend, Münster i. W. 1918, S. 59. Gegen Versuche, etwa von O. Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie (1920), in: ders., Werke, Bd. 2, Wien 1976, S. 223–357 (hier S. 356), ihn in die Reihe der „preußischen Sozialisten“ zu stellen, ließ Plenge sogar eigens eine Dissertation anfertigen: H. König, Das neue Deutschland und der borussische Sozialismus, Münster 1924.

²²⁶ Plenge, Durch Umsturz, S. 62.

²²⁷ J. Plenge, Die Altersreife des Abendlandes, Düsseldorf 1948, S. 12.

²²⁸ Plenge an Kriek, 2. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²²⁹ Plenge, Die Altersreife, S. XXXIX.

²³⁰ So im Juli 1918, Plenge, Lensch und Spengler in einem Atemzug nennend, E. Bloch, Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917–1919, Frankfurt/M. 1985, S. 547.

²³¹ Krüger, S. 243.

Plenge, wie er an Haenisch schrieb, einfach „greulich“ fand²³². Eine rational organisierte Nachkriegsordnung als Vorbedingung außenpolitischen Wiederaufstiegs schien ihm nur mit der Beibehaltung seiner „Ideen von 1914“ möglich zu sein²³³.

3. „Staatswissenschaftliche Erneuerung“ – Antwort auf Kriegsniederlage und Republik

Plenge stellte zwar bedauernd fest, daß das Volk die „Botschaft“ dieser Ideen „nicht verstanden“²³⁴ habe, so daß Deutschland „gegen alles geschichtliche Recht“²³⁵ den Westmächten unterlegen sei, aber diese Feststellung sprach in seinen Augen nicht gegen die historische Überlegenheit des „organisatorischen Sozialismus“; eher war seiner Ansicht nach zu befürchten, „daß England oder Amerika schließlich die Frucht einer in Deutschland zur Reife gekommenen geistigen Bewegung ernten“²³⁶ könnten, während dieses in revolutionären Wirren versinke. Im bürgerlich-sicheren Münster²³⁷ entfaltete Plenge deshalb große Aktivitäten, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Sein Appell an „konstruktive“ Staatsgesinnung fand beim lokalen Arbeiterrat nach einer längeren Zusammenkunft viel Verständnis²³⁸, und in einer großen Rede vor der Versammlung der „Allgemeinen Studentenschaft“ am 15. November 1918 ergriff er die Gelegenheit, seine Konzeption ausführlich darzulegen²³⁹. Plenge bekannte sich prinzipiell als Gegner der Revolution, die im „Hauptvorgang . . . eine Soldatenmeuterei“²⁴⁰ gewesen sei; wegen ihrer sozialistischen Färbung sei er aber zuversichtlich, „daß sie sich zum Guten wenden ließe“²⁴¹, denn Sozialismus bedeute eben „Organisation und Zusammenfassung der Kräfte“²⁴², die Propagierung der Disziplinappelle Lenins und Trotzki leiste die „sicherste Abwehr

²³² Plenge an Haenisch, 22.5. 1917, in: UB, NL Plenge. Diese Charakterisierung bezog sich konkret auf den Diederichs-Verlag, wegen dessen „ganz außerordentlich weitem Wirkungsfeld“ (ebenda). Plenge überlegte, seine „Revolutionierung der Revolutionäre“ vielleicht dort zu veröffentlichen. Dazu kam es nicht.

²³³ Schon 1916 hatte Plenge notiert: „Die Ideen von 1914 lassen sich nicht wieder ausrotten“ (Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 19).

²³⁴ Ebenda, S. 87.

²³⁵ Plenge, Durch Umsturz, S. 37.

²³⁶ Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. 206.

²³⁷ Vgl. W. Kluge, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: R. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 315–392 (hier S. 377).

²³⁸ Plenge an Rektor der Universität Münster, 18. 11. 1918, in: Plenge, Durch Umsturz, S. III f.

²³⁹ Plenge, Durch Umsturz; ein Teil dieser im Druck stark erweiterten Redefassung wurde abgedruckt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Nr. 19 v. 14. 1. 1919 (Morgenausgabe): „Troost im Sozialismus“.

²⁴⁰ Plenge, Durch Umsturz, S. 42.

²⁴¹ Ebenda, S. 18.

²⁴² Ebenda, S. 19.

des Bolschewismus²⁴³ in Deutschland. Die aus seinen Weltkriegsschriften bekannte schroffe Gegenübersetzung von „organisatorischem Sozialismus“ und parlamentarischer Demokratie erfuhr aus taktischen Gründen eine Abschwächung, denn zunächst galt es, die „Tyrannei des Berliner Soldatenrats“ zu überwinden. „Jeder soziale Demokrat muß es begreifen“, so Plenge, daß in einer Verfassungsgebenden Versammlung „selbstverständlich sehr viel mehr echte Demokratie steckt“²⁴⁴ als in der Räteidee, während er gleichzeitig betonte, der „Parlamentarismus“ passe in eine „sozialistische Demokratie schlecht hinein“²⁴⁵. Im Ergebnis plädierte Plenge für „eine Art Reichstag auf breitester demokratischer Grundlage“²⁴⁶, der seine Machtbefugnisse aber sofort einem neuen „Reichsausschuß“ mit einer „der Diktatur ange-näherten Stellung“²⁴⁷ übergeben sollte. Dieses Gremium dachte er sich „aus praktischen Gründen weniger zahlreich und mit vielfach erweiterten Aufgaben“²⁴⁸ gegenüber dem „Hauptausschuß“ im Ersten Weltkrieg²⁴⁹. Typisch für sein Denken war dabei die Analogie von Staats- und Betriebsführung: den „Reichsausschuß“ sah er als „Aufsichtsrat“, den Kanzler als „Generaldirektor“ und die Minister als „seine Mitdirektoren“²⁵⁰, ausgestattet jeweils mit mehrjährigen Kontrakten, da Ministerwechsel „nach der Laune der wechselnden Mehrheiten das nötige Gleichmaß in der Wirtschaftsführung des ganzen Volkes“²⁵¹ verhinderten.

Dieses „nötige Gleichmaß“ wurde nach Auffassung Plenges auch durch das „hohle Schlagwort“ der „Sozialisierung“ gestört²⁵², gegen das eine „gesunde Weltanschauung“ zu setzen sei, die „den Organisationswert der freien Unternehmung für das Volksganze begreift“²⁵³. Die Sozialdemokratie hielt Plenge in den Tagen der Novemberrevolution nicht mehr für fähig, diese – seine – Weltanschauung zu verkörpern. Schon ihr Verhalten in der „Kaiserfrage“, so schrieb er an Haenisch, zeige, daß ihre „Bestrebungen das deutsche Volk niederträchtig und gemein machen würden“, sie die Grenze zwischen Proletariat und Lumpenproletariat nicht mehr zu ziehen vermöge²⁵⁴. Haenisch versicherte ihm, daß man den Kaiser nur geopfert habe, um das Land zu retten, und daß dies „mit dogmatischem Republikanismus garnichts zu tun“ habe²⁵⁵. An den sozialdemokratischen Parteiführer Scheidemann schrieb

²⁴³ Ebenda, S. 56.

²⁴⁴ Ebenda, S. 49.

²⁴⁵ Ebenda, S. 13.

²⁴⁶ Ebenda, S. 68.

²⁴⁷ Ebenda, S. 67.

²⁴⁸ Ebenda, S. 69.

²⁴⁹ Vgl. der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Eingeleitet von R. Schiffers. Bearbeitet von R. Schiffers und M. Koch in Verbindung mit H. Boldt (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe Bd. 9/I–IV), Düsseldorf 1981.

²⁵⁰ Plenge, *Durch Umsturz*, S. 69.

²⁵¹ Ebenda, S. 68.

²⁵² Plenge, *Zur Vertiefung des Sozialismus*, S. 87.

²⁵³ Ebenda, S. 118.

²⁵⁴ Plenge an Haenisch, 4. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁵⁵ Haenisch an Plenge, 6. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

Plenge eine Art Abschiedsbrief von der Sozialdemokratie, die er von der „deutschen Arbeiterschaft“ von nun an trenne; er „erwarte den Wert und die Wirkung der Organisationslehre in einem anderen Lager als bei Ihnen, obwohl ich lange genug geglaubt habe, daß wir bald zusammenkommen würden“²⁵⁶. Mit diesem „anderen Lager“ war u.U. das Zentrum gemeint, denn kurz vorher hatte er sich in einem „Verzweigungsschrei“²⁵⁷ an dessen von ihm noch 1917 als „Streber“²⁵⁸ charakterisierten Repräsentanten Mathias Erzberger gewandt. Dieser sei hauptverantwortlich für die „Demokratisierung“ und müsse dem gerecht werden: „Führen Sie! Führen Sie uns aus der Verzweigung heraus, in die sie uns nahe genug hereingebracht haben.“²⁵⁹ Auch Erzberger gegenüber betonte Plenge, daß die Sozialdemokratie der historischen Führungsaufgabe nicht gerecht werden könne. Die knappe Antwort des Sekretärs von Erzberger konstatierte „Zustimmung“ zu diesen Gedankengängen im allgemeinen²⁶⁰. Auch vom Gewerkschaftsführer Legien, dem er Materialien zu seiner „neuen Wissenschaft“²⁶¹ der Organisation geschickt hatte, erhielt Plenge in diesen Tagen ein sehr freundliches und aufmunterndes Schreiben²⁶². Trotz aller Zerwürfnisse knüpfte der Münsteraner Professor Ende November 1918 erneut Kontakte zu Lensch an, den er aufforderte, jetzt „schnellstens“ seinen lange gehegten Plan zu verwirklichen, eine „kurze Geschichte der Sozialdemokratie“ zu schreiben, um die Öffentlichkeit aufzuklären²⁶³. Ob Plenge über die baldige Erfüllung seines Wunsches sehr zufrieden war, darf bezweifelt werden, denn Lensch lehnte sich sogar in der Wortwahl sehr eng an Spengler an, als er die Sozialdemokratie als „eine Alterserscheinung“²⁶⁴ abschieb.

Daß Plenge selbst immer wieder öffentlich der SPD ihr „Versagen“ in der Novemberrevolution vorwarf und ihr die „Schuld an der Verhetzung unseres Volkes, Schuld an der Verblendung seiner Erwartungen, Schuld an der Lähmung seiner Kraft“²⁶⁵ gab, störte die freundschaftlichen Bande zu Haenisch, der mittlerweile, zunächst gemeinsam mit Adolph Hoffmann von der USPD, preußischer Kultuschef geworden war²⁶⁶, nicht im mindesten. Unbedingt wollte der von Rosa Luxemburg

²⁵⁶ Plenge an Scheidemann, 8. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁵⁷ So die nachträgliche Darstellung in J. Plenge, Moeller van den Bruck's Bekehrung zur Idee. Unser Briefwechsel von September 1918. Zweiter Nachtrag „Meine Anmeldung zum Bund Schlageter e. V.“, als Handschrift gedruckt, Münster o. J. (1935), S. 6.

²⁵⁸ Plenge, Die Revolutionierung, S. X.

²⁵⁹ Plenge an Erzberger, 6. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁶⁰ Büro Erzberger an Plenge, 8. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁶¹ Plenge an Legien, 4. 11. 1918, in: UB, NL Plenge

²⁶² Legien an Plenge, 19. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁶³ Plenge an Lensch, 27. 11. 1918, in: UB, NL Plenge; die damit wieder angeknüpfte Korrespondenz reicht bis 1921.

²⁶⁴ P. Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1919, S. 37. In seiner nächsten Schrift war Lensch dann bei der Gleichsetzung von „modernem Sozialismus“ und „abendländischem Kapitalismus“ (ders., Der sozialistische Gedanke, Leipzig 1920, S. 35, 60), angelangt; zur Biographie von Lensch vgl. Anm. 131.

²⁶⁵ Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. XIV f.

²⁶⁶ Vgl. S. Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920 (Beiträge zur

schlicht als „deutschnationaler Chauvinist“²⁶⁷ apostrophierte Haenisch den Professor als Berater in sein Ministerium holen²⁶⁸. Plenge antwortete ablehnend und nannte als Alternative: „Fördern Sie Plenge, seine Organisationslehre und seine Vorschläge für den staatswissenschaftlichen Unterricht und erleichtern Sie ihm auf alle Weise seine Arbeit.“²⁶⁹ Immer wieder mahnte er von nun an seinen ministeriellen Freund, ihm die Mittel für ein eigenes Institut zu verschaffen, um seinen im Weltkrieg gescheiterten Plan zur systematischen Vermittlung der Lehre vom „organisatorischen Sozialismus“ auf erweiterter Basis zu verwirklichen. Die konzeptionelle Grundlage dieses neuen Instituts hatte Plenge in drei Vorlesungen im Oktober und November 1918 entfaltet, in der die Organisation als „bewußte Lebenseinheit aus bewußten Teilen“²⁷⁰ und damit die Organisationslehre als Teil der „Willenswissenschaften“²⁷¹ bestimmt wurden. Der Bekanntheitsgrad des Professors wuchs in den folgenden Monaten; seine Studentengemeinde vergrößerte sich von 116 vor dem Krieg auf etwa 400²⁷², im April 1919 diskutierte er in Münster öffentlich mit Max Scheler und konnte allgemeine Übereinstimmung bei der großen „Synthese zwischen Sozialismus und Christentum“²⁷³ feststellen, immer häufiger wurden Anfragen und Kooperationswünsche. Eine kalte Abfuhr erlebten dabei übrigens später prominente Anhänger des NS-Regimes, Gouffred Feder²⁷⁴, Max Hildebert Boehm²⁷⁵ und Eduard Stadler²⁷⁶. Mit Hilfe des dafür von Zentrumskreisen²⁷⁷ kritisierten preußi-

Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 63), Düsseldorf 1978, S. 215 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Berlin/Bonn 1984, S. 66, 93.

²⁶⁷ Rosa Luxemburg über Haenisch am 29. 11. 1918, zit. nach Miller, Die Bürde der Macht, S. 219.

²⁶⁸ Haenisch an Plenge, 5. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁶⁹ Plenge an Haenisch, 18. 11. 1918, in: UB, NL Plenge.

²⁷⁰ J. Plenge, Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre, Essen 1919 (1921), S. 7.

²⁷¹ Ebenda, S. 21. Die erste dieser Vorlesungen wurde unter der Überschrift „Organisation und Freiheit“ veröffentlicht in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Nr. 535 und 537 v. 19. u. 20. 10. 1918; vgl. auch ders., Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft der Staatswissenschaft. Ein Weckruf an den staatswissenschaftlichen Nachwuchs, Essen 1919.

²⁷² Vgl. Schrader, S. 41.

²⁷³ Plenge an Scheler, 28. 4. 1919, in: UB, NL Plenge; einig waren sich Scheler und Plenge vor allem in der Ablehnung des ihrer Ansicht nach überschätzten Spengler; dokumentiert ist die entsprechende Korrespondenz in: Christentum und Sozialismus. Ein Briefwechsel zwischen Max Scheler und Johann Plenge. Eingeleitet und hrsg. von B. Schäfers, in: Soziale Welt, Jg. 17, 1966, S. 66–78.

²⁷⁴ Feder an Plenge, 20. 6. 1919: „Ich denke, daß Ihnen der von mir gezeigte Weg zur Linderung unseres finanziellen Elendes Anregung bietet.“ Plenge an Feder, 27. 6. 1919: „Es gibt in der Gegenwart zu viel zügellose und ungenügend geschulte Ingenieurphantasien.“ Entsprechend die Fortsetzung: Feder an Plenge, 1. 7. 1919; Plenge an Feder, 9. 7. 1919, jeweils in: UB, NL Plenge.

²⁷⁵ Boehm, der bis dato vor allem in den „Preußischen Jahrbüchern“ publiziert hatte, bat Plenge um eine Rezension und erfuhr lediglich, er solle „noch tiefer gehen“; Boehm an Plenge, 5. 12. 1919; Plenge an Boehm, 8. 12. 1919, in: UB, NL Plenge.

²⁷⁶ Vgl. Krüger, S. 238 f. Rückblickend charakterisierte Plenge Stadler als „leeren Machtstreber“ (Plenge an Kurator der Universität Münster, 8. 1. 1942, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6).

²⁷⁷ Kölnische Volkszeitung, Nr. 899 vom 17. 11. 1919: „Haenisch und Münster“. Plenges Entgegnung

schen Kultusministers konnte im Wintersemester 1919/20 das „Staatswissenschaftliche Institut“ unter seinem Direktor Plenge den Betrieb aufnehmen; die offizielle Einweihung erfolgte im Mai 1920 im Beisein von Unterstaatssekretär Becker²⁷⁸. Ein differenziertes interdisziplinäres, im Kern volkswirtschaftliches und soziologisches Lehr- und Forschungsprogramm²⁷⁹, die Schriftenreihen „Staatswissenschaftliche Musterbücher“²⁸⁰ und „Staatswissenschaftliche Beiträge“²⁸¹ sowie „Praktikervorträge“²⁸² bildeten den Mittelpunkt des Instituts, dessen Signum im Giebelkreuz des Institutsgebäudes und auf allen seinen Schriften, eine Sonne über dem Kreuz, die Auferstehung der deutschen Sendung symbolisierte: „Die Völker brauchen ein neues geistiges Fundament ihrer sozialen Ordnung. Wir Deutsche können es schaffen ... Das sind die deutschen Ideen, die stärker sind wie die westlichen Ideen. Eine soziale Demokratie mit tiefstem geistigen Erleben, die Organisation und Ordnung ist ... Staatswissenschaftliche Erneuerung!“²⁸³

Unter den „Praktikern“, die mit Plenges Arbeit sympathisierten, ist an erster Stelle der gleichaltrige Bremer Industrielle und Großkaufmann Ludwig Roselius (Kaffee Hag) zu nennen, der Plenges wichtigster Mäzen wurde und auch inhaltlich großen Anteil nahm. Roselius hatte sich im Ersten Weltkrieg mit verschiedenen

wurde dort nicht abgedruckt, dafür aber mit einem redaktionellen Artikel pro Plenge in Volkswille. Sozialdemokratisches Organ für Münster und das Münsterland, 21. 11. 1919.

²⁷⁸ Vgl. die Reden bei der Einweihung am 11. 5. 1920 in: J. Plenge, Das erste staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut. Seine Einrichtungen und seine Aufgaben, Essen 1920, S. 10 ff. Zu Becker, einer gewichtigen Person preußischer Hochschulpolitik, und seinen engen Beziehungen zu Haenisch vgl. E. Wende, Carl Heinrich Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 68 ff. Allerdings wird hier wie bei D. Rimmel, Die Universitätsreform in Preußen 1918 bis 1924. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildungspolitik der Weimarer Zeit, Phil. Diss. Hamburg 1974, Plenge nicht erwähnt, obwohl dessen Theorie wiederum sogar als „konzeptionelle Grundlage sozialdemokratischer Kulturpolitik“ (Berking, S. 162) in diesem Zeitraum bezeichnet wurde; vgl. auch K. Düwell, Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: T. Schieder (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik (Historische Zeitschrift, Beiheft 1), München 1971, S. 31–74.

²⁷⁹ Vgl. Plenge, Das Unterrichtsinstitut, S. 35 ff.

²⁸⁰ In dieser Reihe erschienen im Verlag G. D. Baedeker (Essen) u. a. Werke von Dietzel, Bagehot, Adolph Wagner und natürlich Plenge selbst.

²⁸¹ In dieser Reihe erschienen im Verlag G. D. Baedeker von 1919–1922 8 (vgl. die Titel in Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre) der insgesamt 118 im Institut in diesem Zeitraum erarbeiteten Dissertationen (vgl. eine Liste in: UAM, Rechts- und Staatswiss. Fakultät, Dienst-Akte C I, Nr. 15).

²⁸² Bei den Politikern bemühte sich Plenge um „Ausgewogenheit“, d. h. Berücksichtigung von SPD, Zentrum und DNVP. Im Sommersemester 1922 sprachen u. a. Schreiber und Stegerwald vom Zentrum (Programm der „Praktikervorträge“ des „Staatswissenschaftlichen Instituts“, in: UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Dienst-Akte C I, Nr. 4, Bd. 1); vgl. auch die Korrespondenz Plenge-Hugenberg 1919–1921, in: UB, NL Plenge.

²⁸³ J. Plenge, Deutsche Propaganda. Die Lehre von der Propaganda als praktische Gesellschaftslehre. Mit einem Nachwort von Ludwig Roselius, Bremen 1922, S. 63.

Denkschriften erfolglos bemüht, die Reichsführung zu effektiverer politischer Propaganda im Ausland zu bewegen²⁸⁴. Die wissenschaftliche Handhabung der „Psyche der Massen“²⁸⁵ nach den Erkenntnissen der Wirtschaftspropaganda hätte nach seiner Auffassung den Kriegsgewinn bedeuten können. Sensibel für die Bedeutung neuer Medien, wurde Roselius zu Beginn der Weimarer Republik auch einer der Väter des neuen Rundfunks²⁸⁶. Roselius hatte nach der Novemberrevolution, ähnlich wie Plenge, seine Abneigung gegen demokratische Prinzipien und Parlamentarismus bekundet und sich gleichzeitig auf den Boden republikanischer Tatsachen gestellt²⁸⁷. Auch er dachte über einen christlich getönten „konservativen Sozialismus“²⁸⁸ nach; vor allem aber betonte Roselius den auf effektive Organisation gerichteten funktionalen Charakter von Propaganda und bekannte sich z. B. als „begeisterter Verehrer“ des Taylorismus, dem „Schlüssel für den neuen Aufbau unseres Deutschlands“²⁸⁹. Insofern war es nicht verwunderlich, daß nach einem ersten Brief Plenges, in dem er einen „eigentümlichen Parallelismus“²⁹⁰ der Gedanken vermerkt hatte, sich eine intensive Korrespondenz zwischen dem Professor und dem hanseatischen Großkaufmann entwickelte. Roselius, von Plenges Schriften begeistert²⁹¹, machte im September 1919 einen ersten Besuch in Münster. Wenige Monate später konnte er bereits die erste Spende für das Staatswissenschaftliche Institut vermitteln, 5000 Reichsmark jährlich aus einem Fonds der „Bremer Kaufmannschaft“²⁹². Noch bedeutender war die persönliche Zahlung des Mäzens im Oktober 1921, die sich vielleicht mit der Unterstützung des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“ durch Felix Weil ein Jahr später²⁹³ vergleichen ließe: 250 000 Reichsmark Kapital plus 30 000 Reichsmark für Grundanschaffungen plus 20 000 Reichsmark jährlich für zunächst fünf Jahre zur Bezahlung von Hilfskräften²⁹⁴. Mit zwei Akzentsetzungen beteiligte sich Roselius auch konzeptionell an Plenges Nachkriegsgedankenbau. Zum einen gewann er diesen für seine außenpoli-

²⁸⁴ Vgl. L. Roselius, Briefe, Bremen 1919, S. 1 ff.

²⁸⁵ Ebenda, S. 10.

²⁸⁶ Vgl. W. B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik (Rundfunk in Deutschland, hrsg. von H. Bausch, Bd. 1), München 1980, S. 53 ff.; A. Soppe, Die Einführung des Rundfunks in Deutschland, in: Argument-Sonderband 10, Berlin 1976, S. 115–149 (hier S. 143 f.).

²⁸⁷ Vgl. Roselius, Briefe, S. 62 f., 69 ff., 147.

²⁸⁸ „Die Konservativen müssen erkennen, daß der Geist des Sozialismus auch der ihre ist . . . daß die Rechte des Volkes die Rechte Goutes sind“ (ebenda, S. 68).

²⁸⁹ Ebenda, S. 158.

²⁹⁰ Plenge an Roselius, 27. 5. 1919, in: UB, NL Plenge; vgl. auch mit Kritik in Einzelfragen (Auffassung des Zinsgesetzes, Bismarck-Bewunderung von Roselius) Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus, S. VIII (Geleitwort vom 29. 5. 1919); ders., Deutsche Propaganda, S. 7.

²⁹¹ Vgl. Roselius an Plenge, 25. 9. 1919, in: UB, NL Plenge.

²⁹² Roselius an Plenge, 8. 2. 1920, in: UB, NL Plenge.

²⁹³ Vgl. M. Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt/M. 1981 (engl. Boston/Toronto 1973), S. 22 ff.

²⁹⁴ Plenge an Dekan der Fakultät, 26. 10. 1921, in: UAM, Rechts- und Staatswiss. Fakultät, Dienst-Akte C I, Nr. 4, Bd. 1.

tische Vorstellung, die „Unterwerfung unter die Geldmacht Amerika-Englands“²⁹⁵ durch eine Verbindung Deutschlands mit den Briten gegen die überseeische Feindmacht zu beseitigen, wozu die nordwestdeutschen, partiell völkisch interpretierten Verbindungen zu den „Angelsachsen“ dienen sollten²⁹⁶. Plenge, der nach dem Kriegseintritt der USA 1917 die gängige Englandfeindschaft in einen spezifischen Antiamerikanismus – gegen den „frechen Anspruch auf eine neue durchaus reaktionäre, brutal kapitalistische Weltherrschaft“²⁹⁷ – umgepolt hatte, betonte nun wie Roselius die „nordwestdeutsche Mission“²⁹⁸, zumal dies zu seiner Distanz gegenüber dem borussischen „Sozialismus“ paßte.

Der zweite Akzent, den Roselius setzte, wirkte als Ergänzung eines auf die gesellschaftliche Formierung gerichteten Denkens. Hatte der Bremer Großkaufmann am Anfang ihrer Verbindung Plenge noch erfolglos davon überzeugen wollen, daß ein Lehrstuhl für Propaganda wichtiger sei als ein solcher für Organisationslehre²⁹⁹, sah Plenge doch bald die zwischen Befehl und Bitte angesiedelte „sozialpsychologische“³⁰⁰ Funktion der Propaganda als wichtiges Hilfsmittel für die Organisation in Wirtschaft und Gesellschaft. Wie Roselius und Stern-Rubarth³⁰¹ bezog er sich dabei auf die negativen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg³⁰², hielt aber auch fest, daß der Erfolg der Gegner eine reale Grundlage gehabt habe³⁰³. Plenges Übertragung von Erkenntnissen kommerzieller Werbung auf das Feld der politischen Propaganda zeichnete die Spezifik seiner „modernen Konzeption“ aus, die sich allerdings zu Beginn der zwanziger Jahre noch nicht gegen die „idealistische Form“ der regierungsoffiziellen Propaganda durchsetzen konnte³⁰⁴. Plenge selbst

²⁹⁵ Roselius, Briefe, S. 66.

²⁹⁶ Diesem Programm diente der Bremer „Angelsachsen-Verlag“; vgl. vor allem L. Roselius, *Erstes Nordisches Thing*, Bremen 1933.

²⁹⁷ J. Plenge, *Der Status quo post*, in: *Die Glocke*, Jg. 3, 1917, H. 38 vom 22.12. 1917, S. 441–454 (Zitat: S. 447); vgl. auch ders., *Des Geldes und der Eitelkeit willen . . .*, in: *München-Augsburger Zeitung* vom 15.2. 1917. Zur Nachkriegsrolle der USA auch ders., *Ein neuer Friede zu Münster?*, in: *Kölnische Zeitung* vom 5.9. 1917.

²⁹⁸ Plenge, *Deutsche Propaganda*, S. 65. Anders als bei Roselius fehlten bei Plenge allerdings völkische Beiklänge, betonte er gerade die Verbindung mit dem „Angelsachsenthum“ als „weltdeutsche“ Alternative (ebenda, S. 62), die von der „geistigen Gesundheit der besten Überlieferung des bürgerlichen Liberalismus“ lernen könne (ders., *Die Stellung des Bandes im Plane der Sammlung. Geleitwort des Herausgebers zu W. Bagehot, Das Herz der Weltwirtschaft. Die Lombardenstraße, Essen 1920, S. XIII*).

²⁹⁹ Roselius an Plenge, 25.7. 1919, in: UB, NL Plenge.

³⁰⁰ Plenge, *Deutsche Propaganda*, S. 32.

³⁰¹ Vgl. E. Stern-Rubarth, *Die Propaganda als politisches Instrument*, Berlin ²1921, S. 3 ff.; Plenge hat bei Stern-Rubarth mehr entnommen, als der knappe und kritische Hinweis bei Plenge, *Deutsche Propaganda*, S. 12, vermuten läßt.

³⁰² Ebenda, S. 11 ff., 61 f.

³⁰³ Ebenda, S. 34; vgl. J. Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976, S. 246.

³⁰⁴ K. W. Wippermann, *Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 114), Köln 1976, S. 73.

hob ein gutes Jahrzehnt später hervor, wo er die Erben seiner Lehre sah: „Es kam ein junger Doktor zu mir, der nach München in die nationale Bewegung wollte und fragte mich um Rat . . . Mein Rat und die Lehren meines Propagandabuches haben eingeschlagen.“³⁰⁵

Während über das Zusammentreffen mit Goebbels außer dieser von Plenge häufig vorgetragene Version nichts bekannt ist, gibt es über die Verbindung mit einem jungen Talent des rechten Flügels der SPD, den Haenisch Anfang 1920 an Plenge als Doktorand vermittelte, Unterlagen. Kurt Schumacher sparte in seiner Anfang Juli des gleichen Jahres mit „magna cum laude“ angenommenen Dissertation über den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie nicht mit Elogen auf seinen Doktorvater, dessen Kritik des Liberalismus er hervorhob: „Da die Partei Grundsätzliches auf diesem Gebiete vor dem Kriege nicht geleistet hatte, war es nicht sonderbar, daß die ‚Ideen von 1914‘ von außen her als Banner dieses Prinzips hineingetragen wurden. Mit Johann Plenge gewann zum ersten Male seit Eugen Dühring ein Vertreter der offiziellen Gelehrsamkeit Einfluß auf die politische Theorie der deutschen Sozialdemokratie. Die ‚Ideen von 1914‘ bedeuteten eine Erhebung des Organisationsgedankens zum Ideal des freiheitlichen Aufgehens der Individualität in einer Kollektivperson.“³⁰⁶ Bis auf die vielleicht ungeschickte Analogie zum Einfluß Dührings, die Plenge in seinem Referat über Schumachers Doktorarbeit kritisierte³⁰⁷, war er sehr zufrieden, wie dies auch die Korrespondenz 1920/21 und 1926 zeigte, als Plenge Schumacher mahnte, sich um die Formalien – Ablieferung der Pflichtexemplare – zu kümmern, damit er den verdienten Dokortitel erhalte³⁰⁸.

Verstärkt mischte sich Plenge seit 1919/20 auch in solche zeitgenössischen Diskussionen ein, die nicht direkt mit den Fragen der Organisation zusammenhingen. So ging er in einer Vorlesung ausführlich auf den „politischen Wert des Judentums“ ein³⁰⁹, wobei er sich zwar vom „blinden und dummen Antisemitismus“³¹⁰ abgrenzte, aber gleichzeitig seine pauschalen Charakterisierungen aus „Marx und Hegel“ in noch radikaler wirkender Form vortrug: Judentum sei Religion, „angeborene Rasse“ und „gesellschaftliche Verhaltensweise . . . durch geschichtliche Entwicklung und Schicksal“³¹¹; die Juden besäßen eine „gierige und ausschweifende Sexualität,

³⁰⁵ J. Plenge, Meine Anmeldung zum Bund Schlageter e. V. Mit der Verkündigung der Volksgenossenschaft der Arbeit am 31. Juli 1914, der Verheißung des „nationalen Sozialismus“ aus den „Ideen von 1914“ in meinen Kriegsschriften (1914 bis 1918) und dem Verlagsprogramm von Juli 1919 mit dem ersten Symbol für „Das dritte Reich“, Münster 1933, S. 12f.

³⁰⁶ Schumacher, S. 104; vgl. auch W. Albrecht, Einleitung, in: Kurt Schumachers Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von W. Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 35 ff.

³⁰⁷ „Der Vergleich mit Dühring trifft wohl besser Spenglers preußischen Sozialismus wie mich“ (Referat von Plenge zu Schumachers Doktorarbeit vom 2.7. 1920, in: UAM, Neue Universität, Pressestelle, Pers.-Akte Nr. 96).

³⁰⁸ Plenge an Schumacher, 27. 4. 1926, in: UB, NL Plenge.

³⁰⁹ J. Plenge, Über den politischen Wert des Judentums, Essen 1920; es handelt sich um die Druckfassung (39 Seiten) einer Vorlesung vom 17. 11. 1919.

³¹⁰ Ebenda, S. 10.

³¹¹ Ebenda, S. 15.

die den Germanen abstößt“, seien „gemütloser“ als dieser, aber mit einem „schärferen Verstand“ ausgestattet, der freilich nur zu abstraktem, nicht aber zu „schöpferischem organischem“ Denken fähig sei³¹²; die kantianische Philosophie könne als „vernunftgemäßer Ausdruck des jüdischen Glaubens“³¹³ gelten, entsprechend der sich darauf beziehende Revisionismus in der Sozialdemokratie; der jüdische „Übernationalismus“ bewirke die „Vergiftung der europäisch-amerikanischen Völker“³¹⁴ usw. Als der preußische Kultusminister Haenisch im Juli 1920 Münster besuchte und sogar an einer Hauptseminarsitzung bei Plenge teilnahm, bezog er sich ausdrücklich lobend auf dessen Behandlung der Judenfrage³¹⁵.

Einiges Aufsehen erregte Plenges Eingreifen in einen Streit der Jugend- und Wandervogelbewegung. Im Jenaer Diederichs-Verlag hatte ein Buch über die „Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft“³¹⁶ einigen Erfolg gehabt. Wütend wandte sich Plenge, der von einem seiner Doktoranden zu einer Stellungnahme gebeten worden war, gegen den Verfasser des Buches, den er als „Prophet der Onanistenkultur“³¹⁷ bezeichnete, der noch dazu gefeiert werde von dem „Teil des jüdischen Literatentums, der auf den Theatern und in den Feuilletons der Zeitungen so viel zur Verschweinerung unseres Geisteslebens beigetragen hat“³¹⁸. Nicht nur die angesprochene Jugendgruppe distanzierte sich vom Ton Plenges, der „der deutschen Jugendbewegung unwürdig und wesensfremd“ sei³¹⁹; auch der Verleger Eugen Diederichs protestierte scharf gegen „Ehrabschneidung“, hatte Plenge ihn doch der gewissenlosen Propaganda für das angegriffene Buch bezichtigt³²⁰. Zum endgültigen Bruch kam es wegen dieser Schrift schließlich mit Ernst Kriek, der ursprünglich den Streit zwischen Plenge und Diederichs hatte schlichten wollen, aber sich bald selbst mit heftigen Vorwürfen überhäuft sah, darin gipfelnd, daß er „nicht einmal Individualist, nicht einmal Mensch von 1789, sondern der Mensch vor der Revolution“ sei, „in seiner Kleinlichkeit empörend deutsch und erschreckend

³¹² Ebenda, S. 16.

³¹³ Ebenda, S. 26.

³¹⁴ Ebenda, S. 29.

³¹⁵ K. Haenisch, Staat und Hochschule. Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage, Berlin 1920, S. 76 (im Abendvortrag am gleichen 21. 7. 1920). Ein intensiver Gedankenaustausch über diese Schrift ergab sich auch mit Roselius, der trotz einiger Differenzen sehr beeindruckt war.

³¹⁶ H. Blüher, Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft, Bd. 1, 2, Jena 1917, 1919 (10 000 Exemplare waren nach zwei Jahren verkauft); vgl. dazu G. Scholz, „Wandervogel, Volk und Führer“: Männergesellschaft und Antisemitismus bei Hans Blüher, in: K. Schwedhelm (Hrsg.), Propheten des Nationalismus, München 1969, S. 211–227.

³¹⁷ J. Plenge, Antiblüber. Affenbund oder Männerbund? Ein Brief, Münster 1920 (†1921), S. 3.

³¹⁸ Ebenda, S. 29.

³¹⁹ Bundesnachrichtenblatt des Wandervogel/Deutscher Jugendbund e. V., H. 1 vom Januar 1921, abgedruckt in: Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Die bündische Zeit. Quellenschriften. Hrsg. im Auftrage des „Gemeinschaftswerkes Archiv und Dokumentation der Jugendbewegung“ von W. Kindt. Mit einem Nachwort von W. Raupach (Dokumentation der Jugendbewegung III), Köln 1974, S. 97 f. (Zitat: S. 98).

³²⁰ Diederichs an Rektor der Universität Münster, 3. 11. 1920, in: UAM, Neue Universität, H I 12 adh (beigelegt ein Vorabdruck von Diederichs „Hegelianer und Platoniker“ für die „Tat“).

unfrei³²¹. Kriek zog den Schlußstrich: „Jedenfalls wünsche ich nicht, daß das deutsche Volk nach Ihren Rezepten ‚organisiert‘ werde. Einst glaubte ich darin einen notwendigen Bestandteil des künftigen Aufbaues zu sehen.“³²²

Das Ansehen Plenges war zu dieser Zeit trotz aller öffentlich ausgetragenen Querelen und seiner bekannten Streitsucht immerhin so groß, daß er in einem repräsentativen Sammelband neben Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Fehrenbach und anderen seine Konzeption „staatswissenschaftlicher Erneuerung“ für eine „nationale und politische Arbeitsgemeinschaft“ propagieren konnte³²³.

Eine breitere Resonanz erhoffte sich Plenge in den Jahren 1920 bis 1923 von regelmäßigen Schulungskursen für Gewerkschaftler verschiedener Richtungen an seinem Institut³²⁴. Den hauptsächlichsten Unterschied zu anderen Ansätzen akademischer Gewerkschaftsschulung in den ersten Jahren der Weimarer Republik sah Plenge darin, wie er an Gustav Radbruch, der ihn um Informationen gebeten hatte, schrieb, daß es ihm um die Schulung der Führer, nicht der einfachen Mitglieder ging³²⁵. Dabei achtete er strikt auf eine möglichst ausgewogene Vertretung der drei hauptsächlichsten Richtungen, die er auch für einen „Praktischen Beirat für die akademischen Gewerkschaftskurse“ gewann³²⁶. Nicht die Zahl der Teilnehmer an den insgesamt vier jeweils mehrwöchigen Schulungen³²⁷ machte die Bedeutung dieser

³²¹ Plenge an Kriek, 11. 2. 1921, in: UB, NL Plenge.

³²² Kriek an Plenge, 14. 2. 1921, in: UB, NL Plenge.

³²³ J. Plenge, Die Zukunft Deutschlands im Lichte der staatswissenschaftlichen Erneuerung, in: K. Löffler (Hrsg.), Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer, Halle a. d. Saale 1921, S. 117–121 (Zitate: S. 120); entsprechend ders., „Geistiger Aufbau“. Staatswissenschaftliche Erneuerung und organisatorische Anschauung, in: Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk. Zugleich amtliches Blatt der Handelskammer Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel und Essen, Jg. 2, 1921, Nr. 9 vom 19. 2. 1921, S. 227–229. Vgl. zum Zusammenhang K. Töppner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Geistesgeschichte Bd. 5), Göttingen 1970; die Passage zu Plenge (ebenda, S. 82 ff.) beinhaltet allerdings einige Fehler.

³²⁴ Vgl. hierzu kritisch N. Reichling, Johann Plenge und die „Akademischen Gewerkschaftskurse“ in Münster, in: L. Kurz (Hrsg.), 200 Jahre zwischen Dom und Schloß. Ein Lesebuch zur Vergangenheit und Gegenwart der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster 1980, S. 64–76; ders., Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik, Münster 1983, S. 101 ff.; vgl. auch O. Antrick, Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. Idee, Werden, Gestalt, Darmstadt 1966, S. 20; ergänzend zum Hintergrund P. Krug, Gewerkschaften und Arbeiterbildung. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit von ihren Anfängen bis zur Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 18), Frankfurt/M. 1980, S. 208 ff.

³²⁵ Radbruch an Plenge, 25. 9. 1920; Plenge an Radbruch, 23. 10. 1920, jeweils in: UB, NL Plenge.

³²⁶ Plenge an Dekan der Fakultät, 27. 5. 1921, in: UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Dienst-Akte F I Nr. 3.

³²⁷ Nach Plenges „Bericht über 4. akademischen Gewerkschaftskursus vom 4. 9.–14. 10. 1922 und vom Lehrgang für Schlichtungswesen vom 2.–4. 10. 1922“ waren von insgesamt 153 Teilnehmern 83 Mitglieder von ADGB/AfA, 41 von den „Christlichen“ und 29 von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften (UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Dienst-Akte C I Nr. 4, Bd. 1); weitere Berichte über Schulungskurse in UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Pers.-Akte Nr. 17 II und 17 III.

Aktivitäten aus, sondern die von einer Reihe von Gewerkschaftsfunktionären geschätzte Vorbildfunktion³²⁸, für die neben der konzeptionellen Ausrichtung auch der weltanschauliche Kern der vermittelten „Organisationslehre“ als eine mit der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaften³²⁹ zumindest für einen kurzen Zeitraum Anfang der zwanziger Jahre kompatible Ideologie erwähnt werden muß, die den „Konservativen Sozialisten“ Wichard von Moellendorff nach einem Besuch in Münster zu dem Bekenntnis veranlaßte: „Es wird mir immer eine Freude sein, Ihnen bei dem Bemühen um Weltanschauung auf meine Weise zu helfen.“³³⁰ Die wichtigste Unterstützung – und tätige Mithilfe als Lehrer – erhielt Plenge bei seinen Gewerkschaftsschulungen von Richard Woldt, einem langjährigen Vertrauten von Haenisch und begeisterten Propagandisten des Taylorismus innerhalb der Freien Gewerkschaften³³¹, der seine Schlüsselstellung im preußischen Kultusministerium und seine gewerkschaftliche Position dazu nutzte, Plenge sowohl staatliche wie gewerkschaftliche Gelder zu verschaffen³³². Als Ende 1922 immer neue Zerwürfnisse zum Bruch zwischen Plenge und Woldt führten, war den Gewerkschaftskursen ihre Existenzgrundlage entzogen.

Die Gründe für diesen Bruch, Plenges Unduldsamkeit und diktatorische Neigungen, belasteten immer stärker auch seine Beziehungen zu den Kollegen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Die dauernden Streitigkeiten, z. B. um beinahe jedes Dissertationsverfahren³³³, eskalierten Anfang 1923. Die zeitweilige Abwesenheit Plenges, der versuchte, seine Propagandalehren gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet zu erproben – betont wurde von ihm im Unterschied zur „amtlich gesteuerten ‚Volksopposition‘ gegen Versailles“³³⁴ einerseits die nordwest-

³²⁸ Vgl. Sinzheimer an Plenge, 12. 9. 1922, in: UB, NL Plenge.

³²⁹ Vgl. u. a. G. D. Feldman/J. Steinisch, *Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Arbeitsgemeinschaft* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 50), München 1985.

³³⁰ Moellendorff an Plenge, 20. 11. 1922, in: UB, NL Plenge; konkret schlug Moellendorff Plenge gemeinsame „enzyklopädische“ Studien vor. Plenge antwortete, daß diese Idee sein „volles Interesse“ habe und daß „Planwirtschaft und organisatorischer Sozialismus“ sich begegnen müßten. „Aber der Gedanke gehört Ihnen und so ist auch die Verwirklichung Ihr Recht und vielleicht Ihre Aufgabe, um nicht Ihre Pflicht zu sagen“ (Plenge an Moellendorff, 24. 11. 1922, in: UB, NL Plenge). In der Literatur über Plenge wie in der über Moellendorff wird diese Begegnung nicht erwähnt; vgl. K. Braun, *Konservatismus und Gemeinwirtschaft. Eine Studie über Wichard v. Moellendorff* (Duisburger Hochschulbeiträge Bd. 11), Duisburg 1978; zu Moellendorff auch D. E. Barclay, *„A Prussian Socialism? Wichard v. Moellendorff and the Dilemmas of Economic Planning in Germany 1918–1919“*, in: *Central European History*, Bd. 11, 1970, S. 50–82.

³³¹ Vgl. G. Stollberg, *Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr*, Frankfurt/M./New York 1981, S. 40 f., 82 f., 99 ff.

³³² Vgl. die äußerst umfangreiche Korrespondenz zwischen Woldt und Plenge, in: UB, NL Plenge.

³³³ UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Pers.-Akte Nr. 17 III.

³³⁴ U. Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 59), Göttingen 1983, S. 259. Zu Plenges Kritik an der Regierungsstrategie vgl. Wippermann, S. 212.

deutsche Mission als „Westfalen- bzw. Niedersachsenpropaganda“³³⁵, andererseits die „Einheitsfront“ von Unternehmern und Arbeitern³³⁶–, benutzten seine universitären Gegner dazu, dem ihrer Auffassung nach an „Querulantenwahnsinn“³³⁷ leidenden Plenge im März 1923 das „Staatswissenschaftliche Institut“ zu entziehen und es zu schließen. Weder Roselius, der in den USA war, noch der nicht mehr im Ministeramt befindliche Haenisch vermochten ihm zu helfen. Bitter klagte Plenge, daß „man an der Zukunft Deutschlands verzweifeln könne, wenn man einen Teil seiner Professoren sieht“³³⁸. Den Verlust seines Instituts vermerkte er von nun an immer wieder als tiefsten Einschnitt in seinem Leben, als Abschluß seiner auf unmittelbare staatliche und gesellschaftliche Veränderungen gerichteten Tätigkeit.

4. Auf der Suche nach Anerkennung in Weimarer Republik, „Drittem Reich“ und westdeutscher Nachkriegsgesellschaft

Durch die Hilfe des preußischen Kultusministeriums erhielt Plenge noch im Jahr 1923 ein neues Institut, das „Forschungsinstitut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie an der Universität Münster“, das allerdings erst zwei Jahre später seinen regulären Betrieb aufnahm. Damit war er endgültig zum

³³⁵ J. Plenge, Propaganda-Einführung in die Volkspropaganda an der Ruhr, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6; vgl. nach Anweisung Plenges hergestellte Flugblätter und Werbezettel zur „Zersetzungpropaganda“ unter den französischen Truppen in UAM, NL Hoffmann, Nr. 10; ausführlich L. Kerßen, Johann Plenges Ruhrkampfpromaganda, in: Schäfers, Soziologie und Sozialismus, S. 45–60.

³³⁶ Im Unterschied zum ADGB, der eine „nationale Einheitsfront“ durch die Haltung der Unternehmer nicht für realisierbar hielt und die Gewerkschaften als alleinige „Träger des nationalen Einheitsgedankens gegen die ausländischen Gegner“ herausstellte (L. Erdmann, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1924, S. 83, 224); vgl. zum Hintergrund H. Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 66), Düsseldorf 1979, S. 317 ff.; neuerdings M. Ruck, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986. Aus Schreiben lokaler Gewerkschaftsführungen ging hervor, daß es im Revier eine Reihe von „Plengianern“ gab, die versuchten, die Linie der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern zu verfolgen (UAM, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Pers.-Akte Nr. 17 IV).

³³⁷ Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät an preußischen Kultusminister, 25. 2. 1923, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 1.

³³⁸ Staatswissenschaftliches Institut an Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, 6. 3. 1923, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 1. Ausführliche Schilderungen der ungewöhnlichen Institutszerstörung enthalten J. Plenge, Vom Staatswissenschaftlichen Institut Münster i. W. zum Institut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie. Hauptseminaransprache vom 29. 5. 1923 (als Handschrift gedruckt), in: UAM, Neue Universität, H I 12 adh; ders., Das Institut für Organisationslehre und Soziologie 1923/25. Bericht für die Chronik der Westfälischen Wilhelms-Universität (als Handschrift gedruckt), in: UAM, Philosophische Fakultät, Dienst-Akte, D. Nr. 7, Bd. 1.

Soziologen geworden. Der erzwungene Terrainwechsel³³⁹ wurde von Plenge allerdings nicht nur als Abstieg empfunden, war ihm doch die Möglichkeit gegeben, noch weiter gefaßt den „organisatorischen Menschen“ und das „Führungsproblem als schwere Sonderfrage“ zu erforschen³⁴⁰. Auch wenn er in der Soziologie der Weimarer Zeit „keine allgemeine Wirkungskraft“³⁴¹ entfalten konnte, leitete er doch immerhin überhaupt eines der damals nur fünf soziologischen Forschungsinstitute in Deutschland³⁴², und die Kontakte mit bestimmenden Vertretern der Zunft gestalteten sich durchaus intensiv. Vor allem mit Ferdinand Tönnies, dem anerkannten Nestor der Soziologen, der es im Krieg noch abgelehnt hatte, Plenges „1789 und 1914“ zu rezensieren, weil es bei ihm nur „schwache Sympathie“ erregt habe³⁴³, entwickelte sich seit 1926/27 eine rege Korrespondenz. Er habe, schrieb Tönnies im März 1931 nach Münster, „längst die Bedeutung ihres Gedankens“ erfaßt „und hoffe noch zu erleben, daß Sie die Synthese Marx und Hegel siegreich durchführen“³⁴⁴. Für alle Aufforderungen Plenges, die „Gesellschaftsstufen in der Tönnies'-Plenge'schen Auffassung“³⁴⁵ gemeinsam auszuarbeiten, erklärte sich Tönnies hingegen als zu alt. Dafür hatte er sich erfolgreich um die Vermittlung einer Zusammenarbeit mit Leopold von Wiese bemüht³⁴⁶, der Plenge aufforderte, für die „Köl-

³³⁹ Aus der Weimarer Zeit sind nur kleinere nationalökonomische Aufsätze zu nennen: J. Plenge, Eine Übersichtstafel zur Geldentwicklung, in: *Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk*, Jg. 2, 1921, Nr. 13 vom 19. 3. 1921 (Sonderdruck); ders., Zum „Tableau Economique“, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 24, 1926, S. 299–330. Geschätzt wurden Plenges Arbeiten u. a. von Bernhard Harms und Götz Briefs (vgl. entsprechende Korrespondenz in UB, NL Plenge); zur Entwicklung der Disziplin C.-D. Krohn, *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933*, Frankfurt/M./New York 1981.

³⁴⁰ J. Plenge, *Das Forschungsinstitut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie bei der Universität Münster*, Münster 1928, S. 7, 9.

³⁴¹ R. M. Lepsius, *Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien*, in: ders. (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945* (Sonderheft 23 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*), Opladen 1981, S. 7–23 (Zitat: S. 11); vgl. auch G. Eisermann, *Die deutsche Soziologie im Zeitraum von 1918 bis 1933*, in: *KZfSS*, Jg. 11, 1959, S. 54–71 (hier S. 67).

³⁴² Neben Münster waren dies das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (Bernhard Harms), das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Köln (Leopold von Wiese), das Institut für Sozialforschung in Frankfurt (Carl Grünberg, dann Max Horkheimer) und das Institut für angewandte Soziologie in Berlin (Karl Dunkmann); vgl. F. Tönnies, *Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute*, in: L. Brauer u. a. (Hrsg.), *Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele*, Bd. 1, Hamburg 1930, S. 425–440 (hier S. 433). Tönnies hebt hier Plenges Institut besonders lobend hervor; vgl. auch Käsler, S. 621 f.

³⁴³ Tönnies an H. Braun, 14. 4. 1916, in: UB, NL Plenge.

³⁴⁴ Tönnies an Plenge, 4. 3. 1931, in: UB, NL Plenge.

³⁴⁵ Plenge an Tönnies, 7. 3. 1931, in: UB, NL Plenge. Den Einfluß von Tönnies „Gemeinschaft und Gesellschaft“ auf Plenges soziologische Begriffsbildung betont A. Bellebaum, Ferdinand Tönnies, in: D. Käsler (Hrsg.), *Klassiker des soziologischen Denkens*, Bd. 1, München 1976, S. 232–266 (hier S. 262); vgl. auch C. Bickel, *Ferdinand Tönnies*, in: Papcke, S. 307–334 (hier S. 315 f.).

³⁴⁶ Plenge an Tönnies, 10. 11. 1927, in: UB, NL Plenge.

ner Vierteljahrshefte für Soziologie“ zu schreiben³⁴⁷, und mehrfach nach Münster zu Besuch kam. Auch seine „Beziehungslehre“ von 1932 widmete er Plenge³⁴⁸. Dieser wiederum versuchte deutlich seine eigene Position abzugrenzen: „Nach meiner ganzen Einstellung werde ich meinen Weg mitten zwischen Ihren Formulierungen und denen von Spann nehmen, weil ich zwar von der Ureinbezogenheit des ‚Ich‘ in das ‚Wir‘ ausgehen muß, aber selbstverständlich das ‚Ich‘ nicht mit einem großen Gefühlsschwall vom ‚Ganzen‘ verschlingen lassen kann.“³⁴⁹ Es handelte sich um die alte Frontstellung des Rechtshegelianers gegen lebensphilosophischen Universalismus und soziologischen Formalismus gleichermaßen; als Aufgabenstellung für sein Institut hielt er fest, einerseits „die zunächst leicht verschwommen wirkende“ Lehre Spanns zu verdeutlichen, andererseits die Beziehungslehre des Kölner Instituts zu ontologisieren³⁵⁰. Trotz aller Bemühungen von Alfred Vierkandt und v. Wiese lehnte er eine Beteiligung am „Handwörterbuch der Soziologie“ ab, weil der von ihm erbetene Artikel über „Organisation“ im Kontext des Bandes seiner weltanschaulichen Bedeutung entledigt worden wäre³⁵¹; auf der anderen Seite wandte er sich auch gegen das verengte Hegelverständnis von Hans Freyer³⁵², dem er zudem übelnahm, „das ganze Schülerverhältnis“ zu Plenge totzuschweigen³⁵³, das Freyers Konzeption einer „Revolution von rechts“³⁵⁴ ausdrückte. Freyers großen Publikumserfolg ver-

³⁴⁷ V. Wiese an Plenge, 28. 10. 1927, in: UB, NL Plenge; vgl. J. Plenge, Johann Plenges Problemsystem der theoretischen Soziologie an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie (KVS), Jg. 8, 1929/30, S. 344–349; ders., Acht Glossen zum Betrieb der Gesellschaftslehre, in: KVS, Jg. 9, 1930/31, S. 153–165; ders., Zum Ausbau der Beziehungslehre (von Wiese gewidmet), in: KVS, Jg. 9, 1930/31, S. 271–288, 448–493, Jg. 10, 1931/32, S. 320–354; ders., Ist das Geisteswissenschaft?, in: KVS, Jg. 9, 1930/31, S. 309–345.

³⁴⁸ V. Wiese an Plenge, 29. 4. 1932, in: UB, NL Plenge; in der Darstellung von H. v. Alemann, Leopold von Wiese und das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Köln 1919–1934, in: W. Lepenies (Hrsg.), Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin, Bd. 2., Frankfurt/M. 1981, S. 349–389 (hier S. 363 ff.), wird einseitig das Abhängigkeitsverhältnis Plenges von Wiese betont.

³⁴⁹ Plenge an v. Wiese, 8. 11. 1927, in: UB, NL Plenge. Die sporadische Korrespondenz zwischen Plenge und Othmar Spann seit 1919 fand 1929 ihr Ende, als Plenge über seine seltene Erwähnung in dessen Werken empört war (Plenge an Spann, 30. 9. 1929, in: UB, NL Plenge); vgl. zum zeitgenössischen Hintergrund für Plenges Positionsbestimmung die von K. Dunkmann, Der Kampf um Othmar Spann, Leipzig 1928, dokumentierte „Wiener Debatte“ auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1925.

³⁵⁰ Plenge, Das Forschungsinstitut, S. 9.

³⁵¹ Vierkandt an Plenge, 7. 2. 1930; 4. 3. 1930; Plenge an Vierkandt, 4. 3. 1930; Vierkandt an Plenge, 6. 8. 1930; Plenge an Vierkandt, 8. 8. 1930; Vierkandt an Plenge, 10. 12. 1930, jeweils in: UB, NL Plenge; vgl. insgesamt auch Schäfers, Soziologie und Wirklichkeitsbild. Plenges Beitrag zur deutschen Soziologie um 1930, in: ders., Soziologie und Sozialismus, S. 61–122.

³⁵² Vgl. die Korrespondenz Plenge-Freyer 1929–1932 in UB, NL Plenge; J. Plenge, Fachdisziplin, Totalgesellschaft und Pantologie, in: R. Thurnwald (Hrsg.), Soziologie von heute. Ein Symposium der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie, Leipzig 1932, S. 24–44.

³⁵³ Plenge an v. Wiese, 17. 7. 1930, in: UB, NL Plenge.

³⁵⁴ H. Freyer, Revolution von rechts, Jena 1931.

mochte Plenge allerdings mit seinem weithin unbeachteten Beitrag zum „Hegel-Jahr“, der an sein Werk von 1911 angelehnt war, nicht zu erzielen³⁵⁵.

Seit der Mitte der zwanziger Jahre war auch seine Terminologie immer komplizierter und esoterischer geworden. Seine Idee, ein umfangreiches und allumfassendes „Tafelsystem“ für Lehrzwecke zu schaffen, an der er unablässig arbeitete³⁵⁶, trug nicht zur Gemeinverständlichkeit bei, da niemand die Tafeln ohne direkte Anleitung zu verstehen vermochte³⁵⁷. Immer mehr Raum nahmen nun auch dilettantische kunsthistorische Studien vor allem über den Maler Mathias Grünewald ein, mit denen er beinahe jeden seiner zahlreichen Briefpartner behelligte³⁵⁸, und im Zusammenhang damit verstärkte sich sein Interesse an „letzten“ theologischen Fragen³⁵⁹.

Um politische Tagesprobleme hingegen hatte er sich seit der Zerstörung seines „Staatswissenschaftlichen Instituts“ 1923 nicht mehr gekümmert. Erst die nationalsozialistische Machtübernahme weckte erneut Plenges Interesse, unmittelbar auf die öffentliche Diskussion Einfluß zu nehmen, weil er hoffte, seine theoretische Vorläuferschaft für das „Dritte Reich“ würde anerkannt werden. Durch Zitatsammlungen aus seinen Kriegsschriften, versehen mit zeitgemäßen Überschriften – „Der Rassengedanke des nationalen Sozialismus“, „Die Verheißung Hitlers“ usw.³⁶⁰ –, suchte Plenge zu belegen, daß seine „Ideen von 1914“ eine „unzweideutig klare Vorwegnahme der nationalsozialistischen Idee mit allen ihren Grundforderungen“³⁶¹ gewesen sei; er habe „den Marxismus, der damals herrschte, als ausgesprochen jüdisches Gedankengut gekennzeichnet“³⁶² und den Liberalismus entlarvt³⁶³, innerhalb seiner

³⁵⁵ J. Plenge, *Hegel und die Weltgeschichte*, Münster 1931.

³⁵⁶ Vgl. Plenge, *Das Forschungsinstitut*, S. 18 ff.; G. Kroner, *Plenge und Marx. Eine vergleichende gesellschaftswissenschaftliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der erziehungswissenschaftlichen Elemente*, Diss. PH Rheinland Köln 1974 (in dieser ansonsten völlig unkritischen Arbeit sind einige Tafeln abgedruckt).

³⁵⁷ Tönnies an Plenge, 4. 3. 1931, in: UB, NL Plenge.

³⁵⁸ Vgl. zu Plenges Kunsttheorie zusammenfassend T. Neumann, *Zum Verhältnis von Kunst und Wissenschaft im Werk Johann Plenges*, in: Schäfers, *Soziologie und Sozialismus*, S. 122–148 (mit einer Bibliographie von Plenges diesbezüglichen Aufsätzen und Artikeln).

³⁵⁹ Vergeblich bemühte sich Plenge um Kontakte zu Karl Barth und Paul Tillich, während ihn seit 1929 eine enge Freundschaft mit dem Jesuitenpater Erich Przywara verband (vgl. UB, NL Plenge). Als Assistent arbeitete bei ihm 1928–1932 der katholische Philosoph und Soziologe Josef Pieper, mit dem er sich allerdings 1932 überwarf (vgl. UAM, Kurator, Dienst-Akte Fach 15. Nr. 2, Bd. 1; J. Pieper, *Noch wußte es niemand. Autobiographische Aufzeichnungen 1904–1945*, München 1976). Zu Plenges Einfluß namentlich auf v. Wiese ders., *Grundformen sozialer Spielregeln*, Frankfurt/M. 1948 (1933), S. 16 f.

³⁶⁰ Vgl. Plenge, *Meine Anmeldung*.

³⁶¹ Plenge an stellvertretenden Kurator der Universität Münster, 10. 6. 1933, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6; vgl. auch den vermutlich von Plenge inspirierten Artikel von H. May, *Die Verheißung des nationalen Sozialismus aus den Ideen von 1914*, in: *Deutsche Treue. Zeitschrift für monarchische Staatsauffassung*, Jg. 15, 1933, Nr. 17 vom 1. 9. 1933, S. 453–456 („Deutsche Treue“ war das Organ des „Nationalverbandes Deutscher Offiziere“).

³⁶² Plenge an Schriftleitung der Nationalzeitung (Münster), 19. 10. 1933, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁶³ Plenge an Schriftleitung der Nationalzeitung (Münster), 31. 10. 1933, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

Organisationslehre über „Führerzucht“³⁶⁴ nachgedacht und schon früh das „Thema der Rassenhygiene“³⁶⁵ gestellt sowie allgemein Idee, Organisation und Propaganda „zu jener unverbrüchlichen Einheit“ verholfen, „wie sie auch von München übernommen ist und von Hitler in ‚Mein Kampf‘ so zwingend zum Erlebnis gemacht wird“³⁶⁶. In einer Flut von Zuschriften an verschiedene NS-Größen, darunter Rosenberg, Dietrich und Goebbels, versuchte er dieser Version Anerkennung zu verschaffen³⁶⁷. Sogar für das Hakenkreuz-Symbol machte er Urheberrechte geltend³⁶⁸. Auch innerhalb der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“, in die Plenge 1927 auf Antrag von Tönnies und v. Wiese aufgenommen worden war, glaubte er als derjenige, der „die Lehre des Nationalsozialismus vorweggenommen hat“³⁶⁹, Ansprüche anmelden zu können. Ihm schwebte die Umwandlung der Gesellschaft in einen von ihm dominierten „Führerring“ vor, der eine „unbedingt standhafte Organisation unserer Wissenschaft über den Kämpfen der Zeit“ garantieren könne³⁷⁰. Aber nicht nur diese optimistische Vorstellung scheiterte an der Wirklichkeit. Eben der von ihm nicht geschätzte Hans Freyer erlangte Anfang 1934 – zunächst – die Führerposition³⁷¹. Aufgrund von Angriffen in der lokalen NS-Presse sah sich Plenge auch genötigt, seine Version einer direkten Vorläuferrolle für den Nationalsozialismus etwas einzuschränken³⁷², allerdings mit der für ihn charakteristischen Wendung, daß gerade das, was Hitler von anderen – namentlich von Feder – übernommen habe, Grund für ihn gewesen sei, nicht seine eigene „Überzeugung mit der der Parteibewegung gleichzusetzen“³⁷³, zumal er nicht habe wissen können, „daß die politische Klugheit und Überlegenheit des Führers“³⁷⁴ solche Illusionisten und Dilettanten würde zügeln können. Neben dieser Erklärung seines politischen Attentismus gegenüber der NSDAP bemühte sich Plenge nach 1933 um eine Rechtfertigung seiner engen Verbindung mit Haenisch, wozu er einen, allerdings nur geringen Teil der Korrespondenz seit 1917 dokumentierte, aus der hervorging, daß er im Einsatz für die Gruppe um die „Glocke“ vor allem auf Marxismus und Liberalismus zielte³⁷⁵.

³⁶⁴ Plenge an stellvertretenden Kurator der Universität Münster, 3.10. 1933, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁶⁵ Plenge an den Rektor der Universität Münster, 14.12. 1934, in: UAM, Philosophische Fakultät, Dienst-Akte D. Nr. 7, Bd. 2.

³⁶⁶ Plenge, Meine Anmeldung, S. 11.

³⁶⁷ Vgl. Schäfers, Soziologie und Wirklichkeitsbild, S. 106 ff.

³⁶⁸ Plenge an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 2.10. 1933, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁶⁹ Plenge an v. Wiese, 19.6. 1933, in: UB, NL Plenge.

³⁷⁰ Ebenda.

³⁷¹ Vgl. als Überblick O. Rammstedt, Theorie und Empirie des Volksfeindes. Zur Entwicklung einer „deutschen Soziologie“, in: P. Lundgreen (Hrsg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1985, S. 253–313 (hier S. 258 ff.).

³⁷² Vgl. z. B. Plenge an Werner Sombart, 5.10. 1933, in: UB, NL Plenge.

³⁷³ Plenge an v. Wiese, 22.9. 1933, in: UB, NL Plenge.

³⁷⁴ Bericht von Plenge über sein Forschungsinstitut vom 23.12. 1933, in: UAM, Kurator, Dienst-Akte, Fach 15 Nr. 6.

³⁷⁵ J. Plenge, In den Umsturztagen 1918/19. Aus meinem Briefwechsel mit Konrad Haenisch. Mit

Dieses Verdienst, als „kecker Eindringling mitten im feindlichen Lager“ gekämpft zu haben, betonte er auch in den folgenden Jahren: „Aber es schien möglich und mußte zum mindesten mit entschlossenem Einsatz der eigenen Persönlichkeit versucht werden, den rechten Flügel der Sozialdemokratie zum nationalen Sozialismus herüberzuführen und aus den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen eine einheitliche deutsche Arbeitsfront zu bilden.“³⁷⁶ Leider sei er mit dem einzig dafür „erwägenswerten“ Sozialdemokraten Gustav Noske nicht in Verbindung gekommen³⁷⁷.

Die Meinung, daß Plenge „sich vergeblich bei den Faschisten anbiederte“³⁷⁸, wird ihm nicht gerecht. Plenge bat nicht, sondern forderte die Anerkennung seiner besonderen Weltanschauung als Fundament des Nationalsozialismus. Am heftigsten reagierte Alfred Rosenberg auf diese Zumutung. Er verbat sich weitere Zusendungen von Plenge als „Aufdringlichkeit“³⁷⁹. In einem Brief an den Rektor der Universität Münster rechnete Plenge daraufhin mit dem NS-Theoretiker ab, der nicht begriffen habe, „daß man auch den nationalen Sozialismus als deutsche Erneuerungsaufgabe weltgeschichtlich sehen muß . . . Europa heißt Völkerkreis und damit Weltgeschichte . . . Nur Dämmerrassen bleiben ein für allemal in die eigene Geschichte gebannt. Lichtstrassen können gerade durch ihr Erstgeburtsrecht ihre Sonderstellung nach Recht und Pflicht in der Gattung begreifen.“³⁸⁰ Und an Bernhard Harms schrieb er, Rosenbergs „Selbstvergottung des Deutschtums“ müsse als „Typ der inneren Judaisierung“³⁸¹ angesehen werden. Plenges Überzeugung, dann Hoffnung, er könne sein Forschungsinstitut auch unter den neuen politischen Verhältnissen halten, wurde trotz vielfacher Eingaben enttäuscht. Offiziell wegen der „allgemeinen Finanzlage des Staates“³⁸² wurde es am 1. April 1934 geschlossen. Voller Bitterkeit schrieb er an Tönnies, der ihm zum 60. Geburtstag gratuliert hatte: „Aber vorläufig verlangt die Parteilegende ja noch, daß es keinen nationalen Sozialismus vor Hitler gegeben hat, und so wurde ich von den nachgeordneten Stellen gerade deswegen an die Wand gedrückt, weil ich zuviel vorweggenommen habe . . . Ich habe niemals eigentlich politischen Ehrgeiz gehabt, aber ich habe gehofft und

einem Brief an Philipp Scheidemann vom 8. November 1918 (Nachtrag zu „Meine Anmeldung zum Bund Schlageter e. V.“) als Handschrift gedruckt, Münster o. J. (1934).

³⁷⁶ Plenge an Kurator der Universität Münster, 30. 4. 1938, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁷⁷ Plenge an Kurator, 8. 1. 1942, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁷⁸ W. Bergmann u. a., *Soziologie im Faschismus 1933–1945. Darstellung und Texte*, Köln 1981, S. 16.

³⁷⁹ Stabsleiter Rosenbergs an Plenge, 22. 12. 1934, in: UAM, Kurator, Dienst-Akte, Fach 15 Nr. 1, Bd. 1.

³⁸⁰ Plenge an Rektor der Universität Münster, 12. 3. 1935, in: UAM, Kurator, Dienst-Akte, Fach 15 Nr. 1, Bd. 1.

³⁸¹ Plenge an Harms, 9. 11. 1934, in: UB, NL Plenge.

³⁸² Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an stellvertretenden Kurator der Universität Münster, 19. 12. 1933, in: UAM, Kurator, Dienst-Akte, Fach 15 Nr. 6; in dieser Akte befinden sich auch die zahlreichen Eingaben von Plenge; über seine Bemühungen, die ihm noch aus den Jahren des „Staatswissenschaftlichen Instituts“ bekannten Alfred Hugenberg und Albert Vögler zur Unterstützung zu gewinnen, befindet sich Material in UAM, NL Hoffmann, Nr. 10.

geglaubt, daß ich Einfluß auf die Erziehungsaufgaben des neuen Deutschland bekommen würde ... Mein Zukunftsprogramm ist und bleibt klar: Läuterung des nationalen Sozialismus zur christlichen Weltidee und seine Versöhnung mit dem deutschen Geist.³⁸³ In den Jahren nach seiner Emeritierung am 18. Mai 1935³⁸⁴ betonte Plenge diese Zukunftsvision in vielen Briefen³⁸⁵, wobei er sich vom Verlauf des Zweiten Weltkriegs bestätigt sah. Nach dem ersten russischen Winter meinte er, seine „Grundüberzeugungen vom arischen Denken“ und vom „rassenverwandten Völkerkreis“ seien nun „politisch erwünscht“; die „deutsche Fassung des nationalen Sozialismus“ als „allgemein gültige Weltidee“ werde die „Neugeburt des europäischen Völkerkreises“ bewirken³⁸⁶. In seinen Bemühungen um „einen leidlich geordneten Nachlaß“³⁸⁷ sah er diese Position als sein theoretisches Testament. Sein ehemaliges Institut wurde 1944 von Bomben völlig zerstört.

Die Kriegsniederlage veranlaßte den über siebzigjährigen dann doch, eine Ausfüllung des damit verbundenen „geistigen Vacuums“³⁸⁸ zu versuchen. Um Gehör zu finden, mußte er allerdings zunächst seine Position nach 1933 rechtfertigen. Gegenüber dem britischen Stadtkommandanten in Münster, von dem er die Freigabe seiner in der Kreissparkasse eingelagerten Materialien erbat, betonte er, wie auch bei allen folgenden Gelegenheiten, den Unterschied zwischen der von ihm abgelehnten „rein ‚binnendeutschen‘ Hitlerbewegung“ des Nationalsozialismus und seines „nationalen Sozialismus“³⁸⁹. Leider sei eine „Trans-Reformation des Nationalsozialismus“ nach 1933 nicht gelungen³⁹⁰. Ihm selbst dürfe man „ernsthaft vorwerfen“ allein die „optimistische Hoffnung, daß man dem Nazitum noch rechtzeitig mit der Wahrheit beikommen könne“³⁹¹. Allerdings, und hier ordnete sich Plenge in einen bestimmenden Teil des zeitgenössischen Sinngebungs-Diskurses ein, hätte es „ohne das Hitler-Verhängnis nicht das über aller geschichtlichen Vergangenheit eine neue Welteinheit begründende Völkerbekenntnis zu diesem Weltfriedensreich des Rechts“ gegeben³⁹².

³⁸³ Plenge an Tönnies, 15. 6. 1934, in: UB, NL Plenge; vgl. auch Plenge an Edgar Salin, 1. 4. 1935, in: UB, NL Plenge.

³⁸⁴ UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁸⁵ Vgl. z. B. Plenge an Kurator der Universität Münster, 30. 4. 1938, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6. Offenbar ohne Antwort wandte sich Plenge auch an einen ehemaligen Schulkameraden, den christlich-konservativen Schriftsteller Rudolf Alexander Schröder (1878–1962), um durch dessen Verbindung zur Bekennenden Kirche „auf christlicher Seite irgendwie Verständnis“ für seine Konzeption zu gewinnen (Plenge an Schröder, 5. 1. 1937, in: UB, NL Plenge).

³⁸⁶ Plenge an Kurator der Universität Münster, 12. 3. 1942, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁸⁷ Plenge an Kurator, 8. 1. 1942, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁸⁸ Plenge an Generalreferent für Kultus J. Brockmann, 7. 12. 1945, in: Plenge, Die Altersreife, S. 1.

³⁸⁹ Plenge an Stadtkommandant von Münster, 20. 6. 1945, in: UAM, Kurator, Pers.-Akte Nr. 6956, Bd. 6.

³⁹⁰ Plenge, Die Altersreife, S. 104.

³⁹¹ Ebenda, S. 173.

³⁹² Ebenda, S. 3.

Seine Nachkriegsvorstellungen setzten sich zusammen aus Teilen, die er bereits zu Beginn der Weimarer Republik propagiert hatte, versehen mit neuen Akzentuierungen, die dem „Zeitgeist“ Rechnung tragen sollten. Das Bild einer „weltgeschichtlichen Theodizee“³⁹³, das schon in den „Ideen von 1914“ enthalten gewesen war, bezog er nun auf „das ganze Abendland“³⁹⁴ – den Abendland-Begriff hatte er nach dem Ersten Weltkrieg vermieden –, womit Europa gemeint war³⁹⁵. Substanz des Abendlandes bildete die „christliche Völkergemeinschaft“³⁹⁶, eingeschlossen in den „göttlichen Grundplan für den Turmbau der Weltgeschichte“³⁹⁷. Diese Fassung eines religiösen Geschichtsbildes, als „christlicher Sozialismus“³⁹⁸ propagiert – „Plato und Hegel werden dann zu Wegbereitern des Sozialismus“³⁹⁹ –, versuchte Plenge dem ersten Nachkriegsrektor der Universität Münster und langjährigen Zentrumspolitiker, Prälat Schreiber, als eine auch für den Katholiken „vom Standpunkt des Dogmas wohl einwandfreie Leistung“⁴⁰⁰ anzupreisen. Mit einer so verstandenen „Durchchristlichung des Sozialismus“⁴⁰¹ könne allein auch die „Geistesauseinandersetzung mit dem Osten“⁴⁰² überstanden werden und eine Beeinflussung des „trans-ozeanischen ‚Westen‘“⁴⁰³ gelingen.

Anders als nach 1918 warf sich Plenge in die Pose des „allerliberalsten“⁴⁰⁴ Verteidigers individueller Freiheitsrechte, zu denen er sich „vorbehaltlich geschichtlicher Durchgangsnotwendigkeiten“⁴⁰⁵ „jederzeit“⁴⁰⁶ bekannt habe – verweisen konnte er dabei immerhin auf seine Korrespondenz mit Moeller van den Bruck im letzten Monat des Ersten Weltkrieges. Im Zusammenhang mit der betonten Hochschätzung liberaler Prinzipien knüpfte er an seine außenpolitische Option von Weimar an: „England hat die politische Führung für das Abendland, und wer ist für die geistige Grundlösung mehr berufen wie Deutschland, von dem der Marxismus ausging, das an Rußland grenzt, das das Nazitum hinter sich hat“⁴⁰⁷.

Plenges Resonanz blieb gering. Von ihm angeschriebene Politiker wie der Briten Victor Gollancz oder der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold

³⁹³ Ebenda, S. XXIV.

³⁹⁴ Ebenda, S. VIII.

³⁹⁵ Plenge an v. Wiese, 3. 9. 1947, in: UB, NL Plenge.

³⁹⁶ Plenge, Die Altersreife, S. 22.

³⁹⁷ Ebenda, S. 50.

³⁹⁸ J. Plenge, Von der Weltanschauung zum Wirklichkeitsbild. Volkshochschulvortrag über ein Tafelwerk zur allgemeinen Volksbildung, Münster 1947, S. 15.

³⁹⁹ Plenge, Die Altersreife, S. 70.

⁴⁰⁰ Plenge an den Rektor der Universität Münster, 21. 11. 1945, in: UAM, Neue Universität, Pressestelle, Pers.-Akte Nr. 96.

⁴⁰¹ Plenge an Ministerpräsident Amelunxen, 10. 3. 1947, in: UB, NL Plenge; vgl. auch J. Plenge, Sein und Geist. Eine Einführung in das Reich des Geistes, Münster 1947, S. 3, 6, 12, 14, 26.

⁴⁰² Plenge an Philosophische Fakultät der Universität Münster, 13. 7. 1951, in: UAM, Philosophische Fakultät, Pers.-Akte Nr. 105.

⁴⁰³ Plenge, Von der Weltanschauung, S. 17.

⁴⁰⁴ Plenge an Karl Jaspers, 19. 3. 1947, in: UB, NL Plenge.

⁴⁰⁵ Plenge, Von der Weltanschauung, S. 24.

⁴⁰⁶ Plenge an Alfred Weber, 7. 4. 1947, in: UB, NL Plenge; entsprechend an Kurt v. Raumer, 10. 5. 1947, in: UB, NL Plenge.

⁴⁰⁷ Plenge, Die Altersreife, S. XXXV.

antworteten gar nicht erst, ebenso wenig die Philosophen Karl Jaspers oder Ortega y Gasset. Alfred Weber erklärte eine „fruchtbare Auseinandersetzung für nicht gut möglich“⁴⁰⁸. Plenges „Liebeswerben um den notwendigen öffentlichen Widerhall“⁴⁰⁹ hatte keinen Erfolg. Der „Aufbau“ in Berlin, die „Frankfurter Hefte“ und auch nordwestdeutsche Zeitschriften lehnten seine Mitarbeit ab. Die Universität Münster stellte unmißverständlich klar, sie habe „nicht das geringste Interesse“ daran, daß Plenges Institut „in irgendeiner Form wieder auflebt“⁴¹⁰.

Viel versprach sich Plenge von Kurt Schumacher, dessen Doktorarbeit von 1920 er als Beleg für seine eigene „Synthese zwischen Staat und Klasse“⁴¹¹, der einzigen historischen Chance gegen den Nationalsozialismus, anführte. Zwar wurden ihm dafür die Spalten der lokalen sozialdemokratischen Zeitung geöffnet⁴¹², aber der von ihm in beschwörendem Ton angeschriebene Schumacher⁴¹³ antwortete nicht. Nach dessen Tod scheiterten auch Plenges Versuche, den SPD-Parteivorstand zu einer Veröffentlichungserlaubnis für die Dissertation seines prominentesten Schülers zu bewegen⁴¹⁴.

Die letzten publizistischen Äußerungen Plenges Anfang der fünfziger Jahre, von ihm verstanden als „kernwesentliche Überwindung des Stalinismus“ und „geschlossene Denkleistung gegen den Osten, die neben der Stärkung der Wehrkraft und neben der täglichen Einlöffelung billiger Propagandasuppen nicht vergessen werden darf, um dem Marxismus jede Anziehungskraft für die Intelligenz zu nehmen“⁴¹⁵, galten dem Managerproblem, das er bereits in „Marx und Hegel“ thematisiert hatte⁴¹⁶, und einer „weltoffenen Universalkirche“ sowie einem „Liberalsozialismus der Planung zur bestmöglichen Erhaltung der Freiheit“⁴¹⁷. Vereinsamt⁴¹⁸ und fast erblindet verbrachte Plenge die letzten Jahre bis zu seinem Tod 1963, kurz vor Vollendung des 90. Lebensjahres.

⁴⁰⁸ Alfred Weber an Plenge, 15. 1. 1949, in: UB, NL Plenge.

⁴⁰⁹ Plenge, Von der Weltanschauung, S. 13.

⁴¹⁰ Rektor der Universität Münster an Kultusminister NRW, 20. 10. 1947, in: UAM, Neue Universität, Pressestelle, Pers.-Akte Nr. 96.

⁴¹¹ Plenge, Von der Weltanschauung, S. 7.

⁴¹² Ein Artikel von Plenge in der „Westfälischen Rundschau“ vom 28. 6. 1947 ist abgedruckt in Plenge, Die Altersreife, S. 87 ff.; vgl. auch die Kritik der KPD-Zeitung „Volksecho für Westfalen und Lippe“, 19. 7. 1947: „Der Herr Professor kann in einer sozialdemokratischen Zeitung plädieren für die Abkehr vom historischen Materialismus.“

⁴¹³ Plenge an Schumacher, 11. 3. 1947, 8. 9. 1947, jeweils in: UB, NL Plenge.

⁴¹⁴ Vgl. die umfangreiche Korrespondenz u. a. mit Erich Ollenhauer in UAM, Neue Universität, Pressestelle, Pers.-Akte Nr. 96.

⁴¹⁵ Plenge an Max Horkheimer, 21. 8. 1951, in: UB, NL Plenge.

⁴¹⁶ J. Plenge, Ein tödlicher Widerspruch im Marxismus. Die „Managers“ bei Karl Marx selbst „die Seele unseres Industriesystems“, in: Finanzarchiv, Bd. 12, 1951, S. 389–392.

⁴¹⁷ Zur Metaphysik der Beziehung (Auszug aus Briefen von Johann Plenge). Mitgeteilt von Leopold v. Wiese, in: KZfSS, Jg. 4, 1951/52, S. 511–523 (Zitat: S. 515).

⁴¹⁸ Rühmende Anerkennung erfuhr Plenge in seinen letzten Lebensjahren bei einigen Gelegenheiten allerdings noch von Alfred Müller-Armack, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, der ein Schüler Plenges gewesen war (vgl. die Korrespondenz 1959–1963 in UB, NL Plenge).

BERND KLEMM/GÜNTER J. TRITTEL

VOR DEM „WIRTSCHAFTSWUNDER“:
DURCHBRUCH ZUM WACHSTUM ODER LÄHMUNGSKRISE?

Eine Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der
Wirtschaftsentwicklung 1945–1948

I. Einleitung

Die unmittelbare „Nachkriegszeit“, die „Vorgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, ist seit Öffnung der in- und ausländischen Archive zu einem Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Forschung geworden. Die Fülle der in Bearbeitung befindlichen Projekte, die große Anzahl der einschlägigen Publikationen, sind Ausdruck eines gestiegenen Interesses an den Jahren vor 1949, in denen nach allgemeiner Auffassung die Weichenstellung für die Bundesrepublik unter den Aspekten von „Neubeginn“ oder „Restauration“ erfolgte. Gerade auch im Hinblick auf die politische Bildung ist die wachsende Aktivität der Forschung wie das Interesse der Öffentlichkeit an ihren Ergebnissen, das auch ein noch immer unbefriedigtes Bedürfnis nach politischer Identitätsfindung widerspiegelt, vorbehaltlos zu begrüßen. Problematisch erscheint jedoch der methodische Ansatz, der einem Großteil der Untersuchungen zugrundeliegt.

In den meisten Arbeiten zur Nachkriegsgeschichte und zur Frühgeschichte der Bundesrepublik dominiert eine Betrachtungsweise, die die Jahre 1945 bis 1949 in linearer Perspektive den fünfziger und sechziger Jahren zuordnet. In dieser Perspektive stellt sich die Nachkriegszeit als eine nur wenige Jahre umfassende, im wesentlichen durch den Nationalsozialismus und die Kriegsfolgen bedingte Krisenphase dar, die sehr schnell in einen bis zur Gegenwart reichenden Zeitraum ökonomischer und politischer Stabilität einmündete, erfolgten doch, wie nachzuweisen versucht wird, die entscheidenden Weichenstellungen bereits 1947 und 1948¹. Vor allem die politische Zäsur des Jahres 1945, die kurze Dauer und die Nähe der Nachkriegsjahre zur Gegenwart sowie der Umstand, daß die Frühgeschichte der Bundesrepublik und der Beginn des „Wirtschaftswunders“ zusammenfallen, erleichtern eine derartige Sichtweise. Gestützt wird sie aber auch dadurch, daß nahezu alle Autoren die ökonomische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre – ganz

¹ Diese Auffassung ist wohl zum ersten Mal von Hans-Peter Schwarz geäußert worden. Vgl.: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: ders./Richard Löwenthal, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 27.

unhistorisch – als etwas Normales betrachten, sich also, offenbar ohne sich dessen bewußt zu sein, von der Überzeugung leiten lassen, daß die Entwicklung zu einer auf Massenkonsum beruhenden Wohlstandsgesellschaft nach 1945 auf der historischen Tagesordnung gestanden habe.

Ein solches Verständnis der Nachkriegszeit ist jedoch problematisch. Denn sowohl im Hinblick auf die sie prägende umfassende sozioökonomische und gesellschaftspolitische Krise als auch im Hinblick auf das Bewußtsein und die politischen Vorstellungshorizonte der handelnden Politiker weisen die ersten Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft eher Gemeinsamkeiten mit den zwanziger und dreißiger Jahren auf. Aber nicht nur das: Vergewenwärtigt man sich die ökonomische und politische Entwicklung der jüngeren Geschichte, dann läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß in keinem anderen Zeitabschnitt des 19. und 20. Jahrhunderts Zeiträume mit so unterschiedlicher ökonomischer und politischer Dynamik und differierenden Problemlagen aneinandergrenzen, wie dies Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre der Fall war: Auf eine nahezu dreißigjährige Periode politischer und ökonomischer Instabilität, die mit dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte – eine Periode relativer ökonomischer Stagnation, wiederholter Krisen, Inflation, andauernd hoher Arbeitslosigkeit, die Weltwirtschaftskrise, bürgerkriegsähnliche Zustände 1919–1923/24 und 1930–1933, zwölf Jahre NS-Diktatur und Zweiter Weltkrieg, Hunger und Elend der Nachkriegszeit – folgte ein durch einen historisch beispiellosen Wirtschaftsboom geprägter Zeitraum jahrzehntelanger ökonomischer Prosperität, politischer Stabilität und raschen gesellschaftlichen Wandels². Insbesondere die ökonomische, aber auch die politische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre standen in einem krassen Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Menschen in den vorangegangenen Jahrzehnten gemacht hatten. Eine Analyse der aus der Nachkriegszeit überlieferten Quellen bestätigt, daß diese Entwicklung, auf Grund derer die materiellen Kriegsfolgen in den fünfziger Jahren weit schneller überwunden werden konnten, als von den Zeitgenossen in ihren kühnsten Träumen erhofft, von niemandem auch nur in Umrissen vorausgesehen worden ist – und nach aller Erfahrung wohl auch nicht vorausgesehen werden konnte. Denn zum einen standen die Politiker der Nachkriegszeit unter dem Eindruck einer sich bis 1948 zuspitzenden, in der jüngeren Geschichte ebenfalls – wohl selbst im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise – beispiellosen Krise, zum anderen war ihr politischer Horizont, wenn auch in

² Verschiedene Ökonomen haben versucht, diese divergierende Entwicklung mit Hilfe von ökonomischen Makrohypothesen zu erklären. Vgl. die Arbeiten von Werner Abelshausen/Dietmar Petzina, *Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert*, in: Wilhelm Heinz Schröder/R. Spree (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1977, S.75–113; Knut Borchardt, *Wachstum und Wechsellagen 1914–1970*, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Stuttgart 1976, Bd.2, S.685–740; ders., *Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert?* in: VSWG 64 (1977), S. 145–178; Elmar Altvater/Jürgen Hofmann/Willi Semmler, *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin 1979.

unterschiedlicher Ausprägung, von den Erfahrungen der ökonomischen und politischen Krise geprägt, an denen die Weimarer Republik gescheitert war.

Vor allem die Nachkriegs-Analysen der politischen Linken erwiesen sich immer stärker als weitgehend „ungleichzeitig“ zu den sich seit Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre allmählich herausbildenden Realitäten. Während die kapitalistische Wirtschaft weltweit in eine jahrzehntelange, weitgehend krisenfreie Periode hohen Wirtschaftswachstums eintrat, ließen sich viele Sozialdemokraten, Linksozialisten und Kommunisten von Analysen leiten, die auf der Grundlage der Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre erarbeitet worden waren oder durch diese bestätigt schienen. Bei allen Unterschieden besagten diese, daß die zyklischen kapitalistischen Krisen an Heftigkeit zugenommen hätten, daß der Monopolkapitalismus auf seiner seit dem Ersten Weltkrieg erreichten Entwicklungsstufe mit Dauer-Arbeitslosigkeit behaftet und daß Vollbeschäftigung und eine qualitative Steigerung des Lebensstandards nur durch sozialistische Planung zu erreichen seien³. Viele Lagebeurteilungen aus den vierziger und noch von Anfang der fünfziger Jahre erscheinen aus heutiger Sicht befremdlich, ja als krasse Fehltritte. Das gilt zum Beispiel für Kurt Schumachers Feststellung von 1950, die Bundesrepublik habe die erste Periode von Weimar glatt übersprungen und befinde sich bereits in einer „zweiten Periode der absoluten Restauration“, die in ihrer vierfachen Verbindung von Kapitalismus, Kartellismus, Klerikalismus und Konservatismus Züge des Dollfuß-Schuschnigg-Faschismus von 1934 trage⁴. Und das gilt ebenso für das Urteil des Linksozialisten Fritz Sternberg, der etwa zur gleichen Zeit meinte, der Kapitalismus sei auf dem europäischen Kontinent „aufs stärkste bedroht“ und der deutsche Kapitalismus habe „kaum Chancen, ohne fremde Hilfe sehr lange zu überleben“⁵. Ohne den Erfahrungshintergrund der zwanziger und dreißiger Jahre sowie die spezifische theoretische und politische Verarbeitung dieser Erfahrungen sind solche Lagebeurteilungen und Prognosen gar nicht zu verstehen. Aus all diesen Gründen erscheint es uns notwendig wie auch heuristisch fruchtbar, die Jahre 1945–1949 nicht nur als Vorgeschichte der Bundesrepublik und des „Wirtschaftswunders“, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie als „Nachgeschichte“ der Weimarer Republik und der NS-Diktatur zu betrachten – und somit als letzte Phase einer seit 1914 bestehenden ökonomischen und politischen Krisenepoche.

³ Vgl. z. B. die Analysen von Viktor Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946, Hamburg 1947, S. 57 ff.; Erik Nölting, Freiheit und Bindung in der sozialistischen Wirtschaft, in: Alfred Weber/Erik Nölting, Sozialistische Wirtschaftsordnung. Beiträge zur Diskussion, Hamburg 1948, S. 13 ff.; Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Jenseits des Kapitalismus, Lauf b. Nürnberg 1946 (Nachdruck: Bonn-Bad Godesberg 1977); Fritz Sternberg, The coming crisis, London 1947; Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Hrsg. u. eingeleitet von Elmar Altvater, Frankfurt a. M. u. Wien 1969.

⁴ Zit. nach Kurt Schumacher, Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin 1962, S. 168, 205, 244.

⁵ Fritz Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg ²1952, S. 439. Vgl. auch S. 433, 450 u. 453.

In den meisten der vorliegenden Arbeiten zur Nachkriegszeit und zur Frühgeschichte der Bundesrepublik wird die Problematik einer ökonomischen und politischen „Epochen-Wende“ nicht bzw. nicht genügend in den Blick genommen. Häufig hat das zur Folge, daß sowohl die rekonstruierbaren sozioökonomischen Rahmenbedingungen und politischen Gegebenheiten als insbesondere auch das Bewußtsein und die Vorstellungshorizonte der Politiker der Nachkriegszeit erheblich verzerrt und zum Teil – wenn auch nicht bewußt – verfälscht werden. Stellen sich die Krisenphänomene der Nachkriegszeit schon dann in einem wesentlich weniger dramatischen Licht dar, wenn man den Zeitraum 1945–1949 als Vorgeschichte des „Wirtschaftswunders“ und der politischen Stabilität der fünfziger und sechziger Jahre betrachtet⁶, so geht von der ökonomischen wie der politischen Entwicklung der fünfziger bis achtziger Jahre ein zusätzlicher Sog aus, die Nachkriegszeit heutigen Erfahrungen und Erwartungshaltungen anzupassen und auf diese Weise gewissermaßen zu „normalisieren“. Diese an vielen Beispielen in der jüngeren Historiographie belegbare Tendenz zu einer linearen Geschichtsschreibung und zur Rückprojektion erst später wirksam gewordener Tatbestände erklärt sich vielleicht auch aus zwei gravierenden Forschungslücken. Zum einen gibt es zu wichtigen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Krisenphänomenen der Nachkriegszeit (Kriegsfolgen, Flüchtlingsprobleme, Demontagen, Ernährungskrise, Wohnungsnot, Auflösung des Bewirtschaftungssystems) noch kaum systematische Untersuchungen⁷.

⁶ Manche Autoren verzichten sogar fast ganz darauf, ihre Leser über die ökonomische Krise und über die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den vierziger Jahren zu informieren. Vgl. z. B. Kurt Düwell, *Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945–1961)*, Köln/Wien 1981; Hans Karl Rupp, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart u. a. 1978; Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hrsg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 1979.

Immerhin versuchen einige Autoren, die Krisensituation der Nachkriegszeit detailliert darzustellen und auch zeitgenössische Lagebeurteilungen zu referieren. Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn/Darmstadt 1982; Wolfgang Benz, *Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform*, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1976, S. 69–89; ders., *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949*, Frankfurt a. M. 1984; Helga Grebing/Peter Pozorski/Rainer Schulze, *Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949*. a) *Die wirtschaftlichen Grundlagen*, Stuttgart 1980.

⁷ Zur Hungerproblematik liegen immerhin zwei Regionalstudien vor, nämlich: Karl-Heinz Rothenberger, *Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährung und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950*, Boppard 1980, und Gabriele Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg*, Neumünster 1984. Einer der Verfasser (G. J. Trittel) hat seine Habilitationsschrift zum Thema *Hunger und Politik in Westdeutschland 1945–1949* eingereicht, die voraussichtlich 1988 erscheinen wird. Vgl. auch dessen Aufsatz: *Hans Schlange-Schöninggen. Ein vergessener Politiker der „Ersten Stunde“*, in: *VfZ* 35 (1987), S. 24–63. Zum Forschungsstand auf dem Gebiet der Flüchtlinge und der Flüchtlingsintegration vgl. Falk Wiesemann, *Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 23/85 v. 8. 6. 1985, S. 35 ff., sowie den im Herbst erscheinenden, von Rainer Schulze, Doris von der Brölie-Lewien und Helga Grebing herausgegebenen Band *„Flüchtlinge und Vertriebene. Bilanzierung der*

Zum anderen fehlt (obwohl in dieser Hinsicht durch die Edition der Protokolle des Wirtschaftsrates und der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁸ ein beträchtlicher Fortschritt erreicht wurde) eine breite Rekonstruktion zeitgenössischer Lagebeurteilungen, insbesondere der politischen Linken, und der ihnen zugrundeliegenden Analysen und theoretischen Konzepte.

Die Konsequenzen, die sich aus der linearen Perspektivik ergeben, sind fatal: Häufig geht der Blick für die Eigenständigkeit und Offenheit der Nachkriegszeit verloren; der zeitgenössische Horizont und die Analysen der handelnden Politiker werden ignoriert und zum Teil verfälscht; die Geschichte der vierziger und fünfziger Jahre wird als Produkt zielstrebigem, bewußtem Handelns in Richtung auf die politische und ökonomische Ordnung der Bundesrepublik dargestellt, ohne daß dies wirklich nachgewiesen würde; abgebrochene politische Entwicklungen und Umorientierungen geraten nicht oder zu wenig in den Blick; die Erarbeitung historisch angemessener Urteile wird erschwert. Im Extremfall dient das historische Material zur bloßen Illustration politischer Meinungen und Erwartungshaltungen, gerät die Geschichtsschreibung zur Apologie der tatsächlichen Entwicklung mit der Tendenz, dieser Ausschließlichkeitscharakter zu geben und als ungetrübte „Erfolgsgeschichte“ zu interpretieren⁹.

Forschung und Perspektiven“, Hildesheim 1987, der neben einem ausführlichen Forschungsbericht u. a. auch einen großen Teil der Referate enthält, die im vergangenen Jahr auf einem von Helga Grebing geleiteten Symposium zum Thema „Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte“ in Göttingen gehalten wurden. Vgl. auch die Regionalstudie von Dieter Brosius/Angelika Hohenstein, Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985. Mit Fragen der Bewirtschaftung beschäftigen sich einige Beiträge in dem Sammelband von Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984. Vgl. des weiteren die Branchenstudien von Alexander Drexler, Planwirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Eine Fallstudie über die Textilbewirtschaftung in der britischen und Bizone, Wiesbaden/Stuttgart 1985, und Friedrich Stratmann, Chemische Industrie unter Zwang? Staatliche Einflußnahme am Beispiel der chemischen Industrie Deutschlands 1933–1949, Wiesbaden/Stuttgart 1985.

⁸ Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (im folgenden zit. AVBRD), 5 Bde., München/Wien 1976–1983; Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag, Wissenschaftl. Dienste. Bearbeitet von Christoph Weisz und Hans Woller, Bd. 2, 1.–22. Vollversammlung, Bd. 3, 23.–40. Vollversammlung, München/Wien 1977.

⁹ Ein Beispiel dafür sind zwei Aufsätze des Heidelberger Historikers Uwe Uffelman, der, ausgehend von der von Abels Hauser übernommenen Erkenntnis, „daß der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands als Voraussetzung des ‚Wirtschaftswunders‘... während der Zeit des Frankfurter Wirtschaftsrates aus eigener Kraft, d. h. ohne nennenswerte Hilfe von außen bereits in vollem Gange war“ (Hervorh. d. Verf.) (Wirtschaftsrat, S. 36 f.), aus konservativer Sicht eine Neubewertung der Politik der politischen Parteien wie der in der Nachkriegszeit bestehenden Handlungsspielräume vornimmt. Vgl. Uffelman, Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/82, S. 83 ff.; ders., Der Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949. Weichenstellungen für das politische Kräftefeld und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: ebenda, B 37/84, S. 36 ff. Vgl. dazu unsere Entgegnung: Ein untauglicher Versuch. Die Nachkriegspolitik im Spiegel der neueren Historiographie. Zu zwei

Im folgenden wollen wir uns mit den Arbeiten eines Wirtschaftshistorikers auseinandersetzen, die die von uns kritisierte Sichtweise der Nachkriegszeit nachhaltig stützen, ihr gewissermaßen ein materielles Fundament geben: mit den Arbeiten, die Werner Abelshauer seit 1975 zur ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit vorgelegt hat¹⁰. Diese Auseinandersetzung erscheint um so mehr geboten, als seine Untersuchungen lange Zeit geradezu konkurrenzlos dastanden und seine Ergebnisse und Interpretationen von zahlreichen Autoren mit großer Zustimmung übernommen wurden¹¹. Ohne Zweifel prägen sie mittlerweile das Bild, das sich viele, insbesondere jüngere Politologen und Historiker – von Studenten ganz zu schweigen – von der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit machen. Wie die Rezeption seiner Arbeiten zeigt, haben diese nicht nur den engeren Bereich wirtschaftlicher Betrachtung beeinflusst. Vielmehr ist in der neueren Geschichtsschrei-

Bestandsaufnahmen von Uwe Uffelman, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 21 (1985), H. 1, S. 1–20.

¹⁰ Werner Abelshauer, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1949. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975; ders., *Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Wiesbaden 1977, S. 1–17; ders., *Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945–1953*, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979, S. 208–253; ders., *Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: VfZ 29 (1981), S. 545–578; ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt a. M. 1983.

¹¹ Die einzige weitere Monographie, die in den letzten zwanzig Jahren zu diesem wichtigen Thema verfaßt worden ist, ist die 1968 erschienene Dissertation von Mathias Manz, *Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone von 1945–1948*, Mannheim 1968. In vielerlei Hinsicht weist diese schmale, nur 132 Seiten umfassende Studie dieselben Defizite und Mängel auf wie Abelshauers Arbeiten.

Zur Rezeption der Interpretationen Abelshauers vgl. z. B. Altvater u. a., *Vom Wirtschaftswunder* (Anm. 2), S. 78 ff.; Heiner R. Adamsen, *Faktoren und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1954*, in: Afs XVIII (1978), S. 217–244; Gerold Ambrosius, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949*, Stuttgart 1977; ders., *Funktionswandel und Strukturveränderung der Bürokratie 1945–1949. Das Beispiel der Wirtschaftsverwaltung*, in: H. A. Winkler, *Weichenstellungen* (Anm. 10), S. 167–207; Richard Detje u. a., *Von der Westzone zum kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland*, Hamburg 1982; Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen*, Düsseldorf/Köln 1980, S. 318 ff.; Lutz Niethammer, *Strukturreform und Wachstumspakt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegungen nach dem Zusammenbruch des Faschismus*, in: Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler*, Köln 1975, S. 303–358; Uwe Uffelman, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Anm. 9) u. *Frankfurter Wirtschaftsrat* (ebenda); Hartmut Reese, *Arbeiterbewegung in der Zusammenbruchsgesellschaft. Ein methodischer Versuch zur Rekonstruktionsproblematik der Arbeitsbewegung in Westdeutschland 1945–1947*, Münster o. J. (1984), S. 142 ff. Auf bestimmte Defizite von Abelshauers Untersuchung haben 1978 schon Volker Bahl und Gerhard Kiersch hingewiesen. Vgl.: *Marshall-Plan und europäische Linke. Bericht über eine internationale Konferenz in Essen vom 7. bis 11. Juli 1977*, in: IWK 14 (1978), H. 2, S. 203–208.

bung da und dort die Tendenz nicht zu übersehen, bei der Beschreibung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit die Ergebnisse Abelshausers zu referieren und schließlich sogar die Programmatik und Politik der Parteien und Regierungen nach 1945 zu dieser Sicht der Wirtschaftsentwicklung in Bezug zu setzen und sie an ihr zu messen¹².

In den letzten Jahren ist von verschiedener Seite Kritik an Teilen der Interpretation Werner Abelshausers vorgetragen worden. Der Volkswirt Albrecht Ritschl zeigte 1985, daß die Abelshausers Einschätzung der Produktionsentwicklung zugrundeliegende Annahme von der Konstanz der Stromproduktion im Untersuchungszeitraum nicht zutrifft¹³. Im selben Jahr veröffentlichte Rainer Klump, ebenfalls ein Volkswirt, eine kritische Auseinandersetzung mit Abelshausers, in der er, ein überzeugter Anhänger des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft, sich primär mit dessen theoretischen Prämissen auseinandersetzt und den Nachweis zu erbringen versucht, das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ sei in erster Linie auf die von den Alliierten und Ludwig Erhard geschaffenen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zurückzuführen¹⁴. Kürzlich haben schließlich Knut Borchardt und Christoph Buchheim Abelshausers These von der geringen Bedeutung der Marshallplan-Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung anhand der Betrachtung zweier wichtiger Sek-

¹² Vgl. z. B. Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen*, Düsseldorf/Köln 1980, S. 317 f. Zu welchen Konsequenzen eine unkritische Übernahme der Ergebnisse und Interpretationen Abelshausers durch die Nachkriegshistoriographie führt, sei hier nur an einem Beispiel illustriert – am Beispiel der verdienstvollen und materialgesättigten Studie Gerold Ambrosius' über „Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949“. Nicht nur stellt Ambrosius' den Kapiteln, in denen er die Entwicklung der zeitgenössischen ordnungspolitischen Diskussion in den Reihen der CDU/CSU beschreibt, die von Abelshausers ermittelten Zahlen über die ökonomische Entwicklung voraus (S. 53 u. 148), damit unterstellend, daß diese von den Zeitgenossen auch so oder so ähnlich wahrgenommen worden sei. Vielmehr mißt er der ex post rekonstruierten angeblichen Realität sogar Erklärungskraft im Hinblick auf das zeitgenössische politische Handeln zu, wobei er dann zu solch unsinnigen Aussagen kommt wie der „günstige konjunkturelle Verlauf im Sommer und Herbst 1947“ habe die CDU/CSU in ihrem Streben nach mehr wirtschaftlicher Freiheit bestärkt (S. 124) oder: „Trotz des konjunkturellen Aufschwungs seit Sommer 1947 war es dem Wirtschaftsrat nicht möglich gewesen, sich mit wirtschaftsordnungspolitischen Fragen zu beschäftigen“ (S. 143). Bei weitem am schwersten wiegt jedoch, daß er auf Grund dieser Annahmen darauf verzichtet, sein Quellenmaterial systematisch darauf zu befragen, ob und inwieweit der von ihm eruierten Ablösung von planwirtschaftlichen und Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Ordnungsmodellen in den Reihen der CDU/CSU 1947/48 eine veränderte Lagebeurteilung der ökonomischen Entwicklung bzw. der sozioökonomischen Krise zugrundelag bzw. inwieweit die Diskreditierung des aus der NS-Zeit überkommenen Bewirtschaftungssystems dazu beigetragen hat.

¹³ Albrecht Ritschl, *Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshausers über die Produktionswirkungen der Währungsreform*, in: *VfZ* 33 (1985), S. 136–165. Vgl. auch die Replik Abelshausers, *Schopenhauers Gesetz und die Währungsreform. Drei Anmerkungen zu einem methodischen Problem*, in: ebenda, S. 214–218.

¹⁴ Rainer Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985.

toren der westdeutschen Wirtschaft zu widerlegen versucht¹⁵. Die genannten Beiträge machen jedoch eine weitere Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1945 nicht überflüssig, da diese sich jeweils auf Teilaspekte und nicht – wie wir es für erforderlich halten – auf den Gesamtansatz und die Gesamtinterpretation beziehen. Sind doch die Defizite der im folgenden kritisierten Sicht grundlegender Natur und berühren darüber hinaus wichtige methodische Fragen der Geschichtswissenschaft.

II. Werner Abelshausers Interpretation der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit

Mit seiner Dissertation und seinen daran anschließenden Aufsätzen hat Abelshausen in zweifacher Hinsicht zu einer neuen Sichtweise und bald auch gängigen Interpretation der Nachkriegsökonomie beigetragen. Zum einen hat er das Stereotyp von einer in der Nachkriegszeit bestehenden allgemeinen Trümmerwüste korrigiert und in Anlehnung an die 1956 und 1958 erschienenen Arbeiten von Rolf Krengel¹⁶ errechnet und geschätzt, daß die der westdeutschen Wirtschaft bei Kriegsende verbliebenen Ressourcen entgegen zeitgenössischer Bewertungen noch immer beträchtlich, wenn nicht sogar günstig gewesen seien. Infolge der bis 1944 andauernden Rüstungs- und Rationalisierungskonjunktur der dreißiger und vierziger Jahre sowie infolge eines insgesamt niedrigen Zerstörungsgrades sei die westdeutsche Wirtschaft mit einem „bemerkenswert großen und modernen Kapitalstock“ in die Nachkriegszeit gegangen¹⁷.

Zum anderen hat Abelshausen auf der Grundlage von Untersuchungen zur Produktionsentwicklung eine Neubewertung der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit vorgenommen, in deren Licht die seines Erachtens in der älteren Literatur dominierende Sichtweise korrigiert wird, der Zeitraum von Mai 1945 bis zur Währungsreform 1948 sei eine Phase wirtschaftlicher Stagnation und Krise gewesen – „eine düstere Verirrung der Nachkriegsgeschichte, darstellenswert nur als Kontrast zu dem nach Marshallplan, Währungsreform und Liberalisierung der Wirtschaft einsetzenden Wiederaufbau“¹⁸. Charakterisierungen wie „wirtschaftlicher Zusammenbruch“ und „Chaos und Stagnation“ seien allenfalls für das erste

¹⁵ Knut Borchardt/Christoph Buchheim, Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, in: VfZ 35 (1987), S. 317–348. Vgl. auch den demnächst in den „Ifo-Studien“ erscheinenden Beitrag Buchheims „Der Ausgangspunkt des westdeutschen Wirtschaftswunders. Zur erneuten Diskussion über die Wirkungen von Währungs- und Bewirtschaftungsreform 1948“.

¹⁶ Rolf Krengel, Die Entwicklung des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955, in: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung. Festgabe für Ferdinand Friedensburg, Berlin 1956, S. 95–100; ders., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Berlin 1958.

¹⁷ Abelshausen, Probleme, S. 216; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 21 f.

¹⁸ Ders., Probleme, S. 209.

Halbjahr 1945 zutreffend¹⁹. Denn noch im selben Jahr, so die zentrale These, habe eine ökonomische Rekonstruktionsbewegung eingesetzt, die mit einer längeren Unterbrechung die ganze Nachkriegszeit hindurch angehalten habe²⁰.

Im einzelnen sieht Abelshausen die ökonomische Entwicklung in der Nachkriegszeit dadurch charakterisiert, daß bereits ab Sommer 1945 sowohl in der amerikanischen als auch in der britischen Zone auf den militärischen Zusammenbruch ein „schneller Anstieg der Produktion“ gefolgt sei, der seine „Dynamik“ bis in den Sommer 1946 bewahrt und bis Herbst 1946 rund vier Zehntel der Vorkriegsproduktion wiederhergestellt habe²¹. Im Winter 1946/47 sei der bis dahin ungebrochene Aufschwung“ dann in einer „Lähmungskrise“ zum Stillstand gekommen, die ihre Ursache in der akuten Schwäche des Transportsystems gehabt habe. „Paradoxiertweise“ sei die Produktion zusammengebrochen, „weil die industrielle Entwicklung zu schnell vorangegangen“ sei – jedenfalls gemessen an den zur Verfügung stehenden Transportkapazitäten, ohne die die Industrie nicht mit genügend Kohle und Zwischenprodukten habe beliefert werden können²². War demzufolge also schon die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1945/46 durch eine spürbare „Entfesselung der Rekonstruktionskräfte“ charakterisiert²³, so läßt sich der hier wiedergegebenen Auffassung zufolge seit Herbst 1947 eine beträchtliche Beschleunigung des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses feststellen. Zu diesem Zeitpunkt habe ein zweiter ökonomischer Aufschwung eingesetzt, ein „Durchbruch zu stetigem und schnellem Wachstum“, das „weit über ein Jahrzehnt anhielt“²⁴. Ausschlaggebend für die Überwindung der „Lähmungskrise“ und für den ökonomischen „Durchbruch“ sei gewesen, daß es – weitgehend aus eigener deutscher Kraft und mit relativ geringem materiellen Aufwand – gelungen sei, auf drei wichtigen Gebieten der westdeutschen Wirtschaft bedeutende Verbesserungen zu erzielen: Erstens sei es mit Hilfe von Lok- und Waggonreparaturen sowie mit einer Steigerung der Umlaufzeiten möglich gewesen, das drängende Transportproblem zu entschärfen; zweitens habe die Förderung von Kohle, die nunmehr auch in größerem Umfang zum Verbraucher gelangt sei, gesteigert werden können; drittens seien Fortschritte auf dem Ernährungssektor erzielt und die nach der „Hungerkrise des Frühjahrs 1947“ für den nächsten Winter erwartete „Ernährungskatastrophe“ dadurch abgewendet worden, daß die deutsche Ernährungsverwaltung die Wirksamkeit ihrer Bewirtschaftung beträchtlich habe verbessern können²⁵.

Diese Analyse des Verlaufs der ökonomischen Rekonstruktion in der Nachkriegszeit mündet in das Fazit, daß nicht – wie bis dahin vielfach angenommen – die

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Vgl. Abelshausers Zusammenfassung, in: *Wirtschaft*, S. 167; ders., *Rekonstruktion*, S. 15 ff.

²¹ Ders., *Rekonstruktion*, S. 15; ders., *Probleme*, S. 225 ff. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 33 ff.

²² Ders., *Rekonstruktion*, S. 9 u. 15; ders., *Probleme*, S. 229 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 37.

²³ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 32 ff.

²⁴ Ders., *Wiederaufbau*, S. 564; ders., *Probleme*, S. 235.

²⁵ Ders., *Wirtschaft*, S. 45 ff.; ders., *Probleme*, S. 232 ff. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 40 ff.; ders., *Wiederaufbau*, S. 564.

Währungsreform der Initialzündung und entscheidende Wendepunkt im Prozeß der Rekonstruktion der westdeutschen Nachkriegswirtschaft gewesen sei. Vielmehr habe das seit Herbst 1947 andauernde, rasche wirtschaftliche Wachstum erst die Voraussetzung für den Erfolg der Währungsreform geschaffen. Für den Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion habe die Währungsreform „lediglich eine Nebenrolle“ gespielt²⁶. Die „brüske Beschleunigung im Wirtschaftswachstum“ in den Monaten seit Juli 1948, zuvor als Beleg für die herausragende Bedeutung der Währungsumstellung angeführt, habe nur in der amtlichen Statistik stattgefunden, denn das Niveau der industriellen Produktion sei in den Monaten vor Juni 1948 erheblich unterschätzt worden²⁷. Auch dem Marshallplan wird keine große Bedeutung beigemessen, schlugen amerikanische Hilfslieferungen aus dem ERP-Programm doch erst seit 1948/49 nennenswert zu Buche²⁸. Insgesamt stellt sich die Nachkriegszeit somit für Abelshauser in ökonomischer Hinsicht als Zeitraum einer sich selbst tragenden Rekonstruktion dar, als alles in allem erfolgreiche „take off“-Phase eines längerfristigen Wachstumszyklus, der ohne relevante Hilfe von außen in Gang gekommen sei²⁹.

Gegen diese Interpretation sind sowohl in methodischer als auch in inhaltlicher Hinsicht gravierende Bedenken geltend zu machen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich die Untersuchungen von Werner Abelshauser auf eine recht schmale Quellenbasis stützen. Dafür gibt es „objektive“ Gründe, denn für die Nachkriegszeit existieren – wie er selbst feststellt – nur höchst unzulängliche statistische Unterlagen³⁰. So ist er im Hinblick auf seine Aussagen über Umfang und Güte des erhalten gebliebenen Kapitalstocks weitgehend auf Schätzungen und Vermutungen angewiesen, da exakte Zahlen, die eine industrielle Vermögensrechnung für den Zeitraum 1936 bis 1939 ermöglichen würden, ebenso fehlen wie Untersuchungen zum Ausmaß der Kriegszerstörungen³¹. Etwas günstiger ist die Datenbasis für die Darstellung der Entwicklung der industriellen Produktion in der Bizone. Aber auch hier sind Einschränkungen zu machen, da – von den Alliierten gesammelte – Daten für die britische bzw. amerikanische Zone erst seit Juni bzw. August 1946 vorliegen, während gemeinsame bizonale Produktionsstatistiken gar erst seit Mitte 1948 geführt wurden³². Zusätzlich zu den Grenzen, die das statistische Material der Untersuchung Abelshausers setzt, verzichtet der Autor aber auch darauf, wichtige Quellen wie die Akten der zentralen bizonalen Institutionen (u. a. Wirtschaftsrat, Exekutivrat, Länderrat) zu verwenden. Besonders unzureichend ist das Material, das zur Betrachtung der Ernährungssituation herangezogen wird³³. Einer der

²⁶ Ders., *Wirtschaft*, S. 62; ders., *Probleme*, S. 236 f. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 46.

²⁷ Ders., *Wirtschaft*, S. 55 ff.; ders., *Rekonstruktion*, S. 9; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 51.

²⁸ Ders., *Rekonstruktion*, S. 11; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 54 ff.

²⁹ Ders., *Wirtschaft*, S. 167; ders., *Rekonstruktion*, S. 15 ff.

³⁰ Ders., *Wirtschaft*, S. 9 u. 32 ff.

³¹ Ebenda, S. 132 ff.

³² Ebenda, S. 9 u. 34.

³³ Siehe weiter unten, Abschnitt VI.

wesentlichen Gründe dafür dürfte wohl darin zu sehen sein, daß es dem Autor zunächst nicht darum gegangen ist, eine Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit zu schreiben, als vielmehr darum, Wachstumsbedingungen und Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion in den Jahren 1945–1948 im Lichte einer ökonomischen Theorie – der auf den ungarischen Ökonomen Ferenc (Franz) Jánossy zurückgehenden Rekonstruktionstheorie – zu erfassen und zu deuten.

Dementsprechend heißt es in der Einleitung der Abelshauserschen Dissertation, auf deren Ergebnisse sich die nachfolgenden Publikationen stützen: „Die Arbeit will und kann nicht die Wirtschaftsgeschichte der ‚Vorwährungszeit‘ darstellen oder gar ‚aufarbeiten‘. Sie macht aber den Versuch, die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren im Hinblick auf den schnellen Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft neu einzuschätzen.“³⁴ Gegen eine derartige Einschränkung des Erkenntnisinteresses wäre nichts einzuwenden, wenn der Untersuchungsgegenstand in den zentralen Bereichen schon auf einer breiteren Quellenbasis erforscht wäre. Das ist aber gerade nicht der Fall. So birgt schon die Konzeption der Arbeit erhebliche Risiken in sich, da es im Rahmen einer ersten Arbeit kaum möglich ist, eine Vielzahl komplexer Sachverhalte wie die Entwicklung der industriellen Produktion in den zentralen Bereichen, die Auswirkungen von Ernährungskrise, Energie-, Rohstoff- und Transportengpässen auf den Produktionsverlauf sowie das Krisenmanagement der Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen auf einer angemessenen Quellenbasis aufzuarbeiten.

Die stärksten Einwände richten sich jedoch gegen den gewählten methodischen Bezugsrahmen – die Rekonstruktionstheorie des ungarischen Ökonomen Ferenc Jánossy – oder genauer: gegen die Art der Adaptation dieser Theorie, der für Abelshausers Untersuchung zentrale Bedeutung zukommt.

Exkurs: Die Rekonstruktionstheorie von Ferenc Jánossy

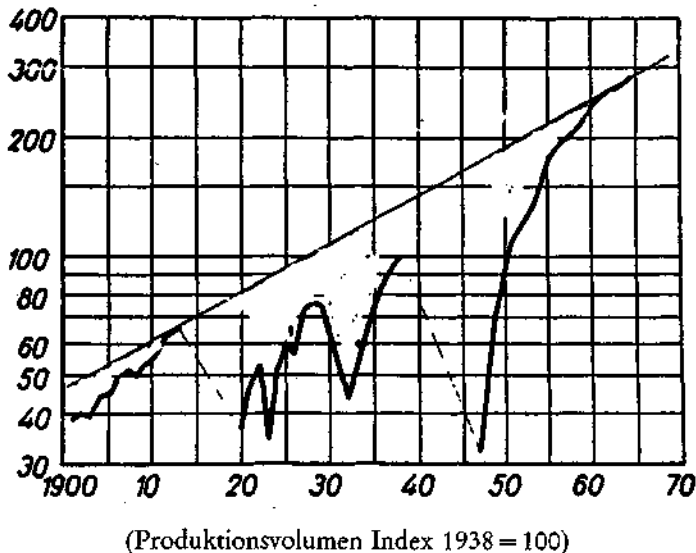
In seiner 1966 in Ungarn, 1969 in der Bundesrepublik erschienenen Studie „Das Ende der Wirtschaftswunder“³⁵ hat Jánossy eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt und versucht, mit ihr den in der jüngeren Geschichte beispiellosen ökonomischen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. Darin vertritt er die Auffassung, daß die bis in die sechziger Jahre andauernden „Wirtschaftswunder“

³⁴ Ebenda, S.10. Diese Einschränkung von Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse scheint jedoch in der Folgezeit in Vergessenheit geraten zu sein. Mit seinen seit 1978 erschienenen Aufsätzen wie mit seiner 1983 veröffentlichten „Wirtschaftsgeschichte“ hat Abelshauser den Anspruch erhoben, eine Darstellung und Gesamtinterpretation der ökonomischen Entwicklung der Nachkriegszeit gegeben zu haben. Darüber hinaus hat er mit seinen immer wieder mit großem Nachdruck vorgetragenen präzisen Periodisierungen und eingängigen Interpretationen suggeriert, den Gesamtprozeß und die Bedingungsfaktoren der ökonomischen Entwicklung umfassend dargestellt und genau analysiert zu haben.

³⁵ Franz (Ferenc) Jánossy unter Mitarbeit von Maria Holló, Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt a. M. o. J. (1969). Zu diesem Ansatz vgl. Abelshauser/Petzina, Krise und Rekonstruktion (Anm. 2), S. 81 ff. und 112 f.; Knut Borchardt, Trend, Zyklus (ebenda), S. 155 ff.; Altvater u. a., Vom Wirtschaftswunder (ebenda), S. 18 ff.

in Westdeutschland, Italien und Japan mit ihren „verblüffend steilen“ Wachstumsraten „nichts weiter als Rekonstruktionsperioden“ darstellten, die in erster Linie aus den tiefen Produktionseinbrüchen in und nach dem Zweiten Weltkrieg erwachsen seien. Nachdem dieser Zeitraum besonderer, irregulärer Wachstumsbedingungen zu Ende gegangen sei, seien die genannten Volkswirtschaften zu einem historisch „natürlichen“ Wachstum zurückgekehrt³⁶.

Eine Grundannahme von Jánosys Theorie lautet, daß die ökonomische Entwicklung und der Umfang des Wirtschaftspotentials eines Landes – unabhängig von seiner Gesellschaftsordnung – in erster Linie von der Größe und Qualifikationsstruktur seines Arbeitskräftepotentials bestimmt werde. Diese Auffassung begründet er damit, daß Produktionsmittel relativ leicht zu beschaffen bzw. zu ersetzen seien, während Qualifikationsprozesse dagegen auf langfristigen Bildungsprozessen beruhen³⁷. Eine weitere zentrale Kategorie ist die „Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung“, die sich aus der Verbindung der Produktions-Maxima in völlig störungsfreien wirtschaftlichen Entwicklungsperioden ergibt. Diese „Trendlinie“, die „letzten Endes nur von der Entwicklung der Arbeitskraft ab(hängt)“, soll ein „objektiv gegebenes Wachstumspotential“ darstellen. Jánosy zufolge markiert sie den ökonomischen „Wachstumspfad“, den eine Volkswirtschaft erreichen kann, wenn ihre Entwicklung störungsfrei verläuft – oder anders gesagt: die Entwicklung, „welche gegeben wäre, wenn die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel genügten, die vorhandenen Arbeitskräfte ihrer Qualifikation und Struktur entsprechend wirken zu lassen“³⁸. Für das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik hat Jánosy die „Trendlinie“ wie folgt bestimmt³⁹:



³⁶ Jánosy, *Das Ende*, S. 21.

³⁷ Jánosy, *Das Ende*, S. 11 f. u. 104 ff.

³⁸ Ebenda, S. 104 u. 48.

³⁹ Ebenda, S. 49.

Wie das Schaubild zeigt, wurde die von Jánosy ermittelte „Trendlinie“ vom realen Produktionsvolumen der deutschen Wirtschaft vor 1945 nur einmal, 1913, erreicht.

Im Mittelpunkt von Jánosys Rekonstruktionstheorie steht das Theorem von der Existenz von Rekonstruktionsperioden, demzufolge Volkswirtschaften nach krisen- oder kriegsbedingten Produktionseinbrüchen und Wachstumsstörungen schnell zu einem „dynamischen Gleichgewichtszustand“ zurückkehren, „jedoch nicht mehr auf dem alten Niveau, bei dem er gestört wurde, sondern auf dem Niveau, das dem nun erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte entspricht“⁴⁰. Die Rekonstruktionstheorie postuliert also, daß es einen Mechanismus gibt, „der sicherstellt, daß zeitweilige Rückschläge mehr oder weniger automatisch wettgemacht werden“⁴¹. Darüber hinaus soll sich der Verlauf des ökonomischen Prozesses in der Rekonstruktionsperiode nach bestimmten „Gesetzmäßigkeiten“ vollziehen, die „unabhängig von den Produktionsverhältnissen gültig“ seien⁴². Jánosy zufolge wird die ökonomische Entwicklung in der Rekonstruktionsperiode im wesentlichen von den nach Kriegsende bestehenden Ausgangsbedingungen – konkret von dem Spannungsverhältnis zwischen dem zu diesem Zeitpunkt extrem niedrigen, tatsächlichen Stand der Produktion und dem in der „Trendlinie“ angezeigten potentiell möglichen – bestimmt. Aus dieser Diskrepanz erwachsen seines Erachtens die materiellen Triebkräfte, die schnelle „Wachstumssprints“ und eine rasche Rekonstruktion ermöglichen und überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten weit über die eigentliche Wiederaufbauphase hinaus herbeiführen – wobei die Wachstumskräfte in der Rekonstruktionsperiode umso stärker seien, je größer die durch den Krieg verursachte Störung des Wirtschaftsablaufs gewesen sei und je länger sie angedauert habe⁴³. So sei es schon bald nach Kriegsende durch „einfache Maßnahmen“ wie Trümmerbeseitigung und Reparaturen möglich gewesen, einen Teil der im Kapitalstock festgeschriebenen Wachstumspotentiale auszuschöpfen. Vor allem aber gehe von der Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials, das den Krieg weitgehend unverändert überdauert hat, ein Sog aus, die in den Produktionsanlagen materialisierte Arbeitsplatzstruktur auf ein höheres Niveau zu heben und die Wirtschaft insgesamt auf den „historischen Wachstumspfad“ zurückzuführen.

Den Verlauf einer Nachkriegs-Rekonstruktionsperiode hat Jánosy in folgendem Schema verdeutlicht⁴⁴:

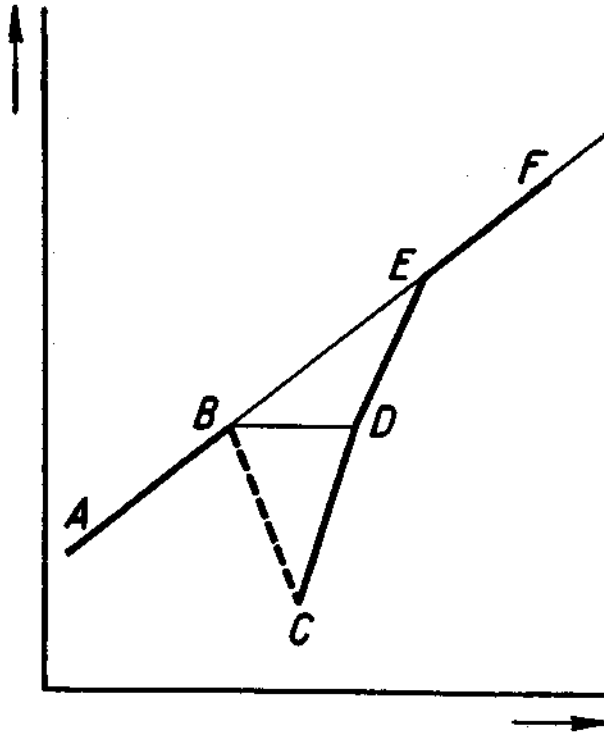
⁴⁰ Ebenda, S. 17.

⁴¹ So Odd Aukrust, zit. nach Abelshäuser/Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 81 f. Hervorhebung durch die Verf.

⁴² Jánosy, *Das Ende*, S. 29.

⁴³ Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 14.

⁴⁴ Jánosy, *Das Ende*, S. 18; Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 27; ders., *Rekonstruktion*, S. 5; ders./Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 82.



- AF -- Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung
 AB -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie bis Kriegsausbruch
 BC -- Durch den Krieg verursachtes Abfallen des Produktionsniveaus
 CE -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie während der Rekonstruktionsperiode, und zwar
 CD -- bis zum Erreichen des Vorkriegsniveaus und
 DE -- bis zum Erreichen der Trendlinie
 EF -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie nach der Rekonstruktionsperiode.

Die Rekonstruktionsperiode, so erklärt er, „beginnt in Punkt C. Die Produktion wächst von hier an ungestüm und erreicht in wenigen Jahren (D) ihr Vorkriegsniveau“. Damit sei jedoch die Rekonstruktionsperiode noch nicht beendet, „denn das rasche Tempo setzt sich über diesen Punkt hinaus mit fast unvermindertem Tempo fort“ bis zu Punkt E, wo das Produktionsniveau die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. „Erst hier vermindert sich mehr oder weniger plötzlich das Wachstumstempo und sinkt auf das normale, der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Maß.“⁴⁵ Als Regel stellt Jánossy auf, daß die Rekonstruktionsperiode ihr Ende in dem Zeitpunkt findet, „in dem das tatsächliche Produk-

⁴⁵ Jánossy, *Das Ende*, S. 17.

tionsniveau gleich jenem ist, das in diesem Zeitpunkt erreicht worden wäre, wenn der Krieg gar nicht stattgefunden hätte“⁴⁶.

Die Rekonstruktionstheorie Jánossys, die sich wie andere ökonomische Makrohypothesen kaum verifizieren läßt, steht hier nicht zur Diskussion. Hingewiesen sei hier nur auf einige offensichtliche Schwächen und Erklärungsdefizite dieser Theorie.

Ohne Zweifel wird ihre Überzeugungskraft dadurch eingeschränkt, daß die wirtschaftliche Entwicklung nur nach dem Zweiten Weltkrieg den von der Theorie postulierten Verlauf nahm, während sie nach dem Ersten Weltkrieg in eklatanter Weise davon abwich. Statt des zu erwartenden langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs kam es hier ganz im Gegenteil nur zu einer „kurzen Sonderkonjunktur“ in den Jahren 1920–1922, der schon 1923/24 und 1925/26 Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit folgten und schließlich im Herbst 1929 die Weltwirtschaftskrise, „die die kapitalistischen Industriestaaten hart an den Rand des Zusammenbruchs brachte“⁴⁷. Eine überzeugende Erklärung für die krisenhafte Entwicklung und für das langsame und geringe Wirtschaftswachstum im Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg gibt Jánossy nicht, vielmehr begnügt er sich – und mit ihm Abelshauser – mit der Feststellung, daß die wirtschaftliche Entwicklung nach 1918 als Beispiel einer gescheiterten Rekonstruktionsperiode anzusehen sei⁴⁸.

Darüber hinaus ist an der Rekonstruktionstheorie zu kritisieren, daß sie mit dem Postulat von der Existenz bestimmter Gesetzmäßigkeiten in der Rekonstruktionsperiode einer deterministischen Sichtweise zumindest recht nahe kommt und darüber hinaus, indem sie dem Kapitalstock und dem Arbeitskräftepotential entscheidende, wenn nicht nahezu ausschließliche Bedeutung für den Verlauf des Wirtschaftsprozesses beimißt, andere wichtige Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung außer acht läßt oder entschieden zu gering gewichtet. Zu Recht ist gegen die Rekonstruktionstheorie eingewandt worden, daß die Produktionsmittel nicht nur stofflich-technische Anlagen sind, sondern Kapital, und daß demzufolge die Lösung des entscheidenden Problems – die Anpassung der Arbeitsplatzstruktur an die Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials – von der Höhe der Kapitalinvestitionen und damit von den Verwertungsbedingungen des Kapitals

⁴⁶ Ebenda, S. 16.

⁴⁷ Abelshauser, Wiederaufbau, S. 545.

⁴⁸ Jánossy betont, die Rekonstruktionsperiode in der Bundesrepublik habe schon deshalb den Eindruck eines „Wirtschaftswunders“ erweckt, „weil nicht nur die Folgen des (Zweiten Welt-)Krieges überwunden wurden, sondern auch der zwischen den zwei Weltkriegen entstandene Rückstand aufgeholt werden konnte“ (Das Ende, S. 60). In Übereinstimmung damit deuten auch Abelshauser und Petzina die NS-Konjunktur als „wahrgenommene Chance unausgeschöpfter Wachstumspotentiale der Weimarer Zeit“, die durch die Weltwirtschaftskrise noch vergrößert worden seien (Krise und Rekonstruktion, S. 93 u. 96). Derartigen Interpretationen kann (wie auch Erklärungsmodellen, die sich auf die Strukturbruch- oder die Lange-Wellen-Theorie stützen) jedoch nur eine begrenzte Erklärungskraft zugesprochen werden; es sind Makrohypothesen, die sich nur schwer verifizieren lassen. Vgl. dazu die abgewogenen Ausführungen von Borchardt, Trend, Zyklus (Anm. 2). Vgl. demgegenüber Abelshauser/Petzina, Krise und Rekonstruktion, S. 79.

abhänge. Auch blende die Theorie die besonderen Weltmarktbedingungen aus, unter denen nahezu alle Industrieländer – bei sehr unterschiedlichen Voraussetzungen – in den fünfziger und sechziger Jahren anhaltend hohe Wachstumsraten erreichen konnten⁴⁹.

III. Die Rekonstruktionstheorie – ein fragwürdiger Interpretationsrahmen für die Nachkriegszeit

In unserem Zusammenhang stellt sich jedoch vor allem die Frage, wie Werner Abelshauer die Rekonstruktionstheorie verwendet und ob diese Theorie, die eine Erklärung für langfristige ökonomische Entwicklungen liefern soll, als Interpretationsrahmen für die Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geeignet ist. Aus verschiedenen Gründen muß das verneint werden.

Wie vor ihm Jánossy, läßt sich Abelshauer bei seiner Dissertation von dem zentralen Erkenntnisinteresse leiten, die Ursachen des hohen und langanhaltenden Wirtschaftswachstums in den fünfziger und sechziger Jahren zu bestimmen. In einem einleitenden Kapitel mustert er die Erklärungen, die verschiedene Makrotheorien dafür bieten und entscheidet sich schließlich für die Rekonstruktionstheorie, deren Interpretationen, Grundannahmen und Methoden er im folgenden seiner Untersuchung zugrundelegt. Ausgehend von der Hypothese, daß auch die Vorwährungszeit als „Teil einer Periode wirtschaftlicher Rekonstruktion“ anzusehen sei, in der die von Jánossy geschilderten besonderen Wachstumsbedingungen gelten, geht es ihm in seiner Untersuchung darum, die Triebkräfte der Rekonstruktionsperiode in der unmittelbaren Nachkriegszeit nachzuweisen und zu analysieren, um die Interpretation des westdeutschen Nachkriegswachstums als Rekonstruktionsperiode zu überprüfen⁵⁰.

Gegen diese Anwendung der Theorie ist zu sagen, daß mit ihr das Hauptergebnis der Untersuchung vorweggenommen wird. Denn zum einen steht bereits fest, daß die ökonomische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre dem Idealbild einer gelungenen Rekonstruktionsperiode entspricht⁵¹. Zum anderen führen die Grundannahmen der Rekonstruktionstheorie – die historisch beispiellos hohen und langanhaltenden Wachstumsraten in diesem Zeitraum seien auf die „durch den Krieg verursachte Störung des Wirtschaftsablaufs“ zurückzuführen, und der Beginn der zirka zwanzigjährigen Periode überdurchschnittlichen Wachstums müsse in der unmittelbaren Nachkriegszeit liegen⁵² – dazu, daß die Jahre 1945–1948/49 a priori ohne jeden Beweis als „take off“-Phase und Bestandteil einer sich bis in die sechzi-

⁴⁹ Altvater u. a., *Wirtschaftswunder* (Anm. 2), S. 21 ff.

⁵⁰ Abelshauer, *Wirtschaft*, S. 10, 18, 23 ff., 30 f., 62 f., 64 f., 169.

⁵¹ Jánossy, *Das Ende*, S. 21. So auch Borchardt, *Trend, Zyklus* (Anm. 2), S. 156.

⁵² Abelshauer, *Wirtschaft*, S. 14 u. 30 f.; ders., *Rekonstruktion*, S. 16.

ger Jahre hinziehenden Rekonstruktionsperiode definiert werden⁵³. Da die Anhänger der Rekonstruktionstheorie in der Entwicklung des Produktionsniveaus den entscheidenden Gradmesser für den Verlauf der Rekonstruktionsbewegung sehen, wird die Suche nach dem ökonomischen „missing link“, das heißt nach der Wachstumskurve zwischen Produktionsstillstand im Sommer 1945 und der Währungsreform, zum eigentlichen Gegenstand der Untersuchung. Kann für diesen Zeitraum ökonomisches „Wachstum“ nachgewiesen werden, dann scheint der Beweis für die Existenz einer von 1945 bis in die sechziger Jahre reichenden Rekonstruktionsbewegung erbracht. Die Möglichkeit einer Falsifizierung des Rekonstruktionsansatzes bestünde also nur für den Fall, daß sich zwischen 1945 und 1948 kein oder nur ein äußerst geringfügiges Wachstum feststellen ließe.

Die Vorstellung von einer über mehrere Jahre auf einem Produktionsniveau von Null oder Quasi-Null verharrenden Volkswirtschaft muß freilich als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden. Mithin mußte Abelshäuser schon vor Beginn seiner Untersuchung klar sein – und unseres Wissens hat das auch nie jemand bestritten –, daß es in der Nachkriegszeit, zumal gemessen an dem völligen Produktionsstillstand vom Sommer 1945, natürlich ökonomisches „Wachstum“ gegeben hat⁵⁴.

Ein damit eng zusammenhängender Einwand gegen die Anwendung der Rekonstruktionstheorie richtet sich dagegen, daß sich in ihrer Perspektive die Wachstumskurve in den auf das Kriegsende folgenden Jahrzehnten als eine zusammenhängende Kurve, als eine 1945 einsetzende und sich verbreitende Wellenbewegung darstellt, deren Dynamik zu einem wesentlichen Teil von der Tiefe der Produktionseinbrüche im Krieg und in der Nachkriegszeit bzw. „vom Ausmaß des Gefälles bestimmt (wird), das zu Anfang zwischen der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und der tatsächlichen Arbeitsplatzstruktur bestand“⁵⁵. Mit dieser Art der Betrachtung steht nicht nur der Erfolg der Rekonstruktionsbewegung fest, vielmehr erscheint jeder Anstieg der Produktion nun als Glied einer Kette, als Etappe einer von „genuinen Rekonstruktionskräften“ gesteuerten Rekonstruktionsbewegung.

Neben diesen beiden zentralen Kritikpunkten gibt es zwei weitere Einwände, die die Rekonstruktionstheorie für eine Analyse der Nachkriegszeit als wenig geeignet erscheinen lassen. Der erste bezieht sich auf die ungebührliche Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes, die mit der Zugrundelegung der Rekonstruktionstheo-

⁵³ Ders., *Wirtschaft*, S. 10, 14 u. 30f.; ders., *Probleme*, S. 235 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 44; ders./Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 100.

⁵⁴ Auch die zeitgenössischen deutschen Analysen weisen das in durchaus zutreffenden Größenordnungen aus. Vgl. z. B.: *Die Wirtschaft der Vereinten Zone im Jahre 1947 und im Januar 1948*, in: *Wirtschaftsverwaltung* I/2, Juni 1948, S. 3 ff.; Otmar Emminger, *Wirtschaftsplanung in der Bizone*, in: *Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen*, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1948, S. 162 f.; Gustav W. Harmssen, *Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik*, Bremen 1951, S. 149.

⁵⁵ Jánosy, *Das Ende*, S. 237 ff.; Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 28.

rie verbunden ist. Sie erlaubt nämlich den Verzicht auf eine umfassende Rekonstruktion und Analyse der ökonomischen Realitäten der Nachkriegszeit. Ja, die Anhänger der Rekonstruktionstheorie erachten es explizit für legitim, langfristige ökonomische Entwicklungen zunächst „unabhängig von ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form (sic)“, d. h. „ohne Gesamtanalyse des komplizierten Wechselspiels von institutionell-politischen Faktoren gesellschaftlicher Bedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung“ zu betrachten und zu deuten⁵⁶. Für sie gilt es, erstens zu prüfen, ob die Voraussetzungen eines Rekonstruktionsprozesses im untersuchten Gebiet gegeben waren, das heißt den Umfang und die Güte der bei Kriegsende zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen und des Arbeitskräftepotentials zu bilanzieren; zweitens die Entwicklung der Produktionsziffern zu analysieren und die sich in ihnen widerspiegelnde Dynamik der „genuinen Rekrutungskräfte“ zu bestimmen; drittens festzustellen, welches die Barrieren waren, die den Rekonstruktionsprozeß – in unserem Falle im Winter 1946/47 – aufhielten bzw. zurückwarfen, und zu bestimmen, wann und wie diese Rekonstruktionsbarrieren beseitigt werden konnten⁵⁷.

Im Zentrum der Betrachtung steht also die Bilanz der vorhandenen Ressourcen an „systemabhängigen Wachstumsdeterminanten“, deren Spannungsverhältnis der Theorie zufolge die ökonomische Entwicklung maßgeblich bestimmt, sowie der in der Entwicklung der industriellen Produktionsziffern greifbare Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion. Eine systematische Analyse der Gesamtwirtschaft, der Wirtschaftskreisläufe, der Bedingungsfaktoren der Produktion, der Auswirkungen der materiellen und politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder der Einflußnahme der politischen Institutionen auf die ökonomische Entwicklung wie auch deren Bedeutung für den Lebensstandard der Bevölkerung ist nicht intendiert.

Eine derartige Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes muß zwei Gefahren nach sich ziehen: Zum einen erwächst aus der Herauslösung der industriellen Produktionsindizes aus allen sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen die Gefahr einer ökonomistischen Betrachtungsweise und einer Fetischisierung der statistisch feststellbaren Wachstumsraten. Zum anderen ergibt sich aus der durch die Theorie vorgegebenen Konzentration auf den Verlauf der „Wachstums“-Prozesse die Gefahr, den Charakter der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Krise, damit aber auch den Verlauf des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses falsch einzuschätzen. Denn es kann mit erheblicher Plausibilität vermutet werden, daß in einer Gesellschaft, die durch beträchtliche materielle Zerstörungen, durch Hunger, Wohnraumangel, Rohstoffknappheit, das Einströmen von Millionen Flüchtlingen sowie den Zerfall des Bewirtschaftungssystems gekennzeichnet ist, außerökonomische bzw. in „normalen“ Zeiten nicht wirksame

⁵⁶ Abelshäuser/Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 112. Die Legitimität dieses Verfahrens meinen Abelshäuser und Petzina durch den Verweis auf „das sinngemäß gleiche methodische Vorgehen“ von Karl Marx im „Kapital“ untermauern zu können (ebenda).

⁵⁷ So sinngemäß Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 64.

Faktoren die ökonomische Entwicklung in einem beträchtlichen, möglicherweise ebenso großem Umfang determiniert haben wie die Faktoren Kapitalstock und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials.

Ein weiteres grundlegendes Defizit der Rekonstruktionstheorie ist darin zu sehen, daß sie bei der Analyse der Entwicklung der industriellen Produktion rein quantifizierend-beschreibend verfährt und keine qualitativen Kriterien zur Beurteilung des Rekonstruktionsprozesses entwickelt. Unklar bleibt, welche Wachstumsraten als hoch, mittel oder niedrig einzustufen sind – zumal im Hinblick auf die unterschiedliche Höhe des Produktionsniveaus. Selbst ein Produktionsanstieg auf einem extrem niedrigen Niveau – also einem Produktionsindex z. B. von zehn auf zwanzig Prozent in einem oder in zwei Jahren – läßt sich im Licht der Rekonstruktionstheorie als eine „bemerkenswerte“ Verdoppelung der Produktion darstellen⁵⁸. Infolge dieser Beliebigkeit der Bewertungsmaßstäbe hängt die Frage, ob ein überzeugender Nachweis einer erfolgreichen Rekonstruktionsbewegung erbracht werden kann, in erster Linie davon ab, ob die Statistik der Produktionsentwicklung neben einem positiven Gesamttrend eine oder mehrere eindeutige Aufschwungsphasen aufweist, die am Ende des Untersuchungszeitraumes anhalten. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Rekonstruktionstheorie weder ein Frageraster noch Kriterien zur Verfügung stellt, auf Grund derer die Bedeutung des statistisch ermittelten Wachstums für das Funktionieren ökonomischer und gesellschaftlicher Teilsysteme oder des Gesamtsystems erfaßt und beurteilt werden kann. Aber nicht nur das: Da sich der Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion im Lichte der Rekonstruktionstheorie als ein dynamischer, schließlich zum Erfolg führender Anpassungsprozeß der Arbeitsplatzstruktur an die Qualifikationsstruktur darstellt, unterlassen ihre Anhänger – jedenfalls Abelshausen – sogar jede Reflexion darüber, was ein statistisch feststellbares Produktionsniveau und bestimmte Wachstumsraten zu bestimmten Zeitpunkten für die Funktions- und Lebensfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft oder die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bedeuten. Zu der Einschränkung des Blickfeldes und zu der durch den Rekonstruktionsansatz vorgegebenen Erfolgsperspektive tritt also noch eine sehr problematische Einschränkung der Fragehaltung hinzu. Es ist evident, daß daraus die Gefahr erwächst, Problemzusammenhänge, die für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von zentraler Bedeutung sind, weitgehend zu verdecken und sie im Sinne einer Erfolgsgeschichte zu korrigieren.

Eine Analyse ergibt, daß die genannten Probleme und Defizite der Rekonstruktionstheorie Abelshausens Untersuchungen so nachhaltig prägen, daß die von Kritikern geäußerte Befürchtung, mit der Rekonstruktionstheorie werde die „eigentliche“ Geschichte eliminiert⁵⁹, nur zu begründet erscheint.

⁵⁸ Vgl. Abelshausers Interpretation der Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen Zone, hier S. 29f.

⁵⁹ So wiedergegeben von Abelshausen/Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 112.

IV. Die Konsequenzen der Rekonstruktionstheorie: Determinismus

Die sich aus den Prämissen der Rekonstruktionstheorie ergebende deterministische Sichtweise schlägt sich nicht nur in Werner Abelshausers Gesamtinterpretation nieder, sie zieht sich durch dessen ganze Darstellung. Zwar betont der Autor in zwei Aufsätzen, indem er eine entsprechende Kritik an der Rekonstruktionstheorie aufgreift, daß der Anpassungsprozeß an den „historischen Wachstumspfad“ nicht automatisch erfolgt, daß vielmehr alles davon abhängt, ob es gelinge, die Wachstumspotentiale durch hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquoten zu entfalten⁶⁰. Dieses Erkenntnis bleibt jedoch für die Untersuchung der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 ohne Bedeutung. Und so erstaunt es nicht, daß die Ergebnisse der Untersuchung über die 1945 vorhandenen „systemunabhängigen Wachstumsdeterminanten“ Kapitalstock und Arbeitskräftepotential in der Feststellung zusammengefaßt werden, bei Kriegsende seien alle Voraussetzungen dafür gegeben gewesen, „die eine schnelle Rückkehr der westdeutschen Wirtschaft auf ihren historischen Wachstumspfad ermöglichen mußten“⁶¹. Den politischen Willen zum Wiederaufbau vorausgesetzt, sei eine „schnelle Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft zu erwarten (gewesen), wenn die Kraft reichte, das organisatorische und infrastrukturelle Chaos aufzulösen“⁶².

Ein anschauliches Beispiel dafür, wie stark die hier untersuchte gängige Interpretation von deterministischen Sichtweisen geprägt ist, liefert die Beschreibung der ökonomischen und politischen Prozesse im „Entscheidungsjahr 1947“. Das entsprechende Kapitel wird mit einem apodiktisch formulierten Problemaufriß eröffnet:

„Es war klar: Entweder gelang es jetzt, die ‚Lähmungskrise‘ unter Aufbietung aller Kräfte *ein für allemal* zu überwinden oder die Wirtschaft mußte *endgültig* Schaden nehmen. Das Jahr 1947 wurde zum Entscheidungsjahr der westdeutschen Wirtschaft. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die angelsächsischen Militärregierungen versuchen würden, die Fäden ihrer Ankurbelungspolitik wieder aufzunehmen.“⁶³ Ausgehend von dem Motto – endgültiger Niedergang oder Durchbruch ein für allemal – wird dann vorgeführt, wie das, was wünschbar war und kommen mußte, sich auch tatsächlich durchsetzte, indem die Rekonstruktionskräfte, die alliierten Militärregierungen und die deutschen Verwaltungen gemeinsam in Aktion treten: „Erstmals wurden alle Ressourcen der Bizone auf die neuralgischen Punkte der westdeutschen Wirtschaft konzentriert (. . .)“. Durch verschiedene Maßnahmen gelang es, den Verkehrsgengpaß zu überwinden. „Der Erfolg kam zur rechten Zeit (. . .). Nachdem das Transportproblem entschärft worden war, konnte sich ein *weiterer Erfolg* der pragmatischen Schwerpunktplanung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gesamtwirtschaftlich voll auswirken“: der Anstieg der Kohleförderung. Die

⁶⁰ Ebenda, S. 82f.; Abelshausen, Rekonstruktion, S. 6.

⁶¹ Abelshausen, Wirtschaft, S. 169; Hervorhebung durch die Verf.

⁶² Ders., Probleme, S. 225 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 32. Vgl. auch ders., Rekonstruktion, S. 8.

⁶³ Ders., Probleme, S. 232 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 40; Hervorhebung durch die Verf.

Kohle gelangte nunmehr in verstärktem Maße in die Fabriken und zum Verbraucher. „*Um so dringlicher wurde jetzt das Ernährungsproblem.*“ – Wie nicht anders zu erwarten, können auch in diesem Bereich beträchtliche Verbesserungen erzielt werden, so daß am Schluß mit dem der Rekonstruktionstheorie geschuldeten obligaten Hinweis, daß der materielle Aufwand zur Ankurbelung „relativ gering“ gewesen sei – beschränkte er sich doch auf wenige „organisatorische Verbesserungen und die Zusammenfassung der Ressourcen zu Schwerpunkten“ – das positive Fazit gezogen werden kann: Der „Durchbruch“ war im Herbst 1947 gelungen, und zwar „im wesentlichen ohne Hilfe von außen“⁶⁴.

Schon das Studium einschlägiger Akten der bizonalen Verwaltungen und Institutionen hätte zu der Erkenntnis führen müssen, daß es sich bei dieser Darstellung um ein Zerrbild handelt, das mit dem rekonstruierbaren historischen Prozeß nur wenig gemein hat⁶⁵. Während in diesem Kapitel – wie noch zu zeigen sein wird – die historische Realität weitgehend verdeckt wird, führt der für den Rekonstruktionsansatz charakteristische rückwärtsgerichtete Determinismus in anderen Teilen der Darstellung zu Widersprüchen zwischen Gesamtinterpretation und Einzelanalyse. Das zeigt sich insbesondere an der für Abelshausers Interpretation zentralen Frage des Zeitpunktes des ökonomischen „Durchbruchs“.

In der „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (1983) heißt es in Bezug auf die „Durchbruchskrise der westdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftsordnung“, daß die Entwicklung der 1949/50 zwischen „inflationärem Boom und relativer Stagnation“ schwankenden und mit ca. zwei Millionen Arbeitslosen behafteten westdeutschen Wirtschaft bis Anfang der fünfziger Jahre höchst „*ungewiß*“ geblieben sei. Erst mit der durch den Korea-Krieg ausgelösten internationalen Rüstungskonjunktur habe ein „*neuer Abschnitt im Rekonstruktionsprozeß der westdeutschen Wirtschaft* (begonnen), *den niemand vorhersehen konnte*“⁶⁶. Zwar sei die industrielle Produktion 1949 immer noch um 21% – gemeint sind Prozentpunkte – gestiegen, doch sei dies „unter den herrschenden Bedingungen *zu wenig* (gewesen), *um den Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft endgültig zu sichern*“, zumal sich die Wirtschaft nicht gleichmäßig erholte und Kernbereiche wie die Grundstoffindustrien und Infrastruktur weiterhin Problemzonen geblieben seien⁶⁷. „Die Gewalt dieser Ereignisse (Korea-Boom) machte alle wirtschaftspolitischen Kalkulationen über Nacht zu Makulatur. Zum ersten Mal spürte die westdeutsche Wirtschaft einen Wachstumsschub über die Außenwirtschaft. Es erwies sich nun als günstig, daß Westdeutschland als einziger bedeutender Industriestaat des Westens freie Kapazitätsreserven anzubieten hatte. *Der Durchbruch zu einem sich selbst tragenden Wachstum der Wirtschaft war Mitte 1952 offenkundig gelungen.* Determinanten dieser Entwicklung, in der die Schwerindustrie wieder an Bedeutung gewann, waren vor allem

⁶⁴ Ders., Probleme, S. 232 ff. u. Wirtschaftsgeschichte, S. 40 ff.; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁵ Siehe die im Abschnitt VII angeführten Quellen.

⁶⁶ Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte, S. 67; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁷ Ebenda, S. 70; Hervorhebung durch die Verf.

die beispiellose Expansion des Außenhandels, der die Investitionsgüterindustrien begünstigte, und die weltweite Rüstungskonjunktur ...⁶⁸ Diese zutreffende Analyse hindert Abelshauer jedoch nicht daran, an seiner Kernaussage festzuhalten, das Jahr 1947 sei das „Entscheidungsjahr“ gewesen, in dem ein „Durchbruch zu stetigen und hohen Zuwachsraten der Produktion (gelungen sei), die seit dem Herbst 1947 einsetzten und fast zwei Jahrzehnte anhielten“⁶⁹. Der Widerspruch liegt auf der Hand: Wie kann 1947 das „Entscheidungsjahr“ gewesen sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren „ungewiß“ blieb und der Durchbruch zu einem sich selber tragenden Wachstum erst 1952 in einem neuen, von niemandem vorhersehbaren Rekonstruktionsabschnitt gelang?

Eine deterministische Sichtweise liegt auch den Bilanzen zugrunde, die Abelshauer mittels komplizierter Schätz- und Rechenverfahren über Güte und Umfang des 1945 zur Verfügung stehenden Kapitalstocks sowie über Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials erstellt hat. Geradezu abwegig erscheint die Bilanz für die Determinante Arbeitskraft. Ausgehend von dem Axiom, wonach Größe und Struktur des Arbeitskräftepotentials „Niveau und Anstieg des potentiellen Wachstumspfad“ weitgehend bestimmen⁷⁰, wird die Existenz von Millionen Flüchtlingen schlicht zu einem positiven Faktor erklärt, durch den die besten „Voraussetzungen für eine schnelle Annäherung der realen Produktionsentwicklung an ihrem langfristigen Wachstumspfad gegeben“ gewesen seien. „Die verfügbaren Einsatzmengen (von Arbeitskräften) (...) erlaubten ein potentiell weit höheres Produktionsniveau als vor dem Krieg. Der Mengeneffekt glich sogar Strukturschwächen aus“ (gemeint sind Überalterung, hoher Frauenanteil, niedrige Erwerbsquote)⁷¹. Diese Argumentation zeigt zunächst einmal, daß die Rekonstruktionstheorie offensichtlich keine Kriterien dafür entwickelt hat, bis zu welcher Mengenrelation zwischen Kapitalstock und Größe des Arbeitskräftepotentials ein in ihrem Sinne produktives „Spannungsverhältnis“ angenommen werden kann bzw. ab wann ein Überangebot an Arbeitskräften zur Belastung einer Volkswirtschaft wird. Der immanenten Logik der vorgestellten Argumentation zufolge wäre es für die Wirtschaft nur von Vorteil gewesen, wenn statt der elf Millionen Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten 20 oder 30 Millionen auf den westdeutschen Arbeitsmarkt gedrängt hätten. Darüber hinaus bleibt der Autor jeden Beweis dafür schuldig, daß das Axiom der Rekonstruktionstheorie zutrifft. Vielmehr begnügt er sich damit, auf der Basis hochgradig abstrakten Zahlenmaterials zu zeigen, daß nach Kriegsende in Westdeutschland Fabrikanlagen und Arbeitskräfte in großen Quantitäten zur Verfügung standen, „auch wenn sie sich noch nicht unmittelbar auswirkten“⁷². Sicherlich ist es richtig, unter den ökonomischen Rahmenbedingungen der fünfziger und sechzi-

⁶⁸ Ebenda, S. 68 u. 70; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁹ Ebenda, S. 44; Hervorhebung durch die Verf.

⁷⁰ Ders., *Wirtschaft*, S. 126.

⁷¹ Ebenda, S. 127 f.

⁷² Ebenda, S. 10; Hervorhebung durch die Verf.

ger Jahre im Millionenheer der Flüchtlinge ein wesentliches Wachstumselement zu sehen. Es ist jedoch nicht zulässig, in einer konkreten Untersuchung das, was zu erklären wäre, mittels einer ökonomischen Makrohypothese einfach als Tatbestand bzw. sogar als Haupterklärungsmoment der ökonomischen Entwicklung auszugeben. Gegenüber der Prämisse der Rekonstruktionstheorie, derzufolge das Arbeitskräftepotential die wichtigste Determinante der ökonomischen Entwicklung darstellt, bleibt zu fragen: Warum gingen bzw. gehen von der seit Anfang der zwanziger bis weit in die dreißiger Jahre andauernden und erneut seit den siebziger Jahren in nahezu allen Industriestaaten bestehenden Massenarbeitslosigkeit keine Wachstumsschübe aus, während in den fünfziger und sechziger Jahren nicht nur ein Zustand weitgehender Vollbeschäftigung erreicht wurde, sondern in den westeuropäischen Ländern sogar Millionen ausländischer Arbeitskräfte „importiert“ werden mußten⁷³? Offenbar gilt diese Prämisse – wenn in dieser Verallgemeinerung überhaupt – nur unter bestimmten ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen. Im Grunde unterliegt der Autor hier – wie schon bei der Auswahl seines theoretischen Ansatzes – einem Zirkelschluß, indem er die unbewiesenen und letztlich nicht beweisbaren Hypothesen der Rekonstruktionstheorie illustriert, ohne ihre Gültigkeit für den Untersuchungszeitraum aufzuzeigen.

Auch Abelshausers Interpretation des Verlaufs der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 zeigt, daß er die von ihm ermittelten bzw. geschätzten Daten nicht mehr kritisch zu interpretieren versucht, sondern sie gewaltsam in das vorgegebene Schema einer selbsttragenden Rekonstruktion zwingt. Charakteristisch dafür ist seine Analyse der Entwicklung der Industrieproduktion in der britischen Zone 1945–1947. Dafür weist die Statistik folgende Zahlen aus⁷⁴ (1936 = 100):

	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
1945									14,6	18,4	21,5	22,4
1946	26,5	27,1	29,1	29,1	31,0	30,7	33,7	34,5	33,5	34,6	35,1	30,1
1947	28,3	26,4	30,2	33,1	34,1	34,0	35,8	37,3	37,9	39,5	40,1	40,1

⁷³ In Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit schon in der Krise 1925/26 ein Niveau von über 2 Mill. Vgl. dazu ausführlich Fritz Blaich, *Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung. Von der Erwerbslosenfürsorge zur Konjunkturpolitik*, Kallminz 1977. In den Jahren 1924 bis 1929 betrug sie unter den Gewerkschaftsmitgliedern durchschnittlich 11,4 v.H. Vgl. die Zahlen in: Dietmar Petzina/Werner Abelshausen/Anselm Faust, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III*, München 1978, S. 119f. Auch in Großbritannien bestand in den zwanziger Jahren eine durchgängig hohe Massenarbeitslosigkeit, in den USA konnte sie erst nach dem Kriegseintritt 1941 rasch abgebaut werden. Zu Großbritannien vgl. Sidney Pollard, *The development of the British economy 1914–1967*, London²1969, S. 242 ff.

Das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit nach 1918 hatte großen Einfluß auf die sozialistische Theoriebildung. Vgl. z. B. die in Anm. 3 genannten Arbeiten. Aber auch auf bürgerlicher Seite wurde sie als neuartiges Phänomen gewertet. Vgl. z. B. Walter Eucken, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1951, S. 32f.

⁷⁴ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 36.

Der Kommentar dazu lautet: „Im ganzen hat die industrielle Produktion in der britischen Zone im zweiten Halbjahr 1945 *stetig zugenommen*. Auch hier war die Kontinuität über die Wintermonate hinweg *bemerkenswert*. Die *Expansion* hielt ohne spürbare Rückschläge bis in den August des Jahres 1946 an. Von diesem Zeitpunkt setzte sich der *Trend* – trotz günstiger saisonaler Bedingungen – bis zum November nur noch schwach fort. Im Herbst 1946 war die *erste Welle der Rekonstruktion* offenbar gebrochen. Das *Tempo der Entwicklung* war bis zu diesem Zeitpunkt *beträchtlich* gewesen. Die Industrieproduktion *stieg* von Januar bis November 1946, ihrem Höchststand nach dem Kriege, *um ein Viertel*“⁷⁵. Das Zitat beleuchtet schlaglichtartig die Mängel Abelshauserscher Methodik und Interpretation. Muß nicht jedem, der die Zahlen nicht durch die Brille der Rekonstruktionstheorie und der mit ihr verbundenen Erwartung einer raschen erfolgreichen Rekonstruktion betrachtet, zweierlei auffallen: Erstens, das katastrophal niedrige Produktionsniveau, sowohl gemessen an den Erfordernissen der Wirtschaft als auch im Hinblick auf die Lebensbedürfnisse der westdeutschen Bevölkerung; zweitens, das geringe Tempo der Wiederingangsetzung der Produktion, die Ende 1947 noch immer erst auf einem Produktionsstand von 40% von 1936 und damit um nur fünf Prozentpunkte über dem Niveau vom Herbst 1946 lag – wohlgermerkt angesichts einer um Millionen Flüchtlinge gewachsenen Bevölkerung, die ihrer Habe weitgehend beraubt war? Der Autor aber überzieht das deprimierende Zahlenmaterial mit dem Firnis einer suggestiv positiven Begrifflichkeit. Eine Krisensituation existentiellen Ausmaßes erscheint nun in einem ganz anderen Licht, aus (tendenzieller) Stagnation wird Wachstum, ja eine sich mit einem „beträchtlichen Tempo“ vollziehende „bemerkenswerte“ Expansion. Jeder Anstieg der Produktion wird zur Rekonstruktionsbewegung, zur „Welle der Rekonstruktion“ auf einem vorab bestimmten Wachstumspfad. Grundlage solcher nur als grotesk zu bezeichnenden Urteile über das angeblich schnelle Wachstum ist die irreal konstruierte, die Wirtschaft hätte auf einem Produktionsniveau von Quasi-Null verharren können. Denn nur im Vergleich zu einem fiktiven Produktionsstillstand kann die reale Produktionsentwicklung als „bemerkenswertes“ Wachstum ausgegeben werden.

Mit den für die hier wiedergegebene Interpretation zentralen, der Rekonstruktionstheorie entlehnten Kategorien „Aufschwung“, „Entfesselung der Rekonstruktionskräfte“ und „ökonomischer Durchbruch“⁷⁶ werden ökonomische Entwicklungen suggeriert, die mit dem präsentierten Material schwerlich zu belegen sind.

	I	II	III	IV
1947	31	40,3	42,3	44,6
1948	48,3	50,3	65,3	76,3
1949	83	87	90	100
1950	96	107	118	134
1951	129	137	133	146

⁷⁵ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 35 f.; Hervorhebung durch die Verf.

⁷⁶ Vgl. z. B. ebenda, S. 32 ff.

Zeitgenössischen Statistiken zufolge entwickelte sich die industrielle Produktion in der Bizone zwischen 1947 und 1951 wie folgt⁷⁷ (1936=100):

Nun argumentiert Abelshäuser wohl zu Recht, der reale Produktionsindex, insbesondere im ersten Halbjahr 1948, habe erheblich über dem statistisch erfaßten gelegen⁷⁸. Mit Hilfe von Untersuchungen und Schätzungen des Stromverbrauchs versucht er, realistische Zahlen zu ermitteln, und kommt dabei zu folgenden Daten⁷⁹:

	I	II	III	IV
1947	(34,1)	(44,3)	(46,5)	(50,1)
1948	53,7	57,0	65,3	76,0/79,0
1949	83 ...			

Daraus ergeben sich folgende Wachstumsraten:

	I	II	III	IV
1947		29,9	5,0	7,7
1948	7,2	6,1	14,6	16,4/21,5
1949	9,2/5,1	4,8	3,4	11,1
1950	-4,2	11,5	10,3	13,6
1951	-3,8	6,2	-3,0	9,8

Wie die Statistik zeigt, erfolgte im Herbst 1947 kein „Durchbruch zu stetigen und hohen Wachstumsraten“, vielmehr fiel die Wachstumsrate nach einer auf die Währungsreform folgenden Phase beschleunigten Wachstums in den ersten neun Monaten 1949 auf das niedrige Niveau von durchschnittlich 4,4% (1949 insgesamt 6,4%). Nach einem vorübergehenden Quartalsanstieg von 11,1% brachte das erste Quartal 1950 sogar einen Rückgang von 4,2%. Erst der Korea-Boom führte erneut zu einer beträchtlichen Beschleunigung der Wachstumsraten (1950 II-IV=11,8%). Doch

⁷⁷ Ders., *Wirtschaft*, S. 43 und (ab 1949) *Wirtschaftsgeschichte*, S. 64.

⁷⁸ Albert Ritschl wendet gegen Abelshäuser ein, daß eine mangelhafte statistische Erfassung bis 1946 eine Rolle gespielt haben könne, danach seien „diese Mängel wohl behoben“ gewesen (Die Währungsreform . . ., S. 138). Diesem Urteil liegt eine sehr unrealistische Einschätzung der Erfassungsmöglichkeiten der statistischen Apparate in der Nachkriegszeit zugrunde. Vgl. z. B. Feststellungen von zeitgenössischen Experten bei Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 54 f. Vgl. auch: Gerald Ambrosius, *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Planwirtschaftliche Ansätze der bizonalen deutschen Selbstverwaltung 1946-1949*, in: *VSWG* 66 (1979), S. 74-108, bes.: S. 83 u. 89 f.

⁷⁹ Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 57, Tab. 12. Die Differenz bei den Werten für das vierte Quartal 1948 ergibt sich daraus, daß Abelshäuser in seiner Dissertation OMGUS-Angaben (vgl. ebenda, S. 43, Tab. 7) folgt, in der *Wirtschaftsgeschichte* (S. 64, Tab. 11) dagegen die etwas höhere Zahl des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1952-1954“ zugrundegelegt. In seinem Aufsatz „Die Rekonstruktion . . .“ nennt Abelshäuser unter Berufung auf seine Dissertation, Tab. 11 u. 12, Zahlen, die gegenüber den dort angegebenen beträchtlich höher liegen (Rekonstruktion, S. 10).

selbst diese Konjunktur führte kurzfristig nicht zu einem kontinuierlichen, hohen Wachstum, ist doch für 1951 eher eine krisenhafte Entwicklung mit einem durchschnittlichen Wachstum von nur 2,3% festzustellen. Erst seit 1952/53 erfolgte eine „Expansion auf breiter Front“⁸⁰. Noch im Problemaufriß seiner Dissertation hat Abelshauser von der „zumindest relativen Stagnation der industriellen Entwicklung Westdeutschlands“ in der Nachkriegszeit gesprochen⁸¹. Diese Erkenntnis ist bei ihm in der Folgezeit offensichtlich in Vergessenheit geraten und hat einer durch und durch positiven Bewertung Platz gemacht⁸². Tatsächlich läßt erst ein Vergleich zwischen dem Stand der industriellen Produktion in der Bizone und in anderen, ebenfalls vom Krieg betroffenen europäischen Ländern den besonderen Charakter der westdeutschen Entwicklung hervortreten. Während der Index der industriellen Produktion in der Bizone im Jahresdurchschnitt 1947 und 1948 nach zeitgenössischen statistischen Angaben 37 und 56 (1938=100), nach Abelshausers Schätzungen 44 und 63 (1936=100) betrug, lag er in Frankreich bei 99 und 113, in Großbritannien bei 104 und 116, in Belgien bei 106 und 114, in Polen bei 108 und 141 und in Bulgarien bei 145 und 174⁸³. Die meisten europäischen Länder erreichten also bereits 1947 den Vorkriegsstand, dagegen benötigte Westdeutschland dazu weitere drei Jahre⁸⁴. Aber selbst wenn man dies sowie den Tatbestand unbeständiger, auch nach 1947 erheblich schwankender Wachstumsraten ausklammert, ist im Hinblick auf Abelshausers Periodisierung des „Durchbruchs“ zu fragen, auf Grund welcher Kriterien der Übergang von einer Wachstumsrate von 5,0% im dritten Quartal 1947 zu Wachstumsraten von 7,7, 7,2 und 6,1% im vierten Quartal 1947 und im ersten und zweiten Quartal 1948 als qualitativer Einschnitt und ökonomischer „Durchbruch“ ausgegeben werden kann? Geradezu paradox wird die Interpretation durch die Behauptung, die Währungsreform habe keine „Beschleunigung der Wachstumsraten“ bzw. des „Aufschwungs“ ausgelöst⁸⁵. Während also eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Wachstumsraten (14,6 und 16,4 bzw. 21,5 gegenüber 5,0, 7,7, 7,2 und 6,1% in den vier Quartalen zuvor) keine „wesentliche Beschleunigung“ darstellt, soll eine Steigerung von 5,0 auf 7,7, 7,2 und 6,1% dies sein. Paradox ist es auch, wenn die Behauptung, daß der „Wiederaufstieg“ der westdeutschen Wirtschaft im wesentlichen ohne fremde Hilfe erfolgt sei, mit der Feststellung untermauert wird, daß es 1947/48 ein „schnelles Wachstum“ gegeben habe, „ohne daß ERP-

⁸⁰ Ferdinand Grünig/Rolf Krengel, Die Expansion der westdeutschen Industrie 1948 bis 1954 (=DIW-Sonderhefte, N.F., Nr. 34), Berlin 1955, S. 16–20; zit. nach Adamsen, Faktoren und Daten (Anm. 16), S. 231.

⁸¹ Abelshauser, *Wirtschaft*, S. 19; vgl. auch S. 18 u. 21.

⁸² Vgl. schon die Zusammenfassung in ders., *Wirtschaft*, S. 167.

⁸³ Ders., *Wirtschaft*, S. 16 (Tab. 2).

⁸⁴ In diesem Zusammenhang gilt es, sich die Realitäten klarzumachen, die sich hinter derartigen Angaben verbergen. So lag der Index der industriellen Produktion in Deutschland 1936 infolge der relativen ökonomischen Stagnation in den zwanziger Jahren und den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit 107 nur geringfügig über dem von 1913 (=98). Ähnlich verhielt es sich auch in anderen europäischen Ländern.

⁸⁵ Abelshauser, *Wirtschaft*, S. 168; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 51; ders., *Rekonstruktion*, S. 16.

Mittel bereits hätten wirksam werden können“. 1948/49 hingegen habe sich das Wachstum trotz Marshallplan verlangsam⁸⁶. Soll das bedeuten, die ERP-Mittel hätten der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft geschadet? Plausibler ist doch wohl die Annahme, daß ohne diese Hilfe das Wachstum noch geringer gewesen, die industrielle Produktion möglicherweise sogar stagniert hätte oder zurückgegangen wäre.

Diese Widersprüche lassen sich, so scheint es, nur auf der Grundlage der Theoreme der Rekonstruktionstheorie auflösen. Ausgehend von der Grundannahme einer von den vierziger bis in die sechziger Jahre andauernden Rekonstruktionsperiode folgert Abelshäuser aus dem statistischen Befund, daß es seit Herbst 1947 keine größeren und länger anhaltenden Produktionseinbrüche mehr gegeben habe, daß sich die Rekonstruktionsbewegung seit diesem Zeitpunkt ungehindert habe entfalten können, d. h. daß die Automatik, die die westdeutsche Wirtschaft zur Trendlinie bringen würde, in Gang gesetzt worden sei. Die ökonomische Rekonstruktionsbewegung wird hier – um ein anderes Bild zu gebrauchen – als eine Art Geschöß begriffen, das, von den „genuinen Rekreationskräften“ gezündet, entsprechend der Dynamik ihrer Entfaltung – mal schneller, mal langsamer – der Trendlinie entgegenfliegt. Gegenüber dem Tatbestand des gelungenen „take off“ ist das der Statistik zu entnehmende Faktum, daß der größte Wachstumsschub der Nachkriegszeit in den sechs Monaten nach der Währungsreform erfolgte, dann zweitrangig, kommt doch alles – da die Theorie keine Minimalgeschwindigkeit kennt, bei deren Unterschreitung das Geschöß abzustürzen droht – auf das Gelingen der Initialzündung an und nicht darauf, mit welcher Geschwindigkeit sich das Geschöß der ökonomischen Trendlinie nähert. „Durchbruch“ in dem Verständnis der hier skizzierten Auffassung heißt also nicht etwa – wie man herkömmlicherweise annehmen würde – Durchbruch zu qualitativ neuen, höheren Wachstumsraten, sondern nur, daß die industrielle Produktion im folgenden Zeitraum, abgesehen von kürzeren Unterbrechungen, stetig weiter „wuchs“. Folgerichtig hätte schon 1945 zum „Entscheidungs-jahr“, zum Jahr des ökonomischen „Durchbruchs“ werden können, wäre nur die sich seit Herbst 1945 mit einer „bemerkenswerten“ Dynamik entfaltende erste Rekonstruktionsbewegung nicht, wie aus dem Rückgang der industriellen Produktion zu schließen ist, im Winter 1946/47 an „äußeren“ Faktoren wie der Transportkrise gescheitert⁸⁷. Erst wenn man sich diese Sichtweise vor Augen führt, erschließt sich Abelshäusers Gesamtinterpretation. Abgesehen davon, weshalb bei ihr ein so großer Wert auf die genaue Bestimmung des Beginns der zum Erfolg führenden

⁸⁶ Ders., Wiederaufbau, S. 577; ders., Rekonstruktion, S. 10 ff. u. 15 f.; ders., Probleme, S. 235 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 32 u. 54.

⁸⁷ Ganz in diesem Sinne zieht Abelshäuser in einem Aufsatz im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung im Nachkriegseuropa das Resümee: „Tatsächlich setzte der Aufschwung . . . schon unmittelbar nach Kriegsende ein und hielt weit über die 40er Jahre hinaus an. Die Rezession von 1947 verursachte nur ein kurzes Stocken im Wachstumsprozeß . . . Schon 1947/48 setzte sich das Wachstum um so schneller fort, ohne daß ERP-Mittel bereits hätten wirksam werden können“ (Wiederaufbau, S. 577).

Rekonstruktionsbewegung gelegt wird, wird nun auch verständlich, wieso nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß der ökonomische Durchbruch ohne fremde Hilfe erfolgt und bereits ins zweite Jahr gegangen sei, ehe materielle Hilfe aus ERP-Mitteln eintraf: Zum einen ist es im Lichte der Rekonstruktionstheorie offenbar wichtig, daß der Nachweis eines frühen Starts der Rekonstruktionsbewegung erbracht werden kann, ist es doch schwer vorstellbar, daß die vorwärtsdrängenden Rekonstruktionskräfte über einen längeren Zeitraum hinweg durch äußere Widerstände und Barrieren gänzlich an ihrer Entfaltung gehindert werden könnten. Zum anderen ist es aber auch von großer Bedeutung zu zeigen, daß der „take off“ der zum „Durchbruch“ führenden Rekonstruktionsbewegung aus eigener Kraft erfolgte. Denn würden sich „hohe“ und dauerhafte Wachstumsraten erst für einen relativ späten Zeitraum nachweisen lassen, nachdem einer Volkswirtschaft materielle Hilfe größeren Umfangs von außen zugeführt worden ist, dann müßte an der Existenz ausreichend starker Rekonstruktionskräfte und damit an der Fähigkeit zur Initialzündung gezweifelt werden. Umgekehrt: Kann nachgewiesen werden, daß die zum Erfolg führende Rekonstruktionsbewegung schon in vollem Gange war, bevor die ausländische Hilfe eintraf, dann kann daraus gefolgert werden, daß diese Hilfe gar nicht notwendig gewesen wäre, um den Rekonstruktionsprozeß zum Ziel zu führen. Vermutlich, so legt die Theorie nahe, wäre die Entwicklung nur etwas langsamer vonstatten gegangen.

Nun ist unschwer zu erkennen, daß die Interpretation einer sich selbst tragenden Rekonstruktion einem weitgehend monokausalen Erklärungsansatz verhaftet bleibt, in dem die Marshallplan-Kredite (und die Währungsreform) als angebliche „Initialzündler“ und „Treibsätze“ durch die sich 1947 durchsetzende Rekonstruktionsbewegung ersetzt werden. Neben der Rekonstruktionstheorie mag auch die Absicht, die alten Mythen zu zerstören, dazu beigetragen haben, auch in dieser Hinsicht eine extreme Position einzunehmen. Zwar trifft die Argumentation, der Marshallplan habe wie die Währungsreform nicht eine Entwicklung einleiten können, „die schon lange vor seiner Realisierung begonnen hat“⁸⁸, sowie das Argument, der Rekonstruktionsprozeß sei schon in sein zweites Jahr gegangen, bevor die ersten ERP-Mittel im Herbst 1948 wirksam wurden, zum Teil die Realität. Insgesamt vermag sie jedoch nicht zu überzeugen, zudem mit ihr, ohne daß dies bewiesen würde, der Eindruck vermittelt wird, daß sich der ökonomische Aufschwung auch ohne die ERP-Kredite (und die Währungsreform) in der Folgezeit in etwa der tatsächlichen Größenordnung vollzogen hätte⁸⁹. Demgegenüber haben Werner Link sowie Knut Borchardt und Christoph Buchheim zu Recht darauf hingewiesen, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Wiederbelebung und des Aufschwungs sich 1948/49 noch nicht stabilisiert hatte, es vielmehr im Gegenteil Ende 1949 Anzeichen von Stagnation

⁸⁸ Abelshauer, Rekonstruktion, S. 17.

⁸⁹ Ders., Wirtschaft, S. 62 f. u. Rekonstruktion, S. 9.

gab⁹⁰. Als unbestritten kann wohl gelten, daß den Marshallplan-Geldern für zentrale Engpaßbereiche und für die Einfuhr und Finanzierung knapper Rohstoffe und Waren bis Anfang der fünfziger Jahre eine große Bedeutung zuzumessen ist⁹¹. So stammten 1950 20–25% der sich auf 9–10 Mrd. DM belaufenden Investitionen aus ERP-Gegenwertmitteln⁹². Welche Bedeutung ihnen für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und einzelner Branchen zukommt und ob sie, wie Manfred Knapp meint, „vielfach als ‚Initialzündung‘ für den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland wirkten“⁹³, bedarf allerdings noch einer eingehenden Untersuchung.

V. Die Konstruktion einer ökonomischen Scheinwelt

Kritikwürdig an den Untersuchungen von Werner Abelshauer sind jedoch nicht nur einzelne Aspekte wie ihr Determinismus, ihre suggestiv positive Begrifflichkeit oder ihre auf die Rekonstruktionstheorie zurückzuführende unangemessene Interpretation. Zu kritisieren ist vielmehr die Gesamtheit der Fragestellungen, Prämissen und Untersuchungsschritte, mittels derer versucht wird, die ökonomische Entwicklung der Nachkriegszeit „einzuschätzen“. Um es hart zu sagen – manche von Abelshauers Berechnungen und Ausführungen erscheinen als das Konstrukt eines Ökonomen, der es gewohnt ist, in ökonomischen Modellen zu denken und der bei ihrer Übertragung auf die von ganz außergewöhnlichen Problemen geprägte Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unbemerkt in eine Scheinwelt gerät, die aus einer Vielzahl abstrakter Daten und ökonomischer Vorgänge besteht, die immanent scheinbar logisch entsprechend den Theoremen der Rekonstruktionstheorie aufbereitet werden. Eine ganze Reihe von Faktoren tragen zu dieser weitgehenden Realitätsverfehlung bei.

Ein Grundproblem der hier kritisierten gängig gewordenen Interpretation besteht darin, daß die Prämissen und Fragestellungen der Theorie nicht im Sinne von Leitfragen verwendet werden, um den konkreten Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 auf einer breiten Materialbasis zu untersuchen. Vielmehr werden Daten oftmals dazu benutzt, um die Theorie zu illustrieren, und zwar ohne ihre Prämissen anhand des Materials zu überprüfen. Verschärfend kommt hinzu, daß

⁹⁰ Werner Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50 v. 13. 12. 1980, S. 17; Borchardt/Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe* (Anm. 15).

⁹¹ Vgl. dazu Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Scharf/Schröder, *Politische und ökonomische Stabilisierung* (Anm. 10) und die dortigen Literaturangaben. Knapp betont die ökonomische und politische Bedeutung des Marshallplans. Vgl. neuerdings insbesondere den empirischen Nachweis für die Baumwollindustrie und die Elektrizitätswirtschaft bei Borchardt/Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe* (Anm. 15).

⁹² Link, *Marshall-Plan*, S. 17.

⁹³ Knapp, *Deutschland*, S. 33.

das Zahlenmaterial, auf dessen Grundlage die Berechnungen und Schätzverfahren durchgeführt sind, durchweg hochgradig abstrakt ist und schon dadurch die Realität nur bedingt widerspiegelt. Eine Bemühung um Konkretisierung der sich hinter diesen Zahlen verbergenden Wirklichkeit ist selten zu erkennen. Hinzu kommt, daß – wie noch zu zeigen sein wird – wichtige Sachverhalte ebenfalls nicht aus einer breiten Untersuchung des Verlaufs des Rekonstruktionsprozesses und seiner Bedingungsfaktoren entfaltet, sondern einfach aus wenigen zentralen Statistiken abgeleitet werden. Darüber hinaus ist das Zahlenmaterial über Ressourcen und Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion weitgehend aus den jeweiligen Bezugssystemen und den zeitgenössischen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen herausgelöst. Schließlich verleiten die Prämissen der Rekonstruktionstheorie den Autor zu einer Reihe schwerwiegender Fehlschlüsse und läßt ihn sein Verfahren, wertfrei zu quantifizieren, Sachverhalte als durch und durch positiv darstellen, bei denen allenfalls von einer relativen Besserung im Rahmen einer nach wie vor ersten Krise gesprochen werden kann.

Zu welchen Konsequenzen das führt, zeigt sich schon an der Bilanz der Wachstumsdeterminanten Kapitalstock und Arbeitskräftepotential. Ihr Wert ist darin zu sehen, daß sie einen groben Überblick über die vorhandenen potentiellen Ressourcen vermittelt. Aufschluß über die im Untersuchungszeitraum tatsächlich wirksamen Rekonstruktionskräfte gibt sie aber nur bedingt, zum Teil ist sie sogar hochgradig irreführend.

So meint der Autor etwa, aus einer Berechnung, wonach sich das Arbeitskräftepotential in der Bizone 1946 gegenüber 1939 um 7,3% erhöht hatte, ableiten zu können, daß von der Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials – abgesehen von bestimmten Engpässen – keine restringierende Wirkung im Hinblick auf den Verlauf des Rekonstruktionsprozesses ausgegangen sei⁹⁴. Den wichtigen Fragen, welche Auswirkungen Unterernährung, Kälte, Wohnraumangel und der tägliche Kampf ums Überleben auf die Arbeitsfähigkeit der Menschen hatte und inwieweit die Entwicklung der Produktion durch Feierschichten, gesunkene Arbeitsproduktivität, hohen Krankenstand oder Arbeitskräftemangel behindert wurde, stellt er sich nicht. Der „Faktor Arbeitskraft“ ist jedoch nicht nur Zahl und Qualifikation, sondern – ein Tatbestand, den die Rekonstruktionstheorie als „ökonomische Makrohypothese“ vielleicht ausblenden kann – der ganze Mensch, seine physische und psychische Verfassung. Nimmt man dies hinzu, dann wird man bei der Bewertung der „Determinante Arbeitskraft“ in den Jahren 1945–1948/49 zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen als Abelshausen⁹⁵. Von größerem Aussagewert sind Abelshausens Angaben über die Größe und Güte des Kapitalstocks. Aber auch hier besteht die Gefahr, daß durch die überaus positive Bilanz, derzufolge die westdeutsche Wirtschaft mit einem bemerkenswert großen und modernen Kapitalstock in die Nachkriegszeit ging, Tatbestände, die für den Untersuchungszeitraum

⁹⁴ Ebenda, S. 109 u. 114.

⁹⁵ Siehe weiter unten, Abschnitt VI.

von größtem Gewicht sind, tendenziell verdeckt werden. So habe, wie gesagt wird, der Ausnutzungsgrad des Brutto-Anlagevermögens bei den Investitionsgüterindustrien noch im ersten Quartal 1948 nur 27,9%, bei den Verbrauchsgüterindustrien 32,5% (alle Bereiche 35,9% gegenüber 1936 84,2%) betragen⁹⁶. Die Sachverhalte, die sich in dieser Statistik spiegeln, müssten zum zentralen Gegenstand der Untersuchung gemacht werden. Diese Statistik aber wird nur beiläufig behandelt, vermutlich, weil dem geringen Ausnutzungsgrad für die langfristige ökonomische Entwicklung keine größere Bedeutung zuzumessen ist. Dieselben Mängel kennzeichnen auch die Untersuchung des Verlaufs des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses und der Engpaßfaktoren. Das Grundproblem besteht hier darin, daß darauf verzichtet wird, den Rekonstruktionsprozeß in seinem Bedingungsgefüge auf einer breiten Materialbasis konkret nachzuzeichnen. Stattdessen wird die Interpretation des Verlaufs der ersten und der zweiten Rekonstruktionsbewegung aus den auf zentraler Ebene gesammelten Statistiken zur Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen und amerikanischen bzw. der Bizone abgeleitet, indem diese Zahlenreihen als Ausdruck einer von den „genuinen Rekonstruktionskräften“ gesteuerten Rekonstruktionsbewegung interpretiert werden. Der auf diese Weise entworfenen Rekonstruktionsbewegung kommt so die Funktion eines „Quasi-Subjekts“ des ökonomischen Prozesses zu; sie ist vorgegeben und wird im weiteren Verlauf nicht mehr hinterfragt. Dieses Verfahren ist jedoch höchst fragwürdig, da weder die Prämissen, die in diese Interpretation eingehen, verifiziert werden, noch die Tatbestände, die sich in den statistischen Daten spiegeln, zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden.

Entsprechend wird auch bei der Analyse der Engpaßfaktoren Ernährung, Kohlevorsorgung, Eisen- und Stahlproduktion, Verkehrsleistungen und Außenhandel verfahren. Da es keine befriedigenden operationalisierbaren Modelle für die Untersuchung der Material- und Zwischenproduktversorgung gebe und eine „isolierte Betrachtung einzelner Bereiche“ nicht weiterführe⁹⁷, verzichtet der Autor ganz darauf, die Auswirkungen der genannten Engpaßfaktoren auf die Entwicklung der industriellen Produktion zu analysieren und zu quantifizieren. Stattdessen beschränkt er sich darauf, diese Bereiche – wiederum auf der Grundlage hochaggregierten Zahlenmaterials – global unter zwei Aspekten zu betrachten. Es geht ihm darum, den Engpaß zu ermitteln, der vom Winter 1946/47 bis zum Herbst 1947 die entscheidende Wachstumsschranke darstellte, und die anhand der industriellen Produktionsindices gewonnenen Erkenntnisse über den Verlauf des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses zu verifizieren. Dabei läßt er sich von der Überlegung leiten, daß der „Durchbruch zum zweiten, entscheidenden Rekonstruktionsabschnitt ... mit einer positiven Entwicklung auf breiter Front belegbar sein“ müsse⁹⁸.

Schon diese Eingrenzung von Untersuchungsgegenstand und Fragestellung ist

⁹⁶ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 118, Tab. 26.

⁹⁷ Ebenda, S. 130.

⁹⁸ Ebenda, S. 132.

vortrefflich geeignet, Abelshauer finden zu lassen, was er sucht: die Bestätigung seiner anhand der Statistik gewonnenen Interpretation des Verlaufs des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses – zumal er aus dieser folgert, daß „die auslösenden Faktoren des westdeutschen Rekonstruktionsaufschwungs“ schon 1947, spätestens jedoch „am Jahresbeginn 1948“ zu finden sein müßten⁹⁹. Darüber hinaus verleiten ihn aber wiederum die der Rekonstruktionstheorie zugrundeliegenden Sichtweisen zu Trugschlüssen, die insgesamt zu einem schwerwiegenden Fehltril in Hinblick auf den Charakter und den zeitlichen Verlauf der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Lähmungskrise führen, damit letzten Endes aber auch zu einer Fehlbewertung des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses.

Da er jedes ökonomische Wachstum, ganz gleich auf welchem Produktionsniveau, als Ausdruck einer sich entfaltenden Rekonstruktionsbewegung begreift, läßt sich der Autor von der Annahme leiten, daß die Engpaßfaktoren Ernährung, Kohlevorsorgung etc. in den Zeiträumen, in denen statistisch ein Anstieg der industriellen Produktion festzustellen ist – also von Mitte 1945 bis Herbst 1946 und erneut seit Herbst 1947 –, zwar die Entwicklung der industriellen Produktion behindert, jedoch keine wirksamen Barrieren gegenüber der Entfaltung der Rekonstruktionsbewegung dargestellt hätten¹⁰⁰. Auch auf Grund dieser Sichtweise wird der Frage, in welchem Umfang die genannten Engpaßfaktoren die Produktionsentwicklung determiniert haben, keine zentrale Bedeutung beigemessen. Vielmehr beschränkt sich der Autor darauf zu überprüfen, ob sich parallel zum Anstieg der industriellen Produktion in den Engpaßbereichen eine spürbare Entspannung feststellen läßt. Diese Annahme entbehrt jedoch jeder Plausibilität, ist doch nicht auszuschließen, daß bestimmte Engpaßfaktoren die ganze Nachkriegszeit hindurch eine raschere Wiederingangsetzung der Produktion bzw. ein schnelleres Wachstum verhinderten und damit für den Verlauf des ökonomischen Prozesses von größerer Bedeutung waren als die vorhandenen Produktionsanlagen und Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials. Tatsächlich lagen hier in den Jahren 1945–1948 entscheidende Produktionsbarrieren.

Des weiteren sind die Fehltrile über den Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion und den Charakter der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Krise vor allem darauf zurückzuführen, daß der Autor aus der Perspektive einer vermeintlich 1945/1947 beginnenden erfolgreichen Rekonstruktionsperiode Krisen oder schwerwiegende Krisenerscheinungen nur in den Zeiträumen zu erkennen vermag, in denen der Produktionsindex eine nahezu vollständige Stagnation oder sogar einen Rückgang des industriellen outputs aufweist. So leitet er seine Interpretation über die von Winter 1946/47 bis Herbst 1947 bestehende „Lähmungskrise“ ebenfalls schlicht aus der Statistik der industriellen Produktion ab¹⁰¹. Da die Rekonstruktionskräfte, die sich seit Herbst 1945 mit einer „bemerkenswer-

⁹⁹ Ebenda, S. 63.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 138 u. 147.

¹⁰¹ Ebenda, S. 35 ff. u. 62.

ten“ Dynamik entfalten, nicht an ihre Grenzen gestoßen sein können (blieb doch die industrielle Entwicklung „gemessen an der industriellen Ausstattung der Bizone mit produktiven Ressourcen weit hinter ihren Möglichkeiten“¹⁰² zurück – auch dies eine aus der Rekonstruktionstheorie resultierende Scheinargumentation –, muß die Lähmungskrise auf äußere Engpaßfaktoren zurückzuführen sein. Abelshäuser untersucht sie unter diesem Aspekt und kommt zu dem Ergebnis, es habe sich bei der „Lähmungskrise“ „im Kern“ um eine Transportkrise gehandelt¹⁰³. Diese Feststellung ist wohl auch zutreffend. Nur übersieht er auf Grund seiner statistischen Ableitung der Krise wie auf Grund seiner aus der Vorgabe einer erfolgreichen Rekonstruktionsbewegung resultierenden Perzeption, daß eine Krise nur im Falle eines längeranhaltenden Stillstandes bzw. Rückganges des Niveaus der industriellen Produktion gegeben sei, den viel bedeutsameren Tatbestand, daß außer der Transportkrise in den Jahren 1945/46–1948 eine ganze Reihe von schwerwiegenden Krisenfaktoren bestanden, die erst zusammengenommen eine ernste, von den Zeitgenossen als höchst dramatisch empfundene „Lähmungskrise“ ergaben.

VI. Die Ernährungskrise – ein wichtiger Faktor der gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ der Nachkriegszeit

Eine der Hauptursachen dieser „Lähmungskrise“, die Werner Abelshäuser auf Grund seiner Methodik wie seiner eingeschränkten Fragehaltung und Quellenbasis nicht in den Blick bekommt bzw. nicht richtig gewichtet, war die Ernährungskrise. Zwar nennt er in einem Schaubild zutreffende Daten zur Lebensmittelversorgung¹⁰⁴, doch welche Auswirkungen die chronische Unterernährung großer Teile der Bevölkerung auf die Entwicklung der industriellen Produktion gehabt hat, scheint ihn nicht zu interessieren. Insgesamt zeigen seine Ausführungen im Rahmen der Engpaßfaktoren-Analyse, daß er – wie andere Autoren auch – keine adäquate Vorstellung vom Ausmaß und von der Bedeutung der in der Nachkriegszeit bestehenden Ernährungskrise hat. Das Fazit des Autors (die „Wachstumsschranke Ernährung konnte – unabhängig von der Wirtschaftslage – immer einen Spalt offengehalten werden ...“¹⁰⁵) bleibt ohne Beleg und stützt sich offenbar nur auf den Tatbestand, daß die industrielle Produktion trotz der Unterernährung großer Teile der Bevölkerung in dem beschriebenen Maße statistisch „gewachsen“ ist. Ohne den Anteil der aus den Kriegsfolgen resultierenden Mangelernährung an der wirtschaftlichen Krise 1945/46–1948 exakt quantifizieren zu können, läßt sich in Übereinstimmung mit zeitgenössischen Ökonomen und Physiologen jedoch mit erheblicher Gewißheit vermuten, daß die normale Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung auf

¹⁰² Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 33 u. 37.

¹⁰³ Ders., *Rekonstruktion*, S. 9; ders., *Probleme*, S. 229 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 37.

¹⁰⁴ Ders., *Wirtschaft*, S. 133, Abb. 11.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 138.

ungefähr die Hälfte absank¹⁰⁶. Wie stark – physiologisch und psychologisch – die Arbeitsfähigkeit der Menschen beschränkt blieb, zeigt eindrucksvoll die Entwicklung der Produktivität im Ruhrbergbau, wo trotz aufwendiger Ernährungs-Sonderprogramme die Leistung pro Mann und Schicht in den Jahren 1946 bis 1948 zwischen 54,9 und 58,5% stagnierte¹⁰⁷.

Um eine angemessene Vorstellung vom Ausmaß und von den Auswirkungen der Ernährungskrise zu erhalten, gilt es, sich klarzumachen, daß ein Großteil der deutschen Bevölkerung drei Jahre lang von Rationen leben mußte, die im Schnitt nur gut die Hälfte des Vorkriegsniveaus von 3000 kcal erreichten und damit ungefähr dem offiziellen Richtsatz einer KZ-„Verpflegung“ von 1632 kcal entsprachen¹⁰⁸. Sie bestanden im statistischen Durchschnitt aus 250 g Brot, 20 g Nahrungsmitteln, 360 g Kartoffeln, 15 g Fett und 30 g Fleisch¹⁰⁹. Jeweils im Frühjahr 1946, 1947 und 1948 sanken die zugeteilten Nahrungsmittelrationen insbesondere in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet auf unter 1000 kcal täglich. Zur quantitativen Halbierung des Ernährungsstandes kam eine noch stärkere qualitative Verschlechterung hinzu. Infolge der geringen Fleisch- und Fettzuteilungen sank der tägliche Eiweißgehalt der Nahrung von 85 g (1938) auf 35 g (1945), die Zufuhr von Fetten betrug sogar statt 120 g vor dem Krieg im Frühjahr 1948 teilweise nur noch 5,5 g¹¹⁰. Diese katastrophale Ernährungslage zwang weite Teile der Bevölkerung dazu, einen Großteil ihrer Energie darauf zu verwenden, zusätzliche Nahrungsmittelquellen zu erschließen – durch Eigenanbau, Schwarzhandel, Hamsterfahrten, Diebstahl. Doch die bestehenden Ressourcen setzten diesen Bemühungen insgesamt enge Grenzen. Aus illegalen Quellen bzw. Eigenanbau konnten in den Jahren 1945/46 bis 1948 zusätzlich zu den offiziellen Nahrungsmittelzuteilungen schätzungsweise 300 kcal pro Kopf der Bevölkerung aufgebracht werden¹¹¹, die freilich für viele lebensnotwendig waren. Auch bei dieser Schätzung handelt es sich natürlich um eine abstrakte statistische Größe, hinter der sich eine komplexe Realität verbirgt.

Insgesamt kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß insbesondere die städtische Bevölkerung in den Jahren 1946–1948 einem fortschreitenden Auszehrungsprozess ausgesetzt war, der von Zeitgenossen auf den makabren Begriff der „Autokannibalisierung“ gebracht wurde. Bereits im August 1946 betonten die Arbeitgeber,

¹⁰⁶ Verwaltung für Wirtschaft, Die deutsche Wirtschaftsnot, 3.7. 1947, S.7 (BA Z 6 I/27, fol.22); Charlotte Arnold, Der Arbeitsmarkt in den Besatzungszonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen (Anm. 54), S. 50. Vgl. auch die Aussage Ludwig Erhards in der Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15.3. 1948, in: AVBRD 4, S. 391.

¹⁰⁷ Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1949, Düsseldorf 1950, S. 163, und Werner Abelshauer, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau – Krise – Anpassung, München 1984.

¹⁰⁸ Berechnungen durch G. J. Trittel nach Angaben von OMGUS und der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (= VELF).

¹⁰⁹ Errechnet nach Hubert Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950, dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956, S. 428.

¹¹⁰ Wie Anm. 108.

¹¹¹ Wie Anm. 108. Zur zeitgenössischen Schätzung der Alliierten vgl. Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 130.

daß „Gesundheitszustand und Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung ... derart zurückgegangen (seien), daß eine Katastrophe unvermeidlich erscheint, wenn nicht eine baldige durchgreifende Besserung der Ernährungslage eintritt“¹¹². Die industrielle Produktion wurde durch die Hungerkrise in mehrfacher Hinsicht behindert: durch das drastische Absinken der Arbeitsproduktivität insbesondere in den Bereichen, in denen Handarbeit verbreitet war, durch eine tendenzielle Zersetzung und Auflösung des Produktionsprozesses durch Absentismus und Feierschichten sowie durch einen durch die Zunahme typischer Hungerkrankheiten bedingten hohen Krankenstand¹¹³. Erst im Juli 1948 sollte es zu einer spürbaren Anhebung der Nahrungsmittelrationen kommen, die jedoch das ganze Jahr hindurch weiterhin unter 2000 kcal blieben. Der Vorkriegsstand war in quantitativer wie qualitativer Hinsicht erst 1951 wieder annähernd erreicht¹¹⁴.

Aus den Akten der britischen und amerikanischen Militärregierungen wie der Bizonen-Verwaltung geht hervor, daß alliierte wie deutsche Politiker zwischen 1946 und 1948 in der Milderung und Lösung der Ernährungs- und Hungerkrise – neben der Steigerung der Kohleförderung – das entscheidende Problem zur Überwindung der gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ sahen¹¹⁵. Bereits im April 1946 hatte der amerikanische Militärgouverneur Clay die Grunderkenntnis formuliert, die bis 1948/49 gültig blieb: „Without food we cannot produce coal: without coal we cannot support transport and industry; without coal we cannot produce the fertilizer necessary to improve future food supply. Only food can prime the pump ...“¹¹⁶

Abelshausers Angaben zur Entwicklung der Ernährungssituation zwischen 1947 und 1948 entbehren größtenteils einer Grundlage. Entgegen seiner in vage Formulierungen gekleideten Aussage, die Verbesserung der Ernährungslage habe im „Entscheidungsjahr 1947“ wesentlich mit zum ökonomischen Durchbruch beigetragen¹¹⁷, rutschte die Versorgung der Bevölkerung in den industriellen Ballungsgebieten im

¹¹² Schreiben des Vorbereitenden Ausschusses für die Bildung des Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Stahlindustrie des Rheinisch-westfälischen Industriebezirks, 30. 8. 1946 (BA Z 6 I/98, unfoliert).

¹¹³ So spricht Inge Marßolek z. B. von einem Krankenstand von 30% im Herbst 1947 in einigen Wuppertaler Betrieben. Vgl. Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948). Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt/New York 1983, S. 147. Zur Auswirkung der Unterernährung auf die Arbeitsleistung und zur Zunahme typischer Hungerkrankheiten wie TBC vgl. Stüber, Der Kampf (Anm. 7), S. 158 f., 293 ff., u. 313 ff. und Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 167 ff.

¹¹⁴ Vgl. Justus Rohrbach, Im Schatten des Hungers, Hamburg 1955, S. 303, Tab. 2.

¹¹⁵ Einige markante Belege: Im Frühjahr 1946 konstatierte stellvertretend für alle führenden deutschen Politiker Kurt Schumacher, „daß die Frage des Brotes und des Mehles und der Kartoffeln eine Frage von erster politischer Wichtigkeit in Deutschland“ geworden sei (Brief an Albu/CCG, 20. 5. 1946; AdSD, J 80); Clay bestätigt im Rückblick, „daß unser Erfolg in Deutschland von einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln abhing“ (Clay, Entscheidung in Deutschland; Frankfurt 1950, S. 302) und sein Kollege Robertson brachte das Problem im Frühjahr 1948 auf die Formel, daß „success or failure in Western Germany will depend preeminently on food“ (Robertson an Pakenham, 7. 2. 1948, p. 5; PRO FO 943/437).

¹¹⁶ Clay, Memorandum, 14. 4. 1946, S. 2 (BA Z 45 FOMGUS, 1945/46-97-7).

¹¹⁷ Abelshausen, Wirtschaft, S. 138; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 44.

Winter 1947/48 zum dritten Mal in der Nachkriegszeit auf zirka 1000 kcal ab, zum Teil sogar darunter. Wie schon im Vorjahr entlud sich die Verzweiflung der Bevölkerung im Januar und Februar 1948 in Proteststreiks und Demonstrationen, an denen rund vier Millionen Menschen teilnahmen¹¹⁸.

Völlig aus der Luft gegriffen ist die Feststellung, daß es den deutschen Behörden gelungen sei, durch eine verbesserte Erfassung und Verteilung der einheimischen Agrarproduktion einen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten¹¹⁹. Zwar erließ der Wirtschaftsrat im Herbst 1947 und Anfang 1948 eine Reihe von Gesetzen, die die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte auf eine solidere Grundlage stellen sollten. Doch alle derartigen Anstrengungen blieben ohne Erfolg¹²⁰. Im Gegenteil – die deutsche Verwaltung sah sich 1947/48 mit dem bedrohlichen Tatbestand konfrontiert, daß die Ablieferungsbereitschaft der Bauern infolge der sich weiter verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Situation wie der Schwäche der bizonalen Ernährungsverwaltung auf einen neuen Tiefpunkt sank. So ging die Ablieferung von Brotgetreide 1947/48 gegenüber 1946/47 von 66,3 auf 56,0% der Gesamternte bzw. von 95,5 auf 68,5% des Jahressolls zurück; bei Kartoffeln von 31,5 auf 29,9% der Ernte. Auch der Fleischanfall sank 1947/48 gegenüber dem Vorjahr um rund 22%¹²¹. Dieser Rückgang war um so gravierender, als die landwirtschaftliche Erzeugung gleichzeitig mit einem Minus von 42% gegenüber dem Vorkriegsstand¹²² ebenfalls auf dem tiefsten Stand seit Kriegsende, ja in diesem Jahrhundert überhaupt lag. Neben der Auslaugung der Böden durch den Raubbau der Kriegsernährungswirtschaft und einem immer gravierender werdenden Mangel an Dünger und anderen Betriebsmitteln hatten vor allem die ungünstigen Witterungsbedingungen – ein ungewöhnlich kalter Winter gefolgt von einem extrem heißen und trockenen Sommer – zu dieser Mißernte geführt.

Darüber hinaus scheiterte schließlich der Wirtschaftsrat im „Kartoffelkrieg“ mit seinen Bemühungen, die agrarischen Überschußgebiete Bayern und Niedersachsen zu den von der Ernährungsverwaltung festgesetzten Ausgleichslieferungen in die industriellen Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens und Württemberg-Badens zu zwingen¹²³.

An dieser Stelle sei einmal illustriert, auf welcher geringen Quellenbasis Abelshausers weitreichende Interpretationen zum Teil beruhen. Als Beleg dafür, daß die deutsche Verwaltung 1947/48 einen wichtigen ernährungspolitischen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet habe, führt er an, es sei in diesem Zeitraum weder möglich gewesen, die landwirtschaftliche Produktion noch die Importe zu stei-

¹¹⁸ Zu den Hungerstreiks vgl. Christoph Kleßmann/Peter Friedemann, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt 1977.

¹¹⁹ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 138; ders., *Probleme*, S. 235 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 44.

¹²⁰ Vgl. auch das Urteil von Wolfgang Benz, *Besatzungsherrschaft* (Anm. 6), S. 77.

¹²¹ VELF, *Statistik der Land- und Forstwirtschaft 1945–1949*, Frankfurt 1949, Teil II, S. 46 ff.

¹²² VELF, *Grundlagen und Ziele der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln in der Bizone*, 25. 6. 1949 (BA Z 6 I/23, fol 66).

¹²³ Vgl. Benz, *Besatzungsherrschaft*, S. 72 ff.

gern¹²⁴. Trotzdem sei die „erwartete ‚schwere Ernährungskrise‘“ ausgeblieben: „Die deutsche Ernährungsverwaltung hatte die Wirksamkeit ihrer Bewirtschaftung beträchtlich verbessern können. Noch im April 1947 war ihr von alliierter Seite bescheinigt worden, ‚wie schlecht das augenblickliche System arbeitet‘. Später stellte dieselbe Behörde fest, daß es der Verwaltung für Ernährung gelungen war, ‚eine 10000 g Brotration für die 43 bis 46 Millionen Menschen der Bizone und Berlins aufrechtzuerhalten‘, während im vergangenen Jahr ‚mit derselben Menge Importe‘ nur eine Durchschnittsbrotration von ungefähr 7000 g ausgegeben werden konnte. Dazwischen lagen eine Reihe von Maßnahmen zur Verschärfung der öffentlichen Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferungen und eine Reorganisation des Verwaltungsamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (=VELF), die durch die Fusion der beiden angelsächsischen Zonen möglich wurde.“

Festzuhalten bleibt, daß für die Interpretation, es sei der deutschen Ernährungsverwaltung durch bessere Erfassungsmethoden etc. gelungen, einen bedeutenden Beitrag zur Milderung der Ernährungskrise zu leisten, keine Belege gegeben werden. Sie stützt sich offenbar nur auf den Tatbestand, daß die Militärregierung die Ernährungsverwaltung im April 1947 in einem Schriftstück tadelte, dagegen im Sommer 1948 in einem anderen rückblickend lobte¹²⁵. Sachverhalte, die in diesem Zusammenhang von grundlegender Bedeutung sind, wie die Jahrhundert-Mißernte des Jahres 1947, sind dem Autor offenbar nicht bekannt. Die zahlreichen Diskussionen, die im Herbst 1947 in Ernährungsverwaltung und Wirtschaftsrat über das niedrige Nahrungsmittel-Aufkommen und den Kartoffelkrieg geführt wurden, nimmt er nicht zur Kenntnis. Überprüft man die angegebenen Quellen, dann zeigt sich: Das BICO-Schreiben vom Frühjahr 1947, das Defizite bei der Lebensmittel-Beschaffung und -Verteilung vor den gesetzgeberischen Maßnahmen im Herbst 1947 belegen soll, stammt vom 1.4. 1948. Des weiteren wird sein Inhalt durch das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat falsch wiedergegeben. Gegenstand dieses Schreibens ist keine generelle Kritik an der Tätigkeit der Ernährungsverwaltung. Vielmehr monierten die Alliierten, daß das bestehende Rationierungssystem mit seiner Einteilung der Bevölkerung in Normalverbraucher und Zulagenempfänger zu kompliziert und ungleichgewichtig geworden sei und nicht mehr funktioniere. Seine Ausgangsfeststellung, daß es 1947/48 nicht möglich gewesen sei, die alliierten Lebensmittelimporte zu steigern, hat Abelshäuser schließlich aus einer kurzen Passage aus Clays Erinnerungsschrift „Decision in Germany“ abgeleitet, die sich überhaupt nicht auf die Lebensmittelimporte bezieht¹²⁶.

Weitgehend ohne Bezug zur Realität ist auch das Bild, das von der Bedeutung alliierter Hilfsmaßnahmen auf dem Ernährungssektor gezeichnet wird. In seiner

¹²⁴ Im folgenden nach Abelshäuser, Probleme, S.235. Vgl. auch ders., Wirtschaft, S.137f. u. Wirtschaftsgeschichte, S.44.

¹²⁵ BICO, FAFG an Director VELF (BA Z 6 I/188), u. BICO, FAFG an Schlange-Schöningen v. 9.7. 1948 (BA Z 6 I/19). Vgl. Abelshäuser, Probleme, S.235 u. ders., Wirtschaftsgeschichte, S.44.

¹²⁶ Lucius D. Clay, Decision in Germany, Garden City N.Y. 1950, S.196. Vgl. Abelshäuser, Wirtschaft, S.136 (Anm.16).

Dissertation führt Abels Hauser die alliierte „Garantie eines stetigen – wenn auch relativ geringen – Imports von Brotgetreide“ neben der „sparsamere(n) Zuteilung“ von Lebensmitteln im Sommer 1947 und einer „wirksamere(n) Erfassung der einheimischen Produktion“ als *einen* von drei Faktoren an, auf Grund derer die im Winter 1947/48 erwartete „Ernährungskatastrophe“ habe abgewandt werden können¹²⁷; noch 1983 spricht er davon, Briten und Amerikaner hätten ihre Besatzungszonen mit Lebensmittelimporten versorgt, „soweit sie zur Vermeidung von Unruhen und Seuchen unabdingbar waren“¹²⁸. Selbst die zur Durchführung des Punktesystems im Ruhrkohlebergbau benötigten Nahrungsmittel seien aus den Rationen der deutschen Normalverbraucher abgezweigt“ worden¹²⁹. Die Getreideeinfuhren, die „fast ausschließlich“ aus „Getreide minderer Qualität“ bestanden hätten, sicherten, so urteilt er, „einen minimalen Grundbedarf und blieben bis 1948 praktisch konstant“¹³⁰.

Die geringe Bedeutung alliierter Getreideimporte illustriert Abels Hauser u. a. durch die Wiedergabe einer Passage aus der berühmt-berüchtigten Rede des im Januar 1948 von den Alliierten abgesetzten Direktors für Wirtschaft Johannes Semler, in der dieser die Nahrungsmittelimporte der Alliierten bekanntlich als Lieferungen von „Hühnerfutter“ und minderwertigem „Abfall“ schmähte¹³¹. Diese Äußerungen sind jedoch nicht nur sachlich unzutreffend, vielmehr müssen sie angesichts der Tatsache, daß – wie allen verantwortungsbewußten deutschen Politikern klar war – das schiere Überleben eines größeren Teils der westdeutschen Bevölkerung von diesen Importen abhing, als unverantwortlich bezeichnet werden¹³². Tatsächlich hätte in den Jahren 1946–1948 ohne die umfangreichen alliierten Nahrungsmittellieferungen, deren Wert sich bis 1948/49 auf 2,35 Mrd. \$ summierte¹³³, wohl weder ein

¹²⁷ Abels Hauser, *Wirtschaft*, S. 138. Hervorhebung durch die Verf.

¹²⁸ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 29. Vermutlich ist diese Aussage Abels Hausers darauf zurückzuführen, daß die Bewilligungsformel für die aus dem Budget des amerikanischen Kriegs- bzw. Armeeministeriums finanzierten Government and Relief in Occupied Areas (GARIOA)-Hilfslieferungen, mittels der das Gros der Lebensmittelimporte in der Nachkriegszeit nach Deutschland kam, unter Bezug auf die Direktive JCS 1067 (April 1945) lautete: „relief to prevent disease and unrest in occupied areas“.

¹²⁹ Ebenda, S. 43.

¹³⁰ Ebenda, S. 30.

¹³¹ Ders., *Wirtschaft*, S. 136; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 30; vgl. auch ders., *Rekonstruktion*, S. 10.

¹³² Vgl. z. B. die Aussprache über die Entlassung Semlers in der 12. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 2. 3. 1948. Wörtliche Berichte 2, S. 348 ff.

In dieser Aussprache erklärte der SPD-Abgeordnete Kriedemann: „Jeder von uns weiß (...), in welchem großem Umfang wir von den Einfuhren abhängig sind, daß wir uns ausrechnen können, wieviel Menschenleben jede fehlende Tonne Lebensmittelimporte bedeutet...“ (S. 349).

¹³³ So nach den offiziellen Statistiken geschätzt von G. Thiede, *Die Ernährungshilfe für Westdeutschland von 1945/46 bis 1952/53*, in: *Berichte über Landwirtschaft*, N. F. Bd. XXXII, Hamburg 1954, S. 252, Tab. 6. Zum Wert der GARIOA-Lieferungen, die das Hauptkontingent der Lebensmittelimporte stellten, vgl. auch Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: *Scharf/Schröder, Politische und ökonomische Stabilisierung* (Anm. 10), S. 28, Tab. 1.

Massensterben in der deutschen Bevölkerung verhindert, noch die deutsche Industrieproduktion auf dem tatsächlichen Niveau gehalten werden können. So stammten in den kritischen Monaten des Winters 1947/48 amtlichen Berechnungen zufolge rund 60% der Lebensmittelzuteilungen aus alliierten Importen¹³⁴. Aus heimischer Ernte wurden 1945/46 lediglich 938 (US-Zone) bzw. 830 (brit. Zone) kcal, 1946/47 990 bzw. 900 kcal, 1947/48 776 kcal (Bizone) und 1948/49 – nach einer sehr guten Ernte – 1100 kcal abgeliefert¹³⁵.

Auch die Feststellung, die alliierten Lebensmittelimporte seien 1947/48 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben bzw. hätten sich nicht steigern lassen, entspricht nicht den Tatsachen¹³⁶: Angesichts der sich weiter zuspitzenden Ernährungskrise wurden die Importe sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht beträchtlich gesteigert. Hatten Briten und Amerikaner 1945/46 aus Militärbeständen 1707000 t und 1946/47 2756000 t Getreide nach Deutschland importiert, so trafen im Zeitraum 1947/48 bis 1950/51 10192000 t Getreide aus dem GARIOA-Programm, 458000 t aus „UK-Contributions“, 138000 t aus IRO-Lieferungen und 5701800 t Getreide, das aus ERPECA/MSA)-Mitteln finanziert worden war, ein¹³⁷. Seit März 1948 sind monatlich jeweils ca. 500000 t Getreide eingeführt worden¹³⁸. Hinzu kamen größere Mengen Kartoffeln, Fett, Fisch, Zucker, Hülsenfrüchte und Saatgut¹³⁹.

Schon eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung auf dem Ernährungssektor zeigt, daß Abelshausers Diagnose der Lähmungskrise – und damit seine Interpretation des Rekonstruktionsverlaufs – nicht haltbar ist. Entgegen seiner Charakterisierung des Jahres 1947 als „Entscheidungsjahr“, in dem eine „positive Entwicklung auf breiter Front“ stattgefunden habe, gelang es in diesem Jahr gerade nicht, den *circulus vitiosus* Hunger/Unterernährung – niedrige Produktivität in Schlüssel-sektoren der westdeutschen Wirtschaft – geringe Produktion in der Landwirtschaft – geringer deutscher Ernährungsbeitrag –, der eine Hauptursache der gesamtwirtschaftlichen Lähmungskrise war, aufzubrechen; vielmehr spitzte sich die Situation weiter zu.

Aber auch die Aussagen über die Entwicklung in anderen Engpaßsektoren der westdeutschen Wirtschaft bedürfen erheblicher Relativierung. Das gilt zum Beispiel für das Restüme, die westdeutsche Kohlewirtschaft habe seit 1947 „die ihr zuge-dachte Rolle eines Motors des Wiederaufbaus“ erfüllt¹⁴⁰: Wieder handelt es sich um

¹³⁴ Thiede, Ernährungshilfe, S. 258.

¹³⁵ Berechnungen G. J. Trittels nach Akten der VELF und der Militärregierungen.

¹³⁶ Abelshausen, Wirtschaft, S. 136; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 30 u. 44.

¹³⁷ Thiede, Ernährungshilfe, S. 241, Tab. 1 u. S. 253, Tab. 7. IRO = International Relief Organisation, ECA/MSA = Economic Cooperation Administration, Mutual Security Agency, zwei im Rahmen des Marshallplans gegründete Organisationen.

¹³⁸ Vgl. die Angaben Clays am 15. 3. und am 1. 6. 1948, AVBRD 4, S. 394 u. 539.

¹³⁹ Thiede, Ernährungshilfe, S. 258.

¹⁴⁰ Abelshausen, Korea, Die Ruhr- und Erhard's Marktwirtschaft. Die Energiekrise von 1950/51, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 287–316, hier: S. 298.

eine der Rekonstruktionsperspektive geschuldete Überspitzung. Wie in anderen Untersuchungsabschnitten ist Abelshausers Vorgehen auch hier dadurch gekennzeichnet, daß er sein statistisches Material „wertfrei“ quantifiziert, ohne nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Menschen zu fragen. Daß sich der Anstieg der Kohleförderung auf einem niedrigen Niveau vollzog – lag diese doch noch im Juni 1947, wie der Autor selbst ausweist, mit 218 000 t arbeitstäglich weit unter dem Jahresdurchschnitt von 384 000 t 1936¹⁴¹ –, wird in seiner Interpretation durch die Erfolgsperspektive weitgehend verdeckt. In dieser Perspektive vermag er der zeitgenössischen Lagebeurteilung eines Experten, dem sich im Sommer 1947 auf dem Gebiet der Kohleförderung und -versorgung ein „völlig hoffnungsloses Bild“ darbot¹⁴², nur mit Erstaunen zu begegnen. Denn für ihn bewegte sich doch „gerade die Kohleproduktion (...) während der gesamten Vorwährungszeit an der Spitze der industriellen Rekonstruktion. Selbst im Frühjahr 1947, dem Tief- und Endpunkt der ersten Rekonstruktionsphase, lag die Kohleförderung im Vergleich zur Vorkriegszeit doppelt so hoch wie die gesamte Industrieproduktion.“¹⁴³ Anstatt zu untersuchen, inwieweit die Kohleförderung und -versorgung im Untersuchungszeitraum dem Bedarf von Industrie und Bevölkerung entsprach bzw. inwieweit sie eine Wachstumsschranke darstellte, konstruiert Abelshausen hier durch fragwürdige Vergleiche ein positives Bild, das sich schließlich verselbständigt. Noch in seiner Dissertation hat er in seiner Beurteilung des Engpaßfaktors Kohleversorgung das zutreffende, wenn auch wenig aussagekräftige Fazit gezogen, er habe – ähnlich wie die Ernährung – während der ganzen Nachkriegszeit „als ein die industrielle Produktion (...) limitierender Faktor“ gewirkt¹⁴⁴. Dagegen trifft er in einem 1979 erschienen Aufsatz die Feststellung, die Kohleversorgung habe die industrielle Entwicklung seit 1947 nicht mehr behindert: „Kohle sollte erst wieder 1950/51 zu einem Engpaß werden, der zu Produktionseinschränkungen in der Industrie führte.“¹⁴⁵

Entgegen seiner Interpretation muß darauf hingewiesen werden, daß trotz einzigartiger alliierter wie deutscher Anstrengungen, die darauf abzielten, in diesem für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft entscheidenden Sektor einen Durchbruch zu erreichen und die Kohleförderung auf ein Niveau von 300 000 t arbeitstäglich anzuheben¹⁴⁶, nur begrenzte Fortschritte erzielt werden konnten – und dies trotz Aufstockung der Zahl der Bergarbeiter von ca. 192 000 im Januar 1946 auf 262 000 im

¹⁴¹ Ders., *Wirtschaft*, S. 139, Tab. 36.

¹⁴² Verwaltung für Wirtschaft, *Die deutsche Wirtschaftsnot*; zit. n. ebenda, S. 139.

¹⁴³ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 139. Bei der Bewertung der Kohlen-Fördermenge ist in die Betrachtung mit einzubeziehen, daß der Kohleverbrauch der Industrie nach 1945 – zeitgenössischen Schätzungen zufolge – auf Grund der niedrigen Kapazitätsausnutzung etc. um 33 bis 50% höher war als in der Vorkriegszeit. Die Reichsbahn verbrauchte sogar pro Kilometer 60 bis 70% mehr Kohle als in normalen Zeiten. Vgl. Klaus Mehnert/Heinrich Schulte (Hrsg.), *Deutschland-Jahrbuch 1949*, Essen 1949, S. 178.

¹⁴⁴ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 147.

¹⁴⁵ Ders., *Probleme*, S. 235.

¹⁴⁶ Clay in der Sitzung des Länderrates am 8. 1. 1947, AVBRD 2, S. 101 f.

Dezember 1947, trotz Gewährung von Ernährungs-Sonderrationen, Einführung des Punktesystems und CARE-Paket-Prämien¹⁴⁷. Erst ab November 1947 stieg die Kohleförderung, deren Volumen in den ersten sieben Monaten des Jahres bei durchschnittlich 219 000 t gelegen hatte, auf ein Niveau von 260/270 000 t, ab Juni 1948 auf ca. 285 000 t. Diese Fördermenge reichte zwar aus, um die Industrie „in einem erträglichen Umfang“ mit Kohle zu versorgen, ein ökonomischer „Durchbruch“ auf breiter Front war damit jedoch nicht zu erzielen¹⁴⁸.

VII. Die Politik der Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen als ein bestimmender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1945

Ein weiteres grundlegendes Defizit der hier unter die Lupe genommenen Untersuchungen, das sich mit dem Stichwort „Ökonomismus“ fassen läßt, besteht schließlich darin, daß die exogenen Faktoren der ökonomischen Rekonstruktion, die politischen und ökonomischen Zielvorgaben und Planungen sowie das Krisenmanagement der alliierten Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen weitgehend ausgeblendet werden. Abelshausers Dissertation enthält zwar ein Kapitel über die allgemeinen Grundzüge der alliierten Wirtschaftspolitik und über Aufbau und Tätigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltungen in der britischen und amerikanischen Zone. Man erfährt jedoch so gut wie nichts darüber, in welchem Ausmaß und in welcher Richtung die Entscheidungen dieser Institutionen den Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion beeinflussen¹⁴⁹. Diese Unterlassung ist umso unverständlicher, als die Alliierten bis 1947 und darüber hinaus einen maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausübten. So konnten z. B. alle Betriebe bis zum Frühjahr 1947 ihre Produktion nur mit ausdrücklicher Genehmigung seitens der Militärregierung aufnehmen. Vor allem aber entschieden die Militärregierungen darüber, welche Industriebranchen und Werke als Bereiche „lebenswichtiger Produktion“ zu fördern und welche als von zweitrangiger Bedeutung zurückgestellt werden sollten. Selbst in den Grundstoffindustrien, die gefördert wurden, wurde die Produktion auf die leistungsfähigsten Betriebe konzentriert und kleinere, im Hinblick auf ihren Energieverbrauch ineffiziente Werke geschlossen. So lagen noch im Juni 1947 in der britischen Zone sieben bedeutende Eisen- und Stahl-

¹⁴⁷ Vgl. Ulrich Borsdorf, *Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945–1947*, in: Hans Mommsen/ders., *Glück auf Kameraden!*, Köln 1979, S. 345–366.

¹⁴⁸ Helmut Meinhold, *Aufbauplan 1948/49. Erläuterungen zum Aufbauplan 1948/49 für die Wirtschaft der Vereinigten Wirtschaftsgebiete*, in: *Wirtschaftsverwaltung* I/3, Juli 1948, S. 28, und die Äußerungen Robertsons am 14. 5. 1948, in: *AVBRD* 4, S. 508. Vgl. auch Wolfgang Rudzio, *Das Ringen um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Mommsen/Borsdorf, *Glück auf Kameraden*, insb. S. 378 f.

¹⁴⁹ Vgl. vor allem Abelshausers, *Wirtschaft*, S. 85.

werke still¹⁵⁰. Diese Entscheidungen wurden nicht nur von dem bestehenden Energie- und Rohstoffmangel beeinflusst, sondern auch von den politischen und ökonomischen Zielsetzungen der Alliierten, von Demontageerwägungen und Konkurrenzmotiven. Darüber hinaus verfügten die Militärregierungen (und die deutsche Verwaltung) mit der Kohlezuteilung über ein wirksames Instrument, um den Wirtschaftsprozess zu steuern. So wurden der Eisen- und Stahlindustrie der britischen Zone während der Laufzeit des ersten Spartaplanes 100% des ermittelten Kohlebedarfs zugeteilt, der chemischen Industrie dagegen nur 80%, der Textilindustrie 48% und dem Verkehrsbereich zwischen 31 und 50%¹⁵¹.

Im Jahr 1947 gewannen die deutschen Behörden und Verbände im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß zunehmenden Einfluß. Aber auch in diesem Jahr setzten die Militärregierungen in den wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen ihre Vorstellungen durch¹⁵². So ordneten sie im Juni 1947 entgegen den Vorstellungen der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft an, die Kohlezuteilung der Bevölkerung drastisch von 10 Mill. t auf 4,57 Mill. t zu senken und das dadurch vergrößerte Industriekontingent schwerpunktmäßig auf einige Schlüsselindustrien zu konzentrieren¹⁵³. Fast 80% der verplanten Kohle entfielen in der Folgezeit auf die Bereiche Transportwesen, Kohlebergbau, Versorgungsbetriebe, Stahl, Chemie, Holz, Papier, Öl, Nahrungsmittel¹⁵⁴. Wie stark mit derartigen politischen Zielvorgaben in das wirtschaftliche Geschehen eingegriffen wurde, zeigt sich z. B. daran, daß das Kohle-Kontingent für die Eisen- und Stahlindustrie gegenüber den Arbeitsplänen der deutschen Verwaltungen um fast 70% erhöht wurde¹⁵⁵. Infolgedessen verdoppelte sich der Anteil dieses Industriezweiges an der Gesamtauslieferung von Kohle binnen weniger Monate von ca. 6% (Juni 1947) auf über 12% (August bis Dezember 1947), im Januar 1948 lag er bei 14,5% und erhöhte sich bis April auf 15,9%¹⁵⁶. In konkreten Zahlen bedeutete dies, daß die Kohle-Quartalszuteilung in der Eisen- und Stahlindustrie von 1,28 Mill. t im 3. Quartal 1947 auf 2,09 Mill. t im 4. Quartal 1947 zunahm¹⁵⁷. In erster Linie auf Grund dieser Schwerpunktsetzung konnten im Leitsektor Eisen- und Stahlindustrie 1947/48 bedeutende Fortschritte erzielt werden: So stieg die Produktion von Rohstahl von ca. 204 000 t im Juni 1947 auf ca. 343 000 t im März 1948¹⁵⁸. Diese Fortschritte in wirtschaftlichen Leitsektoren wurden erkauft durch eine Benachteiligung insbesondere der Konsumgüterin-

¹⁵⁰ Wolfgang Krumbein, *Staatliche Industriesteuerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie*. Ms. Göttingen 1985, Kap. 11, S. 25.

¹⁵¹ Ebenda, Kap. 10, S. 8.

¹⁵² Ambrosius, *Durchsetzung* (Anm. 12), S. 126.

¹⁵³ Ders., *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?* (Anm. 78), S. 84. Vgl. dazu auch Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 85.

¹⁵⁴ Ambrosius, *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?*, S. 84.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Krumbein, *Industriesteuerung*, Kap. 11, S. 31.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 9.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 23.

dustrie und durch eine weitgehende Unterversorgung der Bevölkerung mit Hausbrand und Artikeln des täglichen Bedarfs. Wie extrem die von den Alliierten in groben Umrissen vorgegebene Wirtschaftsplanung der Bizonenverwaltung 1947/48 auf die Förderung der Grundindustrien ausgerichtet war, läßt sich an zwei weiteren Beispielen verdeutlichen. So wurden im 4. Quartal 1947 nur 5% des gesamten Eisenkontingents dem öffentlichen und privaten Verbrauch zugeleitet. Und selbst von der Produktion der Textilindustrie waren der Planung für 1947/48 zufolge nur 10% für den privaten Verbrauch vorgesehen.

Zu den exogenen Faktoren der ökonomischen Entwicklung, die Werner Abelshausen weitgehend ausblendet, gehört auch der Zerfall der Mangelbewirtschaftung, der trotz großer Anstrengungen seitens der Militärregierungen wie der deutschen Verwaltung, die Reste dieser Ordnung durch eine umfassende Gesetzgebung und durch ein scharfes Sanktionsinstrument zusammenzuhalten, in wichtigen Teilbereichen bis zur Währungsreform fortschritt. Besonders drastische Formen nahm dieser Auflösungsprozeß im Ernährungsbereich an. Aber auch für größere Sektoren der Industrie war es charakteristisch, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des Handels auf dem Weg von Kompensationsgeschäften abgewickelt wurde. Bereits im Oktober 1946 fällt Viktor Agartz das Urteil, „daß das System der Bewirtschaftung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . im weitgehenden Umfang zusammengebrochen“ sei¹⁵⁹. Nach Schätzungen zeitgenössischer Experten wurden 1947/48 zwischen 40 und 50% aller Umsätze außerhalb des offiziellen Bewirtschaftungssystems getätigt¹⁶⁰. Bestimmte Waren wie Autoersatzteile, Reifen, Motoren und Maschinen seien überhaupt nur auf dem grauen Markt zu erhalten. Welche Auswirkungen die Rückkehr zu naturalwirtschaftlichen Tauschbeziehungen auf die Produktionsentwicklung in verschiedenen Industriezweigen im einzelnen hatte, bleibt noch zu untersuchen. Zu vermuten ist, daß sie – neben der Bevölkerung – vor allem die ohnehin schon benachteiligte Konsumgüterindustrie, Kleinbetriebe, Handwerk und Landwirtschaft beeinträchtigte. Abgesehen von den unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen hatte der fortschreitende Zerfall des Wirtschaftskreislaufes vor allem erhebliche Konsequenzen für das Handeln der deutschen Verwaltung. Außer in den zentralen Engpaßbereichen Transport, Kohle, Stahl etc., denen allerdings eine Schlüsselfunktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zukam, blieben ihre Steuerungsmöglichkeiten begrenzt, sofern sie überhaupt bestanden.

Zusammen mit den anderen Mängeln und Defiziten trägt auch diese Unterlassung dazu bei, daß Abelshausers Darstellung insgesamt zu einem Konstrukt gerät, das in wichtigen Punkten mit der rekonstruierbaren Realität nur noch wenig gemein hat und darüber hinaus – dies sei in einem letzten Abschnitt gezeigt – die zeitgenössische Wahrnehmung der Krise und der handlungsanleitenden Lagebeurteilungen, damit aber auch wichtige Aspekte des Krisenmanagements der Jahre 1947/48, weitgehend verschüttet.

¹⁵⁹ Viktor Agartz an Schlange, 7. 10. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 49 ff.).

¹⁶⁰ Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 138.

VIII. Die „Lähmungskrise“ im Urteil der Zeitgenossen

Während Abelschäfer feststellt, daß die Militärregierungen und die deutschen Verwaltungen 1947 auf allen Gebieten entscheidende Fortschritte erreicht hätten, sahen sich diese selbst einer sozioökonomischen Mangelsituation gegenüber, von der sie vielfach glaubten, daß sie in Kürze in eine Krise umschlagen werde, „die mit den größten politischen und militärischen Machtmitteln nicht zu bewältigen sein würde“¹⁶¹. Die ökonomische Bestandsaufnahme, die die Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister der Bizone im Juli 1947 zu Beginn der Arbeit der reorganisierten Wirtschaftsverwaltung vorlegten, war düsterer kaum denkbar: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich offensichtlich in einer tiefgreifenden Lähmungskrise. Wenn ihre Lebensbedingungen nicht sehr rasch und sehr einschneidend geändert werden, ist eine fortschreitende Schrumpfung unaufhaltsam. Selbst der heutige Tiefstand der Wirtschaft wird nur gehalten durch ein ständiges Leben von der Substanz . . . Keine deutsche Verwaltung kann zur Zeit mehr tun, als diesen Auszehrungsprozeß verlangsamen; Abhilfe, Wandel schaffen, kann sie nicht . . .“¹⁶²

Trotz der „erschütternden Startbedingungen“ sei man 1945 „mit Mut und Hoffnung“ an den Wiederaufbau herangegangen und habe die industrielle Produktion auf immerhin 35% in der britischen, in der US-Zone sogar auf 43% gebracht. Doch dann habe der „furchtbare Rückschlag des vergangenen harten Winters“ die Produktion in der Bizone „fast wieder auf den Ausgangspunkt von 1946“ zurückgeworfen. Im Frühjahr 1947 habe die mit Hilfe des Punktesystems erreichte Steigerung der Kohleförderung im Ruhrgebiet erneut Hoffnung auf eine allmähliche Besserung geweckt. Doch der Ausbruch der Ernährungskrise habe auch diese Hoffnung zunichte gemacht.

In der Analyse der deutschen Wirtschaftslage kamen die Experten des Wirtschaftsrates zu dem Ergebnis, das „Gleichgewicht der Produktionsfaktoren“ sei durch den Krieg und die Kriegsfolgen „völlig gestört“. Darüber hinaus habe die Wirtschaft jede „Anpassungsfähigkeit“ verloren. So seien unter den gegebenen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen Arbeitskräfte nicht zu verlegen, mit der Folge, daß in den weitgehend agrarischen Gebieten Schleswig-Holsteins und Bayerns Hunderttausende von Flüchtlingen konzentriert seien, während in anderen Regionen die industrielle Produktion in wichtigen Sektoren infolge Arbeitskräftemangels nicht gesteigert werden könne. Die Ausschaltung des Geldes aus der Wirtschaftsrechnung verhindere jede Konzentration der Produktion auf die „echten Mangelengpässe“. Die Rohstoff- und Produktionsreserven, auf Grund derer sich die westdeutsche Wirtschaft 1946 „scheinbar verhältnismäßig schnell“ habe erholen können, gingen ihrem Ende entgegen. Verschärfend komme eine in

¹⁶¹ So Kurt Schumacher schon 1946. Vgl. Protokoll der 2. Zonenbeirats-Sitzung, 26./27. 3. 1946, in AVBRD I, S. 367 f.

¹⁶² Verwaltung für Wirtschaft, Die deutsche Wirtschaftsnot, 3. 7. 1947 (BA Z I/27, fol. 2 ff.); daraus auch im folgenden.

erster Linie durch die geringe Kapazitätsausnutzung bedingte unrationelle Verwendung bzw. Verschwendung der knappsten Grundstoffe hinzu. Die Arbeitsfähigkeit der Menschen sei durch die lang anhaltende Unterernährung in ständigem Absinken begriffen und liege überall dort, wo sie nicht weitgehend von der Maschine bestimmt werde, unter 50%. Nach dem „ungeheuren Kräfteverschleiß“ im Krieg und nach „zwei Jahren vergeblicher Hoffnung auf eine Besserung“ der Lage sei „der Arbeitswille im Verlöschen“, sei die „psychologische Grenze erreicht, wo vom einfachen Menschen nicht mehr erwartet werden kann, daß er sein Restchen Arbeitskraft für weit weniger als das Existenzminimum hergibt. Hoffnungslosigkeit und Verbitterung haben nach all den traurigen Erfahrungen ein tragisches Ausmaß erreicht und töten heute den letzten Rest von Arbeitsfreude und Arbeitswilligkeit.“

Schließlich seien die Austauschbeziehungen der Wirtschaft infolge der Mangelsituation wie des Fehlens einer realen, wertbeständigen Währung völlig gestört. Beide Faktoren hätten dazu geführt, „daß ein immer größerer Strom der Produktion seinen Weg außerhalb der regulierten Kanäle der Bewirtschaftung gesucht und gefunden hat, und daß damit der staatliche Wirtschaftsapparat immer mehr die Möglichkeit verliert, auf den wirtschaftlichen Ablauf überhaupt noch gestaltend Einfluß zu nehmen“. Die „Moral der 1000 Kalorien“ sei in Wirtschaft und Gesellschaft letztlich „stärker als jede staatliche Gewalt“. Auch hier gelte „wieder das gleiche Gesetz von der Progression des Negativen: je mehr Ware der Bewirtschaftung entgleitet, umso geringer wird die Normalzuteilung, umso größer wird der Kreis derjenigen, die zur nackten Behauptung der Existenz zur Selbsthilfe greifen und greifen müssen“.

Ähnlich dramatisch beurteilten zu diesem Zeitpunkt die meisten deutschen und alliierten Wirtschaftsexperten und Politiker die Lage¹⁶³. Wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat, Erwin Schoettle, der die deutschen Politiker im Sommer 1947 „tatsächlich im buchstäblichen Sinne des Wortes um die Erhaltung des nackten Lebens unseres Volkes und seiner einzelnen Glieder kämpfen sah“¹⁶⁴, urteilten auch die Experten der Militärregierung: „The alternative is to leave the country in a state of chronic pauperism living on the charity of other countries, or if that charity is withhold, of sinking into an economic slum haunted by famine and disease.“¹⁶⁵ Und auch Clay stellte mit einem Unterton der Resignation fest: „The crises came too thick and fast.“¹⁶⁶

Ein anschauliches Bild von den Lebensbedingungen, denen ein Großteil der deutschen Bevölkerung im dritten Nachkriegsjahr ausgesetzt war und von der „Stim-

¹⁶³ Vgl. z. B. die Aussprachen in der 1. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 25. 6. 1947, in: Wörtl. Berichte 2, S. 4 ff., oder die Referate auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, 6./7. 6. 1947 (AVBRD 2, S. 511 ff.).

¹⁶⁴ Wörtl. Berichte 2, S. 9.

¹⁶⁵ Anglo-American Conversations, FO paper, 19. 8. 1947 (PRO FO 371/65403/CK 768).

¹⁶⁶ Clay, Tele-conference, 13. 5. 1947, in: Clay papers, ed. by J. E. Smith, vol. III, Bloomington 1974, Nr. 222, S. 362.

mung dunkler Verzweiflung und Enttäuschung¹⁶⁷, die damals herrschte, vermittelt ein Text, den die in München erscheinende sozialdemokratische Halbmonatsschrift „Das Volk“ Ende November 1947 auf der Titelseite brachte: Mehr als zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes befinde sich Deutschland „in einem Zustand der totalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Auflösung. Es bildet im Herzen Europas ein gewaltiges Niemandsland . . . Und in diesem Niemandsland . . . leben sechsundsechzig Millionen Menschen, die heute mit Entsetzen einem neuen Winter entgegensehen, von dem sie wissen, daß er schlimmer werden wird, als der vorige war; sechsundsechzig Millionen Menschen, die von Tag zu Tag etwas schwächer, etwas müder, etwas hoffnungsloser werden; sechsundsechzig Millionen Menschen, die einen verzweifelten Kampf um das tägliche Brot, um die nackte Existenz führen und dabei wirtschaftlich und moralisch immer tiefer herabsinken in einen Abgrund der Verzweiflung, der Apathie und des Nihilismus, aus dem es keine Rettung mehr gibt.“¹⁶⁸

Wenige Monate zuvor hatte der Union-Pressedienst der CDU geschrieben, es gebe in Deutschland „nur noch ein Thema: die Ernährung. Alles andere scheint sinnlos geworden zu sein, jede Diskussion über geistige Werte, über Staatsaufbau, über Zukunft und Vergangenheit, ist in einen luftleeren Raum geraten. Die Fristung der nackten Existenz, das Streben über diese Hungerperiode hinwegzukommen und am Leben zu bleiben, überschattet so sehr das übrige Geschehen, das jedes Gespräch und alles Denken und Trachten immer wieder bei diesem Thema endet.“¹⁶⁹

Zwischen Herbst 1947 und Frühjahr 1948 nahm die düstere Lagebeurteilung bei maßgeblichen deutschen Politikern nicht etwa ab, sie spitzte sich eher noch zu. Die Hauptursache dafür war – wie Vertreter aller politischen Richtungen übereinstimmend feststellten –, daß alle Versuche, mittels der von den Alliierten eingeräumten Kompetenzen und Instrumentarien, den Zerfall des Bewirtschaftungssystems und der Wirtschaftskreisläufe aufzuhalten und die Ernährungskrise zu mildern, auf ganzer Linie gescheitert waren. Insbesondere das Drama des „Kartoffelkriegs“ und das Schicksal des „Speisekammergesetzes“ hatten die Ohnmacht und die Handlungsunfähigkeit der deutschen Verwaltungen und Parlamente in erschreckender Weise offenkundig gemacht¹⁷⁰. So zog der Direktor für Landwirtschaft und Ernährung, Schlange-Schöningh, im November 1947 vor dem Wirtschaftsrat in einem Überblick über die aktuelle Ernährungssituation eine politische Bilanz, „die an Pessimis-

¹⁶⁷ So Hermann Pünder (CDU) in der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 21. u. 22. 4. 1948, in: Wörtl. Berichte 2, S. 433.

¹⁶⁸ Das Volk II/4, Ende Nov. 1947, S. 1. Zu den Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit und zu den damaligen „Stimmungslagen“ vgl. auch die eindrucksvollen Dokumente in Helga Grebing (Hrsg.) unter Mitarbeit von Bernd Klemm u. a., Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949, Stuttgart 1983, insbesondere die Briefe von August und Irmgard Enderle, Köln, v. 13. 1. 1948 (S. 68 ff.) und Oskar Triebel, Duisburg, v. 9. 7. 1947, 10. 11. 1947, 24. 2. 1948, 5. 5. 1948 u. 7. 7. 1948 (S. 75 ff.).

¹⁶⁹ Deutschland-Union-Dienst v. Mai 1947 (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus 08.55).

¹⁷⁰ Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft (Anm. 6), S. 75.

mus nicht zu überbieten war¹⁷¹: „Wir sind ein Schattenstaat ohne Autorität. Wir sind ein Staatsgebilde, dem man angeblich eine Exekutivgewalt zugebilligt hat, aber diese Exekutive ist nur eine Papierexekutive, die sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hat. Den deutschen Behörden bleibt als letztes, wenn sie gar nichts mehr haben durchsetzen können, nur, daß sie den nicht allzu würdigen Schritt des Bettehens um Hilfe bei der Militärregierung tun. Sie müssen ihn tun.“¹⁷²

Drei Monate später, Ende Januar 1948, als zum dritten Mal in der Nachkriegszeit die Nahrungsmittelzuteilungen in den Ballungsgebieten auf unter 1000 kcal sanken, stellte er fest: „Ich weiß nicht, wie wir die nächsten drei Monate überstehen sollen. Aber . . . wenn man den Pulsschlag dieser verzweifelnden, verhungerten, den Tuberkeln verfallenden Massen jeden Tag erlebt, dann . . . sind einem die einzelnen Einwände, die hier und da gemacht werden, gänzlich gleichgültig. Dann sagt man sich: Wo bekommst Du das her, um diese Zeit zu überstehen und dieses Volk irgendwie satt zu machen?“¹⁷³

Etwa zum gleichen Zeitpunkt erklärte sein Parteifreund, der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU), gegenüber Clay voller Verzweiflung, daß „die Autorität der deutschen Regierung derart gesunken sei, daß sie kaum noch eine Möglichkeit sähe, sich durchzusetzen. Alle Anstrengungen hülften nichts mehr, wenn die Bevölkerung nicht mehr daran glaube, daß man den ernststen Willen habe, etwas zu tun. Die politische Lage sei sehr ernst . . . Er müsse offen sagen, wenn die deutschen Regierungen sich nicht von amerikanischer Seite einer Unterstützung versichern könnten, so seien sie am Ende ihrer Weisheit.“¹⁷⁴

Ähnlich dramatisch sah im Februar 1948 der Sozialdemokrat Erwin Schoettle die aktuelle Lage in der Bizone durch ein „immer tieferes Absinken“, eine „nahezu vollständige Auflösung aller wirtschaftlichen Zusammenhänge, ja selbst der moralischen Grundlage einer geordneten Wirtschaft“ gekennzeichnet. Obwohl man die Gesetzgebungsmaschinerie in Frankfurt auf ein außergewöhnlich hohes Tempo gebracht habe, sei sie „doch hinter dem Tempo des wirtschaftlichen Verfalls zurück (geblieben)“. Mit dieser negativen Bilanz stehe der Wirtschaftsrat jedoch nicht allein da, er teile vielmehr sein „Schicksal mit allen deutschen Parlamenten und Behörden . . . Sie alle haben sich gegenüber einer elementaren Tendenz unseres Wirtschaftslebens als machtlos erwiesen. Sie alle sind gescheitert an der Grundtatsache, daß ihnen die Entscheidungsbefugnis über wichtigste wirtschaftspolitische Voraussetzungen einer Gesundung entzogen ist.“¹⁷⁵

¹⁷¹ Ebenda, S. 75.

¹⁷² Wirtschaftsrat, 8. Vollversammlung, 21. 11. 1947, Wörtl. Berichte 2, S. 210.

¹⁷³ Schlange, Wörtl. Bericht über die 10. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des VWG, 23. 1. 1948, S. 273.

¹⁷⁴ 29. Tagung des Länderrates (US-Zone), Interne Besprechung der Ministerpräsidenten mit General Clay, in: AVBRD 4, S. 291.

¹⁷⁵ Erwin Schoettle, Etappe oder Endziel? in: Sozialistische Monatshefte, Stuttgart III/2, Februar 1948, S. 1 f.

Neben den primär ökonomischen Aspekten der Krise und ihren Auswirkungen auf den „Lebensstandard“ der Bevölkerung wurde das Denken vieler Politiker von SPD und CDU zu diesem Zeitpunkt von der Befürchtung bestimmt, die fortschreitende Verelendung größerer Teile der Bevölkerung könne alle Aussichten auf die Schaffung einer stabilen Demokratie zunichte machen. In welchem politischen und historischen Bezugsrahmen sie dabei dachten, verdeutlicht ein Protokoll, das CDU-Vertreter im Anschluß an eine Konferenz des Wirtschaftsrats-Hauptausschusses mit den Generälen Adcock und McReady Anfang März 1948 anfertigten. Demzufolge hatten sie den Vertretern der Militärregierung erklärt, die „Ausbreitung des Hungers“ stelle gegenwärtig die größte politische Gefahr in Deutschland dar. Wenn vor 15 Jahren die NSDAP an die Macht gekommen sei, so deshalb, weil „die deutsche Wirtschaftslage ... verzweifelt war und ... das Millionenheer der Arbeitslosen jeden Wechsel begrüßte oder zum mindesten gleichgültig hinnahm, weil unter den bestehenden Verhältnissen zu leben unmöglich war. In einer ganz ähnlichen Lage befindet sich Deutschland heute durch die völlig unzulängliche Ernährung, mit der kein Mensch leben kann. Der Masse bemächtigt sich eine zunehmende Verzweiflungsstimmung.“¹⁷⁶

Der von Werner Abelshauser ins Bewußtsein gerückte Anstieg der industriellen Produktion im Frühjahr 1948 wurde von den Zeitgenossen durchaus registriert und als „Hoffnungsstrahl“¹⁷⁷ verbucht. Er genügte jedoch nicht, um die auf mehreren Gebieten zutage tretende erneute Verschärfung der Krisensituation wettzumachen und die sich parallel dazu zuspitzende Krisenwahrnehmung abzumildern.

Aber nicht nur die Deutschen, auch die Alliierten beurteilten die Lage im Frühjahr 1948 als nach wie vor ernst. Zwar betonten Robertson und Clay im Januar und Februar 1948 in Besprechungen mit bizonalen Vertretern, daß die Aussichten für eine wirtschaftliche Verbesserung in der Bizone seit Kriegsende „noch niemals so günstig gewesen seien wie jetzt“¹⁷⁸. In internen Lagebeurteilungen kamen die Experten der Control Commission zum gleichen Zeitpunkt freilich zu der Einschätzung: „Germany is the crucial battleground during the coming year in the struggle between the forces of economic stagnation and Communism on the one hand and those of economic recovery on the other ... Success or failure in Western Europe will depend to a great measure on success or failure in Western Germany ... Success or failure in Western Germany will depend pre-eminently on food.“¹⁷⁹ Pointierter hieß es an anderer Stelle: „Starvation – and not communism – is the danger.“¹⁸⁰

¹⁷⁶ Notiz des CDU-Abg. im Wirtschaftsrat Theophil Kaufmann zu der Konferenz der Generäle Adcock und McReady am 3. März 1948 mit dem Hauptausschuß, S. 5 (BA Z 3 Anh./1 a).

¹⁷⁷ So Ministerpräsident Ehard in einer Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15. 3. 1948, in: AVBRD 4, S. 390. Vgl. auch die Äußerungen Schlange-Schöningens, 14. 4. 1948 (ebenda, S. 455) und Brauers, 15. 6. 1948 (S. 616).

¹⁷⁸ Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15. 3. 1948, in: AVBRD 4, S. 387.

¹⁷⁹ Foreign Office an Außenminister Bevin, German Food Problem, 9. 2. 1948 (PRO FO 943/437).

¹⁸⁰ Robertson an Strang (CCG), 24. 2. 1948 (PRO FO 943/472).

Entgegen Abelshausers Darstellung des angeblichen Erfolgjahres 1947 war die politische Situation zwischen Herbst 1947 und Frühjahr 1948 dadurch charakterisiert, daß maßgebliche Politiker aller deutschen Parteien – wie die Alliierten – in diesem Zeitraum übereinstimmend zu dem Urteil kamen, daß die Deutschen am Ende ihres Lateins seien und daß allein die Alliierten einen Ausweg aus der nunmehr seit drei Jahren währenden Krise weisen könnten¹⁸¹.

Sicherlich kann man den Inhalt der zitierten Quellen nicht ohne weiteres mit der zeitgenössischen Realität gleichsetzen. Ohne Zweifel war die Dramatik der Lagebeurteilungen auch psychologisch bedingt. Insbesondere die Dauer und Intensität der Krise schufen ein Gefühl scheinbarer Ausweglosigkeit. Seit Kriegsende hatte man, wie der CDU-Abgeordnete Holzapfel im Sommer 1947 im Wirtschaftsrat sagte, schon mehrfach gedacht: „Jetzt ist der Tiefpunkt erreicht, jetzt wird es besser. Aber immer wieder kamen große Enttäuschungen; es wurde nicht besser, die Not wurde noch größer.“¹⁸² Dazu kam, daß der Umfang der Kriegszerstörungen gerade der Industrieanlagen von den Zeitgenossen allgemein überschätzt wurde und – vor dem Hintergrund der Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg – Faktoren wie die Teilung Deutschlands, die bis 1949 andauernden Demontagen, die Erwartung von Reparationsforderungen, Produktionsverbote und -begrenzungen sowie Exportrestriktionen die Zukunftserwartungen verdunkelten. Zu bedenken ist sicherlich auch, daß mit einer gewissen Dramatisierung Druck auf die Alliierten ausgeübt werden sollte, damit diese ihre Hilfeleistungen vergrößerten. Andererseits wird man gerade diesen Aspekt nicht allzu stark gewichten dürfen: Nicht nur die weitgehende Übereinstimmung in der Lagebeurteilung zwischen den maßgeblichen deutschen, sondern auch zwischen deutschen und alliierten Wirtschaftsexperten und Politikern spricht dagegen. Dagegen spricht auch, daß zwischen adressatenbezogenen Lagebeurteilungen, bei denen eine entsprechende Absicht zu vermuten ist, und zeitgleichen internen Urteilen, wie sie in den Verwaltungen, Parteigremien oder Privatkorrespondenzen abgegeben wurden, kaum ein Unterschied festzustellen ist¹⁸³. Insgesamt

¹⁸¹ Vgl. die diesbezüglichen zeitgenössischen Urteile in den Wirtschaftsratsvollversammlungen im Frühjahr 1948: Schlange-Schöninghen, CDU (Wörtl. Berichte 2, S. 272), Blücher, FDP (ebenda, S. 325), Pünder, CDU (ebenda, S. 433), Holzapfel, CDU (ebenda, S. 481) sowie bei den Konferenzen der Militärgouverneure mit den deutschen Ministerpräsidenten und mit bizonalen Vertretern: Ministerpräsident Maier (AVBRD 4, S. 291), Clay (ebenda, S. 331), Robertson (ebenda, S. 334), Ehard (ebenda, S. 609). Diese Krisenwahrnehmung ist u. E. nicht nur im Hinblick auf die zeitgenössische Lagebeurteilung von Interesse, vielmehr ist in ihr eine der entscheidenden Determinanten der Gründung der Bundesrepublik zu sehen, setzte sich doch im Zeitraum Herbst 1947 bis Sommer 1948 sowohl bei den Alliierten als auch bei den Deutschen die Überzeugung durch, daß allein ein mit wesentlichen Attributen staatlicher Gewalt ausgestattetes Staatswesen – sowie umfassende alliierte Hilfe – die Westdeutschen in die Lage versetzen würde, die sozioökonomische Krise in den Griff zu bekommen und den von ihnen erhofften Beitrag zur ökonomischen Gesundung Westeuropas zu leisten.

¹⁸² In der 1. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 25. 6. 1947, in: Wörtl. Berichte 2, S. 7.

¹⁸³ Über die zeitgenössischen Lagebeurteilungen deutscher Unternehmer liegen bislang noch kaum Informationen vor. Im Rahmen des Arbeitskreises „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)“ hat an der Universität Göttingen Rainer Schulze eine Untersuchung über die „Industrie-

kann kein Zweifel bestehen, daß die zitierten Lagebeurteilungen in weiten Teilen ein zutreffendes Bild von der damaligen Mangel- und Lähmungskrise, der dramatischen Ernährungssituation, dem Zerfall der Bewirtschaftung und der Ohnmacht der Verwaltungen geben, das allerdings durch eine angemessene Würdigung der bis dahin erfolgten Aufbauleistungen zu ergänzen ist.

IX. Resümee

Werner Abelshausen, auf dessen Arbeiten die in diesem Aufsatz kritisierte gängige Interpretation der Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils fußt, gebührt das Verdienst, in seiner wirtschaftshistorischen Darstellung der Jahre 1945–1948 die Aufmerksamkeit auf wichtige Tatbestände wie die Existenz eines großen, modernen Kapitalstocks und den Anstieg der industriellen Produktion ab 1947/48 gelenkt zu haben. Zuzustimmen ist ihm auch darin, daß dieser Anstieg maßgeblich zum Erfolg der Währungsreform beigetragen hat. Insgesamt erscheint uns seine Interpretation der ökonomischen Rekonstruktion in der Nachkriegszeit jedoch nicht haltbar. So treffen seine Aussagen über den Charakter und den zeitlichen Verlauf der Krise nicht zu.

Zutreffend ist wohl, daß die ökonomische Stagnation in Schlüsselbereichen der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1947/Frühjahr 1948 überwunden werden konnte. Gleichzeitig kann jedoch auch mit erheblicher Gewißheit gesagt werden, daß der Ausbruch aus der die Nachkriegszeit prägenden sozioökonomischen Krise erst 1948 im Zusammenhang mit und im zeitlichen Umkreis der Währungsreform erfolgte, wenn er wohl auch nicht in erster Linie durch sie bewirkt wurde. Eine ganze Reihe von Faktoren trugen dazu bei: die mit der Währungsreform verbundene Wiederherstellung eines Kapitalmarktes und normaler marktförmiger Austauschbeziehungen ebenso wie die allgemeinen politischen Weichenstellungen und die ökonomische Einbeziehung der Westzone in einen westeuropäischen Staatenverbund, die seit Herbst 1948 zur Verfügung stehenden amerikanischen Kredite und Rohstofflieferungen wie die zeitgleiche Überwindung der Ernährungskrise durch anhaltend hohe alliierte Lebensmittelimporte und eine überaus gute Ernte im Herbst 1948. – Erst das Gewicht aller dieser Faktoren zusammen vermochte den „gordischen Knoten“ der seit 1945/46 währenden gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ zu zerschlagen und eine, wenn auch nicht krisenfreie Aufwärtsentwicklung auf nahezu allen Gebieten einzuleiten. Dies festzustellen, heißt nicht, die Bedeutung der deutschen ökonomischen Ressourcen, den Anstieg der industriellen Produktion 1947/48 oder die substantiellen Fortschritte zu negieren, die bis Mitte 1948 etwa bei der Überwindung der Transportengpässe, bei der Trümmerbeseitigung und Reparatur industrieller Anlagen sowie in den industriellen Schlüsselbereichen Kohle, Stahl

und Handelskammern in Niedersachsen und Bremen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ (Arbeitstitel) fertiggestellt, die sich u. a. auch mit diesen Fragen beschäftigt.

etc. erreicht worden waren. Es heißt erst recht nicht, Währungsreform und Marshallplan zu „Treibsätzen“ des Wirtschaftswunders der fünfziger und sechziger Jahre zu erklären.

Welche unmittelbaren und mittelbaren ökonomischen Auswirkungen die Währungsreform hatte, ist noch weitgehend ungeklärt. Ritschl hat in seiner Kritik an Abelshauser die Vermutung geäußert, daß der Anstieg der Industrieproduktion im 3. und 4. Quartal 1948 auf einen schnellen Abbau der Lagerbestände im Vorfeld und unmittelbar nach der Währungsreform zurückzuführen sei¹⁸⁴. Diese These bedarf noch der Überprüfung.

Ebenfalls unhaltbar ist die Bewertung der Bedeutung alliierter Maßnahmen und Hilfe und in Verbindung damit die Gesamtinterpretation von der sich selbst tragenden, im wesentlichen aus eigener Kraft in Gang gesetzten Rekonstruktion. Schon die umfassende materielle Hilfe der Alliierten im Ernährungsbereich seit 1945/46 verbietet eine derartige Interpretation, kann doch die Ernährung der Bevölkerung und damit der „Produktionsfaktor Mensch“ nicht von der ökonomischen Sphäre im engeren Sinne getrennt werden. Darüber hinaus ist auch dem Marshallplan, dessen ökonomische Wirkung in der älteren Literatur sicherlich zum Teil überschätzt worden ist, für die ökonomische Entwicklung in den Jahren 1948–1952 und danach eine größere Bedeutung beizumessen. Fragt man schließlich nach den Kräften, die den Ausweg aus der „Lähmungskrise“ der unmittelbaren Nachkriegszeit anbahnten und durch ihre Zielvorgaben zugleich wichtige Weichen im Hinblick auf die ökonomische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik stellten, so wird man ebenfalls nicht umhinkönnen, dem Beitrag der Alliierten – institutionelle Weichenstellungen (Währungsreform, Errichtung eines westdeutschen Teilstaates), materielle (Importe, Kredite) wie psychologisch-politische Hilfe (Aufwertung der Deutschen durch Einbeziehung in das ERP) – einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Unsere stärkste Kritik an den Untersuchungen Werner Abelshausers wendet sich gegen deren Einbeziehung der Nachkriegszeit in eine in der Geschichte des Kapitalismus beispiellose, fast ein Vierteljahrhundert anhaltende Prosperitätsperiode. Vor allem das unkritische Zugrundelegen der Rekonstruktionstheorie, deren Beweiskraft für die Nachkriegszeit nicht nachgewiesen wurde, und die aus dieser Theorie resultierende Einschränkung der Fragestellung und Verwendung sachlich unangemessener Kategorien haben – neben einer unzureichenden Materialbasis – dazu beigetragen, daß der Autor in seiner Bemühung, ein Gegenbild zu der von ihm kritisierten Sichtweise zu schaffen, die Jahre vor der Währungsreform seien „eine düstere Verirrung der Nachkriegsgeschichte“ gewesen, in das gegenteilige Extrem verfallen ist. Insgesamt hat Abelshauser eine Erfolgsgeschichte geschrieben, deren Ausgang – das beginnende „Wirtschaftswunder“ – a priori feststeht, eine Erfolgsgeschichte, deren Leitmotiv darin besteht, daß alles nicht so schlimm gewesen sei, weil die Rekonstruktionskräfte mit „relativ geringen Mitteln“ entfesselt und in Gang gesetzt werden konnten. Mit der Behauptung, daß Begriffe wie ökonomische Stagnation,

¹⁸⁴ Ritschl, Währungsreform (Anm. 13), S. 160.

Chaos und wirtschaftlicher Zusammenbruch nur für die Situation im Sommer 1945 angemessen seien, daß die bis in die sechziger Jahre reichende Rekonstruktionsperiode 1945/46 begonnen habe und daß bereits 1947 der entscheidende ökonomische Durchbruch erfolgt sei, hat der Autor die Nachkriegszeit zur Vorgeschichte des „Wirtschaftswunders“ umstilisiert. Damit aber hat er der Geschichtsschreibung über die Nachkriegszeit ein neues, in seiner Gesamtwirkung weit problematischeres Klichschee geliefert, als es die alte Legende vom „Wirtschaftswunder“ darstellte, das angeblich von Ludwig Erhard und vom Marshallplan ausgelöst worden ist. Zwar trat auch in älteren Darstellungen kaum ins Blickfeld, daß die Nachkriegszeit zeitlich an der „Grenzscheide“ zwischen zwei im Hinblick auf ihre ökonomische Dynamik höchst unterschiedlichen Zeiträumen anzusiedeln ist, doch verspernte die These von der 1948 einsetzenden ökonomischen Konsolidierung zumindest nicht den Blick auf den für die deutsche Nachkriegsgeschichte zentralen Tatbestand: Die Jahre 1945–1948 waren der Zeitraum einer in der jüngeren Geschichte beispiellosen sozioökonomischen Krise, der nach unserer Überzeugung ebenso Züge einer Rekonstruktions- wie einer Destruktionsphase anhafteten¹⁸⁵.

Wie gesagt, besteht das grundlegende Defizit der hier skizzierten und kritisierten Deutung der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit darin, daß ihr die unhistorische Annahme einer linearen, mehr oder weniger zwangsläufigen ökonomischen Entwicklung auf die dann tatsächlich eingeschlagene Richtung hin zugrundeliegt. Gegenüber dieser Perzeption, mittels derer das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverlängert wird, bleibt darauf zu insistieren, daß es auch auf dem Gebiet der Ökonomie keine Zwangsläufigkeiten gibt. Kapitalstock und Arbeitskräftepotential allein sind keine hinreichenden Determinanten der ökonomischen Entwicklung. Warum, so wäre gegen die in den letzten Jahren gängig gewordene Sichtweise mit vielen Zeitgenossen und zeitgenössischen Autoren der Nachkriegszeit zu fragen, hätten sich die Krisen- und Stagnationstendenzen der zwanziger und dreißiger Jahre in den fünfziger Jahren nicht fortsetzen sollen, warum hätte es keine neuen schweren Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und Inflation geben können, hätte die für die dreißiger Jahre charakteristische Desintegration des Weltmarktes nicht fortschreiten können? Ökonomische Makrohypothesen wie die Rekonstruktionstheorie können einen wichtigen Beitrag dazu liefern, langfristige wirtschaftliche Entwicklungen ex post zu erklären. Die Wirtschaftsgeschichte eines konkreten Zeitraumes läßt sich auf ihrer Grundlage nicht schreiben, es sei denn, ihre Hypothesen dienen in erster Linie zur Befragung des historischen Materials. Selbst wenn die Rekonstruktionstheorie empirisch erhärtet werden könnte, bestünde kein Grund, den zeitgenössischen Kontext

¹⁸⁵ So auch Borchardt, *Wachstum und Wechsellagen* (Anm. 2), S. 721. Auch Abelshäuser weist in seiner Dissertation darauf hin, daß die Dekapitalisation in den Jahren 1945–1948 – Schrumpfung des Kapitalstocks um 8% – die „negativen Folgen, die die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1935 für das Anlagevermögen der deutschen Industrie hatte, um annähernd das Doppelte“ übertroffen habe (*Wirtschaft*, S. 129).

und die zeitgenössischen Realitäten in dem Ausmaß zu verdecken und auszublenden, wie das bei Werner Abelshäuser leider der Fall ist. Und schon gar kein Grund für eine Interpretation, die nahelegt, bei dem leichten Anstieg der Industrieproduktion in einer von schwerwiegenden Disproportionen und Kriegsschäden gekennzeichneten und vom Weltmarkt völlig abgetrennten Nachkriegswirtschaft habe es sich um einen „Durchbruch“ zum „Wirtschaftswunder“ gehandelt.

Abschließend gilt es, noch einmal in Erinnerung zu rufen, daß die Erforschung der ökonomischen Entwicklung der Jahre 1945–1948/49 weitgehend am Anfang steht und daß zu den meisten Bereichen der Nachkriegs-Ökonomie, der sozioökonomischen Rahmenbedingungen und des alliierten wie deutschen Krisenmanagements fundierte Untersuchungen fehlen. Das gilt für Themen wie die Entwicklung des Kohlebergbaus, die Versorgung der Industrie mit Kohle und anderen Energieträgern, die Entwicklung der industriellen Produktion in wichtigen Branchen (z. B. Maschinenbau, Bauwirtschaft), die staatliche Lenkung und Bewirtschaftung in verschiedenen Sektoren, die Entwicklung des Verkehrs- und Transportbereiches sowie des Arbeitsmarktes und die Entstehung und Einflußnahme der Arbeitsverwaltung. Erst auf der Grundlage einer größeren Anzahl derartiger Untersuchungen wird es möglich sein, fundierte Aussagen über die Probleme und Entwicklung der Nachkriegs-Ökonomie zu machen und Faktoren wie das Handeln alliierter und deutscher Institutionen, die Wiederingangsetzung und Entwicklung der industriellen Produktion und die Bedeutung zentraler Krisenphänomene wie Hunger, Rohstoff- und Energiemangel, Transportkrise und Auflösung des Wirtschaftskreislaufes für den Produktionsprozeß in einzelnen Branchen, für die Gesamtwirtschaft und die Lebensbedingungen der westdeutschen Bevölkerung zu einem Gesamtbild zu integrieren.

Wie für die Wirtschaftsgeschichte gilt auch für die allgemeine Historiographie über die Nachkriegszeit und die Frühgeschichte der Bundesrepublik, daß sie sich erheblich stärker darum bemühen sollte, den historischen Kontext zu berücksichtigen. Das betrifft erstens die Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Realität. Auch die ökonomische Entwicklung nach dem Ausbruch aus der „Lähmungskrise“ der unmittelbaren Nachkriegszeit war keine Einbahnstraße zum „Wirtschaftswunder“. 1949 zeigten sich Stagnationstendenzen, die Arbeitslosigkeit stieg bis Anfang 1950 auf über 2 Millionen¹⁸⁶. Auch gilt es ins Bewußtsein zu rücken, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 1948–1952 einem großen Teil der Bevölkerung nur sehr bedingt zugute kam, wenngleich sich die allgemeinen Lebensbedingungen gegenüber den vorangehenden Jahren beträchtlich verbessert hatten. Wichtige gesellschaftspolitische Probleme wie die Integration der Flüchtlinge und der Wiederaufbau der Städte bestanden bis weit in die fünfziger Jahre fort. Die Frage, welche politischen Handlungsmöglichkeiten angesichts der skizzierten Rahmenbedingungen und einer nahezu totalen Abhängigkeit der Deutschen von den

¹⁸⁶ Vgl. Wolfgang Benz, *Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform*, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1976, S. 88.

Alliierten auf dem Ernährungssektor in den Jahren 1945–1948 insbesondere für die politische Linke bestanden, ist in der Literatur noch nicht ernsthaft genug untersucht worden. Auch der Frage, welche kollektiven Prägungen das materielle Elend und die Hungerkatastrophe der Nachkriegszeit hinterlassen haben, ist noch kaum nachgegangen worden.

Zweitens sollte den zeitgenössischen Vorstellungen und Lagebeurteilungen ein wesentlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere für die politischen Entscheidungen der Jahre 1947 und 1948 (etwa die Zustimmung zum Marshallplan und die Politik im Wirtschaftsrat). Auch der von allen Zeitgenossen in diesem Umfang unerwartete ökonomische Aufschwung in den Jahren 1948–1952 stellte sich im zeitgenössischen Kontext nicht als Beginn einer langanhaltenden Prosperitätsperiode dar. Für die politische Linke läßt sich verallgemeinernd feststellen, daß die ökonomische und politische Entwicklung in dieser Übergangszeit viel zu kurz und zu uneindeutig war, um die an den Krisenerfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre orientierten Lagebeurteilungen und Analysen zu erschüttern.

Drittens wirft der eingangs skizzierte Tatbestand eines „Epochenwechsels“ auch die Frage nach den Kriterien historischen Urteilens auf. Recht stereotyp wird in einem großen Teil der Literatur die Auffassung vertreten, daß die von Kurt Schumacher geführte Nachkriegs-SPD zu einer realistischen Beurteilung der ökonomischen und politischen Entwicklung nicht in der Lage gewesen sei, „unrealistische Erwartungen“ und verhängnisvolle „Illusionen“ gehabt und deshalb eine „falsche“ Politik betrieben habe; CDU/CSU und FDP schneiden in dieser Hinsicht besser ab, da bei ihnen vermutet wird, sie hätten die tatsächliche Entwicklung in etwa realistisch vorausgesehen, und dieser Realismus sei ein wesentlicher Grund ihres politischen Erfolgs gewesen. Fragt man danach, worauf diese Urteile über die SPD basieren, so stellt sich meist heraus, daß ihnen das ex-post-Wissen über das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre bzw. das Bild, das man sich davon macht, zugrunde liegt. Doch darf dies wohl kaum der Maßstab historisch reflektierten und gerechten Urteilens sein.

HEINRICH KÜPPERS

ADENAUER UND ALTMEIER IM FERNSEHSTREIT
1958–1961

Meinem Lehrer
Johannes Erger
in dankbarer Verbunden-
heit zum 60. Geburtstag am
1. September 1987

Am 28. Februar 1961 entschied der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Streitfrage, ob der Bund durch die von ihm betriebene Gründung eines Fernsehsenders grundgesetzlich verbriefte Hoheitsrechte der Länder verletzt habe. In seinem Urteil kam das höchste deutsche Gericht zu dem Schluß, daß der Bund weder ein programmatisches noch ein organisatorisches Veranstaltungsrecht im Rundfunk- und Fernsehwesen für das Gebiet der Bundesrepublik habe. Die Zuständigkeit des Bundes erfasse allein den sendetechnischen Bereich und die Vergabe von Sendelizenzen. Damit hatten die Länder im sogenannten Fernsehstreit einen unerwartet eindeutigen Sieg errungen.

Zur Klage entschlossen hatten sich die seinerzeit SPD-regierten Länder Hamburg, Hessen, Bremen und Niedersachsen¹. Einer der hartnäckigsten Widersacher gegen die Fernsehpläne der Bonner Bundesregierung unter Konrad Adenauer war indessen in Karlsruhe nicht in Erscheinung getreten, nämlich der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (CDU). Gründe der Parteilaisson haben für diese Zurückhaltung eine ausschlaggebende Rolle nicht gespielt. Entscheidend war vielmehr die zum Zeitpunkt der Prozeßeröffnung bei Altmeier immer noch vorhandene Hoffnung auf eine einvernehmliche politische Lösung des Konflikts. Die letztlich durch Karlsruhe gefällte juristische Entscheidung war für ihn eine Ultima ratio, auch wenn er im Laufe des vorangegangenen Fernsehstreites wiederholt mit dem Weg zum Bundesverfassungsgericht gedroht hatte².

Die bedeutende Rolle, die Peter Altmeier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Rundfunk- und Fernsehkommission der Länder bzw. als medienpolitischer

¹ Die Hamburger Klage, der sich wenig später Bremen und Niedersachsen anschlossen, wurde am 19. 8. 1960 eingereicht; die hessische Klage genau einen Monat danach.

² Nach Hans Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962 (= Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 3), München 1980, S. 401 und 431.

Sprecher der Ministerpräsidenten in den Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern um ein zweites Fernsehprogramm gespielt hat, ist bereits hinreichend gewürdigt worden³. Sie wird auch durch den hier vorliegenden Beitrag bestätigt. Allerdings steht in dieser Darstellung die medienpolitische Rolle des Mainzer Ministerpräsidenten nicht so sehr im Vordergrund. Ähnlich zurückhaltend werden auch Fragen des Medienrechts behandelt. Dieser Aufsatz will sich zunächst und vor allem mit den Motiven auseinandersetzen, die Altmeier veranlaßten, in der Rundfunk- und vor allem in der Fernsehfrage gegenüber Bonn eigene Vorstellungen so hartnäckig zu behaupten. Er provozierte damit ja nicht nur einen Konflikt im Verhältnis der Zentralgewalt zu den Bundesländern, sondern zugleich auch einen tiefen Bruch innerhalb seiner eigenen Partei, die unter ihrem Vorsitzenden Adenauer als Kanzler unbedrängt in der Bonner Regierungsverantwortung stand. Die Bundestagswahl des Jahres 1957 hatte der CDU eine absolute Mehrheit beschert, und da sie auch im Bundesrat eine dominierende Stellung innehatte, konnte sie medienpolitisch eigentlich nur durch einen intern ausgelösten Widerstand scheitern. In der Sache war das insbesondere der Streit um das gemeinsam von Bund und Ländern in Aussicht genommene zweite Fernsehprogramm, der im Sommer 1960 seinen Höhepunkt erreichte. Die Darstellung der Mainzer Rolle – und der Hintergründe – in diesem spannungsreichen Duell zwischen CDU-Bundesregierung und CDU⁴-Ministerpräsidenten ist das zweite Anliegen dieses Aufsatzes. Zur Verfügung standen hierbei bisher unveröffentlichte Quellen des Landeshauptarchivs (LHA) Koblenz aus den Nachlässen Altmeier und Süsterhenn und Überlieferungen der Geschäftsführung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die im Archiv für christlich-demokratische Politik (Konrad-Adenauer-Stiftung) in St. Augustin aufbewahrt werden. Diese Bestände waren der Forschung bisher nicht zugänglich. Ermittelt wurden aus ihnen vor allem Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Adenauer und Altmeier sowie anderer führender CDU-Bundes- und Landespolitiker, wodurch noch bestehende Kenntnislücken geschlossen werden konnten. Diese Ergänzung der bisherigen Forschungsergebnisse verhilft zu einer ausgewogeneren Beurteilung des Fernsehstreits.

Andererseits erweist sich die damit verbundene Beschränkung in der mediengeschichtlichen Aussage für das hier gestellte Thema letztlich sogar als notwendig. Fernseheinrichtungen waren Ende der fünfziger Jahre zu einem wichtigen Machtfaktor geworden. Der elektronische Medienbereich konnte aus diesem Grunde eigentlich nur noch im Rahmen politischer Auseinandersetzungen geregelt werden. Diese Feststellung trifft natürlich auch auf die hier behandelte CDU-interne Kontroverse über das Fernsehen zu. Im Mittelpunkt stand hierbei zunächst die Frage

³ Zuletzt von Hans Bausch, S. 305–431, passim. Weiterführende Quellen- und Literaturhinweise dort im Zweiten Teil, S. 997 ff. Ebenso Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957–1963* (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Bd. 3), Stuttgart 1983, S. 167.

⁴ In dieser Zuordnung ist hier und in der weiteren Darstellung die Rolle der bayerischen CSU einbezogen, da München medienpolitisch keine eigene Position entwickelt hat.

nach einer ausgewogenen Verteilung der Chancen zwischen Bund und Ländern in der Öffentlichkeitsarbeit. Berührt waren damit zugleich aber auch medienpolitische Sonderinteressen auf den zentralen und lokalen Ebenen der Partei, wie sie sich insbesondere mit Blick auf konkurrierende Parteien einerseits und auf die bereits bestehenden Rundfunkanstalten der Länder und ihr Fernsehprogramm andererseits historisch entwickelt hatten. Innerhalb der CDU wurde die medienpolitische Diskussion jedoch weniger von vorhandenen Besitzständen bzw. vermeintlichen Besitzdefiziten her problematisiert. Verantwortlich hierfür war vielmehr das Streben der CDU-Landesverbände nach einer abgesicherten Wirkkraft des föderativen Prinzips. Damit stand der Partei ein Streit ins Haus, der deswegen rasch leidenschaftliche Dimensionen erreichen mußte, weil er die Medienentscheidung zwangsläufig auf einer verfassungsrechtlichen Ebene festhielt. Dies aber mußte in einer Partei wie der CDU sehr bald zu einem Auffassungsstreit über ihr Selbstverständnis führen, weil in ihr sowohl staatszentralistische als auch föderalistische Auffassungsströmungen lebendig waren. Die Folge war eine höchst unerquickliche Machtprobe, die die CDU ohne innere Erschütterungen nicht bewältigen konnte. Diese parteigeschichtlich und verfassungsrechtlich bedeutsamen Fragen sind folglich in diesem Aufsatz ebenfalls zu beantworten.

I. Das Land Rheinland-Pfalz und seine medienpolitischen Interessen

Eine der Folgen der bedingungslosen Kapitulation des Reichs am 8. Mai 1945 war die Übernahme der Funkhoheit durch die alliierten Siegermächte. Ihre Rückgabe an die zentrale Macht im Bereich der 1949 gegründeten Bundesrepublik erfolgte erst endgültig im Mai 1955, als das Besatzungsstatut aufgehoben wurde⁵. Die bis dahin andauernde Kontrolle bzw. Oberhoheit der Alliierten im öffentlichen Funkwesen hatte zur Folge, daß es der Bonner Bundesregierung verwehrt blieb, eine ähnlich starke medienpolitische Kompetenz zu erreichen, wie sie die Reichsregierung zur Weimarer Zeit besaß. Aus diesem Grunde konnten die Länder gerade hier eine starke Stellung erobern. Überdies wurden ihre rundfunkpolitischen Gestaltungsfreiheiten durch die Besatzungsmächte stark protegiert, da sich die Alliierten davon eine Kräftigung der Länder als Gliedstaaten versprachen. Sie wollten eine medienpolitische Dezentralisierung im Interesse des föderativen Prinzips und damit einen wirksamen Flankenschutz für die bundesstaatliche Struktur der neuen deutschen Republik.

Ein derart motiviertes rundfunkpolitisches Zusammenspiel von Land und Besatzungsmacht gab es auch in Rheinland-Pfalz. In diesem Bundesland, das durch ein Dekret der französischen Militärregierung im August 1946 erstmals geschichtlich

⁵ Formal wurde die Kompetenz des Bundes für Fragen des Rundfunks erst im Jahre 1960 wiederhergestellt, als das Gesetz Nr. 5 der Alliierten Hohen Kommission vom 15. 12. 1945 im Zuge des Vierten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechtes ersetzt wurde.

geworden war, scheiterten zwar die anfänglichen Bemühungen um einen eigenen Landessender aus überwiegend finanziellen Gründen, erreicht wurde aber immerhin eine exponierte Mitgestaltung am Südwestfunk⁶. Seine rundfunkpolitischen Ambitionen erfüllten sich in einem Landesstudio Rheinland-Pfalz des Südwestfunks, dessen verdienstvolle Rolle als Integrations- und Stabilisationsfaktor für den jungen Mittelrheinstaat heute nicht mehr umstritten ist. Die historische Leistung dieser Anstalt liegt vor allem in ihrem Beitrag zu einem rheinland-pfälzischen Landesbewußtsein. Er kann, angesichts einer fehlenden eigenständigen Staatstradition dieses Raumes, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Staat und Rundfunk fanden hier zum jeweils eigenen Vorteil zu einem symbiotischen Verhältnis, ohne daß das Prinzip eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Medienwesens verletzt worden wäre. Mit dieser Feststellung sollen keineswegs die Spannungen um den Südwestfunk an sich verschwiegen werden, die insbesondere durch die versuchte politische Instrumentalisierung der Rundfunkorgane, Finanzierungsfragen, durch die Sorge um einen gerechten Interessenausgleich der beteiligten Bundesländer und schließlich auch durch hausinterne Gegensätze hervorgerufen wurden. Aber die dadurch ausgelösten Konflikte haben das eigentliche und berechtigte Motiv der Mainzer Rundfunkpolitik, nämlich die staatliche Stabilisierung und Profilierung von Rheinland-Pfalz, niemals gefährden können.

Das eifrige Bemühen, das Eigengewicht des Landes durch Rundfunk zu stärken, hatte in Rheinland-Pfalz einen zweifachen Beweggrund. Die im Jahre 1948 auf den Ministerpräsidentenkonferenzen und auch danach noch oftmals geführte Diskussion um eine Neugliederung der Bundesländer hatte vor allem für das durch französische Fremdbestimmung geschaffene Rheinland-Pfalz immer wieder die Existenzfrage aufgeworfen. Mainz begegnete diesem Zweifel an seinem staatlichen Lebensrecht kämpferisch und trotzig und reagierte immer dann sehr sensibel, wenn seine soeben erworbenen Hoheitsrechte bedroht schienen. Dies zeigte sich auch in seiner Medienpolitik, für die nicht nur die landespolitische Integrationseffizienz wichtig war, sondern auch die mögliche Demonstration eines Staatsstatus.

Den zweiten Anstoß lieferte das Verhältnis zur Bundesgewalt. Die einflußreichsten Politiker in Rheinland-Pfalz wie Peter Altmeier, Adolf Süsterhenn und Peter Zimmer waren überzeugte Föderalisten, die aus dem nach ihrer Ansicht unglückli-

⁶ Eingehend hierzu Horst Welzel, *Rundfunkpolitik in Südwestdeutschland 1945–1952*. Zu den Auseinandersetzungen um Struktur und Verfassung des Südwestfunks, phil. Diss., Hannover 1976. Vgl. auch Hans Werner Anthes, *Kilo-Hertz mit Herz. Die Anfänge des Rundfunks in Rheinland-Pfalz*, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), *Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951, Boppard am Rhein 1984*, S. 315–328, und Herwig John, *Der Rundfunk in Südwestdeutschland in der Zeit vor und nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945*, in: Hansmartin Schwarzmeier (Hrsg.), *Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein (= Oberrheinische Studien, Bd. V)*, Karlsruhe 1980, S. 153–177. Neuerdings Klaus Wenger, *Anfänge des Südwestfunks*, in: Franz Knipping und Jacques Le Rider (Hrsg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950*, Tübingen 1986, S. 207–220.

chen Verlauf der nationalstaatlichen Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert ihre Konsequenzen gezogen hatten. So waren sie bestrebt, den Ländern ein Höchstmaß an Freiraum gegenüber der staatlichen Machtzentrale zu sichern. Eine bloße Rückkehr zur Weimarer Staatsordnung wäre für sie auf keinen Fall akzeptabel gewesen, da nach ihrer Auffassung die Länder damals unter der Regie von Berlin nur den Rang gehobener Selbstverwaltungskörperschaften hatten. Folglich beunruhigte sie auch die mediengeschichtliche Erfahrung, daß das Reich in jenen Jahren mit seiner Funkhoheit die rundfunkpolitische Szene beherrscht und eine partnerschaftliche Rolle der Länder wegen ihrer kulturpolitischen Verantwortung nicht zugelassen hatte⁷. Aus diesem Grunde votierten sie nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Umkehrung der Rangordnung von Funkhoheit und Kulturhoheit in der Medienpolitik. Die Voraussetzungen für eine nach diesem Grundsatz neue Kompetenzbestimmung zugunsten der Länder waren damals sehr günstig, da sie vor Gründung der Bundesrepublik unter dem Patronat der Besatzungsmächte ein föderalistisch organisiertes Rundfunksystem schaffen durften, und weil die vorerst von den Alliierten ausgeübte Funkhoheit dem Bund bis zum Jahre 1955 kaum eine Chance zur Verwirklichung eigener medienpolitischer Vorstellungen ließ. Allerdings räumte ihm das Grundgesetz im Artikel 73,7 die Wiederherstellung seiner Zuständigkeit im Fernmeldewesen ein, und da dieser Begriff vom Parlamentarischen Rat in seiner Bedeutung verfassungsrechtlich nicht interpretiert wurde, konnte der Bund über ihn immerhin seine Zuständigkeit für den technischen Bereich des Rundfunks wieder anmelden⁸. Vom Jahre 1955 an, als der Bund die von den Alliierten suspendierte Funkhoheit wieder zurückerhielt, suchte er dann ähnlich wie zur Weimarer Zeit, seine beanspruchten medienpolitischen Vorrechte zu behaupten und durchzusetzen. Eine Auseinandersetzung mit den selbstbewußten Ländern um ein wesentliches Element der bundesstaatlichen Ordnung nach 1949 war damit unausweichlich.

Den Willen des Bundes, medienpolitisch an Einfluß zu gewinnen, hatte Mainz bereits im Jahre 1951 anlässlich des im August unterzeichneten Staatsvertrages über den Südwestfunk zu spüren bekommen. Schon damals mußten sich Rheinland-Pfalz und seine Vertragspartner⁹ mit aller Kraft gegen Bonner Einwürfe wegen angeblich verletzter rundfunkrechtlicher Positionen des Bundes zur Wehr setzen. In einer gemeinsamen Stellungnahme verteidigten Mainz und Tübingen damals ihre Zuständigkeit, da die programmatische Gestaltung und Organisation von Rundfunk „auf Grund der Art(ikel) 30, 70 und 83 des Grundgesetzes in eindeutiger Weise Aufgabe der Länder“ sei. Dem Bund stehe nach Artikel 73 nur die Gesetzgebung „hinsichtlich der technischen Einrichtungen des Rundfunkwesens“ zu¹⁰.

⁷ Zu berücksichtigen ist freilich, daß damals die Rundfunkgeschichte erst in den Anfängen stand.

⁸ Vgl. dazu Hans Bausch, S. 310. Eingehend dazu auch Rolf Steininger, Rundfunkpolitik im Ersten Kabinett Adenauer, in: VfZ 21 (1973), S. 388–434.

⁹ Württemberg-Hohenzollern und Baden.

¹⁰ Zitiert nach dem gemeinsamen Schreiben von Peter Altmeier und Gebhard Müller (Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern) an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 14. 11. 1951. Landeshauptarchiv (LHA) Koblenz, Bestand 880, Nr. 3167/68.

III. Die Entwicklung der medienpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern bis zum Vorabend des CDU-internen Streits

Akut wurden die medienpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern nach der Bundestagswahl 1957. Der Bund verfügte inzwischen wieder fast unbeschränkt über eine Funkhoheit, und er scheute sich nicht, die damit verbundene Zuständigkeit für die Zuweisung von Frequenzen und für die Baugenehmigung von Sendeanlagen auch als Waffe für seine Ambitionen auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens einzusetzen. So reagierte der Bund äußerst dilatorisch mit der Wellenfreigabe, als die in der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) zusammengeschlossenen Sender der Länder vom Herbst 1956 an Vorkehrungen für ein zweites bundesweites Fernsehprogramm trafen. Gleichzeitig ließ das zuständige Bundespostministerium durchblicken, daß Bonn eigene Fernsehpläne habe¹¹.

Die Betonung von Medienrechten für die politische Zentrale hatte in Deutschland, wie bereits dargelegt, ihre Kontinuität. Sie erfolgte aber in den fünfziger Jahren auch und vor allem vor dem Hintergrund eines rundfunkpolitischen Wandels. Im Jahre 1957 überschritt die Zahl der angemeldeten Fernsehgeräte erstmals die Millionengrenze, und bis zum Jahre 1964 erwarteten die Politiker eine explosionsartige Steigerung auf 10 Millionen¹². Der bevorstehende Siegeszug des Fernsehens und die darin erkannte Chance, den umfänglichsten Multiplikator für die Darstellung der eigenen Position an die Hand zu bekommen, steigerte das Interesse an der öffentlichen Medienpolitik enorm. Ein Föderalist wie zum Beispiel Peter Altmeier konnte sich dabei allerdings nicht nur auf die Frage nach der informationspolitischen Effizienz konzentrieren, sondern er mußte vor allem auch die möglichen Folgen für die verfassungsrechtliche Wirklichkeit im Auge behalten. Zu verhindern waren Nachteile für das bundesstaatliche Prinzip und dessen Voraussetzungen, und dazu gehörte auch die bleibende Möglichkeit der Selbstdarstellung gegenüber dem Landes- und Bundesbürger.

Mit diesem Anliegen mußte er aber bald mit medienpolitischen Interessen seiner eigenen Partei kollidieren. Das galt insbesondere für die nun stark spürbar werdenden Bestrebungen der Bonner Zentrale, das Terrain für eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu verbessern. Die Situation der absoluten Mehrheit im Bundestag, in der sich die Unionsparteien seit 1957 befanden, hatte zwangsläufig auch in der bisher etwas vernachlässigten Medienpolitik optimistische Erwartungen geweckt. Zu neutralisieren war nach Ansicht Bonner Unionspolitiker vor allem die dominierende personalpolitische Position von Sozialdemokraten in den bestehenden Sendeanstalten der Länder¹³. So beklagte sich der damals schon

¹¹ Vgl. dazu im einzelnen Klaus Wehmeier, *Die Geschichte des ZDF. Teil I. Entstehung und Entwicklung 1961–1966*, Mainz 1979, S. 12f.

¹² Nach Hans Bausch, S. 385.

¹³ Adenauer hatte sich schon im März 1956 vor dem Bundesvorstand seiner Partei darüber beklagt, daß die CDU zwar „die Mehrheit im Bundestag“ habe, daß sie aber „bei 10 Rundfunkanstalten nur

sehr einflußreiche Abgeordnete Bruno Heck im Herbst 1958 in einer gutachtlichen Stellungnahme für seinen Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone darüber, daß auch „heute noch Sozialdemokraten, Linksintellektuelle oder prinzipiell oppositionelle Intellektuelle ein starkes Übergewicht“ in den einzelnen Rundfunkanstalten hätten. Die eigentliche Ursache für den Erfolg der Sozialdemokratie läge in ihrer „systematischen Personalpolitik“, die sie unmittelbar nach dem Kriege hätte treiben können, als sie die „einzige straff organisierte Macht in Deutschland“ gewesen sei. Dabei seien ihr der Rückgriff auf heimkehrende Emigranten und die Rückendeckung der Besatzungsmächte sehr zugute gekommen. Unter dem Eindruck ihres damals erreichten Vorsprungs habe die SPD im Parlamentarischen Rat in der Medienfrage einen zentralistischen Kurs gesteuert. Jetzt aber kämpfe sie „leidenschaftlich“ für die Länderkompetenz, damit alles unter der Kontrolle der von ihr stark beeinflussten existierenden Anstalten bleiben könne. Die Union werde die für sie nachteilige medienpolitische Wirklichkeit daher nicht in einem Kampf um bessere personalpolitische Paritäten überwinden können, sondern nur durch einen bundespolitisch kontrollierten Aufbau neuer Einrichtungen. Dazu gehöre zunächst ein Rundfunkdienst für das Ausland und die Ostzone. Hier sei die Bundeskompetenz eindeutig und darum das erstrebte Ziel leicht zu erreichen. „Besonders wichtig“ sei aber ein zweites Fernsehprogramm, das „im großen und ganzen . . . in Anlehnung an das Werbefernsehen in Großbritannien organisiert werden“ könne¹⁴. Das Plädoyer Hecks für eine bundesgesetzliche Initiative und vor allem für den Kommerz war eindeutig. Sicher war auch, daß seine Position im Bonner CDU-Lager generell auf ein zustimmendes Echo stoßen würde. Ungewiß war nur, ob es innerhalb der Gesamtpartei eine Mehrheit für eine Fernsehprogrammgestaltung nach angelsächsischem Vorbild geben würde, deren Grundlage Werbeeinnahmen, Privatinitiative und Programmaufträge waren. Im Grundgesetz war eine verbindliche Organisationsform für das Rundfunkwesen nicht verankert worden. Eine politische Entscheidung zwischen einer privaten und einer öffentlich-rechtlichen Konzeption war also möglich¹⁵. Da sich die Union im Gegensatz zur Sozialdemokratie bis zum Jahre 1958 um einen medienpolitischen Einheitswillen nur wenig bemüht hatte, war es für sie schwierig, eine geschlossene Antwort auf diese Frage zu finden. Jedenfalls hatte in ihren Reihen auch die öffentlich-rechtliche Position eine starke Bastion. Sie sorgte sich nicht nur um das Programmniveau, sondern sie vertrat auch den idealistischen Standpunkt einer möglichst objektiven Informationspflicht, womit sie sich von gezielten meinungsbildenden Interessen des Kommerz deutlich distanzierte.

in einer einzigen etwas zu sagen“ habe, weil „alle anderen . . . unter sozialistischer Führung“ ständen. Protokoll der 3. Sitzung am 10.3.1956, S.15. Archiv für christlich-demokratische Politik in St. Augustin, Bestand VII-001-005/3.

¹⁴ Heck an Krone vom 20.11.1958. Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, Bestand VIII-001-298/3.

¹⁵ Für die verfassungsrechtliche Offenheit dieser Frage hatte im Parlamentarischen Rat auch der einflußreiche rheinland-pfälzische CDU-Politiker Adolf Süsterhenn votiert. Vgl. dazu Hans Bausch, S.311 f.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier war ein entschiedener Befürworter des öffentlich-rechtlichen Systems. Ausschlaggebend für ihn war dabei die Interdependenz zwischen Organisationsform und der Erhaltung und Festigung von Einflußmöglichkeiten im Interesse des föderativen Ordnungsprinzips. Medienpolitischer Kommerz war für Altmeier gleichbedeutend mit einem Verlust an Staatlichkeit der Länder¹⁶. In seinen späteren Auseinandersetzungen mit Bonn um ein zweites Fernsehprogramm war also nicht nur die verfassungsrechtliche Frage einer Beteiligung des Bundes wesentlich, sondern auch diejenige einer privaten Trägerschaft, über welche dann der Einfluß der Länder hätte gänzlich eliminiert werden können. Die folgende Darstellung der Rolle des Mainzer Ministerpräsidenten im Fernsehstreit wird auch gerade das Motiv eines befürchteten Substanzverlustes des Föderalismus durch Kommerz, das in der bisherigen Forschung nur beiläufig zur Kenntnis genommen worden ist, deutlich zu machen haben.

Die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder haben partnerschaftlichen Lösungen mit dem Bund auf dem Mediensektor durchaus eine Chance gegeben. Dies belegt die Gründungsgeschichte von Deutscher Welle und Deutschlandfunk. Ihre bundesrechtliche Organisation kam zwar erst nach jahrelangen Verhandlungen zustande, weil sich Bund und Länder zunächst noch nicht auf eine funktionierende Abgrenzung von Funkhoheit und Kulturhoheit einigen konnten. Dennoch gelang hier der Durchbruch, weil – und zwar mit kräftiger Unterstützung von Rheinland-Pfalz – für die spezifisch informationspolitischen Aufgaben des Bundes (Auslandsdienst und gesamtdeutscher Rundfunk) auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung Anstalten des öffentlichen Rechts geschaffen wurden¹⁷. Gesetzliche Mitgestaltung durch die inzwischen zu einem selbstbewußten Bundesorgan gewordene Länderkammer, unabhängige Programmgestaltung, Gebührenanteil und durch Repräsentanten des öffentlichen Lebens besetzte Kontrollinstanzen sicherten hier das föderalistische Element zuverlässig ab. Die zustimmende Haltung der CDU-Länder zu einer bundesgesetzlichen Regelung im Hörfunkbereich¹⁸ ist damals von Kritikern als eine gefährliche Präjudizierung in der Fernsehfrage empfunden worden. Übersehen wurde dabei, daß Altmeier und andere CDU-Landespolitiker sich hier in einem Loyalitätskonflikt befanden, der sie zur Geschmeidigkeit zwang. Sie hatten ebenso Rücksicht auf den Wunsch und den Willen ihrer eigenen Partei nach

¹⁶ Durch das Bundesverfassungsgericht ist die Kompetenzfrage 1961 endgültig zugunsten der Länder geklärt worden, so daß die Organisationsfrage medienpolitisch heute einen ganz anderen Stellenwert hat. Damals hätte sie dem föderativen Prinzip Schaden zufügen können.

¹⁷ Beide Anstalten nahmen am 1. 1. 1962 ihr volles Sendeprogramm auf.

¹⁸ Die Gründungsgeschichte der beiden Anstalten steht zwar in einem sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Fernsehstreit. Da sie jedoch seinen eigentlichen Kern nicht berührt hat, kann auf ihre Darstellung verzichtet werden. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich also auf die Auseinandersetzungen um das zweite Fernsehprogramm. Zur politischen Entscheidung über die beiden Hörfunkprogramme des Bundes eingehend Hans Bausch, S. 379–414, passim, und Rolf Steininger, Rundfunk zwischen Bund und Ländern 1953–1961. Ein Beitrag zur Innenpolitik Adenauers, in: Politische Vierteljahrsschrift, Heft 4/1976, S. 492 ff.

einem geschlossenen Auftreten in der Medienpolitik zu nehmen wie auch auf die von ihnen erwartete kollegiale Solidarität innerhalb der Länderphalanx und ihrer inzwischen erreichten Besitzstände im Medienbereich. Hinter diesem dichotomisch anmutenden Bild von einer geteilten Treue und Verantwortung der Länderchefs verbarg sich das für eine föderative Staatsordnung typische Spannungsverhältnis zwischen Machtzentrale und Gliedstaaten.

Die in der Medienpolitik zu respektierenden Interessen und Selbstbestimmungsrechte der Länder und ihre problematische Rückwirkung auf den Einheitswillen der CDU hat natürlich auch ein erfahrener Politiker wie Konrad Adenauer klar erkannt. Auf dem Höhepunkt des Fernsehstreits im Juli 1960 meinte er sogar, daß die Franzosen und Amerikaner das Grundgesetz „absichtlich“ in eine Richtung gebracht hätten, „daß wir uns immer in die Haare kommen müssen, wenn wir das nicht in Ruhe und Frieden machen“¹⁹. Obwohl Adenauer von einer vorrangigen medienpolitischen Gestaltungskompetenz des Bundes überzeugt war, so zeigt sich in dieser von einem scherzhaften Unterton begleiteten Äußerung doch, daß auch er eine grundgesetzlich gewollte Mitverantwortung der Ministerpräsidenten für Rundfunkfragen anerkannte. In diesem zumindest partnerschaftlich verstandenen medienpolitischen Zuständigkeitsanspruch blieb vor allem Peter Altmeier unbeirrt, wobei seine Haltung in erster Linie von dem Selbstbehauptungswillen der Länder als Gliedstaaten mit eigener Souveränität bestimmt wurde. Eine ähnlich grundsätzliche Haltung galt für die Mehrheit der CDU-Landespolitiker, die deswegen auch konsequent darauf bedacht waren, daß nicht die Rundfunkanstalten Gesprächspartner für Bonn waren, sondern die Länder. In der Bund-Länder-Kommission, in der Peter Altmeier großen Einfluß gewann und die vom Jahre 1954 an tätig geworden war, dokumentiert sich ihr staatspolitisch motivierter Kompetenzanspruch in der Medienfrage ganz deutlich. Gleichzeitig belegt die Geschichte dieses Gremiums aber auch den Willen der Länder zum Ausgleich mit dem Bund²⁰.

Dennoch verhärteten sich vom Jahre 1958 an die Fronten. Schuld daran waren vor allem die nun von Bundesinnenminister Gerhard Schröder forsch verfolgten Ziele eines Bundesrundfunkgesetzes und eines Fernsehprogramms auf kommerzieller Grundlage²¹. Bonn erteilte damit allen Bemühungen um partnerschaftliche Lösungen auf der Grundlage von Staatsverträgen oder Verwaltungsabkommen und im Interesse des Föderalismus eine ziemlich brüske Absage. Erst dadurch wurde eine medienpolitische Einheitsfront aller Länder gegen den Bund provoziert, der sich

¹⁹ Stenographisches Protokoll über die Besprechung am 15. Juli 1960 – unkorrigiertes Manuskript –. Die stenographische Protokollaufzeichnung ist freilich nicht absolut sicher. Es ist eventuell möglich, daß das Protokoll nach Tonbandaufzeichnung angefertigt wurde. Seine Aussagen sind aber authentisch, weil sie in den Angaben der Fakten mit den Ausführungen in den Aufzeichnungen von Altmeier weitgehend übereinstimmen. Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, Bestand VIII-001-298/3-, S. 38.

²⁰ Vom März 1954 bis zum Januar 1955 fanden z. B. nicht weniger als 22 Sitzungen statt, in denen wiederholt über eine Zusammenarbeit mit dem Bund beraten wurde.

²¹ Vgl. hierzu Hans Bausch, S. 394.

auch die CDU-regierten Länder nicht entziehen konnten. Diese sich entschlossen zeigende Allianz beantwortete die Bonner „Kriegserklärung“ mit den sogenannten Kieler Beschlüssen vom 20. Juni 1959. Darin lehnten die Ministerpräsidenten in Abstimmung mit ihren landeseigenen Sendeanstalten entschieden ein Bundesrundfunkgesetz und ein kommerziell organisiertes Fernsehen ab. Gleichzeitig kündigten sie den Entwurf eines Staatsvertrages für eine öffentlich-rechtliche Anstalt im Rahmen der ARD an, womit eine klare Gegenposition aufgebaut war. Für die Unterrichtung der Bundesregierung wurde Peter Altmeier autorisiert. Ihm antwortete Bundeskanzler Adenauer im August, daß seine Regierung einer solchen Lösung nicht zustimmen könne, da die Mehrheit des Bundestages der Auffassung sei, daß ein zweites Fernsehprogramm nicht von den bestehenden Rundfunkanstalten gestaltet werden sollte²². Die Ausgangslage für den Fernsehstreit war damit gezogen. Seine Geschichte und seine Ergebnisse sind bekannt, so daß sie hier nicht mehr weiter dargestellt zu werden brauchen²³. Mitgeteilt ist inzwischen auch die offizielle Haltung Altmeiers als Sprecher der Regierungschefs der Länder und als CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Im Dunkel verblieben sind bis heute dagegen seine internen Auseinandersetzungen mit der Bundes-CDU und die sie tragenden Beweggründe. Loyalität gegenüber der eigenen Partei und föderalistische Gesinnung, akute Machtvorteile und der Wille zur garantierten Machtverteilung im Staat, Kommerz und programmatischer Niveauanspruch, persönliche Aggressivität und kollektive Emotionen, Konfrontation und Kompromiß sind hier die Stichworte für ein erbittertes und schließlich doch mit Blick auf ursprüngliche Absichten ergebnisloses Ringen, weil der letztlich gefundene Ausgleich wegen eines juristischen Spruchs in anderer Form und Zuständigkeit verwirklicht werden mußte. Die historisch aufschlußreichsten Mitteilungen hierfür liefern die von Altmeier angefertigten Aufzeichnungen und die im Archiv für christlich-demokratische Politik in St. Augustin im Bestand der CDU-Bundestagsfraktion aufbewahrten Protokolle über die Abläufe der Bonner CDU-Sitzungen, auf denen über die Fernsehfrage diskutiert, verhandelt und gestritten wurde.

III. Die vergebliche Suche nach einem Ausgleich

Daß sich die Länder ohne Rücksicht auf die jeweilige parteiliche Ausrichtung ihrer Regierungen im Falle einer einseitigen gesetzlichen Initiative des Bundes im Rundfunkwesen geschlossen oppositionell verhalten würden, damit hatte Altmeier unmittelbar schon vor Kiel in einer „privaten Unterhaltung“, die am 5. Juni 1959 in Bonn stattfand, gedroht. In dieser Gesprächsrunde, an der neben Altmeier, Adenauer, Schröder, Bundespostminister Richard Stücklen und der Bevollmächtigte des Lan-

²² Rolf Steininger, *Rundfunk zwischen Bund und Ländern*, S. 491.

²³ Ausführliche Darstellungen vor allem bei Hans Bausch, S. 305–438, passim, und Rolf Steininger, *Rundfunk zwischen Bund und Ländern*, S. 486 ff.

des Rheinland-Pfalz beim Bund, Ministerialdirektor Hubert Hermans, teilnahmen, wehrte sich der Mainzer Ministerpräsident vor allem gegen die medienpolitisch negative Interpretation des Begriffs Länderkulturhoheit durch Schröder. Dabei argumentierte Altmeier getreu seiner föderalistischen Überzeugung zunächst vor allem staatspolitisch. Er wußte sich aber auch als Parteipolitiker zu verteidigen. Wenn Bonn, so Altmeier, im Interesse von „besseren Verbreitungsmöglichkeiten ... einen Bundeseintopf“ schaffen wolle, dann lege es „die Axt“ an den „föderativen Charakter der Bundesrepublik“. Für die Länder bedeute eine medienpolitische Dominanz des Bundes eine unerwünschte Kräftigung der zentralen Staatsgewalt, da dann die jeweils amtierende Bonner Regierung ohne Rücksicht auf andere Interessen ihre Ambitionen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit durchsetzen könne. Diesen zweifelhaften Vorteil werde im Falle eines Machtwechsels aber auch eine SPD-geführte Bundesregierung haben, für die es dann „ein gefundenes Fressen“ sei, daß ihr die CDU solche optimalen Bedingungen für eine wirksame Selbstdarstellung geschaffen habe. Er müsse darum auch aus parteipolitischen Gründen gegen ein diesbezügliches Bundesgesetz sein. Im übrigen müsse die Bundesregierung von dem Faktum ausgehen, daß die Länder seit ihrer Konferenz von Koblenz²⁴ „eine Einheitsfront bezogen“ hätten und daß sie „jedes Bundesgesetz im Bundesrat durch Einspruch überspielen“ würden. Nach Altmeier entspann sich dann noch eine „stundenlange Debatte“, die mit der Zusage des Kanzlers endete, daß er nach Beratung am 11. Juli nochmals in Verhandlungen mit den CDU-Ministerpräsidenten eintreten wolle²⁵. Eine Einladung zu einem solchen Gespräch erhielten die Regierungschefs jedoch erst Anfang Oktober 1959. Dabei wirkte allein schon die gewählte Form – sie erfolgte telegraphisch am 5. zum 8. – befremdlich. Geradezu provozierend war jedoch der gewählte Zeitpunkt. Am 30. September hatte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf über den Rundfunk verabschiedet, demzufolge in Regie des Bundes ein „Deutscher Rundfunkverband“ als Dachorganisation für ein zweites Fernsehprogramm und für zwei Rundfunkprogramme (Deutsche Welle und Deutschlandfunk) gegründet werden sollte. Mit diesem Vorpreschen hatte Bonn offenbar vorsätzlich ein Schreiben der CDU-Ministerpräsidenten an Adenauer vom 16.9. unterlaufen, das nach Altmeier vor allem das Ziel hatte, „eine voreilige Entscheidung der Bundesregierung zu verhindern“. Auf Drängen Altmeiers entschlossen sich die CDU-Ministerpräsidenten, den Affront mit einem Boykott der Einladung zu beantworten²⁶. Adenauer muß über die Trotzreaktion der CDU-Länderchefs ziemlich überrascht und verärgert gewesen sein. Am Mittwoch, dem 7. Oktober 1959, meldete er sich nämlich telefonisch in Düsseldorf und teilte Ministerpräsident Franz

²⁴ Diese Tagung fand am 16./17.10. 1958 statt.

²⁵ Nach einer Aktennotiz von Altmeier über die Besprechung mit dem Bundeskanzler in Rundfunkfragen am Freitag, dem 5. Juni 1959 von 17.00 bis 20.30 Uhr, o. D. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

²⁶ Fernschreiben Altmeiers an Seidel (Bayern), Kiesinger (Baden-Württemberg), von Hassel (Schleswig-Holstein) und Röder (Saarland) vom 5. 10. 1959. Mit Ministerpräsident Meyers hatte sich Altmeier in diesem Sinne telefonisch abgesprochen. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

Meyers mit, daß er trotz der „Ablehnung für das Donnerstagesgespräch“ auf einem Meinungsaustausch bestehen müsse. Die Anregung Meyers' zu einem Telefonat mit Altmeier lehnte der Bundeskanzler ab; er konzidierte lediglich eine Information des Kollegen in Mainz²⁷. Altmeiers Querschuß hatte den Bundeskanzler offensichtlich zu sehr verletzt. Selbst die vasallische Treue, die Mainz in der Vergangenheit sogar in Fällen unterschiedlicher Einschätzung, wie zum Beispiel beim Finanzverfassungsgesetz oder in der Saarfrage, immer wieder gegenüber Bonn gezeigt hatte, schien seinen Zorn nicht mäßigen zu können.

Die Beziehungen verschlechterten sich weiter, als die Gespräche, die dann Mitte Oktober stattfanden, wieder ohne Ergebnis blieben. Adenauer entschloß sich nun zu einem direkten Angriff, indem er den vom Kabinett am 30. September verabschiedeten Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes dem Bundesrat zuleitete. Er zwang die Länder damit zunächst zu einer ablehnenden öffentlichen Stellungnahme, die er offensichtlich dann zu einer Schuldzuweisung für die Verzögerungen beim Aufbau eines allseits ungeduldig erwarteten zweiten Fernsehprogramms zum Vorteil der Bonner Position zu nutzen gedachte. Möglicherweise spekulierte er aber auch darauf, daß die Einheitsfront der Länder in der Bewährung zerbrechen könnte. Doch sie hielt stand, und daran konnte auch das Angebot Schröders von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt „unter Mitheranziehung privater Gesellschafter“ nichts ändern²⁸. Der Bundesrat lehnte die Regierungsvorlage für die Errichtung von reinen Bundesanstalten im Bereich des Hörfunks und Fernsehens aus verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Gründen ab²⁹. Sein Votum war einstimmig, und dazu trug auch der in der Plenarsitzung von Schröder unternommene Versuch bei, die grundgesetzlich verankerte Zuständigkeit der Länder für Kulturangelegenheiten durch semantische Deutungen zu relativieren³⁰.

Andererseits hatte die Regierung bereits im Sommer 1959 in der Frage eines kommerziellen Fernsehens eine vorsichtigeren Haltung eingenommen. Das war zweifellos eine Reaktion auf die für sie erstaunlich geschlossene medienpolitische Haltung der Ministerpräsidenten, die sich seit Kiel (19./20. Juni) gezeigt hatte. So enthielt auch der von der Bundesregierung verabschiedete Text eines Bundesrundfunkgesetzes bewußt keine klare Aussage über den Organisationsstatus und die Finanzierung der neu geplanten Programme. Der Bundeskanzler hatte sich damit eine Hintertür gesichert, die es ihm erlaubte, auch nach einem klaren „Nein“ des Bundesrates, ohne Gesichtverlust in neue Verhandlungen mit den Ländern einzutreten. Als entscheidend für einen erfolgreichen Gang schob sich jedoch von nun an immer mehr die

²⁷ Nach Aktennotiz Altmeiers vom 7. 10. 1959 über ein Telefonat mit Meyers am gleichen Tag um 9.15 Uhr. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

²⁸ Nach Hans Bausch, S. 401.

²⁹ Vgl. dazu die Rede Altmeiers in der Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags vom 17. 11. 1959. Er ging dort ausführlich auf medienpolitische Themen ein. Maschinengeschriebene Abschrift der Rede. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 2 f. Altmeier geht hier wertend auf die Rede Schröders auf der 211. Sitzung des Bundesrates am 13. 11. 1959 ein.

Frage in den Vordergrund, ob die CDU-Ministerpräsidenten in ihren medienpolitischen Absichten mehr ihren föderalistischen Grundsätzen treu bleiben oder ob sie eher Rücksicht auf die Parteilaison nehmen würden, so daß von ihnen eine wohlwollende und damit konzessionsbereite Haltung gegenüber den Bonner Gestaltungswünschen zu erwarten wäre.

Mitte Dezember schien sich hier eine günstige Wendung für Adenauer anzubahnen. Anlaß zum Optimismus gab ihm eine Besprechung zwischen Vertretern der Bundesregierung bzw. CDU/CSU-Bundestagsfraktion und vier CDU-Ministerpräsidenten, die am 16. dieses Monats in Bonn stattfand³¹. Zur Freude des Bundeskanzlers distanzierten sich alle Teilnehmer der Länderseite von einer Erklärung des nordrhein-westfälischen Innenministers Josef Hermann Dufhues (CDU), der kurz vorher die Kieler Beschlüsse öffentlich als einen Rütli-Schwur charakterisiert hatte, der von keinem Land gebrochen werden dürfe, wenn ein Vertragswerk überhaupt zustande kommen solle. Als Korrektor trat dabei vor allem Altmeier in Erscheinung, indem er nachdrücklich versicherte, daß Kiel von ihm und auch von „den übrigen Ministerpräsidenten als eine Unterlage für Vertragsverhandlungen verstanden worden“ sei³². Als auch der Stuttgarter Ministerpräsident Kiesinger deutlich zu verstehen gab, daß es in der Medienfrage ein „Kollektiv“ der Länder nicht geben könne, konnte Adenauer zufrieden feststellen, daß für die Bundesregierung dann „die Lage ... ein völlig neues Gesicht“ bekommen habe³³. Aus der Relativierung der Ländersolidarität durch die CDU-Ministerpräsidenten durfte der Bundeskanzler zu Recht eine Hoffnung auf einen geschlossenen medienpolitischen Kurs seiner Partei ableiten. Jedenfalls war ihm die bis dahin absolut berechtigte Sorge vor einer einheitlichen Länderfront in einer innenpolitisch sehr wichtigen Frage vorerst genommen.

Durch das nicht unbedingt zu erwartende Entgegenkommen der Länderseite entstand bald ein günstiges Verhandlungsklima, in dem zwar keine konkreten Ergebnisse, aber immerhin eine Absprache über eine gemeinsame Handlungskonzeption erreicht wurde. Beide Seiten einigten sich auf eine sogenannte gemischte Lösung. Danach sollten die zur Gründung anstehenden Rundfunkanstalten (Deutsche Welle und Deutschlandfunk) durch ein zustimmungspflichtiges Bundesgesetz errichtet und ein zweites und eventuell ein drittes Fernsehprogramm auf der Grundlage partnerschaftlicher Verträge auf den Weg gebracht werden. Mit ihrem erklärten Willen zur Verständigung und Vereinbarung hofften CDU-Bundesregierung und CDU-Länder endlich die jahrelangen Streitigkeiten um die Medienkompetenz überbrückt zu

³¹ Teilnehmer waren: Adenauer, Schröder, Stücklen, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich Krone, sein Stellvertreter Hermann Höcherl und die Ministerpräsidenten Altmeier, Kai-Uwe von Hassel (Schleswig-Holstein), Kurt Georg Kiesinger (Baden-Württemberg) und Franz Josef Röder (Saarland). Es fehlten also Franz Meyers (Nordrhein-Westfalen) und Hans Ehard (Bayern). Nach Niederschrift über eine Besprechung von Rundfunkfragen im Hause des Bundeskanzlers. Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, Bestand VIII-001-298/2.

³² Ebenda, S. 2 f.

³³ Ebenda, S. 5.

haben. Dazu wäre aber auch eine eindeutige Absprache über das weitere Verfahren notwendig gewesen. Dies geschah jedoch nicht, und so blieb eine Frage ungelöst im Raum stehen, die im Sommer als eine Art Erisapfel eine Einigung zwischen Bund und Ländern verhindert hat: Sollen die SPD-regierten Länder an den in Aussicht stehenden medienpolitischen Entscheidungen partizipieren und wenn ja, in welchem Ausmaß?

Mit ihrer aus pragmatischen Erwägungen geborenen Bereitschaft zur medienpolitischen Kooperation mit Bonn hatten die CDU-Länder keineswegs ihrer föderativen Treupflicht abgeschworen. Beleg hierfür ist die Anregung Kiesingers, zunächst alle elf Länder in den Entscheidungsprozeß einzubinden und erst dann parteipolitisch vorzugehen, wenn sich die SPD ablehnend oder obstruktiv verhalten sollte³⁴. Dieser Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten blieb in der Dezemberrunde wirkungslos, weil er durch einen Formalkompromiß abgefangen wurde. Er kam durch einen Vorschlag des Bundeskanzlers zustande, demzufolge die SPD-Länder im Rahmen einer Ministerpräsidentenkonferenz über das erzielte Besprechungsergebnis informiert werden sollten. Die Möglichkeit einer direkten Verhandlungsbeteiligung der SPD ist daraufhin nicht mehr angesprochen worden.

Der spätere Gang der Ereignisse wird aber zeigen, daß Adenauer unbeirrt daran festhielt, die Sozialdemokratie vom Entscheidungsgang auszusperrn, weil er ihr einen konstruktiven medienpolitischen Einigungswillen kategorisch absprach. Angesichts von befriedigten Ansprüchen im Medienbereich und einer absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag hatte die SPD nach Adenauers Meinung keine andere Wahl, als mit Hilfe einer Verschleppungstaktik neue Entwicklungen zu verhindern. Das war eine apodiktisch hingeworfene Unterstellung, die aber einmal mehr das starke Gefühl Adenauers für Macht und Ohnmacht offenbart. Im Dezember 1959 verfügte er aufgrund der Bonner Mehrheitsverhältnisse über einen ungewöhnlich breiten Handlungsspielraum, und es hätte absolut seinem Naturell widersprochen, wenn er in dieser günstigen Situation durch fragwürdige Manöver eines angeschlagenen Gegners in seinen Zielsetzungen eine Einschränkung zugelassen hätte³⁵.

Doch die für die CDU vorteilhaften aktuellen Bonner Machtstrukturen waren nicht einfach auf die Länderebene zu übertragen, so daß hier selbst im Falle einer nicht gewollten Ländertreue viel engere Spielräume zur Verfügung standen. Altmeier konnte medienpolitisch nicht nur in der Rolle als CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auftreten, er hatte als gewählter Sprecher der Ministerpräsidentenkonferenz für Rundfunk- und Fernsehfragen ebenso eine Verpflichtung gegenüber dem gesamten Gremium übernommen, so daß er stets auch seinen SPD-Kollegen Rede und Antwort stehen mußte. Im Saarland hatte die SPD seit der Eingliederung dieser Region in die Bundesrepublik im Jahre 1955 die Regierungsverantwortung stets mitgetragen. Auch das seit April 1959 amtierende 1. Kabinett Röder war unter

³⁴ Ebenda, S. 6.

³⁵ Vgl. dazu im einzelnen seine Begründungen, die im stenographischen Protokoll vom 15. Juli 1960 (Anm. 19) auf S. 20, 22, 28, 46, 53, 56 und 60 nachzulesen sind.

Beteiligung der Sozialdemokratie zustande gekommen, so daß auch der saarländische Ministerpräsident medienpolitisch auf den Regierungspartner Rücksicht zu nehmen hatte. Die machteilende Wirkung des föderativen Prinzips blieb also auch in den Jahren absoluter CDU-Bundestagsmehrheit allein schon von den anders gearteten Machtverhältnissen in den Ländern her wirksam, vor allem aber dann, wenn ein innenpolitisch so delikates Thema wie das eines neuen Fernsehprogramms anstand. Adenauer hat diesen Faktor zunächst völlig unterschätzt. Als ihm dessen mögliche hemmende Wirkung im Sommer 1960 deutlich wurde, stand er bereits so unter Zeitdruck, daß ihm kaum Chancen blieben, dagegen anzugehen.

Gelegenheit zur Entschärfung der Lage hätte Adenauer in den acht Verhandlungsrunden gehabt, die im ersten Halbjahr 1960 zwischen den CDU-Ländern und Vertretern der Bundesregierung zur Lösung der Fernsehfrage stattfanden³⁶. Aber da blieben die Erörterungen in Diskussionen über das Organisationsstatut und den Inhalten eines Verwaltungsabkommens stecken. Auf dem ersten Treffen am 5. Januar im Haus Schleswig-Holstein zu Bonn, an dem Schröder, Stücklen, Krone, Heck und Höcherl sowie die CDU-Ministerpräsidenten Meyers, Kiesinger, von Hassel und Altmeier teilnahmen, prallten zunächst die total gegensätzlichen Auffassungen über die nach wie vor akuten Bonner Pläne eines privaten Fernsehens hart aufeinander. Die Runde kam dabei kaum über eine Grundsatzdebatte der Kommerzfrage hinaus. Die Länderseite war nach der Dezembervereinbarung offenbar stillschweigend davon ausgegangen, daß mit der Zustimmung des Bundes zu einem Staatsvertrag oder Verwaltungsabkommen zugleich auch die Angelegenheit einer privaten Fernsehanstalt erledigt wäre. Aus diesem Grunde zeigte sie sich sehr überrascht, daß die Bonner Absichten in dieser Richtung noch immer gültig waren. Altmeier fühlte sich düpiert. Vorwurfsvoll attackierte er die Gegenseite, daß er erst durch persönliche Ermittlungsbemühungen erfahren habe, daß Bonn ungeachtet der Vereinbarungen vom 16. Dezember in der Weihnachtszeit eine Gesellschaft „Freies Fernsehen GmbH“ mit Sitz in Frankfurt gegründet habe, deren Geschäftsanteile gänzlich der freien Wirtschaft überlassen werden sollten. Ein solcher Alleingang der Bundesregierung führe aber zu einer Kommerzialisierung im weitesten Sinne. Eine öffentliche Kontrolle wäre damit ausgeschlossen, und darum sei es mehr als verständlich, daß „die Länderregierungen so sehr gegen ein Bundesgesetz über das 2. Fernsehen gewesen seien“³⁷. Schröder, Höcherl und Heck suchten der Kritik und den Vorwürfen des Mainzer Ministerpräsidenten argumentativ zu begegnen. Dabei wollten sie Altmeier und seine Kollegen vor allem von der „Gefahrlosigkeit des kommerziellen Fernsehens“ überzeugen. Sie operierten hierbei in erster Linie mit dem geplanten Werbemonopol der neuen Anstalt. Das alleinige Anrecht auf Reklamesendungen

³⁶ Sie fanden statt am 5. 1. (Vorsitz: von Hassel), 21. 1. (von Hassel), 4. 2. (Altmeier), 18. 3. (Meyers), 7. 4. (Meyers), 5. 5. (Meyers), 9. 6. (Altmeier) und 20. 6. 1960 (Altmeier). Nach Bericht Altmeiers vor dem Landesvorstand seiner Partei am 27. 8. 1960 in Mainz. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

³⁷ Zitiert nach Vermerk Altmeiers über die Besprechung am 5. 1. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

sorge dafür, daß die Programmgestaltung ziemlich unabhängig von Gewinn Spekulationen durchgeführt und darum auch ein ansprechendes Niveau erreicht werden könne. Auf die von Altmeier geäußerte Sorge einer zu großen Abhängigkeit des neuen Senders von Parteien und Interessenverbänden gingen sie jedoch nicht ein. Als Krone dann auch noch wissen ließ, daß nach seinen Informationen bereits ein Programmdirektor bestellt wäre, konnte eine negative Wendung der ersten informellen Besprechungsrunde nicht mehr verhindert werden. Dennoch verständigten sich beide Seiten auf eine baldige Fortsetzung der Gespräche, „um zu festen Abmachungen zu kommen“³⁸. Eine solche Zusage konnten die CDU-Ministerpräsidenten deswegen wagen, weil ihnen die Gegenseite zusicherte, keine neuen vertraglichen Bindungen in Sachen Fernseh-GmbH einzugehen. Hoffnung auf Überwindung des Kommerz schöpften sie zudem aus der Erkenntnis, daß Bundesregierung und Fraktion in dieser Frage keineswegs eine einheitliche Auffassung hatten. Während Schröder und Stücklen sowie Heck von der Fraktion als entschiedene Verfechter eines privaten Fernsehens auftraten, erklärte Krone ganz offen seine Gegnerschaft zu einer solchen Organisationsform³⁹.

Der tiefe Graben in der Kommerzfrage war auch noch im Februar nicht überbrückt. Am 12. dieses Monats konstatierte Altmeier den „fundamentalen Unterschied“ zwischen Bund und CDU-Ländern in einem Brief an Krone mit folgender Positionsbeschreibung: „hier (gemeint ist Bonn) ausschließlich kommerzielles Fernsehen mit alleiniger Finanzierung durch Programmgesellschaften etc. – dort: eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Einnahmen aus Werbesendungen und Gebühren, wobei (die) ... Programmgestaltung ausschließlich in der Hand der Gesellschaft liegt.“⁴⁰ Zum Kompromiß und einer vorläufigen sachlichen Einigung fanden sich Bonn und CDU-Länder dann im März. Damals stand erstmals der Entwurf eines Abkommens „über die Organisation eines zweiten Fernsehprogramms“ auf der Tagesordnung⁴¹. Mit dieser Formel hatten die Verhandlungspartner einen Ausweg entdeckt, der von dem gewagten Versuch getragen werden sollte, das Bonner Verlangen nach einer privatrechtlichen Organisationsform mit dem Diktum der Länder von einer öffentlich-rechtlichen Funktionskontrolle auf einen Nenner zu bringen. Das Ergebnis war eine ungewöhnliche Rechtssymbiose, die zwangsläufig für eine verfassungsrechtliche Überprüfung sehr anfällig war. Dennoch hat man mit ihrer Hilfe eine politische Entscheidung gesucht.

Auf dem Bundesparteitag der CDU, der Ende April in Karlsruhe stattfand, förderte das Gefühl einer greifbar nahen Einigung die optimistische Prognose. So konnte Heinrich Krone in seiner Rolle als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hier „die feste Absicht“ der Partei bekräftigen, mit den „Freunden in

³⁸ Gleiche Quelle.

³⁹ Darstellung nach gleicher Quelle.

⁴⁰ Altmeier an Krone vom 12. 2. 1960, S. 3. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁴¹ Nach einem Vermerk über das Rundfunk-Kontaktgespräch am 18. 3. 1960 in Bonn. Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, Bestand VIII-001-298/2.

den Ländern uns über das zweite Fernsehen zu verständigen ... Auf keinen Fall wollen wir ein zweites Fernsehen rein kommerziell, bei dem das Geld das Programm bestimmt.“⁴² Eine einvernehmliche Lösung im Sinne Krones hatte wenige Wochen zuvor auch Altmeier im Rahmen seiner Etatrede vor dem Mainzer Landtag gefordert. Gleichzeitig ließ er deutlich werden, daß die CDU-regierten Länder nunmehr zum Aufbau eines Fernsehprogramms bereit seien, das nicht von den bestehenden Anstalten gestaltet werden soll, sondern von einer neuen Fernsehgesellschaft. Damit hatte er auch formell die Kieler Ländervereinbarungen aufgekündigt und dem medienpolitischen Ausgleich mit Bonn den Vorzug gegeben. Bedingung dafür sei aber der Verzicht des Bundes auf eine „totale bundesgesetzliche Regelung“ sowie auf ein rein kommerzielles Fernsehen. Auf diese Forderungen könnten die Länder nicht verzichten, da sie verpflichtet seien, den „Kampf um die Erhaltung eines echten und wahren föderalistischen Grundsatzes und Zieles in wohlverstandem Interesse unseres Bundesstaates“ zu führen⁴³.

Der Mainzer Ministerpräsident machte mit diesen Ausführungen nochmals deziert darauf aufmerksam, daß eine medienpolitische Partnerschaft der CDU-Länder mit Bonn ihre medienpolitische Selbstbestimmung nicht zu sehr bedrängen durfte. Dazu gehörte für Altmeier nach wie vor auch der Faktor einer parteiübergreifenden Loyalität der Länder. Erst wenn sich die SPD-regierten Länder einer Vereinbarung mit der Bundesregierung in den Weg stellen sollten, war er bereit, diese Einheitsfront in Frage zu stellen. In dieser Grundsatztreue hat Bonn Altmeier, aber auch die anderen Ministerpräsidenten, falsch eingeschätzt. Ein gerüttelt Maß an Schuld an dieser Fehlspekulation hatte die Bereitschaft der CDU-Ministerpräsidenten zu separaten Verhandlungen mit dem Bund. Sie wurden in Bonn allzugern als eine positive Wendung der medienpolitischen Situation vom Bund-Länder-Konflikt zum parteipolitischen Einheitswillen verstanden. Dieser Wunschvorstellung ist vor allem Bundesinnenminister Schröder erlegen. Deutlich wurde seine illusionäre Hoffnung auf diese neue Konstellation auf der medienhistorisch bekannt gewordenen Besprechungsrunde am 15. Juli zwischen Vertretern der Bundesregierung und den CDU-Ländern in Bonn. Hier bewertete er die Kampfabstimmung, die am Vormittag im Rahmen des bundesgesetzlichen Verfahrens über die Deutsche Welle und den Deutschlandfunk im Bundesrat stattgefunden hatte, als einen Vorgang, durch den nun endgültig klar geworden sei, daß „die CDU eine Meinung von der Regelung des Rundfunks in Deutschland hat und die SPD eine andere Meinung“⁴⁴. Wenn der Bundesinnenminister mit diesem persönlichen Urteil über das aktuelle medienpolitische Kräftespiel auch nur bedingt den föderativen Faktor verneint hatte, so weckte seine Stellungnahme auf der Länderseite dennoch sofort wieder den Verdacht einer staatszentralistisch gewollten Lösung. So war es denn nicht verwunderlich, daß ihm

⁴² Zitiert nach einem maschinenschriftlich festgehaltenen Auszug aus der Rede Krones. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁴³ Nach Abschrift der Etatrede vom 21. 3. 1960, S. 4. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁴⁴ Stenographisches Protokoll 15. Juli (Anm. 19), S. 26.

der Stuttgarter Ministerpräsident Kiesinger im weiteren Verlauf bei einer ähnlichen Äußerung scharf entgegnete: „Sie wollen immer mit dem Kopf durch die Wand! . . . Länder sind Länder. Wir haben mit ihnen eben ein Gemeinsames, wie soll ich sagen, keine Blutgemeinschaft, wie Sie meinen, aber eine gewisse Loyalität, die wir ihnen schulden.“⁴⁵ Schröder hatte nach der Dezemberevereinbarung zudem die medienpolitische Handlungssouveränität des Bundes wiederholt betont, zuletzt in seiner Stellungnahme zum Vertragsentwurf der Ministerpräsidenten vom 24. Juni⁴⁶. Dadurch hatte er völlig unnötig und immer wieder die Gefahr heraufbeschworen, daß sich der mühsam unterdrückte Kompetenzstreit doch noch als Hindernis für eine Einigung in den Weg stellen konnte.

Aber selbst ein so besonnener und erfahrener Politiker wie Heinrich Krone stand oftmals in Versuchung, den medienpolitischen Spielraum der CDU-Ministerpräsidenten gegenüber dem Bund zu überschätzen. Auf der letzten Vorbesprechung am 20. Juni wurden sich beide Seiten darüber einig, daß die Fernsehfrage auch im Falle eines Widerstandes der SPD-regierten Länder gelöst werde. Während Krone in dieser Formel offenbar bereits einen festen Schulterschuß für eine Sachentscheidung sah, war für Altmeier die Frage einer Mitsprache der SPD-regierten Länder, auch wenn er sie jetzt nur noch in der Form einer Anfrage auf Zustimmung oder Ablehnung im Sinn hatte, noch längst nicht endgültig beantwortet⁴⁷. An diesem Mißverständnis ist letztlich auch die Besprechungsrunde vom 15. Juli gescheitert.

Eine letzte Chance, diese Tücke rechtzeitig abzufangen, erhielt Adenauer Ende Juni. Damals sandte ihm Altmeier einen ausgearbeiteten Entwurf für eine Vereinbarung über die Fernsehfrage mit der Bitte um Stellungnahme zu, da er „erst dann mit den . . . SPD-Länderregierungen in Verbindung treten“ könne⁴⁸. Doch der Bundeskanzler reagierte ausweichend, indem er am 1. Juli lediglich mitteilte, daß in der Tat „eine Entscheidung in dieser Sache nicht mehr hinausgeschoben werden kann“⁴⁹.

Am 7. Juli beschloß das Bundeskabinett dann einstimmig die Gründung einer Fernseh-GmbH auf der Basis eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern. Einen Tag später trafen sich Vertreter der Bonner Bundesregierung und der CDU-Länder, um letzte Einzelheiten der bereits im Prinzip akzeptierten Zusammenarbeit zu besprechen⁵⁰. Doch die Zeichen für eine endgültige Einigung standen schlecht. Ver-

⁴⁵ Ebenda, S. 61.

⁴⁶ Siehe dazu unten, S. 648.

⁴⁷ Vgl. dazu stenographisches Protokoll 15. Juli (Anm. 19), S. 56 ff.

⁴⁸ Bericht Altmeiers vor dem Landesvorstand seiner Partei am 27.8. 1960 in Mainz, S. 2. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

⁴⁹ Ebenda, S. 3.

⁵⁰ Teilnehmer waren: Adenauer, Schröder, Stücklen, Bundesfinanzminister Franz Etzel, Ministerialdirektor Merker (Bundeskanzleramt), Meyers, Kiesinger, Ehard, Franz Heubl (bayerischer Staatssekretär), von Hassel, Altmeier, Krone, Höcherl und Heck. Es fehlte Röder. Auf Antrag Altmeiers wurden die Staatssekretäre Steinmetz (Bundespostministerium) und Anders (Bundesinnenministerium) von den Beratungen ausgeschlossen, da es sich „um eine Parteisache“ gehandelt hätte. Nach protokollartigen Aufzeichnungen Altmeiers über die Besprechung am 8. Juli im Bundeskanzleramt. Maschinenschriftlich wiedergegeben am 18.7. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

schlossen zeigte sich vor allem Peter Altmeier, der über eine Beteiligung der SPD-Länder noch immer keine Auskunft erhalten hatte. Der Mainzer Ministerpräsident hat später vor dem rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorstand den Reifall des 8. Juli damit begründet, daß ihm damals klar geworden sei, daß der Kanzler seine Versprechungen vom 16. Dezember nicht habe einhalten wollen. Von der Sache her war dieser harte Vorwurf völlig unberechtigt. Zu erheben war er allenfalls mit Blick auf das Entscheidungsverfahren. Aber dann traf der Vorwurf ihn auch selbst, da beide Seiten damals und auch später eine klare Abmachung versäumt hatten.

In der Besprechungsrunde des 8. Juli hat Adenauer die ungebrochen wirksamen staatsideologischen Fronten durch Appelle an die politische Vernunft und den Hinweis auf die gebotene Beachtung der Parteiinteressen zu überwinden gesucht. Dabei hoffte er vor allem, den inzwischen tiefen Graben zwischen Länderseite und dem „Zentralisten“ Schröder zuschütten zu können. Für ihn, so der Bundeskanzler in aller Nüchternheit, gelte es vor allem, die Wahlen des Jahres 1961 zu gewinnen, und „da wären ihm Fragen wie Föderalismus und Zentralismus ‚schnuppe‘“⁵¹. Adenauer glaubte ebenso wie Schröder fest an eine verfassungsrechtlich gewollte medienpolitische Kompetenz des Bundes⁵². Im Gegensatz zu seinem Innenminister stand er aber kaum in Versuchung zu prinzipiell-ideologischen Positionen, wie sie Schröder in seiner erklärten Anwaltschaft für eine private und vornehmlich zentralstaatlichen Funktionen dienenden Anstalt zu erkennen gab. Adenauer blieb auch in der Medienfrage stets ein machtbewußter Realpolitiker, der notfalls sogar bereit war, sich eine ihm genehme Verfassungswirklichkeit zu schaffen. So hatte er schon im Jahre 1956 vor dem Bundesvorstand seiner Partei die umstrittene Kompetenzfrage in der Medienpolitik mit einer machiavellistisch anmutenden Anmerkung zu entschärfen versucht: „Und nun: Föderalismus in allen Ehren, aber er muß gekonnt sein, sonst hat er wirklich keinen Zweck.“⁵³

Die CDU-Ministerpräsidenten haben sich der vom Bund im Dezember 1959 angeregten Regelung der Fernsehfrage unter Ausklammerung legislativer Entscheidungsverfahren nicht widersetzt. Auch sie wollten den Erfolg, der offenbar nur zu erreichen war, wenn es gelang, der damals noch ungeklärten Kompetenzfrage auf dem Mediensektor aus dem Wege zu gehen. Diesen pragmatischen Kurs hat auch Peter Altmeier uneingeschränkt mitgetragen⁵⁴. Die Verhandlungsrunde vom 8. Juli hat an diesem guten Vorsatz jedoch nicht festhalten können. Als der Bundeskanzler sich im Verlauf der Besprechung aufgrund von Reserven der Ministerpräsidenten in Einzelfragen dazu verleiten ließ, mit dem festen Gründungswillen seiner Regierung

⁵¹ Nach Aufzeichnungen Altmeiers über die Besprechung am 8.7. 1960 (Anm. 50), S. 1 f.

⁵² Vgl. hierzu stenographisches Protokoll 15. Juli 1960 (Anm. 19), S. 56.

⁵³ Protokoll 3. Sitzung am 10.3. 1956, S. 15 f. Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, Bestand VII-001-005/3.

⁵⁴ Damals taktierten die Ministerpräsidenten verfassungsrechtlich noch sehr vorsichtig, weil die Kompetenzfrage noch als offen galt. Erst als das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1961 die Länderhoheit für die Gestaltung der bundesrepublikanischen Fernsehprogramme festgestellt hatte, konnte sie politisch zuverlässig ausgespielt werden.

und der ihm vom Kabinett erteilten Vollmacht für einen eventuellen Alleingang zu drohen, konterten die Länderchefs diese Attacke mit der Replik, daß sie sich einem „einseitigen Vollzugsakt des Bundes“ nicht beugen würden. Sie verlangten ein klares Bekenntnis zum Prinzip der kollegialen Vereinbarung von Bund und Ländern und brachten gleichzeitig ihre Trümpfe ins Spiel, nämlich ihre klare Absage an den Kommerz, terminliche Freiheit und die eventuelle Notbremse einer Verfassungsklage. Ihre geschlossene und entschlossene Haltung zeigte Wirkung. Der Kanzler mußte sich der Forderung nach Ausarbeitung eines neuen Vertragsentwurfs beugen, dessen inhaltliche Aussagen prinzipiell von dem Gedanken einer partnerschaftlichen Regelung geprägt sein sollten. Die CDU-Ministerpräsidenten ihrerseits erklärten sich zu einer kurzfristigen Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Die nächste Zusammenkunft wurde auf den 15. Juli gelegt⁵⁵.

IV. Offener Streit

Am 13. Juli erhielten die Ministerpräsidenten die neuen, von der Bundesregierung erarbeiteten Vertragstexte. Sie gingen vom Grundsatz einer kollegialen Vereinbarung aus und berücksichtigten damit in diesem Sinne die wichtigste Vorbedingung für eine Verständigung über ein gemeinsam getragenes Fernsehprogramm. Andererseits beinhalteten die aktuellen Entwürfe auch den Bonner Wunsch nach einer Anstalt in privater Regie. Ein Gesellschaftsvertrag und ein Verwaltungsabkommen sollten den gefundenen Kompromiß rechtlich absichern. Beide Seiten konnten also der neuen Verhandlungsrunde mit Optimismus entgegensehen. Die Sitzung, die mediengeschichtlich so bekannt geworden ist, begann um 16.00 Uhr im Palais Schaumburg zu Bonn⁵⁶. Der Verlauf der Beratungen schien die gehegte Zuversicht zunächst gänzlich zu rechtfertigen. Schon nach relativ kurzer Zeit gelang eine weitgehende Übereinkunft in der Sache. Als jedoch die Frage über die Verteilung und Übernahme der Geschäftsanteile der neuen Fernsehgesellschaft zur Diskussion kam, zeigten sich erste Anzeichen für eine ungute Wendung der Runde. Anlaß zu Auseinandersetzungen gab eine Anregung Adenauers zu einer sofortigen Zeichnung der ausgehandelten Beteiligungen⁵⁷ durch ihn für den Bund und durch die anwesenden

⁵⁵ Nach stenographischem Protokoll 15. Juli 1960 (Anm. 19), S. 52. In der hitzigen Endphase dieser Sitzung wurden u. a. auch die Ergebnisse der Gesprächsrunde vom 8. Juli diskutiert. Zitiert ist hier eine Aussage des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kiesinger.

⁵⁶ Teilnehmer waren: Adenauer, Schröder, Stücklen, Ehard, Kiesinger, Altmeier, Röder, der nordrhein-westfälische Minister Artur Straeter (in Vertretung Meyers), der schleswig-holsteinische Minister Helmut Lembke (in Vertretung von Hassels), Heck, Höcherl, Krone und Bach. Später kamen noch hinzu: Staatssekretär Anders (Bundesinnenministerium), Ministerialdirektor Merker (Bundeskanzleramt) und Staatssekretär Hetlage (Bundesfinanzministerium). Nach Vermerk Altmeiers über die Besprechung beim Bundeskanzler am 15. 7. 1960. Angefertigt am 16. 7. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁵⁷ Vorgesehen war eine Verteilung von 51:49 zugunsten des Bundes bei einer Zeichnung von 25 000,- DM Stammkapital. Dieser Regelung haben die Ländervertreter nicht widersprochen.

Ministerpräsidenten für ihre Länder. Die Gegenseite witterte hinter diesem Vorschlag eine listig gestellte Falle mit Blick auf den gesamten Entscheidungsprozess und weigerte sich strikt, schon jetzt irgendeine verbindliche Zusage zu machen. Besonders energisch trat dabei Peter Altmeier hervor. Für ihn, so Altmeier, handele es sich hier nur um ein informelles Parteigespräch zum Zwecke aussichtsreicher amtlicher Verhandlungen. Ohne Zustimmung seines Kabinetts und ohne Absprache mit den SPD-regierten Ländern sei er nicht befugt, Fakten zu schaffen. Die anderen Ländervertreter unterstützten diese Position. Der Bundeskanzler konterte, daß er ein derart „kasuistisches“ Verfahren prinzipiell nicht mehr mitmache und daß der Bund im Falle einer heute ausbleibenden Entscheidung entschlossen sei, die geplante Anstalt allein zu gründen. Im übrigen sei die hier stattfindende Runde keine Vorstandssitzung der CDU, und darum seien das für ihn heute amtliche Verhandlungen. Stücklen und Schröder ergänzten ihren Regierungschef dahingehend, daß für Bonn die SPD als Gesprächspartner nicht in Frage komme. Die im Dezember vereinbarte gemischte Lösung sei allein eine Sache der CDU. Diese überspitzte Interpretation empfand die Länderseite wiederum als Angriff auf ihr politisches Selbstverständnis als Repräsentanten von Gliedstaaten, so daß das von Kiesinger unterbreitete Angebot, für seine Person das heutige Ergebnis paraphieren zu wollen, nun nicht mehr wiederholt wurde. Der zunächst konzilianter auftretende Stuttgarter Ministerpräsident schwenkte jetzt auf die harte Linie Altmeiers ein⁵⁸.

Nach diesem ersten Schlagabtausch wandte sich die Runde wieder der Erörterung von Details in den Vertragstexten zu, wobei insbesondere die Einbindung der neuen Anstalt in die bestehende Gebührenpraxis wegen rechtlicher Bedenken eine längere Diskussion auslöste. Gegen 18.15 Uhr hatte die Konferenz dann aber auch diese Hürde genommen und der Bundeskanzler bat nun *sforzando* erneut zum „Schwur“⁵⁹. Damit meinte er, daß die erzielte Vereinbarung nunmehr zu einem „Faktum“ werden sollte, damit klar sei, daß die SPD-Länder keine Verhandlungschance mehr besäßen⁶⁰. Doch auch jetzt lehnte die Länderseite ein Entscheidungsverfahren auf dieser Grundlage strikt ab. Die bis dahin ziemlich sachlich und verbindlich verlaufenen Erörterungen eskalierten nun rasch zu einer leidenschaftlich geführten Debatte, die sich nach den Aufzeichnungen Altmeiers in scharfen und manchmal sogar „brutalen“ verbalen Äußerungen entlud⁶¹. Der offenbar sehr erregte Bundeskanzler drohte nach dem Protokoll neunmal mit der Ankündigung, daß seine Regierung in den nächsten Wochen handeln würde und daß sie das gegebenenfalls auch ohne Beteiligung der Länder tun würde. Ebenso stereotyp und fast ebenso häufig wiederholte er seine Weigerung, die SPD als medienpolitischen Vertragspartner zu akzeptieren. Die Länder verteidigten standhaft ihren Anspruch, die

⁵⁸ Vgl. dazu im einzelnen stenographisches Protokoll 15. Juli 1960 (Anm. 19), S. 18–30. Siehe dort auch S. 43.

⁵⁹ Ebenda, S. 42.

⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 46.

⁶¹ Nach Vermerk 16. Juli 1960 (Anm. 56), S. 3.

Sache zunächst einmal „sauber“ mit den SPD-Ministerpräsidenten „in Ordnung“ zu bringen⁶².

Als Wortführer dieser Position trat zunächst Altmeier in Erscheinung, später betätigte sich vor allem Kiesinger in dieser Rolle. Dem Stuttgarter Ministerpräsidenten hielt der Bundeskanzler schließlich vor, daß er den Sinn seines Engagements für die Wahrung von Formen nicht verstehe, da für die Sozialdemokratie das Ganze doch uninteressant sei, „wenn sie keine Verhandlungen“ hätte⁶³. Damit hatte Adenauer sicherlich ein stichhaltiges Argument vorgetragen, das aber deswegen unwirksam bleiben mußte, weil sich die Runde inzwischen darüber klar geworden war, daß hier nicht nur die Medienpolitik zur Diskussion stand, sondern auch das staats- und parteipolitische Selbstverständnis der CDU.

Seit ihrer Gründung hatte es darüber in ihren Reihen nie eine einheitliche Meinung gegeben, und so war es deswegen auch immer wieder zu Spannungen gekommen. Im Wettbewerb standen dabei nicht nur zentralistische und föderalistische Ordnungsideen; unterschiedliche Positionen gab es auch über den Stellenwert der Landesparteien in ihrem Verhältnis zur Bonner Zentrale, wobei sich hier der Wunsch nach einem parteipolitischen Einheitswillen und der Anspruch auf lokale Selbstbestimmungsrechte konkurrierend gegenüberstanden. In den Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Kaiser zur Zeit des Parteaufbaus, in den Fraktionsberatungen der Unionsparteien in den Tagen des Parlamentarischen Rats, in den bis zum Jahre 1953 andauernden Diskussionen um die Ausrichtung der Länderkoalitionen nach der jeweils bestehenden Bundeskoalition und in dem Gerangel um das Finanzverfassungsgesetz sind solche gegensätzlichen Strömungen besonders spürbar geworden. Eindeutige Frontstellungen sind dabei oft schwer auszumachen, und das liegt vor allem daran, daß nicht immer nur aus Überzeugung, sondern auch um handfester Interessen willen die eine oder andere Position bezogen wurde. Im Jahre 1960 standen nun die Aussichten für die „Zentralisten“ besonders gut, weil die CDU in Bonn mit einer absoluten Bundestagsmehrheit das Ruder fest in der Hand hielt. Eine Hypothek war allenfalls die allmählich verblässende Autorität Adenauers aufgrund seiner langen Kanzlerschaft und seines hohen Alters.

In der Verfahrensfrage über die Gründung einer neuen Fernsehanstalt wurde nun eine Gegenreaktion der Länder spürbar, indem die „Provinz“ ihren ungebrochenen Willen zur Selbstbehauptung demonstrierte. In der Sitzung vom 15. Juli 1960 ist insbesondere Peter Altmeier in diesem Sinne zum Widerstand herausgefordert worden. Als er der von Bonn verlangten Isolierung der SPD vehement widersprach, attackierte ihn der Bundeskanzler scharf: „Das nehme ich Ihnen fast übel. Jetzt möchte ich aber einmal als Vorsitzender der Partei zu Ihnen sprechen: Wenn Sie uns konsequent Schwierigkeiten machen, dann werden Sie aber in ihrem eigenen Lande was erleben.“⁶⁴

⁶² So z. B. der bayerische Ministerpräsident Ehard. Stenographisches Protokoll 15. Juli 1960 (Anm. 19), S. 58.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Ebenda, S. 46.

Die große Betroffenheit Altmeiers über diese Entgleisung des Kanzlers spiegelt sich deutlich in seinen Aufzeichnungen wider, die er am 16. Juli maschinenschriftlich zu Papier brachte. Zunächst verschärfte er dort die tatsächliche Aussage Adenauers, indem er dem Kanzler die Ankündigung einer aktiven Handlung in den Mund legte⁶⁵. Wesentlicher für die hier behauptete Provokation der Länder durch Bonn ist aber seine dortige Anmerkung, daß er des Kanzlers Replik „als eine ausgesprochene Drohung aufgefaßt“ habe⁶⁶. Deutlicher konnte er die inzwischen verfestigte Frontstellung nicht aussprechen. Sie wird aber auch dadurch sichtbar, daß Altmeier in seinen Aufzeichnungen kaum die Verfahrensfrage als eigentlichen Kernpunkt des aufgewühlten Streits erwähnt. Seine Ausführungen konzentrieren sich vielmehr auf das Auftreten der Bonner Seite, das er in einer Art Staccato wiederholt als ein „diktatorisches“ qualifiziert. Resümierend hebt er dann noch sein Gefühl hervor, „daß es der Bundesregierung auf einen Bruch mit den Ländern“ ankomme⁶⁷. Eine im Juli 1960 vorhandene Anti-Bonn-Stimmung läßt sich auch für den Stuttgarter Ministerpräsidenten Kiesinger vermuten, der dem Kanzler nach dessen Zusammenstoß mit Altmeier und einer hitzigen Diskussion über das Parteiinteresse forschend antwortete: „Sie sind Parteivorsitzender und Bundeskanzler. Sie dürfen sich als Bundeskanzler nicht in Gegensatz zum Grundgesetz stellen, auch wenn Sie es als Parteivorsitzender gerne täten.“⁶⁸

Gegen 19.20 Uhr zog sich der deprimierte, aber offensichtlich auch erschöpfte Bundeskanzler vorübergehend von den Verhandlungen zurück. Als er gegen 20.00 Uhr wieder erschien, hatten sich die übrigen Teilnehmer doch noch auf einen Kompromiß in der Verfahrensfrage geeinigt. Danach akzeptierten beide Seiten ein Kommuniqué, daß sich die Runde grundsätzlich über ein Zweites Fernsehen in Form einer GmbH und auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens verständigt habe. Altmeier wurde beauftragt, allen Ländern die Texte der erzielten Vereinbarung zu übersenden und die Ministerpräsidenten zu einer Konferenz am 22. Juli nach Bonn einzuladen. Hier sollte dann auf jeden Fall eine mehrheitlich oder einhellig gefundene offizielle Zustimmung der Länder über die am 15. Juli erreichten Ergebnisse zustande kommen. Damit sagte die Länderseite ausdrücklich zu, daß auf dem kommenden Treffen der Ministerpräsidenten nur über eine Annahme befunden werden sollte⁶⁹. Außerdem wurde dem Bundeskanzler versprochen, daß er bis zum Samstag, dem 23. Juli, im Besitze einer bejahenden Erklärung sei, so daß man am Montag, dem 25. Juli, zum Notar gehen könne⁷⁰. Nachdem Adenauer auch noch diese weitreichende Zusage erhalten hatte, stand die Partie eigentlich sehr günstig für ihn. Dennoch blieb er skeptisch⁷¹.

⁶⁵ Es heißt bei ihm: „... dann mache ich (gemeint ist der Bundeskanzler) Ihnen Schwierigkeiten bei der CDU im eigenen Land“. Vermerk 16. Juli 1960 (Anm. 56), S. 3.

⁶⁶ Ebenda, S. 4. ⁶⁷ Ebenda, S. 5.

⁶⁸ Stenographisches Protokoll 15. Juli 1960 (Anm. 19), S. 48.

⁶⁹ Ebenda, S. 65.

⁷⁰ Ebenda, S. 67 f.

⁷¹ So warnte er zum Abschluß der Besprechungsrunde vor unberechtigtem Optimismus, wobei er mit einem Wink auf eigene politische Erfahrungen und in Form einer für ihn typischen aphoristischen

Zur Vorsicht mahnte ihn zunächst der turbulente Verlauf der Sitzung selbst. Sie wurde mit einer hastig gefundenen Einigung beendet, von der ein erfahrener Politiker wie Adenauer genau wußte, daß eventuelle Uneindeutigkeiten die Gefahr in sich bargen, daß die Umsetzung der Vereinbarung in die Praxis scheitern könnte. Tatsächlich sollte sich bald herausstellen, daß die Schlußvereinbarungen der Bonner Sitzung vom 15. Juli unterschiedlich bewertet wurden. Während die Bonner Seite, aber auch ein Teilnehmer wie der Stuttgarter Ministerpräsident Kiesinger, davon ausgingen, daß die Dinge nunmehr festgezurrert waren, schien für Peter Altmeier hier das letzte Wort noch nicht gesprochen worden zu sein⁷². Deutlich wird dies in seinen Notizen. Darin hebt er wiederholt hervor, daß er eine verbindliche Erklärung nicht abgegeben habe. Er erwähnt aber mit keinem Wort die tatsächlich erreichte definitive Absprache zur Sache und dem Entscheidungsverfahren. Altmeier muß für die kommende Ministerpräsidentenkonferenz sogar einen Freiraum für eigene medienpolitische Gestaltungsansprüche der Länder angenommen haben. Darauf deutet vor allem seine Notiz hin, daß er die Bundesregierung über das Ergebnis der Besprechung „unterrichtet wird“⁷³.

Die persönlichen Vorstellungen und sicherlich auch eine Portion Reue und Verdrossenheit auf Seiten Altmeiers über die Bonner Gesprächsergebnisse wurden dem Kanzler dann am 20. Juli klar. An diesem Tage erreichte ihn ein Schreiben des Kölner Erzbischofs Kardinal Joseph Frings. In ihm brachte dieser in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz die starken Bedenken der katholischen Kirche gegen eine kommerzielle Organisation des geplanten zweiten Fernsehprogramms zum Ausdruck. Adenauer vermutete in Altmeier den eigentlichen Initiator der bischöflichen Philippika, und er vermutete dies völlig zu Recht. Altmeier und Frings waren am 17. Juli in Mainz anlässlich einer Jubiläumsfeier für den Bischof Albert Stohr zusammengetroffen. „Hauptthema“ war nach den Aufzeichnungen Altmeiers „das Unbefriedigtsein des Kardinals und der Bischöfe – . . . – über die Entwicklung, die unbedingt zum kommerziellen Fernsehen führe und von den Bischöfen auf das Entschiedenste abgelehnt werden müsse“⁷⁴. Wahrscheinlich hat es Altmeier in Mainz unterlassen, Frings darüber zu informieren, daß die Möglichkeit einer öffentlich unkontrollierten Organisationsform seit dem Frühjahr nicht mehr aktuell war. Nur so ist es zu erklären, daß der Kölner Kardinal die Bonner Medienpolitik so ungeniert attackieren konnte⁷⁵. Vor allem der von Frings in seinem Schrei-

Anmerkung sybillinisch hinzufügte, „ich habe Ihnen vorhin das mit der menschlichen Dummheit gesagt“. Ebenda, S. 70.

⁷² Vgl. hierzu Vermerk 16. Juli 1960 (Anm. 56).

⁷³ Ebenda, S. 5. Einen weiteren Hinweis liefern die Ausführungen Altmeiers auf der Bonner Gesprächsrunde am 15. Juli 1960. Stenographisches Protokoll (Anm. 19), S. 67 ff.

⁷⁴ Aktennotiz Altmeiers vom 17. 7. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁷⁵ In dem neuen Vertragsentwurf war nach § 4 die alleinige Verantwortung der Fernsehgesellschaft für das gesamte Programm festgelegt (wodurch die kommerzielle Seite kaum noch eine Chance hatte) und nach § 9 ein Aufsichtsrat bestehend aus je 5 Mitgliedern des Bundes und der Länder und je einem Mitglied der katholischen Kirche, der evangelischen Kirchen, dem Zentralrat der Juden sowie den Interessenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nach Mitteilungen Altmeiers an

ben an Adenauer erhobene Vorwurf, daß das in Aussicht genommene Verwaltungsabkommen einen Rückschritt „gegenüber dem Stand von Dezember 1959⁷⁶ bedeute“⁷⁷, war eigentlich nur dann berechtigt, wenn der Kölner Erzbischof das Prinzip eines konfessionell geprägten Fernsehens zum Maßstab seiner Kritik gewählt hätte. Entsprechende Forderungen waren aber nie erhoben worden, und so fiel es Adenauer relativ leicht, die kirchlichen Einwände zu entkräften. Er konnte sogar feststellen, daß er sich mit Frings „im Grundsatz völlig einig“ wisse und daß die Pläne seiner Regierung „mindestens in erheblich stärkerem Maße“ den kirchlichen Gestaltungswünschen entgegenkämen, „als dies bei den Landesrundfunkanstalten der Fall“ wäre⁷⁸.

Die eigentliche Bedeutung des Briefwechsels zwischen Frings und Adenauer lag indes nicht in einer medienpolitischen Kritik und Rechtfertigung, sondern in dem darin offenkundig werdenden Drang Altmeiers, auf Distanz zu den Bonner Vereinbarungen vom 15. Juli zu gehen. Seine fieberhafte Suche nach Bündnispartnern mußte beim Kanzler die Annahme verstärken, daß der Mainzer Ministerpräsident prinzipiell gegen die Bonner Fernsehpläne war. Für ihn stand nunmehr fast sicher fest, daß Altmeier aus diesem Grunde am 15. Juli auch die Verfahrensfrage hochgespielt hatte, um selbst die seiner Auffassung nach länderfreundlichen Regelungen zu torpedieren, die damals erzielt worden waren. Daß der Mainzer Ministerpräsident dabei sogar die von Adenauer nicht gewollte Entscheidungsbeteiligung der SPD-regierten Länder verlangte, erfüllte für ihn den Tatbestand eines nicht mehr zu akzeptierenden Renegatentums. Adenauer wäre nicht Adenauer gewesen, wenn er diese Herausforderung tatenlos hingenommen hätte.

Am 21. Juli beantwortete er nicht nur die Einwendungen des Kölner Kardinals Frings vom Vortag, sondern er schickte zur selben Stunde auch ein Erinnerungsschreiben nach Mainz. Darin bat er Altmeier, ihm, entsprechend den Vereinbarungen vom 15. Juli, jene Länder rechtzeitig mitzuteilen, die für die am 25. Juli vorgesehene Unterzeichnung bereit seien. Der Kanzler hatte damit aber nicht nur die Einhaltung getroffener Abmachungen angemahnt, wichtiger war ihm die Demonstration seiner Handlungsentschlossenheit. Die hatte er in der Bonner Runde wiederholt geäußert, und es war für ihn nach dem Zusammenspiel von Köln und Mainz wichtig, sie keinem Zweifel auszusetzen. Aufgrund des Ablaufs der Sitzung vom 15. Juli und als Empfänger des Kanzlerbriefes vom 21. Juli wußte Altmeier also ganz genau, daß Adenauer am 25. Juli auf jeden Fall zur Tat schreiten würde.

Am 23. Juli erreichte Adenauer dann die Mitteilung Altmeiers, daß auf der Ministerpräsidentenkonferenz alle elf Länder ihre Bereitschaft erklärt hätten, einen Gesellschaftsvertrag mit dem Bund über ein zweites Fernsehprogramm abzuschlie-

Kardinal Frings vom 17. Juli 1960, S. 4. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁷⁶ Frings bezieht sich hierbei auf eine Verlautbarung der Deutschen Bischofskonferenz zur Fernsehfrage vom 9. Dezember.

⁷⁷ Vgl. hierzu Schreiben Frings an Adenauer (Abschrift) vom 20.7.1960, S. 1. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁷⁸ Adenauer an Frings vom 21.7.1960 (Abschrift), S. 1. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

ßen. Zusagen müsse Bonn allerdings, daß eine reine Kommerzialisierung ausgeschlossen sei und „daß den Ländern die Veranstaltung weiterer Fernsehprogramme belassen bleibe“⁷⁹. Damit war aber eine Forderung erhoben worden, die zwar nicht formell gegen die Abmachungen des 15. Juli verstieß, wohl aber gegen ihren Geist. Im Vordergrund des Bonner Ringens hatte vor allem die Frage nach dem Grad einer medienpolitischen Geschlossenheit der CDU gestanden. Die Vertreter der Länder hatten dabei wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie im Interesse einer ausgeglicheneren Einflußparität von CDU und SPD bis zu einer verfassungsrechtlich erlaubten Grenze der Parteiloyalität zuneigen würden. Das Verlangen nach weiteren Programmen für die Länder bedeutete aber insofern ein unbekümmertes Abrücken von dieser Zusage, als damit die alten Kompetenzfronten zwischen Bund und Ländern wieder aufgebaut waren. Noch schmerzlicher wäre für Bonn jedoch der zu erwartende Ausbau der ARD-Anstalten gewesen, da ihnen die Trägerschaft für ein drittes Programm und weitere Programme zugefallen wäre. Da die traditionellen Sender nach Auffassung der Bundesregierung aber nach wie vor unter starkem Einfluß der SPD standen, konnte Bonn in einer solchen Entwicklung nur eine Vergrößerung der bisherigen Benachteiligungen der CDU erblicken. Sie in der Situation einer absoluten Mehrheit im Bundestag hinzunehmen, mußte einem zupackenden Politiker wie Adenauer als eine dreiste Zumutung zur Kapitulation vorkommen. Daß er hier den Rubikon überschritten sah, war schon in seinem Antwortschreiben an Kardinal Frings spürbar geworden. Dort hatte er mit deutlichem Seitenhieb auf Altmeier ausgeführt: „Wie Sie wissen, haben es einige Länder verstanden, viele Jahre hindurch auf jede nur mögliche Weise den Bund an einer vernünftigen Regelung des Rundfunks und Fernsehens, die auch das konservative Element der deutschen Bevölkerung berücksichtigt, zu hindern.“⁸⁰

Als gezielte Provokation mußte Adenauer zudem die von Altmeier übermittelte Zusicherung erscheinen, daß die CDU-Ministerpräsidenten auch im Verweigerungsfall der SPD-Länder die Verträge „bis spätestens 15. 8. 1960“ unterzeichnen würden⁸¹. Am 15. Juli hatte Adenauer mehrfach und ultimativ eine sofortige Regelung der Fernsehfrage verlangt und eine Einigung vom Zeitfaktor abhängig gemacht. Eine Verzögerung bis in den August hinein hatte er mehrfach in Anbetracht der geplanten Programmaufnahme am 1. Januar 1961 kategorisch abgelehnt. Der Mainzer Ministerpräsident wußte also genau, welchen Giftpfeil er mit dem Datum 15. August in Richtung Bonn abschob. Adenauers Reaktion war entsprechend. Er verweigerte sich jeder Stellungnahme zu den Inhalten des Berichts von Altmeier und quittierte seine Offerten mit der trockenen und wohl als Herausforderung gedachten kurzbündigen Erwiderung: Er könne nicht verstehen, „daß die Herren von ihrer am 15. Juli nach langen Verhandlungen gegebenen Erklärung des

⁷⁹ Zitiert nach Hans Bausch, S. 415.

⁸⁰ Zitiert nach Adenauer an Frings vom 21. 7. 1960 (Anm. 78), S. 2.

⁸¹ Nach Mitteilung Altmeiers an Meyers u. a. vom 27. 7. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

Einverständnisses zurücktreten⁸². Über die Folgen seiner aggressiven Antwort muß sich der Kanzler klar gewesen sein. Aber die Dinge waren nun derart verfahren, daß er allein schon um seiner Autorität und Glaubwürdigkeit willen den Kampf wagen mußte. Dabei konnte er nur hoffen, daß eine offene Auseinandersetzung innenpolitisch lediglich als Fortsetzung der medienpolitischen Zerstrittenheit seiner Partei empfunden wurde und daß sein eigentlicher Hintergrund, nämlich der Drang der CDU-Länder zu einer Machtprobe mit Bonn, verborgen blieb.

Historisch ist dieser Aspekt jedoch deutlich herauszustellen, da ansonsten der tiefere Sinn der Ereignisse vom 25. Juli 1960 nicht aufgedeckt werden kann. In der Literatur ist der mit lauter Begleitmusik betriebene Bonner Alleingang zur Gründung einer „Deutschland-Fernsehen-GmbH“ bisher generell als spontaner Schritt Adenauers kritisch beleuchtet worden. In der Perspektive der innerparteilichen Entwicklung der CDU nach 1957 und vor dem Hintergrund aktuell entzündeter Spannungsherde rückt die Zeremonie, die mit der Zeichnung des Gesellschaftsvertrages durch Adenauer und durch Justizminister Fritz Schäffer als „Treuhand“ für die Bundesländer ihren Höhepunkt erreichte, jedoch in ein anderes Licht. Ein breiterer Blickwinkel macht vor allem deutlich, daß Adenauer nicht nur die Fernsehfrage zu meistern hatte. Zu klären hatte er zugleich auch, wie stark die Ausstrahlung seiner parteipolitischen Autorität und wie groß der innenpolitische Handlungsspielraum seiner Regierung noch war. Nachdem er über die widerstrebende und störende Rolle Altmeiers und auch anderer Landespolitiker eine sichere Erkenntnis gewonnen zu haben glaubte, blieb einer starken Persönlichkeit wie Adenauer kaum eine andere Wahl, als der augenscheinlich mit Vorsatz betriebenen Stimmungsmache gegen Bonn offensiv zu begegnen. Das Risiko einer Verfassungsklage hat er dabei offenbar bewußt in Kauf genommen⁸³. Mit der einseitigen Unterzeichnung hatte er nicht nur konsequent seine Ankündigungen vom 15. Juli wahrgemacht, sondern auch das Terrain für eine Initiative freigekommen. Der nächste Schritt konnte jetzt nur die Isolierung des „Quertreibers“ aus Mainz sein. Auch hierzu hatte der Kanzler in gewohnter Manier schon Vorarbeit geleistet.

Dazu gehörte insbesondere die penible Korrektur der Vertragstexte, wie sie die Länder am 15. Juli in Bonn verlangt hatten. Dem Herausforderer war damit jede Chance zur Kritik an der Sache genommen⁸⁴. Der Mainzer Ministerpräsident konnte sich damit endgültig nur noch mit der Verfahrensfrage wehren. Das aber war zu steril und letztlich wegen seiner eifrigen Suche nach Ausflüchten auf Dauer auch unglaubwürdig, der offenen Kampfansage Bonns wirkungsvoll zu begegnen. Bereits in seinem Schreiben vom 27. Juli an die anderen CDU-Ministerpräsidenten, in dem sich Altmeier über die „unerhörte und unmögliche Antwort“ des Kanzlers

⁸² Adenauer an Altmeier vom 23. 7. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 32.

⁸³ Vgl. dazu Ausführungen Adenauers auf der Sitzung am 15. Juli. Stenographisches Protokoll (Anm. 19), S. 64.

⁸⁴ Vgl. dazu stenographisches Protokoll 15. Juli. (Anm. 19), S. 56. Notiert ist dort die Frage Krones, ob sich die Runde in der Sache einig wisse. Sie wurde einhellig bejaht.

vom 23. Juli beschwerte und zur Solidarität aufrief, wurde die prekäre Situation offenbar, in der er sich inzwischen befand. Altmeier wußte sich hier nur mit seiner Entrüstung über den Affront zu helfen. Adenauer witterte sofort die Verlegenheit seines Kontrahenten und kolportierte nun die am 15. Juli tatsächlich⁸⁵ „gegebene Erklärung des Einverständnisses“ in die Öffentlichkeit⁸⁶. Nur mit Mühe gelang es Altmeier, die anderen Kollegen zu einer Gegendarstellung zu bewegen, in der er vor dem Hintergrund der wirklichen Absprachen des 15. Juli nur auf Schutzbehauptungen zurückgreifen konnte. Wenn z. B. Kiesinger am 15. Juli versprach, den SPD-Ministerpräsidenten lediglich mitteilen zu wollen, es gibt „nur den Weg und keinen anderen“⁸⁷, und nun durch Altmeier eine Version verbreiten ließ, wonach die CDU-Ministerpräsidenten den Weg eines Verwaltungsabkommens zwar als eine „geeignete Möglichkeit“ bezeichnet hätten, daß sie aber zugleich „mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hätten“, daß endgültige Entscheidungen erst nach eingehender Prüfung der Texte und Beschlußfassung der zuständigen Verfassungsorgane der Länder möglich seien⁸⁸, dann wird hier die Tiefe des Grabens sichtbar, der zwischen den Zusagen der Länderchefs in Bonn und ihrem medienpolitischen Agieren vierzehn Tage später lag. In seinem Rechenschaftsbericht am 27. August vor dem CDU-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz konnte sich Altmeier sogar nur durch ein sophistisches Wortspiel retten. Er verteidigte sich nämlich dort damit, daß er „niemals eine feste Zusage“ für einen Vertrag gegeben habe, den die Bundesregierung textlich „ja noch zwei oder drei Mal geändert hat“⁸⁹. Mit dieser Feststellung stellte er aber die Dinge auf den Kopf; denn alle nachträglichen Korrekturen gingen auf gewünschte Verbesserungen der Länder zurück.

Schon auf der turbulent verlaufenen Sitzung am 15. Juli war aufgefallen, daß allein Altmeier ein unbeugsames „Nein“ zur Verfahrensfrage abgegeben hatte. Die anderen CDU-Ministerpräsidenten hatten immerhin ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben, sich persönlich für die Annahme des Entwurfs durch die zuständigen Körperschaften ihrer Länder einzusetzen. Adenauer konnte also schon hier eine Chance erkennen, den hartnäckigen Widersacher zu isolieren. Dies gelang ihm jedoch letztlich nur teilweise. Die öffentlichen Angriffe Franz-Josef Würmelings, der dem Landesvorstand der CDU von Rheinland-Pfalz angehörte, konnte Altmeier ziemlich leicht parieren, weil er sich gegenüber dem für Familienangelegenheiten zuständigen Bundesminister mit seinem Hinweis auf seinen steten und strikten Widerstand gegen das kommerzielle Fernsehen rechtfertigen konnte⁹⁰. Mit der Distanzierung des auf

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 65 ff.

⁸⁶ Zitiert nach Altmeier an Meyers u. a. (Anm. 81).

⁸⁷ Stenographisches Protokoll (Anm. 19), S. 65.

⁸⁸ Vgl. dazu Pressemitteilung der CDU-Ministerpräsidenten Altmeier, Ehard, Kiesinger und Röder vom 27. 7. 1960. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren bekanntlich nur durch Minister am 15. Juli vertreten. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

⁸⁹ Bericht 27. August 1960 (Anm. 48), S. 4.

⁹⁰ Vgl. dazu den Artikel Würmelings in der Koblenzer Rheinzeitung „Bonn sah mit Engelsgeduld zu“ vom 3. 8. 1960 und Altmeiers Schreiben an Würmeling vom 5. 8. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

Ausgleich bedachten Krone mußte er schon deswegen rechnen, weil dieser als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Bonner Regierungslager treu bleiben mußte⁹¹. Wirklich gefährlich war für Altmeier dagegen eine spürbar werdende Erosion der kollegialen Solidarität im Lager der CDU-Ministerpräsidenten. Die Einladung Adenauers zu einer Besprechung am 2. August, auf der die Widersprüche der öffentlichen Stellungnahmen Adenauers und der CDU-Ministerpräsidenten über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung vom 15. Juli erörtert und gegebenenfalls korrigiert werden sollten, beantworteten sie noch geschlossen mit einer Absage⁹².

Am 22. August war die CDU-Länderfront jedoch schon gesprengt, als der saarländische Regierungschef Röder und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel mit Vertretern des Bundes zusammentrafen⁹³. Röder und von Hassel erklärten zwar, „daß sie der GmbH in der derzeitigen Situation nicht beitreten werden“, gleichzeitig gaben sie aber deutlich zu verstehen, daß sie einen (vorläufigen) Alleingang des Bundes in der Fernsehfrage ebenso tolerieren würden wie seinen Eingriff in die Gebührenregelung⁹⁴. Altmeier durfte sich jedoch nicht nur durch diese „Anbiederung“ seiner Kollegen verlassen fühlen, sondern auch durch die Tatsache, daß Röder und von Hassel auf der am nächsten Tag stattfindenden CDU-Bundesvorstandssitzung, an der nur sie als CDU-Ministerpräsidenten teilnahmen, kein Wort der Verteidigung für die Kollegen fanden. Vielmehr hätten sie, so Altmeier in seinen Aufzeichnungen, im „Chor der übrigen Herren“ die Ministerpräsidenten „verdonnert“⁹⁵.

Der sich abzeichnende Zerfall der CDU-Länderfront ist mediengeschichtlich jedoch wirkungslos geblieben, weil die Freie und Hansestadt Hamburg bereits am 19. August 1960 ihre Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatte, um den Konflikt zwischen Bund und Ländern wegen Rundfunk und Fernsehen durch die Dritte Gewalt im Staat klären zu lassen⁹⁶. Dadurch war insofern auch für die CDU in ihrer Gesamtheit eine völlig veränderte Situation eingetreten, weil der aus Karlsruhe zu erwartende Spruch die medienpolitische Diskussion sofort wieder auf eine verfassungsrechtliche Ebene zurückführen mußte.

Gänzlich zurückgedrängt worden war das Grundgesetz allerdings nie. So hatte schon Ende Juli die Weigerung der Bundesregierung, eine Einigung über ein zweites

⁹¹ Altmeier schrieb Krone am 2. 8. 1960 einen Brief, in dem er seine Position im Fernsehstreit nochmals erläuterte und die unbefugte Weitergabe intimer Informationen an die Presse kritisierte. Der Brief blieb unbeantwortet. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

⁹² Vgl. hierzu Adenauer an Altmeier vom 29. 7. und Altmeier an Adenauer vom 1. 8. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

⁹³ Von Bundesseite waren anwesend: Adenauer, Schröder, Stücklen, Höcherl, Heck und Merker (Bundeskanzleramt).

⁹⁴ Vermerk Altmeiers über die Besprechung der Ministerpräsidenten beim Bundeskanzler am 22. 8. 1960 aufgrund von ihm zugetragenen Informationen. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Über das Klageverhalten der SPD-regierten Länder siehe S. 1 und die dortige Anm. 1.

Fernsehprogramm mit der Freigabe von Frequenzen für weitere Programme der Länderanstalten zu honorieren, erneut die Kompetenzfrage in der Medienpolitik aufgeworfen⁹⁷. Dramatisiert wurde sie zudem durch die weiterhin ungeniert auf zentralistische Vorrechte pochenden Bundesminister Schröder und Stücklen. Ihre mangelnde Bereitschaft, sich der Verhandlungstaktik des Kanzlers anzupassen, hat erheblich dazu beigetragen, daß der Kompromiß zwischen Adenauer und den CDU-Länderchefs in der Fernsehfrage nicht gefunden wurde. In den Erinnerungen Altmeiers wird vor allem Schröder angeklagt. Beleg dafür ist eine handschriftlich eingefügte Merknotiz in seinem Bericht über den Streit mit Bonn, den er am 27. August dem CDU-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz vortrug. Im Nachgang zu den Sitzungsdaten steht: „Schröder jedesmal dagegen!“⁹⁸ Das unnachgiebige und länderunfreundliche Agieren des damaligen Bundesinnenministers bestätigt auch eine Bemerkung des Staatssekretärs Hans Globke gegenüber Süsterhenn. Danach soll der Chef des Bundeskanzleramtes im September 1960 geäußert haben, daß er „die wenig glückliche Verhandlungsmethode von Herrn Schröder“ sehr bedauert habe⁹⁹.

Beunruhigt wurde die Länderseite überdies durch eine Fülle von Gerüchten und Informationen aus Bonn, die eindeutig im Widerspruch zu den Angeboten der Bundesregierung vom 15. Juli standen. So verbreitete das Wochenmagazin „Der Spiegel“ die unbewiesene Nachricht, der Bundeskanzler habe vor der Bundestagswahl 1957 dem Bundesverband der deutschen Industrie ein zweites Fernsehprogramm auf rein kommerzieller Basis versprochen. Altmeier selbst operierte, um die Gefährdung der Bonner Fernsehpläne durch privaten Mißbrauch aufzuzeigen, politisch mit der Information, Adenauer habe über den Bankier Robert Pferdenges eine Bürgschaft von 20 Millionen im Interesse der neuen Fernsehgesellschaft gezeichnet¹⁰⁰. Das undisziplinierte Agieren einiger Kabinettsmitglieder und die verspätete Entschärfung der Kommerzfrage haben auf jeden Fall erheblich dazu beigetragen, daß Bonn den Widerstand der Länder nicht brechen konnte.

Adenauers Niederlage im Fernsehstreit war also auch hausgemacht. Herbeigeführt wurde sie formal zwar durch Karlsruhe, ihre wesentlichste Verursachung lag aber in einer unzureichend entwickelten politischen Strategie. Adenauer nahm die Dinge erst im Frühjahr/Sommer 1960 selbst fest in die Hand. Wegen der Bundestagswahl 1961 wollte er sie dann möglichst schnell zum Erfolg führen. Dabei übersah er aber die Notwendigkeit eines verlässlichen und einheitlichen medienpolitischen Auftretens der Bundesregierung, um die Länder davon zu überzeugen, daß er eine faire Vereinbarung, die auch hinreichend die föderativen Interessen berücksich-

⁹⁷ Vgl. dazu Bericht 27. August 1960 (Anm. 48), S. 5.

⁹⁸ Ebenda, S. 2.

⁹⁹ Zitiert nach dem Brief Süsterhenns an Altmeier vom 20. 9. 1960. Nach dieser Quelle soll Globke außerdem noch gesagt haben, daß Schröder „in erheblichem Umfang“ Schuld am Fernsehstreit in der Union habe. „Er könne dies natürlich nicht im Kabinett sagen; er habe dies aber sehr deutlich dem Bundeskanzler gegenüber geäußert“. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

¹⁰⁰ Bericht 27. August 1960 (Anm. 48), S. 7.

tigte, erreichen wollte. Verdruß und Mißtrauen gegenüber Bonn wären in einem solchen Fall wahrscheinlich nicht aufgekommen. So aber reagierten die CDU-Ministerpräsidenten – und hier vor allem Peter Altmeier als größter Widersacher – wegen des sprunghaften Kurses der Bundesregierung immer noch dilatorisch, als die Verständigung und damit der Erfolg nahe waren. Adenauer aber stand unter Zeitdruck, weil er die Möglichkeiten des medientechnischen Fortschritts unbedingt für die Bundestagswahl 1961 nutzen wollte. Die Folge war ein höchst ungeduldiger Kanzler, der mit seinen hektisch vorgetragenen Forderungen auf der Länderseite erneut eine Welle des Mißtrauens hochschlagen ließ. Sie nahm der Offensive Adenauers gegen Altmeier, die er in gewohnter Entschlossenheit vor allem auf der Parteiebene vorzutragen wußte, in der dramatischen Entscheidungsphase den nötigen Schwung. Altmeier wurde zwar bedrohlich in die Defensive gedrängt, aber er konnte sich, wenn auch knapp, behaupten. Hilfreich war ihm vor allem der Alleingang Bonns vom 25. Juli, weil er in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der Partei ja nicht unter dem Gesichtspunkt einer Machtprobe gesehen wurde, sondern als spontaner und einsamer Entschluß des „alten Herrn“ aus Rhöndorf. Wenngleich der Bundeskanzler mit der einseitigen Vertragsunterzeichnung auch Handlungsent-schlossenheit demonstrieren konnte, so mußte er dennoch in Kauf nehmen, daß Altmeier gegenüber Parteifreunden seine obstruktive Haltung nun mit dem Hinweis rechtfertigen konnte, daß die Bundesregierung ja ihr zweites Fernsehprogramm bekommen hätte, wenn sie nur gewollt hätte¹⁰¹. Seinen eigenen CDU-Landesvorstand konnte er Ende August sogar zu einer Entschließung bewegen, in der bedauert wurde, daß die Bemühungen Altmeiers, „im Wege freundschaftlichen Einvernehmens durch Staatsvertrag“ ein zweites Fernsehen zu errichten, „gescheitert“ seien „und daß die Bundesregierung . . . (nun) als Alleingesellschafterin der Deutschland Fernsehen GmbH“ auftrate¹⁰². Peter Altmeier hatte damit im eigenen Hause nicht nur sein Gesicht gewahrt, er erhielt auch noch den an sich unverdienten Zuspruch für eine medienpolitische Haltung, die deswegen zum Mißerfolg für den Bundeskanzler und die CDU beigetragen hat, weil sich mit ihr trotz Übereinkunft in der Sache ein Weg zur Einigung rechtzeitig vor Karlsruhe nicht hatte finden lassen. Völlig unberührt davon bleibt die Frage nach der verfassungsrechtlichen Sanktion der CDU-Medienpolitik. Aber sie stand, wie in diesem Beitrag deutlich wurde, im Streit der CDU-Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung ja nicht im Vordergrund.

¹⁰¹ Ebenda, S. 5.

¹⁰² Entschließung, die mit dem Vermerk „Vertraulich“ versehen ist, vom 27. 8. 1960, S. 1. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

V. Erzwungene Einsicht

Die marginale Bedeutung des Verfassungsrechts im Fernsehstreit der CDU-Politiker unterstreicht selbst die Entschließung des CDU-Landesvorstandes von Rheinland-Pfalz vom 27. August. Darin wird nämlich ausdrücklich hervorgehoben, daß mit der Kompetenzfrage weiterhin zurückhaltend operiert werden sollte. „Vernünftiger Föderalismus verlangt von Bund und von Ländern, daß sie Kompetenzstreitigkeiten nicht bis zum letzten durchführen, sondern im konkreten Falle praktische Lösungen anstreben, die für beide Teile tragbar sind.“¹⁰³ Altmeier und die anderen CDU-Ministerpräsidenten wollten auch nach der eingereichten Verfassungsklage eine politische Entscheidung. Für das ihnen von Hans Bausch unterstellte stillschweigende Einverständnis mit dem Weg der politischen Konkurrenz nach Karlsruhe gibt es keine stichhaltigen Anhaltspunkte. Altmeiers Drohungen in dieser Richtung waren taktischer Natur und reichen darum als Beleg nicht aus¹⁰⁴. Das gleiche gilt für Kiesinger, dessen Warnung, die Entscheidung nicht um jeden Preis in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu suchen, Bausch selbst zitiert¹⁰⁵. Die CDU-Ministerpräsidenten waren in der Sache durchaus offen für eine pragmatische Lösung in der Fernsehfrage. Vor allem aber haben sie diese Angelegenheit, wie Bausch es ihnen offenbar stillschweigend unterstellt, nie als Adenauers Fernseh-Abenteuer abqualifiziert¹⁰⁶. Sie wußten zudem, daß auch die Länderanstalten, wie zum Beispiel in der Gebührenfrage, überzogene Ansprüche verfolgten, die medienpolitisch zu Reibereien hätten führen können. Vor allem aber sahen sie in einem plural gestalteten und konkurrierenden Programmrastrer eine wichtige Voraussetzung für die Wahrung der Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik, und damit standen sie Bonn wesentlich näher als ihren eigenen Anstalten mit ihren monopolistischen Sendeansprüchen. Auf eine Karlsruher Magna Charta für den Rundfunk, wie Bausch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1980 etwas überschwenglich preist¹⁰⁷, haben sie

¹⁰³ Ebenda, S. 2.

¹⁰⁴ Hans Bausch, S. 431.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 403.

¹⁰⁶ So zum Beispiel auf S. 430. Im übrigen hat Bausch in einem vertraulichen Rundschreiben vom 5. 9. 1960 der Existenz einer zentralen öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt auf Bundesebene neben den regionalen öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten der Länder bei gleichen Anteilen an Gebühren und Werbeeinnahmen durchaus noch das Wort geredet. Adenauers Vorschlag vom 15. 7. war im Prinzip ebenfalls von dieser Vorstellung beherrscht. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 36. Auch Steininger, Rundfunk zwischen Bund und Ländern, S. 512 f., kritisiert die Medienpolitik Adenauers nur von der Karlsruher Verfassungsentscheidung her und kommt daher zu einer fragwürdigen Wertung. Die Auseinandersetzungen um das zweite Fernsehprogramm müssen mediengeschichtlich auch und vor allem politisch gesehen werden. Die simple Klassifizierung zwischen einem vermeintlichen Staatsrundfunk Adenauers und den mutigen und um die Rundfunkfreiheit besorgten Ministerpräsidenten erweist sich dann schnell als historisch nicht haltbar. Sicher ist, daß auch der Pragmatiker Altmeier bei allem Respekt vor den Garantien des Verfassungsrechts Rundfragen zunächst politisch gesehen hat.

¹⁰⁷ Hans Bausch, S. 429 ff.

auch nicht gewartet. Sie wußten aus Erfahrung, daß auch nach Karlsruhe die öffentlichen Medien als Machtfaktor dem politischen Interessenspiel ausgesetzt sein würden. Das bei Personalentscheidungen zu beobachtende Taktieren im Labyrinth des Parteienproporz und die nicht gerade selten anzutreffenden Fälle eines Gesinnungsjournalismus haben ihnen bis zum heutigen Tag Recht gegeben.

Karlsruhe war für die CDU-Medienpolitik deswegen fatal, weil damit ihre Gestaltungskraft endgültig neutralisiert war. Verschuldet hat die CDU ihre Wirkungsschwäche jedoch selbst, weil es ihr nicht gelang, rechtzeitig ein parteipolitisch verbindliches Medienkonzept zu entwickeln. Diese Unterlassungssünde förderte krisenhafte Erscheinungen in der Partei, die erst durch eine Machtprobe halbwegs überwunden wurden. In den Auseinandersetzungen konnte Adenauer sich zwar als Parteiführer noch einmal durchsetzen. Aber es war spürbar geworden, daß er und seine Partei nicht mehr auf dem hohen Machtniveau der fünfziger Jahre standen. Die Bonner Entscheidung, das zweite Fernsehprogramm in alleiniger Trägerschaft zu führen¹⁰⁸, beantworteten die CDU-regierten Länder mit der erneuten Forderung nach Zuweisung von Frequenzen für weitere Programme, die dann von den traditionellen Anstalten ausgestrahlt werden sollten. Gestartet wurde dieser Einigungsversuch von Mainz. Schon in der vertraulich gehaltenen Entschließung des CDU-Landesvorstandes von Rheinland-Pfalz vom 27.8. war „eine befriedigende Regelung“ des Fernsehstreits von der Bonner Zusicherung für weitere Länderprogramme abhängig gemacht worden¹⁰⁹.

Die Kompromißfähigkeit dieser Forderung ist zunächst mit Wissen Altmeiers zwischen dem damals noch als Präsidenten des Verfassungs- und Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz amtierenden Adolf Süsterhenn¹¹⁰ und Krone ausgelotet worden. Beide waren sich einig, daß ein Weg des Vergleichs gefunden werden mußte, dem beide Seiten ohne Gesichtsverlust zustimmen könnten. Mitte September 1960 waren die Grenzen hierfür abgesteckt: Vom 1. Januar 1961 an Programmaufnahme für ganz Deutschland und das Ausland durch eine gemeinsam von Bund und Ländern getragene Anstalt, vom 1. Januar 1962 an freie Fahrt für ein drittes Fernsehprogramm in alleiniger Verantwortung der Länderanstalten¹¹¹, Verwaltungsabkommen über Gebührenanteile, wobei das zweite Fernsehprogramm mit einem Anspruch von 50 v.H. startet und bis 1963 degressiv auf 30 v.H. zurückgenommen

¹⁰⁸ Damit erfüllte sich auch die oben bereits erwähnte Rolle des Bundesjustizministers Fritz Schäffer als „Treuhand“ der den Ländern zugeordneten Gesellschafteranteile.

¹⁰⁹ Entschließung 27. August 1960 (Anm. 102), S. 2.

¹¹⁰ 1961 schied Süsterhenn aus diesem Amt aus, das er seit 1951 innehatte. Danach war er Mitglied des Deutschen Bundestages für zwei Legislaturperioden. Von 1947–1951 war Süsterhenn Justiz- und Kultusminister von Rheinland-Pfalz.

¹¹¹ Die Einigung auf diesen Termin als Sendestart entsprang einer Bitte der Bundesregierung. Bonn kalkulierte für den Empfang des zweiten Programms etwa 1,5 Millionen Geräte. Ein gleichzeitig beginnendes drittes Programm, so fürchtete man in Bonn, würde diese Erwartung erheblich mindern. „Dadurch würde der politische Effekt . . . für die Bundestagswahlen . . . wesentlich reduziert“. Nach Schreiben Süsterhenns an Altmeier vom 20.9.1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

werden soll, Werbeeinschaltungen für das zweite Fernsehprogramm bis zu 10 v.H. der Sendezeit und bei den anderen Anstalten bis zu 5 v.H., gesetzliche Reform des Rundfunkrechts im Sinne der neuen Vereinbarungen¹¹².

Das zwischen Mainz und Bonn erzielte Ergebnis wurde am 26. September 1960 offiziell von dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard als Vermittlungsvorschlag vertreten. Hinter diesem Schachzug stand zunächst einmal die nachlassende Bereitschaft Altmeiers, medienpolitisch im Schußfeld zu stehen. Ausschlaggebend war jedoch eine Resolution des CSU-Landesvorstandes vom 9. September. Darin wurde der bayerische Ministerpräsident aufgefordert, die mit der Bundesregierung „in der Sache erzielte Übereinstimmung“ in der Fernsehfrage „so bald wie möglich auch formell“ zu vollziehen¹¹³. Am 20. September erfuhr Altmeier, daß auch der erweiterte CDU-Fraktionsvorstand des nordrhein-westfälischen Landtags am Vortag die Düsseldorfer Regierung aufgefordert hatte, der „Deutschland-Fernsehen GmbH“ beizutreten. Kurz danach wurde auch die Bereitschaft des Saarlandes und Schleswig-Holsteins bekannt, den gleichen Schritt tun zu wollen. Die Ungeduld der Partei und einer sehnhch auf ein zweites Programm wartenden Öffentlichkeit über das Fernsehgezänk zwischen Bonn und den Bundesländern zeigte hier ihre Wirkung. Die Zeit zur internen Einigung der CDU war inzwischen überreif. Erreicht wurde sie dann am 22. November 1960, als Bundeskanzler Adenauer und die CDU-Länderchefs Ehard, Altmeier, Röder, Meyers, von Hassel und Kiesinger ein Verwaltungsabkommen nach den inhaltlichen Vorschlägen des offiziell von Bayern eingebrachten Entwurfs vom 26. September unterzeichneten. Es blieb wegen Karlsruhe wirkungslos. Wäre diese Vereinbarung, und das war von der Sache her seit dem 15. Juli generell möglich, zum rechten Zeitpunkt gekommen, so wäre der Bund heute wahrscheinlich dominierend an der Gestaltung eines zweiten Fernsehprogramms beteiligt. Der Weg nach Karlsruhe, damals für die Opposition in Bonn die einzige Chance zur Verhinderung der CDU-Fernsehpläne, wurde von den SPD-regierten Ländern erst beschritten, als Ende Juli eine Einigung mit der Bundesregierung aussichtslos schien. Der Alleingang Adenauers am 25., der wohl den Ausschlag gab, war jedoch mehr Anlaß als Ursache¹¹⁴.

Am 17. März 1961 beschlossen die Ministerpräsidenten die Einrichtung eines „Zweiten Deutschen Fernsehens“. Für die neue Anstalt bestimmten sie eine öffentlich-rechtliche bzw. gemeinnützige Organisationsform und zugleich deren Unab-

¹¹² Vgl. dazu folgende Schreiben: Süsterhenn an Krone vom 8.9. 1960; Krone an Süsterhenn vom 10.9. 1960; Süsterhenn an Krone vom 16.9. 1960; Süsterhenn an Altmeier vom 20.9. 1960. Siehe auch Vermerk über ein Telefonat zwischen Altmeier und Süsterhenn vom 19.9. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

¹¹³ Zitiert nach Ausführungen Krones in seinem Schreiben an Süsterhenn vom 10.9. 1960. LHA Koblenz, Bestand 700.169, Nr. 33.

¹¹⁴ Ob Adenauer und die CDU-Ministerpräsidenten die Gefahr einer Neutralisierung ihrer Medienpolitik durch Karlsruhe unterschätzt haben, wäre sicherlich eine interessante Frage. Sie hätte wegen fehlender Quellen in diesem Beitrag nur spekulativ beantwortet werden können. Darum wurde auf ihre Behandlung verzichtet.

hängigkeit von den bestehenden Rundfunkanstalten. Diese Entscheidung bedeutete eine nunmehr geschlossene Abkehr von den Kieler Beschlüssen vom Juni 1959. Der Charakter des ZDF als bundesweit operierender Sender mit einem Kontrast- und Konkurrenzprogramm zur ARD war damit festgelegt. In dieser Aufgabenzuweisung der neuen Länderanstalt spiegelt sich das medienhistorisch vielleicht greifbarste Ergebnis des Fernsehstreits wider. Sitz des ZDF wurde Mainz und der erste Vorsitzende seines Verwaltungsrates Peter Altmeier¹¹⁵. Die Länder honorierten damit nicht nur die medienpolitische Anwaltschaft des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, sondern auch die Mainzer Bereitschaft, den Aufbau des ZDF vorzufinanzieren¹¹⁶.

Nach Karlsruhe hat sich der Bund aus Fernsehangelegenheiten völlig zurückgezogen. Möglichkeiten der Selbstdarstellung in den elektronischen Medien hat die jeweilige Bundesregierung jedoch stets ausreichend erhalten. Ob der durch technische Innovationen bewirkte medienpolitische Wandel ein erneutes Engagement wecken wird, ist eine noch offene Frage. In naher Zukunft wird es die Fernsehtechnik erlauben, internationale und gesamtdeutsche Programme auszustrahlen. Das Bundesverfassungsgericht aber hat für sein Urteil ausdrücklich einen bundesrepublikanischen Maßstab gewählt¹¹⁷. Eine Bundesanstalt mit ähnlich spezifischen Aufgaben, wie sie im Bereich des Hörfunks „Deutsche Welle“ und „Deutschlandfunk“ erfüllen, ist also durchaus denkbar.

¹¹⁵ Zur Entstehungsgeschichte des ZDF ausführlich Klaus Wehmeier, *Die Geschichte des ZDF*.

¹¹⁶ Rudolf Morsey, Peter Altmeier (1899–1977), in: J. Aretz u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 6, Mainz 1984, S. 211. Welches Gewicht die Rolle Altmeiers im Fernsehstreit bei diesen Entscheidungen tatsächlich gehabt hat, kann freilich aus den bisher greifbaren Quellen noch nicht exakt ermittelt werden.

¹¹⁷ Vgl. dazu die Verlautbarung der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts zum Fernsehurteil vom 28. 2. 1961.

LUDGER KÜHNHARDT

IDEOLOGIEBILDUNG IN DER DRITTEN WELT*

Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch

I.

In seinem großen Werk „Drei Wurzeln der Politik“ unterscheidet Dolf Sternberger in zugegeben gravitatischer Sprache Politologik, Dämonologik und Eschatologik. Unter Berufung auf Aristoteles bediene sich der erste Ansatz politischen Denkens einer historisch-empirischen Methode, in der Nachfolge Machiavellis ziele der zweite auf die Erklärung oder Erlangung von Macht, während der dritte Entwurf, an dessen Ausgangspunkt Sternberger die allerdings theologisch gemeinte Lehre des Augustinus stellt, eine politisch-säkulare Selbsterlösung des Menschen verheiße¹. Den Anspruch auf Wahrheitserkenntnis erheben alle drei Wurzeln politischen Denkens; entsprechend richtet sich gegen sie ein je unterschiedlich begründeter Ideologievorwurf. Ideologisches Denken bedeutet nicht zuletzt, Wahrheitserkenntnis zu verhüllen, Erkenntnis durch Bekenntnis zu ersetzen. Am stärksten davor gefeit scheint noch die historische Methode zu sein, die sich geistigem Pluralismus nicht verschließt und ethischen Fragen nicht ausweicht.

Über Erkenntnisbegrenzungen wird gerungen, seitdem Francis Bacon in „Novum Organum“ 1620 eine Theorie des befangenen Denkens entwarf und empfahl, mittels einer induktiven Methode zwischen „placita quaedam inania et veras signaturas atque impressiones factas in creaturis“ zu unterscheiden². Der Begriff der Ideologie freilich findet sich erst bei den französischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts im Sinne einer „Lehre von den Ideen, den geistigen Gebilden“³. In unserem eigenen Jahrhundert hat niemand tiefer als Karl Mannheim den Zusammenhang von Ideologie und Utopie herausgearbeitet. Mannheim wollte darauf hinweisen, daß ideologi-

* Öffentliche Antrittsvorlesung an der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (31. 1. 1987).

¹ D. Sternberger, *Drei Wurzeln der Politik*, Frankfurt 1978.

² Francis Bacon, *Novum Organum*, in: *The Works of Francis Bacon*, Faksimileneudruck, Stuttgart 1963, S. 160; vollständig heißt es unter XXIII: „Non leve quiddam interest inter humanae mentis idola et divinae mentis ideas; hoc est, inter placita quaedam inania et veras signaturas atque impressiones factas in creaturis, prout inveniuntur.“

³ Th. Geiger, *Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens*, Stuttgart/Wien 1953, S. 5; vgl. auch: F. Châtelet, *Histoire des idéologies*, 3 Bände, Paris 1978.

sches Denken sich selbst als fortschrittsbewußte Überwindung eines angeblich falschen Bewußtseins oder einer falschen Realität begreife, als schlüssigen Ausweg aus einer „Seins- und Denkverlegenheit“⁴.

Den meisten Utopisten sind ihre Visionen in den Worten Lamartines „verités prématurées“ geblieben, dem Ideologiekritiker aber Ausdruck einer Verengung des Denkens zu präfigurierten Werturteilen. Mit Theodor Geiger sollen an dieser Stelle jene Aussagen als ideologisch bezeichnet werden, „die ihrer sprachlichen Form und dem in ihnen ausgedrückten Sinne nach sich als theoretische Sachaussagen geben, die aber a-theoretische, nicht der objektiven Erkenntniswirklichkeit zugehörnde Bestandteile enthalten“⁵.

Politische Ideologien existieren nicht allein in den Ländern des europäisch-atlantischen Kulturraumes. Während hier seit einigen Jahren wieder jene alte, aus den sechziger Jahren bekannte Diskussion geführt wird, ob die „Zeit der Ideologien“⁶ anhalte oder optimistischerweise von einem „Ende des ideologischen Zeitalters“⁷ vor allem auch mit Blick auf die Einparteienstaaten Osteuropas gesprochen werden könne, wurde die sogenannte Dritte Welt aus der internationalen wissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahrzehnte um die Ideologiefrage weithin ausgeklammert⁸.

Dabei muß bereits der Begriff der „Dritten Welt“ auf seinen Ideologiecharakter hin untersucht werden. Gemessen an den fast unermesslichen Differenzen zwischen den einzelnen Entwicklungsländern drängt sich der Verdacht auf, hier würden Fakten zugunsten einer Theorie zurechtgebogen. In der Tat steht die Genese des Begriffs im Zusammenhang mit den Jahren des Kalten Krieges und dem verheißungsvollen Ideal eines dritten Weges.

Die Drei-Welten-Vorstellung resultierte aus einer Revision der sowjetrussischen Politik gegenüber Asien und Afrika durch Nikita Chruschtschow. Für Lenin und Stalin war die Dekolonialisierung nur als soziale Revolution vorstellbar gewesen. Nachdem Revolutionsversuche in Indien, Malaya, Indonesien und auf den Philippinen gescheitert waren, ersetzte Chruschtschow die orthodoxe Zwei-Lager-Konzeption. Reisen, vor allem jene 1955 nach Indien – im Jahr der Gründung der Konferenz der Blockfreien –, sollten dem Zweck dienen, die neuen nationalen Regierungen zu umwerben und ihr Selbstbewußtsein als dritte Kraft in der Weltpolitik neben Ost und West zu stärken. Der förmlich in der Luft liegende Begriff der

⁴ K. Mannheim, *Ideologie und Utopie*, Bonn 1929, S. 62.

⁵ Geiger, S. 66.

⁶ K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982; vgl. auch: U. Matz (Hrsg.), *Die Bedeutung der Ideologien in der heutigen Welt*, Köln 1986.

⁷ P. Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters*, Berlin 1981.

⁸ Nur in einigen älteren Textsammlungen wird darauf detaillierter eingegangen: P. E. Sigmund (Hrsg.), *The ideologies of the developing countries*, New York/London 1963; D. E. Apter (Hrsg.), *Ideology and discontent*, Glencore 1964; P. J. Opitz (Hrsg.), *Profile und Programme der Dritten Welt*, München 1970; auch erwähnenswert: W. E. Abraham, *The mind of Africa*, Chicago 1962.

„Dritten Welt“ begann sich durchzusetzen, ohne eine klar definierte Bestimmung der entsprechenden Ländergruppe zu leisten⁹.

In jenen großen Zonen der Erde, in denen zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, vollzog sich nicht erst ab der Jahrhundertmitte, sondern bereits seit der Begegnung mit dem westlichen Denken während der Kolonialzeit ein Prozeß der Ideologiebildung. Er schien eigenen Gesetzmäßigkeiten zu folgen, stand aber zugleich in Berührung mit dem politischen Denken in der Ersten und der Zweiten Welt. Zu den großen, wiederkehrenden politischen Denkfiguren im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hatten unter anderem die Begriffe des Liberalismus, des Sozialismus und des Nationalismus gehört. In sehr unterschiedlichen Varianten hallten diese Typen in der nichteuropäischen Welt wider. Karl Dietrich Bracher hat davon gesprochen, bei den Ideologien der Dritten Welt habe es sich um „Sekundärphänomene“¹⁰ gehandelt, die zeitversetzt und unter neuartigen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen auftraten. Durch die Geschwindigkeit des Wandels in der sogenannten Dritten Welt gestaltete sich die Verbreitung und Neuinterpretation von Ideologien jedoch überstürzt. Die amalgamierende Verquickung von ideologischen Denkfiguren, um deren Inhalt und Gegensatz in Europa heftig gerungen wurde, gehörte zu den Sondererfahrungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Während im Westen nach der Skepsis an fortschrittsorientierten Sozialutopien bereits Gegenutopien wie diejenigen Orwells oder Huxleys vor der modernen Rationalität und ihren negativen Auswirkungen warnten, verwoben sich in Übersee schon während der ersten Jahrhunderthälfte diese beiden Komponenten und eigenständige, autochthone Aspekte in einem Prozeß der Ideologiebildung, dessen Einfluß auf die konkrete Signatur vieler Entwicklungsländer nicht unterschätzt werden kann. Damit sind nur Kriterien der Ideologiebildung angedeutet; zu keinem Zeitpunkt konnte von einem ideologischen Leitbild gesprochen werden, welches die sehr unterschiedlichen geistigen Voraussetzungen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu bündeln gewußt hätte. Gemeinsam aber erschien in allen drei Kontinenten das „Bedürfnis nach Begründung und Rechtfertigung der großen Veränderungen“¹¹.

Im Verlaufe der Jahrzehnte dieses Jahrhunderts hat sich die Typologie der ideologischen Positionen in Übersee gewandelt. Klassische Denkfiguren sind dadurch oftmals umgedeutet und sinnenleert, keineswegs aber aufgehoben worden. Auch blieben die Wirkungen der eigenständigen geistigen Traditionsüberlieferungen in vielen Ländern ein Faktor des intellektuellen und politischen Ringens um Identität und Selbstbewußtsein. Die Arbeiten des Bonner Religionswissenschaftlers Hans Joachim Klimkeit haben dieses beispielsweise für den politischen Hinduismus in Indien „zwischen religiöser Reform und politischem Erwachen“ aufgeheilt¹².

⁹ Vgl. R. v. Albertini, *Dekolonialisierung*, Köln 1966, S. 41; auch T. Mende, *Die dritten Mächte. Der Westen und die Entwicklungsländer*, Düsseldorf/Köln 1959; G. van Roon, *Europa und die Dritte Welt*, München 1978.

¹⁰ Bracher, S. 372. ¹¹ Ebenda, S. 375.

¹² H. J. Klimkeit, *Der politische Hinduismus. Indische Denker zwischen religiöser Reform und politischem Erwachen*, Wiesbaden 1981.

II.

Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch, in diesem Kontext vor allem bewegt sich das geistige Suchen der politischen und intellektuellen Eliten der Entwicklungswelt seit dem Zusammenbruch des Kolonialismus. Der Anspruch auf Freiheit, die Visionen des Nationalismus und die Sozialismus-Frage waren die drei zentralen Elemente der Ideologiebildungen, wobei diese sich von Land zu Land in höchst unterschiedlichen und widersprüchlichen Varianten vollzogen. Die Eigenwilligkeit der Ideologiebildung demonstrierten frühzeitig die politisch-philosophischen Positionen Sun Yat-sens. Die „Drei Volksprinzipien“ des chinesischen Revolutionsführers aus dem Jahr 1904 bildeten insofern einen Sonderfall, als China nicht kolonialisiert war, sondern neben der Auseinandersetzung um das Ende des Kaisertums vor allem um die Abschüttelung der ungleichen Verträge mit den westlichen Mächten rang; auch bezeichneten sie keineswegs alle Interpretationen, die die Deutung von Demokratie, Nationalismus und Sozialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika hervorbringen sollte. Wohl aber enthielten sie bereits jene Stichworte, die von anderen Denkern in je eigentümlicher Weise aufgegriffen und zu besetzen gesucht wurden¹³.

Demokratie bedeutete für den Begründer der chinesischen Republik nicht ein Mehr an individueller Freiheit, sondern die Pflicht, sich in eine größere Gemeinschaft einzufügen und sich dieser unterzuordnen. Demokratische Postulate dienten Sun Yat-sen als Vehikel, um die Einheit der chinesischen Nation voranzutreiben. Auf eigentümliche Weise verband er die beiden Begriffe der Freiheit und des Nationalismus. Was im Westen die Freiheit des Individuums, müsse in China die Freiheit der Nation sein. Die Stärkung der Nation aber sollte durch die Erfüllung des dritten Prinzips – die Volkswohlfahrt – begünstigt werden. Volkswohlfahrt wurde von Sun im Sinne sozialistischer Egalitätsziele definiert. So entstand jene eklektizistische Mischung einer Dritte-Welt-Ideologie, wie sie seit den Tagen Sun Yat-sens in vielfachen Reprisen und Versionen formuliert werden sollte.

Eines der Charakteristika der großen Begriffe Demokratie, Nationalismus und Sozialismus bestand darin, daß sie ungeahnte Deutungsmöglichkeiten eröffneten und entsprechend unpräzise verwendet werden konnten. In kommunistischer Interpretation wurde der Freiheitsbegriff dabei leichthin mit dem Ziel einer Revolution verwoben, so bei dem DDR-Autor Gerhard Liebig, der die nationale und soziale Revolution postulierte¹⁴. Was ist aus diesen mißdeutbaren und pathetischen Formeln geworden?

Zunächst zur Freiheitsfrage. Die Dekolonialisierung war eingeleitet worden als Aufbruch der jungen Völker in Übersee gegen ihre europäischen Kolonialherren. Die Ideale des Westens wurden diesem wie ein Spiegel entgegengehalten. Sichtbar-

¹³ Vgl. P.J. Opitz, *Chinas große Wandlung. Revolutionäre Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1972.

¹⁴ G. Liebig, *Nationale und soziale Revolution in Afrika*, Berlin (Ost) 1967.

sten Ausdruck fand dieser demokratische Anspruch, dieses Streben nach politischer Freiheit in der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker.

Die lateinamerikanische Befreiungsbewegung hatte bereits im 19. Jahrhundert die Sehnsüchte der Französischen Revolution und der abendländischen Aufklärung einzufordern gewußt. Toussaint Louverture in Haiti und Simon Bolivar aus Caracas wurden sichtbarste Träger dieses Brückenschlages nach Europa. Sie erzwangen das Ende von Sklaverei und Kolonialherrschaft im Namen der westlichen Ideale und Werte.

In anderen Regionen wurde dadurch das Streben nach außenpolitischer Freiheit ermuntert, wenngleich die Entfaltung politischer Ideen jeweils eigenen Gesetzmäßigkeiten folgte. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges verbreitete sich der Selbstbestimmungsgedanke verstärkt in Asien und Afrika. Dabei hatte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson seine berühmten „Vierzehn-Punkte“ vom 8. Januar 1918 im Grunde genommen nur an die Völker Europas gerichtet. Deutlich aber hatte er äußere und innere Freiheit nebeneinandergesetzt, nationale Souveränität und demokratischen Verfassungsstaat als komplementär verstanden.

Eingefordert wurde die Unabhängigkeit der Völker Asiens und Afrikas auch von politischen Gruppen in Europa. So artikulierten sich die prononciertesten und machtpolitisch einflußreichsten Stimmen gegen die Fortsetzung des Kolonialismus in Frankreich und England, während es nicht ohne Ironie ist, daß das revolutionäre Rußland als Sieger des Zweiten Weltkrieges bis heute die einzige wirkliche Kolonialmacht im Vollbesitz der Eroberungen des 19. Jahrhunderts bleiben konnte.

In vielen der nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig gewordenen Staatsgebilde erstarrte die Selbstbestimmungsformel zu einer theoretischen oder auch ideologischen These. Sie wurde im Sinne des Nichteinmischungsgebotes nach außen hin erhoben, drang zu einem Schlüsselbegriff in der Terminologie der Vereinten Nationen vor und drückte sich im Ringen um neue Strukturen der Weltwirtschaft aus. In ihrer Bedeutung und Stoßkraft für die innere ordnungspolitische Struktur der Entwicklungsländer aber verblaßte der demokratische Anspruch allzu häufig. Indien blieb eines der wenigen Länder mit einer demokratischen Regierungsform und hoher Regimestabilität, jenes Land, dessen 40. Unabhängigkeitsjahr 1987 begangen werden konnte.

In anderen Staaten, besonders aber in Afrika, wurde der Selbstbestimmungsgedanke mißbraucht und erwies sich gegenüber den eigenen Völkern und deren demokratischen Hoffnungen als eine hohle Phrase. Neue Herrschaftsstrukturen sollten legitimiert, Einheit auf Kosten der Freiheit geschaffen werden. Das westafrikanische Ghana unter Kwame Nkrumah wies 1957 als erstes Land des Kontinents den Weg in die Diktatur einer Einheitspartei¹⁵. Hoffnungen, auch in der wissenschaftlichen

¹⁵ Vgl. F.M. Bourret, Ghana. The road to independence 1919-1957, Oxford 1960. Ein besonderes Charakteristikum jener Zeit bestand in der Überhöhung der nationalen Integrationsidee durch die Vorstellung des inzwischen gescheiterten und weithin verworfenen Pan-Afrikanismus. Wie andere Pan-Ideen verkannte er die regionalen, ja lokalen Besonderheiten und Bedingungen politischer Integration sowie die Grenzen kultureller Assimilationskraft; vgl. J.S. Nye, Pan-Africanism and

Demokratiediskussion der fünfziger Jahre, wurden enttäuscht. In den sechziger Jahren dann sekundierten auch westliche Theoretiker der Sozialwissenschaften bestimmten politischen Führern und redeten der Entwicklungsdiktatur als einem notwendigen Übergangsstadium das Wort¹⁶. Wirtschaftliche Erfolge auf Kosten politischer Freiheit zu erzielen, dieses erwies sich in doppelter Hinsicht als eine falsche Strategie. Wirtschaftlicher Fortschritt blieb zumeist aus. Die Freiheitsforderung aber auf ihren außenpolitischen Charakter hin zu verkürzen und den demokratischen Anspruch an die innere Ordnung der Entwicklungsländer gering zu achten, hieß, die Selbstbestimmungsthese umzudeuten, zu ideologisieren. Heute verdanken zwei Drittel aller afrikanischen Staatschefs ihre Stellung militärischer Intervention, nur sechs freien Wahlen bei Gegenkandidaten¹⁷. Im wissenschaftlichen Schrifttum ist die in den siebziger Jahren beobachtete Zunahme der Bedeutung des Militärs besonders in Afrika als ein Versuch gewertet worden, aus der permanenten Ideologisierung der Politik auszubrechen¹⁸.

Dabei zeigten sich Militärregime keineswegs überall als ideologiefrei. Mit der „Doktrin der nationalen Sicherheit“ versuchten lateinamerikanische Militärregierungen, ihre undemokratische Machterhaltung in den sechziger und siebziger Jahren zu rechtfertigen. Nicht der Wille zur Entwicklung des Landes, sondern anti-kommunistische Positionen dienten hier als Motiv einer ideologisch begründeten Verhinderung von Freiheit und politischem Wettbewerb. In den achtziger Jahren wendeten sich wichtige lateinamerikanische Länder zu parlamentarischen Regierungsformen hin. Darin äußerte sich das Scheitern der nationalen Sicherheitsideologie, aber auch die seit den siebziger Jahren intensivierte Diskussion um die Menschenrechte¹⁹.

Konstatiert werden muß hingegen, daß in der Mehrheit der Entwicklungsländer die Forderung nach Selbstbestimmung vorrangig eine Kampfvokabel geblieben ist, die von dem Fehlen der Demokratie im Sinne innerer Selbstbestimmung ablenken soll. „Der Autoritarismus der Nationalisten,“ so Erwin Häcker in einer Münchner Dissertation von 1974, „zielt auf die Perfektionierung des Nationalstaates und verspielt darüber die demokratische Legitimation des Nationalismus“²⁰. Dieses resul-

East African integration, Cambridge, Mass., 1965; C. Legum, Pan-Africanism. A short political guide, London 1965; L. J. Ayodele, Pan-Africanism and nationalism in West Africa 1900–1945, London 1973.

¹⁶ Vgl. K. J. Newman, Die Entwicklungsdiktatur und der Verfassungsstaat, Frankfurt/Bonn 1963.

¹⁷ Vgl. F. Ansprenger, Versuch der Freiheit. Afrika nach der Unabhängigkeit, Stuttgart 1972; F. Nuscheler/U. Ziemer, Politische Herrschaft in Schwarzafrika. Geschichte und Gegenwart, München 1980; R. von Lucius, „Neue Welle“ bei Intellektuellen, in: Afrika-Post, Nr. 11–12/1986, S. 42.

¹⁸ Vgl. H. Becholdt, Staaten ohne Nation. Sozialismus als Macht-Faktor in Asien und Afrika, Stuttgart 1980, S. 431 ff.

¹⁹ Vgl. F. Pflüger, Die Menschenrechtspolitik der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972–1982, München 1983; L. Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs, München 1987.

²⁰ E. Häcker, Afrikanischer Nationalismus, München 1974, S. 46.

tiert unter anderem aus einem allzu etatistischen Staatsbegriff, der die staatlichen Institutionen zum wichtigsten Träger des Kulturwandels erklärte und die kritiklose Ausübung von Autorität und Macht als unanfechtbaren Maßstab nationaler Interessenwahrung interpretierte.

Als problemverschärfend erwies sich die Qualität des modernen Staates selbst: per definitionem erhebt er die Forderung der ungeteilten Souveränität nach außen und der Durchsetzung seines Gewaltmonopols nach innen. Was zum Schutz der nationalen Freiheit und der persönlichen Entfaltung des Einzelnen dienen sollte²¹, konnte leicht in autoritäres, erziehungsdiktatorisches Denken einmünden, zumal dort, wo die freiheitlichen Regelungsmechanismen gesellschaftlicher Konflikte eher ungewohnt waren²². Bei den in jüngerer Zeit wiederauflebenden wissenschaftlichen Diskussionen um die Demokratiepotentiale in der sogenannten Dritten Welt ist daran zu erinnern²³.

III.

Spätestens seit Rupert Emersons berühmter Studie „From empire to nation“ von 1960 wurde in der Entwicklungssoziologie über den Begriff und Vorgang des „nation-building“ diskutiert²⁴. Die skeptische Grundfrage erhob Samuel Huntington danach, ob man überhaupt Nationen bauen könne²⁵. An dem wissenschaftlichen Diskurs um dieses Thema spiegelt sich seit fast drei Jahrzehnten der tatsächliche Entwicklungsstand vieler Nationalstaaten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Freigelegt wurde dabei, wie sehr die Verheißung nationaler Integration ein ideologisches Postulat bleiben mußte; wieder stellte vor allem Indien – neben der alten Kulturturnation China – einen Sonderfall dar, auf den nicht näher eingegangen werden kann. Ganz im Gegensatz zur europäischen Geschichte sollte in der Dritten Welt die Nation dem Staat folgen und nicht umgekehrt. Künstliche Namensschöpfungen wie Indonesien, Pakistan oder Malawi, aber schon im 19. Jahrhundert Bolivien, Kolumbien oder Liberia deuteten an, daß die Nationalstaatsidee auf ein Prokrustes-

²¹ In jüngerer Zeit gewinnt dieser Aspekt stärkere wissenschaftliche Beachtung, vgl. S. Huntington/J. Nelson, *No easy choice. Political participation in developing countries*, Cambridge, Mass. 1976.

²² Vgl. K. D. Bracher, *Zwischenstationen. Das Problem der Demokratie in der Dritten Welt*, in: *Die politische Meinung*, Jg. 27 (1982), Heft 203, Seite 71 ff.

²³ 1986 untersuchte die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft die Demokratisierungspotentiale in der „Dritten Welt“, während afrikanische Politikwissenschaftler im Rahmen einer Tagung mit deutschen Afrikanisten in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im gleichen Jahr in ungewohnter Offenheit das Verhältnis von Demokratie und Einparteiensystemen auf dem afrikanischen Kontinent erörterten.

²⁴ R. Emerson, *From empire to nation. The rise to self-assertion of Asian and African people*, Cambridge, Mass. 1960.

²⁵ S. Huntington, *Politische Entwicklung und politischer Verfall*, in: D. Berg-Schlösser (Hrsg.), *Die politischen Probleme der Dritten Welt*, Hamburg 1972, Seite 164 ff.; vgl. auch S. N. Eisenstadt/R. Stein, *Building states and nations*, Beverly Hills/London 1973.

bett gespannt wurde: während die einen Völker und Stämme sozusagen verlängert und verflochten werden mußten, um dem Nationalstaatsgedanken zu entsprechen – eine Nation von Zaire oder Nigeria hatte es niemals gegeben –, wurde auf der anderen Seite die Bevölkerung etwa in den Nachfolgeländern des Osmanischen Reiches in Teilstaaten unter nicht jeweils klar definierten Stammesgrenzen zerlegt. Das Problem der Kurden zeugt bis heute davon, eine libanesische Nation hatte nie existiert.

In jedem Falle wurde die Rolle der Regierungen grotesk überschätzt. Sie sollten kulturelle, ja ethnische Integrationsprozesse ebenso leisten wie die ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Probleme bewältigen, dabei zudem noch politische Stabilität garantieren. Nationwerdung, demokratische Ideale und egalitäre Gerechtigkeitstheorien mußten in vielen der jungen Staaten zu einer geistigen Quadratur des Kreises geraten, zu einer klaren Überforderung, der mit ideologischer Erstarrung und Selbstrechtfertigung entgegengetreten wurde.

Am Vorabend des 20. Jahrhunderts, am 31. Dezember 1899, hatte der indische Dichter und spätere Literaturnobelpreisträger Rabindranath Tagore vor der mechanischen Verbreitung künstlicher Nationalideen und Nationalismen warnend seine Stimme erhoben:

„The naked passion of self-love
of Nations, in its drunken
delirium of greed, is dancing
to the clash of steel and the
howling verses of vengeance.“²⁶

Weder der besorgte Literat noch zwei Weltbürgerkriege, in denen der Nationalismus seine europäische Übersteigerung und Selbstwiderlegung erfahren hatte, vermochten die aufstrebenden Völker der sogenannten Dritten Welt davon abzuhalten, nationalistische Perspektiven als einheitsstiftende Topoi zu postulieren. Ndabaningi Sithole, 1963 Gründer der „Zimbabwe African National Union“, mochte Recht haben, wenn er den afrikanischen Nationalismus als das Kind des europäischen Kolonialismus bezeichnete²⁷. Über Europa hatte der Nationalismus-Gedanke Eingang in das ideologische Vokabular der Führer und Intellektuellen anderer Kontinente gefunden.

Es hatte nicht ohne Auswirkungen bleiben können, daß viele der späteren Nationalistenführer in einem westlichen Umfeld ausgebildet und politisch geprägt worden waren. Die Südasiaten Gandhi, Nehru und Jinnah hatten in England studiert, Sun Yat-sen in Hawaii, die philippinischen Führer Quezon und Osmena waren Juristen mit West-Erfahrung, Luang Pradit aus Thailand hatte juristische, sein Landsmann Pibul Songgram militärische Studien in Frankreich betrieben; Ho Chi Minh hatte ebenfalls in Frankreich – und in der Sowjetunion – studiert, Ngo Dinh Diem graduierte von der französischen Zivilregierungsschule in Hanoi. Der Burmese Ba Maw

²⁶ R. Tagore, *Nationalism*, Ausgabe Neu Delhi 1976, Seite 80.

²⁷ Vgl. Häcker, S. 39.

war als Student in Cambridge, der Indonesier Mohammed Hatta in Holland, der Ceylonese S. W. R. D. Bandaranaike in Oxford, wie auch Eric Williams aus Trinidad, Norman Manley aus Jamaika und Grantley Herbert Adams aus Barbados; Habib Bourgiba aus Tunesien war ebenso in Paris geformt worden wie Leopold Sédar Senghor aus dem Senegal und Felix Houphouët aus der Elfenbeinküste; Jomo Kenyatta hatte in London – und in Moskau –, sein kenianischer Landsmann Tom Mboya in Oxford, Julius Nyerere aus Tanganjika in Edinburgh bezeichnenderweise Geschichte und Volkswirtschaft studiert²⁸.

Die Aufzählung ist unvollständig und doch enthüllend. Die Nationalistenführer der ersten Generation sahen sich in ganz besonderer Weise mit dem Problem der Übertragbarkeit jener politischen Leitideen konfrontiert, von denen sie annehmen konnten, daß von ihnen eine prägende Wirkung auf die Geschichte und Gestalt Europas ausgegangen war.

Daß unterdessen der klassische Nationalstaat in Europa selbst angefochten war und in den Bemühungen einer (west-)europäischen Integration seit den Römischen Verträgen von 1957 neue, postnationale Perspektiven gesucht wurden, änderte nichts an der anhaltenden Kraft der Nationalstaatsidee in Übersee. Theorie und Praxis klappten nur zu oft auseinander, übrig blieb ein „Modernisierungs-Nationalismus“, eine vage Ideologie²⁹.

Zuweilen wurde sie durch großnationalistische Pläne genährt oder überdeckt. Die kurze Geschichte der „Vereinigten Arabischen Republik“, des unter Gamal Abdel Nasser für vier Jahre bis 1961 währenden Zusammenschlusses von Ägypten und Syrien, wurde sogar durch einen Rekurs auf die Pharaonenzeit zu begründen gesucht. In den siebziger Jahren strebte Somalia danach, alle am Horn von Afrika lebenden Somalis unter seiner Landesfahne zusammenzuführen; der militärische Irredenta-Vorstoß gegen Äthiopien scheiterte³⁰. Radikale Theorien und Praktiken dieser Art sollten immer wieder dem Zweck dienen, von den konkreten, immensen Problemen der entsprechenden Länder abzulenken und die Nationalidee ideologisch aufzuladen.

In den neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen wird das Erreichte kritisch und pessimistisch bilanziert. Von der nationalen Idee seien oftmals weder politische Konturen noch eine wissenschaftlich plausible Substanz übriggeblieben. Theodor Hanf hat lapidar zusammengefaßt, „daß nation-building vielerorten gescheitert ist“³¹. Die kulturelle Vielfalt und ihre pluralistische Bewältigung würden die eigentliche politische Herausforderung bleiben, wie der Blick auf den Libanon am dramatischsten zeige.

²⁸ Vgl. Emerson, S. 197 f.

²⁹ Bracher, *Zeit der Ideologien*, S. 372.

³⁰ Vgl. Bechtoldt, S. 347 ff.; L. Kühnhardt, *Östliches Afrika – eine Region im Umbruch*, in: *Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen*, Nr. 2, 1981, S. 186 ff.

³¹ Th. Hanf, *Kulturelle Vielfalt als politische Herausforderung*, in: D. Oberndörfer/Th. Hanf (Hrsg.), *Entwicklungspolitik*, Stuttgart 1986, S. 80.

IV.

Keine Darstellung von Ideologien in den Entwicklungsländern vermag den machtvollen Anspruch des Sozialismus zu übergehen. Sun Yat-sens Interpretation wurde keineswegs zum Prototyp für andere Dritte-Welt-Sozialismen, ja nicht einmal zum prägenden Konzept eines chinesischen Sozialismus. Letzteres zu entwerfen und durchzusetzen, blieb Mao Tse-tung vorbehalten. Die Qualifizierung und Systematisierung der Sozialismus-Vorstellungen in Asien, Afrika und Lateinamerika ergibt kein einheitliches, verbindliches Bild. Heinrich Bechtoldt hat in einer breit angelegten, zeitgeschichtlich beschreibenden Studie einige der wichtigsten Faktoren zusammengefaßt³²: Sozialismus firmierte demnach in vielen Fällen als Absage an den Kapitalismus, für den die ehemaligen Kolonialherren standen, als Instrument zur Überwindung ethnischer Gegensätze und zur Herstellung gesellschaftlicher Einheit sowie schließlich und in ganz besonderer Weise als Element der Legitimierung des dauerhaften Machtanspruchs einer neuen Elite³³.

Um eine zu enge Verbindung zum Marxismus und seinem universellen Duktus zu vermeiden, wurde den sozialistischen Postulaten oftmals ein nationales Attribut hinzugefügt: der arabische Sozialismus blieb von anderen Antrieben geprägt als der afrikanische Sozialismus eines Julius Nyerere, der burmesische Sozialismus, der buddhistische Werte der Gleichheit aller Menschen anzurufen versuchte, oder der algerische Sozialismus, der in den Theorien eines Frantz Fanon seine radikalste Wendung nahm und zum gewaltsamen Umsturz aufforderte³⁴. Wie die „Dritte Welt“ eine dritte Kraft, so sollten diese nationalen Sozialismen einen dritten Weg zwischen Wirtschaftsliberalismus und marxistischer Wirtschaftsplanung ebnen. Ökonomisches Scheitern aber blieb in den meisten Fällen vorprogrammiert.

Oftmals wurde der in seinem historischen Gehalt höchst angefochtene Anspruch erhoben, mit jenen nationalen Sozialismus-Theorien an die vorkolonialen, angeblich gemeinschaftsbezogenen Gesellschaftsstrukturen anzuknüpfen. Identität sollte geschaffen werden, indem die Phase der kolonialen Berührung mit dem Westen verdrängt und eine angeblich ungebrochene eigene Kontinuität mit dem schillernden Allerweltswort des Sozialismus verwoben wurde. Dabei blieb durchaus umstritten, welche Interpretation der eigenen Vergangenheit Anspruch auf Autorität erheben konnte. Wissenschaftliche Forschungen wurden gleichermaßen bemüht, um die Homogenität und Sozialgebundenheit der vorkolonialen Gesellschaften im Sinne eines vagen sozialistischen Idealbildes zu bezeugen oder diese als apologetischen

³² Bechtoldt, S. 495 ff. („Vom Ideologiezwang zur Zwangsideologie“).

³³ Ebenda, S. 13 ff.; vgl. auch J.-P. Biondi, *Le Tiers-Socialisme*, Paris 1976.

³⁴ Vgl. F. Büttner, *Reform und Revolution in der islamischen Welt. Von der osmanischen Imperialdoktrin zum arabischen Sozialismus*, München 1972; J. Nyerere, *Ujamaa – Essays on socialism*, Dar es Salaam 1968; K. Kaunda, *Humanismus in Sambia*. Aus Reden und Schriften 1973; F. Fanon, *Die Verdammten der Erde*, Frankfurt 1968.

Ausdruck eines romantisierenden Geschichtsbildes zu verwerfen³⁵. Vor allem konnten durch den zum neuen Mythos aufgestiegenen Rekurs auf die autochthonen Traditionen die objektiven Probleme, die sich durch die Berührung mit der Moderne eingestellt hatten, nicht gelöst werden. Die Frage der Machtbildung und -begrenzung blieb im Denken der als voraufklärerisch apostrophierten Jungtürken ebenso unbestimmt wie in Senghors Négritude-Philosophie, jener ästhetizistischen Antithese zur französischen Kultur, die doch begrifflich in Frankreich ihren Ursprung genommen hatte, im Ujamaa-Sozialismus Nyereres ebenso ausgeklammert wie im Afrikanischen Humanismus Kaundas, die sich der Sprache der christlichen Mission bedienten. Hier aber ist die Kernproblematik eines jeden Rekurses auf autochthone Geistes-traditionen angesiedelt: Begründung und Begrenzung politischer Herrschaft in der Gegenwart.

In der internationalen Forschung haben sich die Methoden bei der Untersuchung und Systematisierung der Entwicklungsländer in den letzten vier Jahrzehnten ausdifferenziert. Geblieben ist in der Summe jedoch jene Deutung, die Clifford Geertz schon 1963 mit „old societies and new states“ umschrieben hat³⁶. Die Bewältigung der Begegnung von eigenständigen Traditionen und importierten Elementen der westlichen Moderne ist eine intellektuelle und politische Jahrhundertaufgabe geblieben. Mit ihr indessen hat sich das Bedürfnis nach machtlegitimierenden und einheitsstiftenden Ideologien erhalten, wiewohl oftmals die Staatsgründungsideologien zu Staatserhaltungsideologien geworden sind.

Die Erfahrung aber, so auch die eindringlichen jüngeren Warnungen der politikwissenschaftlichen Forschung, müsse lehren, daß sich hinter der Beschwörung altergebrachter Traditionen und der einheitsverheißenden Absicht jener nationalsozialistischen Ideologien ein erhebliches Mißtrauen gegenüber geistigem und politischem Pluralismus verberge. Zum abschreckendsten Beispiel einer ideologisch verzerrten Romantik und eines menschenverachtenden Zynismus geriet die Schreckensherrschaft der Roten Khmer im Kambodscha der späten siebziger Jahre. Wirre, von den intellektuellen Führern um Pol Pot und Ieng Sary schon in den späten fünfziger Jahren an der Pariser Sorbonne aufgegriffene Thesen einer sogenannten autozentrierten Entwicklung ebneten den Weg zur planmäßigen Vernichtung und Vertreibung von über drei Millionen Menschen und zur Zerstörung einer alten Zivilisation im Namen der Abkehr von jeder Modernität und Entwicklung.

³⁵ Vgl. beispielsweise U. M. Wittmann, *Ideologien und Utopien über einen sozialistischen Inkastat*, Diss. Bonn 1977; kritisch zu diesem Themenkomplex: D. Oberndörfer, *Das Entwicklungsproblem aus heutiger Sicht*, in: K. Kaiser/H.-P. Schwarz, *Weltpolitik. Strukturen-Akteure-Perspektiven*, Stuttgart 1985, S. 184 ff.

³⁶ C. Geertz, *Old societies and new states. The quest for modernity in Asia and Africa*, Glencore 1963; auch: J. L. Finkle/R. W. Gable, *Political development and social change*, New York 1966; R. A. Higgott, *Political development theory. The contemporary debate*, London 1983.

V.

In je unterschiedlichen Varianten ist die Frage nach der Übertragbarkeit abendländisch-westlicher Ideen auf die Entwicklungsländer aufgeworfen oder nach westlichen Ursprüngen der Ideologiebildungsprozesse in Asien, Afrika und Lateinamerika während des 19. und 20. Jahrhunderts geforscht worden. Nicht unbeachtet bleiben aber soll der umgekehrte Vorgang, das heißt die Wirkung von Denkfiguren aus Übersee auf die politische Ideengeschichte und Theorie, ja auf das moderne Weltbild von Teilen der westlichen Bevölkerung.

Drei Aspekte sollen veranschaulichen, daß geistige Prozesse keiner Einbahnstraße unterliegen, daß Ideen und Ideologien von der Ersten zur Dritten Welt, wohl aber auch umgekehrt strömen können. Zunächst richtet sich der Blick auf das extremste Beispiel. In der Tradition des geistigen Nord-Süd-Exports hatten noch jene Thesen gestanden, die der französische Altkommunist und heutige Präsidentenberater Régis Debray für den lateinamerikanischen Guerillakampf geliefert hatte; von Che Guevara und anderen waren seine Theorien einer permanenten Revolutionierung der Gesellschaft aufgegriffen worden³⁷. In umgekehrte Richtung aber wirkten die Handreichungen des brasilianischen Anarchisten Carlos Marighela. 1967 brach Marighela mit der Kommunistischen Partei, sprach sich für die gewaltsame Zerschlagung des Staates aus und animierte mit seinem „Handbuch der Guerilleros von Sao Paulo“ auch den aufkommenden europäischen Terrorismus. Seit dem Vietnamkrieg vermengten sich in jener Szene des europäischen Linksradikalismus antiamerikanische Tendenzen mit anarchistischen Utopien und einem Hang zur Gewaltanwendung. Carlos Marighela bot seinen Rezipienten in Europa Argumente und vor allem Handlungsanleitungen, die zu deren ideologischer Verblendung und zu terroristischen Gewaltaktionen in den siebziger Jahren beitrugen³⁸.

Auch die vielschichtige Bewegung der Kulturkritik und des Zivilisationszweifels erfuhr ihre, wenngleich weit gewaltfreiere, Anregung aus der Dritten Welt. Es mochte bezeichnend sein, daß die „Small is beautiful“-Konzepte eines E. F. Schumacher in den frühen siebziger Jahren mit ihren Vorstellungen einer dezentralen, angepaßten Produktionsweise vorderhand die Dritte Welt meinten, doch besondere Aufmerksamkeit in den aufkommenden Alternativbewegungen des Westens fanden³⁹.

Antwort auf einstigen unreflektierten Fortschrittsoptimismus suchten diese aber auch bei Mahatma Gandhi. Dessen Kritik an der modernen westlichen Zivilisation las sich wie die Vorwegnahme der sozialwissenschaftlichen Theorien eines Johan Galtung von der sogenannten strukturellen Gewalt – ohne indessen in deren Jar-

³⁷ R. Debray, *La révolution dans la révolution*, Paris 1972.

³⁸ Vgl. Alves/Debrez/Marighela, *Zerschlagt die Wohlstandinseln der Dritten Welt. Mit dem Handbuch der Guerilleros von Sao Paulo*, Hamburg 1971.

³⁹ E. F. Schumacher, *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“*, Hamburg 1977, vor allem S. 149 ff.

gon-Sprache zu verfallen – und als früher Appell zu einem alternativen Lebensstil⁴⁰. Vor allem in seinen 1919 bis 1922 entstandenen Aufsätzen, die unter dem Titel „Jung Indien“ – ein beziehungsreicher Anklang an die europäischen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts – erschienen, zeigte sich der starke Einfluß Leo Tolstois auf Gandhis Denken. Daß dieses Werk in Europa später von Romain Rolland herausgegeben werden sollte, spannt den Bogen einer geistigen Berührung zwischen Nord und Süd, Ost und West in besonders anschaulicher Weise.

Gandhi wurde im zeitgenössischen Westen hingegen selektiv und damit ideologisch reinterpretiert. Zwar hat seine Zivilisationsschelte – er ruft zu einer „Ethik der Zerstörung“ auf⁴¹ – ihre Epigonen gefunden. Der tiefe Respekt, den der indische Advokat der Gewaltlosigkeit der englischen Parlamentsdemokratie entgegenbrachte, wurde von vielen seiner Adepten jedoch zu übersehen versucht.

In Indien selbst waren Gandhis Positionen zur modernen Zivilisation keineswegs unangefochten. Jawaharlal Nehru, Führer der Kongreß-Partei und Indiens erster Ministerpräsident nach der Unabhängigkeit, stand mit dem Mahatma Seite an Seite im Ringen um nationale Souveränität, entwarf indessen ein ansonsten gegenläufiges Weltbild. Die Stahlwerke galten ihm als die Tempel des 20. Jahrhunderts, in Sozialismus und Säkularisierung sah er die Zukunft Indiens und der „Dritten Welt“.

Eine weitere national gefaßte Sozialismus-Konzeption sollte Gestalt annehmen, doch ist inzwischen in Indien wie in einer Reihe anderer Staaten der „Dritten Welt“ die Faszination des in seinem Kern aus Europa importierten Sozialismus einer Ernüchterung über die Fehlleistungen gewichen, die eine Übertragung der Konzepte von Marx, Engels und Lenin auf völlig andersgeartete Gesellschaften zur Folge haben mußte. Das Gesamtbild bleibt allerdings ambivalent. Gegenläufige Strömungen wie etwa die Etablierung der Sandinistas in Nicaragua bezeugen die anhaltende ideologische Bedeutung der sozialistischen Vision in bestimmten Modernisierungsgesellschaften.

Entgegen der Vision Nehrus besteht in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine kraftvolle Religiosität fort. Hier kann eine dritte Dimension der ideellen Ansprache des Nordens durch den Süden festgestellt werden, die weit über die modischen Wirkungen von Sekten orientalischer Herkunft an den Rändern der Zivilisationsgesellschaften hinausgeht. Die seit Gustavo Gutiérrez' gleichnamiger Studie in Lateinamerika entfaltete „Theologie der Befreiung“ bleibt in ihren theologischen Implikationen und in ihren soziologischen Zusammenhängen umstritten⁴².

⁴⁰ M. Gandhi, *Jung Indien*. Aufsätze aus den Jahren 1919 bis 1922. Auswahl von Romain Rolland und Madeleine Rolland, Zürich 1924.

⁴¹ Ebenda, S. 332 ff., wobei Gandhi auf die Zerstörung ausländischer Kleidung abhebt, die nicht in indischer Handarbeit gefertigt worden sei.

⁴² G. Gutiérrez, *Teología de la liberación*, Lima 1971; aus der Rezeptionsliteratur zum Beispiel: H. P. Rottländer (Hrsg.), *Theologie der Befreiung und Marxismus*, Münster 1986. Heftig umstritten im wissenschaftlichen Schrifttum bleibt die Deutung der islamischen Religion und der Revitalisierung des Islam vor allem nach der Revolution im Iran 1979, zusammenfassend: E. Stetter, Zur

Diese Ideenverflechtung aber löste über den lateinamerikanischen Kontinent hinaus eine lebhaft Diskussions innerhalb des Weltkatholizismus aus und gelangte auf diese Weise in das geistige Leben Europas, wo das Verhältnis von Befreiungstheologie und christlichem Freiheitsbegriff beziehungsweise Befreiungstheologie und Marxismus zwei Diskussionspole bildet. Zaghafte Ansätze eines Dialogs der christlichen Kirchen mit den nichtwestlichen Religionsgemeinschaften deuten weitere Momente einer theologischen Inspiration namentlich aus asiatischen Religionen an. Die europäische Theologie sucht hierbei zwischen den Chancen dieser neuen Dimension weltweiter Oikumene und den Gefahren eines religiösen Synkretismus auszutarieren⁴³. Indirekte Wirkungen eines theologischen Ideenaustausches sind durchaus auch auf das politische Denken möglich.

VI.

Der Prozeß der Bildung politischer Ideologien in den Ländern der sogenannten Dritten Welt hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gewandelt. Von einer einheitlichen Dritte-Welt-Ideologie konnte aber selbst in den vierziger und fünfziger Jahren nicht gesprochen werden, als die großen Entwürfe eines Gandhi, Mao Tse-tung, Nasser, Sénghor oder Sukarno lebhaft Beachtung in aller Welt fanden⁴⁴. Seit den siebziger Jahren sind die großen Theorieentwürfe ausgeblieben, Ernüchterung ist eingetreten. Dabei ist indessen immer wichtig geblieben, daß die eigentümlichen Verhältnisse und Bedingungen in einzelnen Ländern und Kulturkreisen verhindern, eine leitbildhafte Typologie der unterschiedlichen Ideologien auszubilden.

Die Wirkungen der beschriebenen politischen Ideologien klingen in der gesamten Region Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nach. Gerade diese Modernisierungsgesellschaften unterliegen der latenten Gefahr jeweils neuer Ideologiebildungen, die Patentantworten auf komplexe Fragen der Modernisierung und der Staatsentwicklung bereitzuhalten scheinen. Immer wieder sollten Ideologien dazu dienen, Menschen emotional anzusprechen, um sie für extreme politische Ziele zu begeistern.

Ideologien sind zwar keine Wurzel der Politik im Sinne der Klassifizierung Dolf Sternbergers, wohl aber eine besonders einflußreiche Möglichkeit des politischen Denkens. In Übersee ist dieses nicht anders als in Europa. Die Länder der sogenannten Dritten Welt stehen in diesem Kontext vor einer doppelten Aufgabe: das politische Denken zu entideologisieren und doch zugleich geistig-ethische Perspek-

Revitalisierung des Islams: Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Entwicklungsmöglichkeiten, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1981.

⁴³ Vgl. W. Bühlmann, Wenn Gott zu allen Menschen geht. Für eine neue Erfahrung der Auserwählung, Freiburg 1981; K. Hartong/R. Hohmann, 2021 – Kirche auf dem Weg ins dritte Jahrtausend, Mainz 1984.

⁴⁴ Vgl. P. J. Opitz (Hrsg.), Profile und Programme der Dritten Welt.

tiven zu entwerfen, die der eigenen Geschichte verpflichtet bleiben und ihre Völker einer freiheitlichen, demokratischen Zukunft entgegenführen können. Dieses zu leisten, obliegt der Politik und den Intellektuellen jener Länder, aber auch einer ihrer weltweiten Verantwortung bewußten Politischen Wissenschaft, die den Erfahrungen unserer Zeitgeschichte Rechnung trägt. Damit würde sie an den aristotelischen Ausgangspunkt des eigenen Selbstverständnisses zeitgerecht anknüpfen können.

Dokumentation

CLEMENS VOLLNHALS

DAS REICHSKONKORDAT VON 1933 ALS KONFLIKTFALL IM ALLIIERTEN KONTROLLRAT

I

Zu den umstrittensten Verträgen aus der Zeit der NS-Diktatur zählt zweifelsohne das 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan abgeschlossene Reichskonkordat. Im Mittelpunkt heftiger wissenschaftlicher Debatten steht dabei die Frage, ob ein kausaler Zusammenhang zwischen der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz (23. März), seiner Selbstauflösung (5. Juli) und der Unterzeichnung des Reichskonkordats (20. Juli) existiert. Während die traditionelle Lehrmeinung, angeführt von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, dies entschieden verneint, wurde die gegenteilige Auffassung vor allem von Klaus Scholder vertreten¹. Unbestritten ist, daß das Reichskonkordat der katholischen Kirche auf schulpolitischem Gebiet mit der Garantie des konfessionellen Primarschulwesens und der konfessionellen Lehrerausbildung für diesen Schulzweig Rechte einräumte, die kein parlamentarisch legitimierter Reichstag der Weimarer Republik zu bewilligen bereit gewesen war.

Nach 1945 richteten sich die Forderungen der Kirchen weniger auf Fragen des eigentlichen Rechtsverhältnisses von Staat und Kirche als auf Regelungen im Bereich des Erziehungs- und Unterrichtswesens². Sie betrafen vor allem die Aufrechterhaltung bzw. Wiedererrichtung der Konfessionsschulen, die Stellung des Religionsunterrichts und die Anerkennung der Kirchen als Erziehungsträger. Damit rückte das Reichskonkordat und die Frage seiner Fortgeltung erneut in den Mittelpunkt scharf geführter Debatten.

Bereits vor Kriegsende hatte der Vatikan durch seinen apostolischen Delegaten in Washington, Erzbischof Amuleto Cicognani, das amerikanische Außenministerium

¹ Vgl. Konrad Repgen, Entstehung und Bedeutung des Reichskonkordats, in: VfZ 26 (1978), S. 499–534; Klaus Scholder, Altes und Neues zur Vorgeschichte des Reichskonkordats. Erwiderung auf Konrad Repgen, ebenda, S. 535–570; sowie die zusammenfassende Literaturübersicht bei Konrad Repgen, Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, in: VfZ 31 (1983), S. 506–535, Anm. 1.

² Vgl. Konrad Hesse, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, N.F., 10 (1961), S. 3–121; Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner in Verb. mit Joseph Listl, Berlin 1974 u. 1975.

nachdrücklich auf die Bedeutung des Reichskonkordats für die Reorganisation des deutschen Schulwesens hingewiesen³. Auf ihrer ersten gemeinsamen Nachkriegskonferenz in Fulda im August 1945 beschlossen die katholischen Bischöfe, die Konkordate auch weiterhin als „verbindliche Rechtsgrundlage“ zu betrachten⁴. Das Kalkül war eindeutig, einer Anfechtung des umstrittenen Reichskonkordats, dessen Fortgeltung nach der bedingungslosen Kapitulation auf juristisch höchst unsicherem Boden stand, durch seine kirchlicherseits als selbstverständlich praktizierte Weiteranwendung entschlossen entgegenzuwirken. Mitte 1949 faßte Papst Pius XII., der während seiner Zeit als Apostolischer Nuntius für das Deutsche Reich (1920–29) und als Kardinalstaatssekretär (1930–39) die Länderkonkordate mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) sowie das Reichskonkordat für den Vatikan ausgehandelt und unterzeichnet hatte⁵, in einem Gespräch mit Pater Ivo Zeiger S.J. die vatikanische Strategie noch einmal zusammen: „Die juristisch sehr zweideutige Situation in Deutschland legt nur eine Handlungsweise nahe – möglichst viele vollendete Tatsachen schaffen.“⁶ Die im vertraulichen Kreise gefallene Äußerung ist auch insofern bemerkenswert, da in offiziellen Stellungnahmen stets jeder Zweifel an der rechtlichen Fortgeltung der Konkordate entschieden zurückgewiesen wurde.

Während einer Audienz Anfang 1946 wies der Papst auch Theobald Dengler, den Leiter für katholische Angelegenheiten innerhalb der Religious Affairs Section der amerikanischen Militärregierung, darauf hin, daß er das Reichskonkordat weiterhin als voll rechtsgültig ansehe und die Fortgeltung nachdrücklich wünsche⁷. Der wirkungsvollen Durchsetzung vatikanischer Interessen gegenüber den Besatzungs-

³ Frederic Spotts, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976, S. 49.

⁴ Protokoll der Plenarsitzung des deutschen Episkopats, Fulda, 21.–23. 8. 1945. Zit. bei Ludwig Volk, *Der Heilige Stuhl und Deutschland 1945–1949*, in: Anton Rauscher (Hrsg.), *Kirche und Katholizismus 1945–1949*, Paderborn 1977, S. 53–87, hier: S. 69, Anm. 56, der damit die Auffassung von Spotts (Anm. 3) korrigiert, die Bischöfe hätten in Fulda das Reichskonkordat nicht länger befürwortet. Im Hirtenbrief der Bischofskonferenz hieß es: „Wir hoffen, daß katholischen Eltern wieder die Möglichkeit gegeben ist, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken. Es gibt keine bessere Bürgerschaft für die Gesundung der geistigen Lage als eine wahrhaft religiöse Erziehung, die in der Bekenntnisschule gesichert ist. Wir stützen unsere Forderung auf unser durch Gesetz und Konkordat verbürgtes Recht. Wir erwarten von allen Gläubigen, daß sie unsere Bemühungen um die echte katholische Erziehung der Kinder nach Kräften unterstützen.“ *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 1945, S. 392.

⁵ Vgl. Audomar Scheuermann, *Die Konkordatspolitik Pius' XII.*, in: Herbert Schambeck (Hrsg.), *Pius XII. zum Gedächtnis*, Berlin 1977, S. 71–102; Rudolf Morsey, Eugenio Pacelli als Nuntius für Deutschland, ebenda, S. 103–140; Werner Weber, *Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge der Gegenwart*. Textausgabe mit den amtlichen Begründungen sowie mit Ergänzungsbestimmungen, vergleichenden Übersichten, Schriftumshinweisen und einem Sachverzeichnis, Göttingen 1962.

⁶ Zit. bei Spotts (Anm. 3), S. 184. Der Bericht Zeigers wird von Spotts und Colman J. Barry, *American Nuncio Cardinal Aloisius Muench, Collegeville/Minnesota 1969*, S. 84 f., auf das Jahr 1947 datiert, während Volk (Anm. 4), S. 70, ihn „zweifelsfrei“ der Romreise Zeigers v. 7.–21. Juni 1949 zuordnet. Zur eisernen Einhaltung des Reichskonkordats durch Pius XII. vgl. Volk, S. 67 ff.

⁷ Telephone Conference, Dengler with ambassador Murphy, 22. 4. 1946 (National Archives, Washington [= NA], Record Group [= RG] 260, 5/340–3/21).

mächten stand jedoch das juristisch ebenfalls unsichere Fundament der Vatikanmission in Kronberg/Taunus entgegen, die de facto die Aufgaben der von den Alliierten geschlossenen Apostolischen Nuntiatur in Berlin⁸ fortführte, da ihr Aktionsradius offiziell auf die seelsorgerliche Betreuung der Displaced Persons in der US-Zone beschränkt war⁹. Die dürftigen institutionellen Grundlagen glichen allerdings andere Ämter aus, die ihr Leiter, Bischof Aloisius Muench aus Fargo in Norddakota, neben seinem Auftrag als apostolischer Visitator wahrnahm. So war er zugleich katholischer Generalvikar der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland und Österreich und – weitaus bedeutender – zum Verbindungsmann des amerikanischen Episkopats zur amerikanischen Militärregierung mit dem Titel eines „U.S. Liaison Representative in German Religious Affairs“ ernannt worden¹⁰. Da eine diplomatische Anerkennung der Vatikanmission seitens der Besatzungsmächte ausstand, konnte sie nicht direkt im Namen des Papstes bei den Militärregierungen oder dem Alliierten Kontrollrat vorstellig werden. Andererseits besaß Muench gute Beziehungen zu führenden amerikanischen und britischen Besatzungsoffizieren. Mit General Clay und Robert Murphy, dem politischen Berater des State Department für die Amerikanische Militärregierung in Deutschland, war er freundschaftlich verbunden¹¹.

Wenden wir uns nun der alliierten Kirchenpolitik zu, wobei entsprechend der Quellenlage die amerikanischen Planungen stärker im Vordergrund stehen. Während die Vorbereitungen zur Besetzung Deutschlands Ende 1941 mit der Rekrutierung und Ausbildung zukünftiger Besatzungsoffiziere relativ früh anliefen, begannen die ersten Planungen für den Bereich der Kirchenpolitik erst im Frühjahr 1944 in der Religious Affairs Section der aus amerikanischen und britischen Fachleuten zusammengesetzten German Country Unit, die dem Planungsstab General Civil Affairs des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF) zugeordnet war. Als Leiter war Major Marshall M. Knappen, im Zivilleben Professor für Geschichte und Politik am Michigan State College, gewonnen worden, der allerdings von Anfang an mit mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung sowie fehlenden Planungsvorgaben zu kämpfen hatte¹².

⁸ Die ehemalige Nuntiatur bestand in Eichstätt unter Leitung von Erzbischof Caesare Orsenigo fort, dem allzu große Nachgiebigkeit gegenüber den NS-Machthabern vorgeworfen wurde. Sie wurde von den Amerikanern weder beachtet noch behelligt und wirkte rein innerkirchlich. Vgl. Volk (Anm. 4), S. 61.

⁹ Zur Stellung der Vatikanmission siehe Barry (Anm. 6), S. 89 ff.; Volk (Anm. 4), S. 59 ff. Zu Person und Politik Muenchs siehe neben der Biographie von Barry auch die kritischen Bemerkungen bei Spotts (Anm. 3), S. 72 ff.

¹⁰ Auf protestantischer Seite übernahm diese Anfang 1946 geschaffene Funktion als Vertreter des Federal Council of Churches of Christ in America Samuel Cavert, der später von Julius Bodensieck abgelöst wurde. Für das Synagogue Council of America arbeitete Rabbiner Simon Kramer.

¹¹ Barry (Anm. 6), S. 119, 138. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß sowohl Murphy wie Ivone Kirkpatrick, der politische Berater der britischen Militärregierung, praktizierende Katholiken waren. Spotts (Anm. 3), S. 52.

¹² Marshall M. Knappen, Historical Report. Education and Religious Affairs. Winter 1941–Spring 1946, S. 5 (NA, RG 260, 5/340–2/10); ders., And call it peace, Chicago 1947, S. 60 ff. Vgl. allg.

Den ersten Planungen lagen drei Prämissen zugrunde: 1., daß die Politik der Alliierten auf die Wiedererrichtung „of something like the Weimar Republic“ abziele. 2., daß die Kontrolle kirchlicher Angelegenheiten mehr mit indirekten Mitteln angestrebt werden solle und 3., daß Teile der deutschen Kirchen auf Grund ihrer antinationalsozialistischen Haltung als potentielle Mitarbeiter für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands in Frage kämen. Da eine Reform des traditionellen Verhältnisses von Staat und Kirche nicht zu den erklärten alliierten Kriegszielen zähle, solle eine grundsätzliche Regelung einer künftigen deutschen Regierung überlassen bleiben. Wo Maßnahmen unumgänglich seien, solle man sich mit der provisorischen Herstellung des Status quo von Anfang 1933 begnügen¹³.

Dieser restaurative Grundzug bestimmte auch die Direktive Nr. 12 der European Advisory Commission (EAC)¹⁴, in der amerikanische, britische und sowjetische Vertreter zum ersten Mal gemeinsam kirchenpolitische Richtlinien aufstellten. Sie trat zugleich als amerikanische Direktive JCS 1143 im November 1944 in Kraft¹⁵. Als Zielvorgaben wurden u. a. aufgestellt: Auflösung des Reichskirchenministeriums, Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen zur Gleichschaltung der Kirchen, Gewährleistung der Religionsfreiheit und -ausübung, Schutz und Rückgabe kirchlicher Einrichtungen und ihres Eigentums. Die Zonenoberbefehlshaber sollten sich jeglicher Einmischung in die Regelung des Religionsunterrichts und der Errichtung oder Fortführung von Konfessionsschulen enthalten. Die Fortzahlung der Staatsleistungen an die Kirchen sowie die Erhebung von Kirchensteuern wurde, vorbehaltlich einer weiteren Klärung durch den Kontrollrat, in das Ermessen der jeweiligen Besatzungsmacht gestellt, ebenso die Zulassung kirchlicher Jugend-, Sport- und Wohlfahrtsverbände. Den wichtigsten Punkt stellte jedoch die Entscheidung dar, daß der Kontrollrat den Kirchen selbst die Regelung ihrer Verfassung, Rituale und

Armin Boyens, Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht von 1944 bis 1946, in: Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge von Armin Boyens, Martin Greschat, Rudolf von Thadden, Paolo Pombeni, Göttingen 1979, S. 7–99; Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung. Politische Säuberung und kirchliche Selbstreinigung am Beispiel der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949, Diss. München 1986, S. 7 ff. Zur britischen Kirchenpolitik vgl. Gerhard Besier, „Selbstreinigung“ unter britischer Besatzungsherrschaft. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Landesbischof Marahrens 1945–1947, Göttingen 1986, S. 25 ff.

¹³ Historical Report (Anm. 12), S. 8 f.

¹⁴ Vgl. Hans-Günter Kowalski, Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZ, 19 (1971), S. 261–293.

¹⁵ Vgl. Boyens (Anm. 12), S. 18 ff. Der auf S. 68 abgedruckte Richtlinienentwurf vom 24. 11. 1944 stellt den gebilligten Entwurf dar und ist mit der amerikanischen JCS 1143 identisch. Der Entwurf stammte von der von Knappen geleiteten Education and Religious Affairs Branch der U.S. Group Control Council, die nach Beendigung der engen Zusammenarbeit mit den Briten innerhalb der German Country Unit im August 1944 gegründet wurde. Obwohl die Direktive ursprünglich nur für die Anfangszeit der Besatzung gelten sollte, bestimmten ihre Implikationen wesentlich die Grundprinzipien späterer Politik. Vgl. Beryl R. Mc Claskey, The History of U.S. Policy and Program in the field of Religious Affairs under the Office of the U.S. High Commissioner for Germany, 1951, S. 16.

internen Verhältnisse rein kirchlicher Körperschaften überlassen solle. Andererseits wurde die Ausschaltung nationalsozialistischer Einflüsse und Personen gefordert. Im großen und ganzen gewährte diese sachkundige und differenzierte Direktive den Kirchen einen außerordentlichen Freiraum. Die dennoch feststellbare Spannung zwischen genereller Nichteinmischung und partieller Überwachung spiegelt unverkennbar ein liberales Verständnis der Beziehungen von Staat und Kirche unter den besonderen Bedingungen von Besatzungsherrschaft wider.

Obwohl sich Knappen bereits mit der diffizilen Frage der Fortgeltung der Konkordate befaßt hatte, die er als das „chief problem in the Catholic field“ begriff, waren sie in den oben genannten Richtlinien nicht einmal erwähnt worden. Die Kernfrage für Knappen lautete, ob das zwischen dem Vatikan als einer neutralen Macht und dem Deutschen Reich abgeschlossene Reichskonkordat nach dem Wegfall der deutschen Regierung überhaupt noch gültig sein könne. Er selbst rechnete damit, daß der Klerus von sich aus wegen des in Artikel 32 festgelegten Verbots der politischen Betätigung für Geistliche die Aufhebung verlangen werde. Andererseits seien dann alle Garantien für die katholischen Konfessionsschulen bis auf Bayern und Baden hinfällig, da das preußische Konkordat keine Bestimmungen zur Schulfrage enthalte¹⁶.

Als die amerikanischen Truppen im September 1944 Aachen besetzten und für Frühjahr 1945 die Wiederaufnahme des Schulbetriebs ankündigten, war das Problem der Fortgeltung des Reichskonkordats keine scholastische Frage mehr. Am 14. Februar 1945 wandte sich der Aachener Bischof, Johannes Joseph van der Velden, an den obersten Befehlshaber der alliierten Streitkräfte, General Eisenhower: „Die gegenwärtige Situation gibt den deutschen Bischöfen noch nicht die Gelegenheit, ihrerseits zur Schulfrage Stellung zu nehmen. Ich bitte daher, mit dem Heiligen Stuhl direkt in Verbindung zu setzen, umso mehr, als die Anordnungen für Aachen für das ganze Reich maßgebend werden könnten.“¹⁷

Anfang Mai erkundigte sich Murphy, welche Stellung das State Department zum Reichskonkordat einnehme¹⁸. Die Antwort aus Washington kam wenige Tage später: Zwar sei die Fortgeltung zwischen den Alliierten eine offene Frage und auch juristisch umstritten, aber: „We believe that the Concordat would not lapse automatically and that it would be therefore remain at least technically binding.“ Aufgrund

¹⁶ Historical Report (Anm. 12), S. 10. Entgegen der Ansicht Knappens enthält jedoch auch das badische Konkordat keine Bestimmung über die Einrichtung von Konfessionsschulen, es ließ vielmehr die Tradition der badischen Simultanschule unberührt. Vgl. Alexander Hollerbach, Das Badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, in: Beiträge zur Rechtsgeschichte. Gedächtnisschrift für Hermann Conrad. Hrsg. von Gerd Kleinheyer und Paul Mikat, Paderborn 1979, S. 283–306.

¹⁷ NA, RG 260, 5/339–3/36. Zu den Erfahrungen der amerikanischen Militärregierung mit der katholischen Kirche in Aachen siehe Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern, in: VfZ, 15 (1967), S. 153–210, hier: S. 172 ff.; Boyens (Anm. 12), S. 20 f.

¹⁸ Murphy an State Department, 4.5. 1945 (NA, RG 84, Polad 737/1), abgedruckt bei Boyens (Anm. 12), S. 65.

seines speziellen Charakters, der es von normalen zwischenstaatlichen Verträgen unterscheidet, könnten jedoch die Zonenoberbefehlshaber einzelne Teile in ihren Zonen außer Kraft setzen, wenn es ihre Kontrollbefugnisse behindere. Ebenso könne der Kontrollrat einzelne Bestimmungen suspendieren. Das Reichskonkordat für ungültig zu erklären, erscheine jedoch nicht nötig. Solange es nicht dazu benutzt werde, die Erreichung der Ziele der Alliierten zu beeinträchtigen, könne die Entscheidung über den Status des Reichskonkordats einer künftigen deutschen Regierung überlassen werden¹⁹.

Die Anweisung schlug sich in der Military Government Regulation, Title 8 (Education and Religion), nieder, die im Sommer 1945 vom Office of Military Government U.S.-Zone (OMGUS) herausgegeben wurde: „Status of Concordat between Germany and the Vatican State: The terms of the Concordat of 1933 remain technically binding and will be respected unless declared inoperative in whole or in part by the Allied Control Authority . . . Status of Laender Concordats: The terms of the Concordats between the Holy Sea and Bavaria (1924), Prussia (1929), and Baden (1932) which are confirmed by Article 2 of the Concordat of 1933, will be respected by Military Government unless appropriate action of the 1933 Concordat is declared inoperative by the Allied Control Authority.“²⁰ Entsprechend versicherte etwa Dengler im November 1945 Kardinal Faulhaber, daß die amerikanische Militärregierung jederzeit das bayerische Konkordat anerkenne, sofern es die bayerische Regierung wünsche, und daß sie in dieser Angelegenheit nichts entgegen der Regierung unternehmen werde. Schließlich sei es das Bestreben der Militärregierung, „alles zu tun, um mit der Kirche friedlich zusammenarbeiten zu können“²¹.

Zuvor hatte Captain Richey nach getrennten Unterredungen mit Faulhaber, Domvikar Thalhammer und Weihbischof Scharnagl im Juli 1945 in einem Memorandum für Murphy als Haltung der katholischen Kirche in Bayern festgehalten, daß sie zwar das bayerische Konkordat als gültig ansehe, nicht jedoch das Reichskonkordat²². Gestützt auf einen weiteren Bericht Captain Kennys, der im August

¹⁹ State Department an Murphy, 10.5. 1945 (NA, RG 84, Polad 737/1), abgedruckt bei Boyens (Anm. 12), S. 65 f.

²⁰ NA, RG 260, 5/341–3/39. Im Handbuch „Military Government Germany. Technical Manual for Education and Religious Affairs“, das von Knappen, Riddy, Col. Percival, Cpt. Taylor und Cpt. Geyer ausgearbeitet worden war und im Februar 1945 kurz vor der Auflösung von SHAEF im Juli herausgegeben wurde, hatte es noch geheißen: „The terms of the Concordat of 1933 will be respected by the occupying powers and will be strictly observed . . . This agreement between the Vatican and the Reich will presumably be regarded as binding by the military government of the occupying powers“, S. 42 u. 106 (NA, RG 260, 5/341–3/19).

²¹ Protokoll der Unterredung Sr. Eminenz mit Mr. Dengler, 7. 11. 1945 (NA, RG 260, 5/342–2/30).

²² Recognition of the Bavarian Concordat of 1924, 27. 7. 1945 (NA, RG 84, Polad 737/1). Als Faulhaber, ein überzeugter bayerischer Föderalist mit monarchistischer Gesinnung (vgl. Barry, S. 81 f.) als Vorsitzender der bayerischen Bischofskonferenz im Juni 1948 verfügte, daß die bayerischen Bischöfe künftig wieder nach dem bayerischen Konkordat, das keinen Treueeid der Bischöfe kannte, ernannt werden sollten – „dieser Modus ist, wie andere Gesetze und Gebräuche der Nazizeit abzulehnen“ –, mußte er wenig später auf vatikanischen Druck wieder einlenken. Siehe Volk (Anm. 4), S. 72. Der neuernannte Bischof von Würzburg, Julius Döpfner, leistete am 5. Oktober den

dem offenen Teil der Fuldaer Bischofskonferenz beiwohnte, berichtete Murphy am 28. August 1945 an das State Department: „Apparently the Bishops do not favor the 1933 Concordat although they realize that the question of German's treaties will probably have to be decided by the Control Council. For the time being they would like to see the 1933 Concordat suspended in effect and would like to work back towards the provisions of the earlier Laender Concordats of the 1920's.“²³ Offensichtlich war die amerikanische Militärregierung im Herbst 1945 über die Absicht der katholischen Kirche, im Interesse des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen am Reichskonkordat festzuhalten, nur unzureichend unterrichtet und überschätzte föderalistische Regungen innerhalb des Klerus.

Am 7. November 1945 wandten sich jedoch die westdeutschen Bischöfe mit einer Eingabe an den Alliierten Kontrollrat, in der sie „die Forderung der Erhaltung bzw. Wiedereinführung der öffentlichen katholischen Volksschulen“ nachdrücklich erhoben und zur Begründung unter anderem anführten: „Die Erhaltung und Neueinrichtung katholischer Schulen ist durch das Konkordat mit Bayern und durch das mit dem Deutschen Reich von 1933 gewährleistet.“²⁴

II

Innerhalb der umfangreichen Organisation des Kontrollrats²⁵ wurde am 31. August 1945 als Unterausschuß des Directorate of Internal Affairs and Communication (DIAC) das Allied Religious Affairs Committee (ARAC) gegründet, das zuerst alle 14 Tage, später einmal im Monat unter wechselndem Vorsitz tagte. Als amerikanische Delegierte nahmen abwechselnd Captain Kenny und Major Knappen teil; die Briten wurden durch Mr. Riddy, später durch Colonel Sedgwick im Wechsel mit Liaison Officer, Lieutenant Colonel Percival, vertreten, die Franzosen durch Pfarrer Carteron und Chastand und die Sowjets durch Lieutenant Colonel Makukhin und

Treueeid gemäß Artikel 16 des Reichskonkordats, was die Militärregierung in Bayern kommentarlos bestätigte.

²³ NA, RG 84, Polad 737/1.

²⁴ In: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. 6: 1943–1945. Bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1985, S. 837 f. Die Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an den Kontrollrat v. 23. August 1945 hatte weder die Konfessionsschulen noch die Konkordate erwähnt (NA, RG 84, Polad 737/1). Zur Behandlung dieser Eingabe im Kontrollrat siehe NA, RG 260, 2/99–1/16.

²⁵ Im Kontrollrat wurden die eigentlichen Sachfragen von 12 Direktoraten bearbeitet, in denen die vier Mächte durch ständige Delegierte vertreten waren. Die Vorlagen der Direktorate sollten an einem einstimmigen Konsens beruhen und wurden anschließend über das Alliierte Sekretariat an die Entscheidungsgremien des Kontrollrats, dem Control Council oder Coordinating Committee, weitergeleitet. Fragen von geringerer Bedeutung konnten auch auf Direktoratsebene entschieden werden. Vgl. S. M. Eliopoulos, U. S. Military Government for Germany. Organization and procedure of Allied Control Authority and Allied Berlin Kommandatura, Historical Division European Command, Karlsruhe 1950; Wilhelm Cornides, Der Kontrollrat, in: Europa-Archiv, Oktober/November 1946, S. 220 ff.

Yermolaev²⁶. Um den amerikanischen Standpunkt von vornherein klarzustellen, brachte Knappen auf einer der ersten Sitzungen den Antrag ein, die EAC-Direktive Nr. 12 bzw. die amerikanische JCS 1143 als Arbeitsgrundlage anzunehmen. Dadurch werde die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Alliierten auf eine feste Grundlage gestellt und zugleich den Deutschen die Möglichkeit genommen, die Besatzungsmächte gegeneinander auszuspielen. Der Vorschlag fand auch die Billigung des sowjetischen Delegierten, der nachdrücklich eine einheitliche Kirchenpolitik in allen vier Besatzungszonen befürwortete und als Geschichtspräsident auf die verheerenden Folgen des Grundsatzes „cuius regio, eius religio“ hinwies²⁷.

Aufgrund dieser Übereinkunft verabschiedete ARAC am 11. Oktober 1945 eine gemeinsame Empfehlung über die künftige Stellung der Konfessionsschulen und des Religionsunterrichts, die die stellvertretenden Militärgouverneure am 23. November im Coordinating Committee (CORC) mit geringen Änderungen billigten. Sie beschlossen, daß in jeder Zone als vorläufige Regelung das Schulwesen entsprechend den lokalen Traditionen und Wünschen der Bevölkerung gestaltet werden solle, soweit dies mit den allgemeinen Richtlinien zur Kontrolle des Erziehungswesens vereinbar sei. Unter keinen Umständen dürften öffentliche Schulen den Besuch des Religionsunterrichts verweigern, aber auch nicht obligatorisch alle Schüler dazu verpflichten²⁸. Keine Übereinstimmung konnte bei der Frage der Kirchensteuer und der Staatsleistungen erzielt werden, da sich der sowjetische ARAC-Delegierte nicht für autorisiert hielt, eine so grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Im April 1946 beschloß CORC, daß die Erhebung von Kirchensteuern auf freiwilliger Basis erlaubt sein sollte, wenn damit keine antidemokratischen Aktivitäten finanziert würden und sie den bisherigen von den Militärbehörden festgelegten Höchstbetrag nicht überschritten²⁹. Weitere Schwierigkeiten bereitete die Zulassung kirchlicher Jugend- und Sportverbände, die der Entscheidung der jeweiligen Militärgouverneure überlassen blieb. Trotz der vorhandenen Differenzen hob Knappen in seinem Rechenschaftsbericht im Frühjahr 1946 das gute Verhandlungsklima hervor: „All members proved congenial. They entertained each other with reasonable frequency and greatly enjoyed the meals together.“³⁰

²⁶ Historical Report (Anm. 12), S. 18 f. Die personelle Zusammensetzung gibt den Stand bis Frühjahr 1946 wider. Eine unvollständige Sammlung von ARAC-Minutes findet sich in: NA, RG 260, 2/124-2/11-12.

²⁷ Historical Report (Anm. 12), S. 19.

²⁸ Allied Control Authority, Coordinating Committee, Proposals for Religious Education Policy, CORC/P (45) 162 Final, 23. 11. 1945 (NA, RG 260, 5/339-1/6).

²⁹ Allied Control Authority, Coordinating Committee, Recommendations on Religious Affairs, CORC/P (46) 48 Revise-DIAC/P (45) 32 Revise, 15. 4. 1946 (NA, RG 260, 5/337-2/6).

³⁰ Historical Report (Anm. 12), S. 19. Vgl. Mc Claskey (Anm. 15), S. 20: „During the first two years of the occupation, relations between the religious affairs officers of the Soviet Union and the United States were friendly, but they were based exclusively on the requirement of formal quadripartite assignments because of the attitude of the UdSSR toward the church. Cordial and informal relations between the three Western Allied representatives were established during the earliest days of the occupation and, through an exchange of personal ideas as well as official plans, they have success-

Den ersten Anstoß zur Behandlung der Konkordatsmaterie im Kontrollrat gab das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Berlin. Anfang Dezember 1945 hatte Generalvikar Prange beim Magistrat von Groß-Berlin die ausstehenden Staatsleistungen entsprechend dem preußischen Konkordat für das Jahr 1944/45 in Höhe von rund 105 000 RM angemahnt³¹. Einen ähnlichen Vorstoß unter Bezug auf den preußischen Kirchenvertrag von 1931 unternahm das Evangelische Oberkonsistorium der Altpreußischen Union. Der Magistrat erklärte sich für nicht zuständig und verwies an den Kontrollrat.

1945/46 standen die Kirchen in Berlin vor außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten: Die Bankguthaben waren in der sowjetischen Zone gesperrt, die Einnahmen aus Grundbesitz und Spenden stark gesunken und an Staatsleistungen wurden seit Kriegsende nur mehr ein Viertel der früheren Beträge gezahlt. Nach Angaben von Bischof Dibelius erbrachte die Kirchensteuer nur noch ein Fünftel, so daß die evangelische Kirche 1946 in Berlin ein Defizit von einer Million RM verzeichnete. Obwohl die Gehälter der Geistlichen und Angestellten drastisch gesenkt wurden, konnten dennoch Pensionen und viele Landpfarrer nicht ausgezahlt werden. Die Lage war, wie Dibelius feststellte, „katastrophal, und das in demselben Augenblick, in dem die antikirchliche Einstellung der im Osten maßgeblichen Partei die Tätigkeit der Kirche auf Schritt und Tritt zu hindern sucht und die antichristliche Propaganda Formen angenommen hat, die sich von der der Nationalsozialisten nicht mehr unterscheidet.“³²

In dieser Situation wandte sich Prange fast ein Jahr später, am 15. August 1946, an den Kontrollrat mit der Bitte, dem Magistrat die Auszahlung der eingeforderten Staatsleistungen zu gestatten³³. Ebenso wurde das Evangelische Oberkonsistorium erneut vorstellig³⁴. Ob sich das Ordinariat der Folgen seines Antrages bewußt war und damit eine Entscheidung über den Rechtsstatus des preußischen Konkordats herbeiführen wollte, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Die lange Wartezeit spricht eher dagegen. Aus den amerikanischen Akten ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, daß die Vatikanmission oder die Fuldaer Bischofskonferenz beim Kontrollrat um eine definitive Klärung der Rechtslage hinsichtlich der Fortgeltung der Konkordate nachgesucht hat. Die Durchsetzung katholisch-kirchlicher Interessen auf dem weltanschaulich heftig umkämpften Bereich des Erziehungswesens gerade von den Besatzungsmächten zu erwarten, wäre in der Tat ein riskantes

fully integrated theirs programs from the inception of Military Government.“

³¹ Bischöfliches Ordinariat an den Magistrat von Berlin, 5. 10. 1945. Alle im folgenden zitierten Dokumente befinden sich, sofern nicht anders angegeben, im Bestand: NA, RG 260, 5/340–3/19.

³² Dibelius an Ohlsen (ERA-Branch), 18. 5. 1946 (NA, RG 260, 5/341–2/34). Zur Kirchenpolitik der SED siehe Werner Adolph, Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht, Berlin 1971, S. 201 ff.; Horst Dähn, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1950, Opladen 1982, S. 11 ff.

³³ Bischöfliches Ordinariat to Right. Hon. Inter-Allied Control Council, 15. 8. 1946.

³⁴ Magistrat der Stadt Berlin, Finanzabteilung, an Allied Kommandatura, Finance Committee, 31. 11. 1946 (NA, RG 260, 2/99–1/21).

Unternehmen mit äußerst unsicherem Ausgang gewesen. Denn daß die Sowjetunion der Kirche nicht wohlgesonnen war, war nur zu bekannt, aber auch in Frankreich und den USA besaß die laizistische Trennung von Staat und Kirche eine lange Tradition.

Der Kontrollrat leitete das Schreiben Pranges an den Finanzausschuß der ihm zur gemeinsamen Verwaltung Berlins unterstehenden Alliierten Kommandatura weiter. Dort kam man zu dem Ergebnis, daß die Frage der Staatsleistungen „in connection with Germany as a whole“ geprüft werden müsse³⁵. Damit war zum ersten Mal der Kontrollrat, als Inhaber der obersten Gewalt im besiegten Deutschland, mit dem Problemkreis der Länderkonkordate und des Reichskonkordats befaßt. In zahlreichen Sitzungen der verschiedenen Direktorate und Komitees stand dieses Problem nunmehr auf der Tagesordnung.

Als erste Instanz hatte sich DIAC damit zu beschäftigen. Der amerikanische Delegierte vertrat entsprechend einer Instruktion von OMGUS, die sich auf die bereits erwähnte Stellungnahme des State Department berief, den Standpunkt, daß die Leistungen dem Ordinariat nach dem Konkordat rechtmäßig zustünden und deshalb die ganze Angelegenheit zur Ausführung an das Finance Directorate überwiesen werden solle³⁶. Auf eine Anfrage antwortete Murphy, daß Clay dagegen sei, die Konkordatsfrage jetzt zur Sprache zu bringen, da man die Entscheidung einer künftigen deutschen Regierung überlassen solle. Hinsichtlich der Staatsleistungen sah Murphy keine Hoffnung, die dazu notwendige Übereinstimmung zu erzielen, da die Vorlage des Finanzausschusses so formuliert sei, um eine schnelle Lösung des Problems zu verhindern³⁷. Ende November beschloß DIAC, ARAC einzuschalten³⁸. ARAC empfahl im Dezember, die Rechtsgültigkeit des preußischen Konkordats vom Legal Directorate (DLEG) prüfen zu lassen, und setzte zugleich eine Arbeitsgruppe zur Klärung der Staatsleistungen im allgemeinen ein. Damit war ein Kompromiß zwischen dem amerikanischen Delegierten, der die Arbeitsgruppe angeregt hatte, und dem britischen und sowjetischen gefunden, die zuerst den Rechtsstatus geklärt wissen wollten³⁹.

Zwei Tage später, am 19. Dezember 1946, erreichte DIAC ein Ersuchen des Allied Education Committee (AEC), den Status des Reichskonkordats durch das Political Directorate (DPOL) prüfen zu lassen, da das Reichskonkordat mit seinen bedeutenden Implikationen für das Schulwesen letztendlich ein politisches Dokument sei

³⁵ Allied Control Authority, Allied Secretariat to Directorate of Internal Affairs and Communications, DIAC/P (46) 384–ASEC (46) 1011, 9.11.1946.

³⁶ OMGUS, Internal Affairs and Communications Division, Brief for 49th. Meeting of the Directorate of Internal Affairs and Communications, 23.11.1946 (NA, RG 260, 5/340–3/20).

³⁷ Daily Report, 31.12.1946, verfaßt von John O. Riedl, ERA-Branch (NA, RG 260, 5/340–3/21).

³⁸ Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications to Allied Religious Affairs Committee, DIAC/Memo (46) 470, 30.11.1946.

³⁹ Minutes of 21th. Meeting, DIAC/ARAC/M (46) 13, 17.12.1946. Als Delegierte waren Ohlsen (US), Gwynne (UK), de Beaumarchais (F) und Yermolaev (UdSSR) anwesend.

und deshalb außerhalb der Kompetenz von AEC liege⁴⁰. Damit war Ende 1946 von zwei verschiedenen Seiten im Kontrollrat die Frage nach der Fortgeltung der Konkordate aufgeworfen worden.

Eine erste Bestandsaufnahme der von ARAC eingesetzten „Working Party on Public Subsidies to the Catholic Church in Germany“ (WPPS) im Januar 1947 ergab, daß die Kirchen in allen Besatzungszonen staatliche Zuwendungen erhielten, in der französischen und sowjetischen jedoch nicht als konkordatäre Verpflichtung, sondern ausschließlich auf der Basis neu abgeschlossener Vereinbarungen mit den deutschen Behörden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da der französische und sowjetische Delegierte darauf bestanden, daß zuerst der Rechtsstatus der Konkordate prinzipiell geklärt werden müsse⁴¹. Auf der zweiten Sitzung schlug WPPS dann einhellig vor, die Fortzahlung aller Staatsleistungen an die Kirchen solange zu erlauben, bis die zuständigen deutschen Länderregierungen neue Verträge mit den Kirchen ausgehandelt oder in ihrer Verfassung eine andere Methode der Kirchenfinanzierung festgelegt hätten (Dokument 1). ARAC billigte am 26. März 1947 diese Empfehlung⁴².

Inzwischen hatte sich auch DPOL mit den Konkordaten befaßt und nach kurzer Diskussion auf der 74. Sitzung am 7. März entschieden, daß das preußische Konkordat null und nichtig sei, da der Kontrollrat den preußischen Staat aufgelöst habe⁴³; über das Reichskonkordat konnte kein Einverständnis erzielt werden⁴⁴. Unstimmigkeiten über das Beschlußprotokoll dieser Sitzung⁴⁵ führten auf der nächsten Sitzung zu einer neuen Formulierung der Beschlußlage. Danach betrachtete DPOL das Reichskonkordat, da es der Kontrollrat in der Proklamation Nr. 2⁴⁶ weder für ungültig erklärt noch bestätigt hatte, als derzeit suspendiert. Gegen die weitere Anwendung einzelner Bestimmungen des Reichskonkordats in den verschiedenen

⁴⁰ Allied Control Authority, Allied Education Committee to Directorate of Internal Affairs and Communications, DIAC/AEC/Memo (46) 50, 19. 12. 1946. Innerhalb von AEC war diese Frage zuerst von der Arbeitsgruppe „Working Party for the Reform of German Educational Law“ gestellt worden. Daraus ergibt sich ein enger Zusammenhang mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone erlassenen „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ vom 31. Mai 1946, das in Artikel 2 bestimmte: „Die schulische Erziehung der Jugend ist ausschließlich Angelegenheit des Staates. Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften.“ Der Einfluß der Eltern wurde zwar durch Elternausschüsse institutionalisiert, die Partizipation beschränkte sich aber auf eine lediglich beratende Kompetenz gegenüber der Schulleitung. Vgl. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1: 1945–1949, Berlin/DDR 1969, S. 207 ff.

⁴¹ Minutes of the first Meeting, DIAC/ARAC/WPPS/M (47) 1, 4. 1. 1947 (NA, RG 260, 5/340–3/20). Als Delegierte waren Wilson (UK), de Beaumarchais (F), Yermolaev (UdSSR) und Riedl (US) anwesend.

⁴² Minutes of 26th. Meeting, DIAC/ARAC/M (47) 5, 26. 3. 1947.

⁴³ Vgl. Gesetz Nr. 46 „Auflösung des Staates Preußen“ des Kontrollrates vom 25. Februar 1947.

⁴⁴ Minutes of 74th. Meeting, DPOL/M (47) 10, 7. 3. 1947.

⁴⁵ Corrigendum to the English text of DPOL/M (47) 10, 14. 3. 1947.

⁴⁶ Vgl. Proklamation Nr. 2 „Zusätzliche an Deutschland gestellte Forderungen“ des Kontrollrates vom 20. September 1945.

Besatzungszonen und in Berlin wurde jedoch ausdrücklich kein Einwand erhoben⁴⁷. Die Stellungnahme wurde Ende März DIAC übermittelt (Dokument 2). Die getroffene Entscheidung entsprach hinsichtlich des Reichskonkordats genau der im Mai 1945 formulierten Auffassung des State Department. Die gemeinsame Feststellung des derzeit suspendierten Rechtscharakters des Reichskonkordats sowie die einhellig beschlossene Aufhebung des preußischen Konkordats erlaubte es andererseits der Sowjetunion, die in der Ostzone eingeschlagene Schulpolitik ohne formelle Verletzung der Konkordate fortzuführen.

Am 30. April traf auch die Stellungnahme von DLEG ein, das die Rechtsgültigkeit der finanziellen Klauseln des preußischen Konkordats zu prüfen hatte. Der amerikanische, britische und sowjetische Delegierte kamen zu der Auffassung, daß diese Klauseln gegenwärtig nicht rechtmäßig angewandt werden könnten, da der preußische Staat aufgehört habe zu existieren. Über das weitere Schicksal des Konkordats müsse das Control Council entscheiden. Die gemeinsam formulierte Stellungnahme deckte sich also weitgehend mit der Auffassung von DPOL. Als abweichende Meinung gab der französische Delegierte zu Protokoll, daß die Auflösung Preußens nicht die Aufhebung des Konkordats impliziere, da das Reichskonkordat in Artikel 2 die Fortexistenz der Länderkonkordate bekräftigt habe. Das Reichskonkordat müsse aber, da es der Kontrollrat weder durch ein Abkommen mit dem Vatikan noch durch einseitige Aufkündigung außer Kraft gesetzt habe, als nach wie vor rechtsgültig betrachtet werden. Deshalb seien die in Nachfolge des preußischen Staates gegründeten Länder zur Erfüllung der finanziellen Klauseln des preußischen Konkordats verpflichtet (Dokument 3). Der französischen Position lag jedoch eine recht eigenwillige Interpretation der zur Begründung angeführten Proklamation Nr. 2 des Kontrollrats zugrunde, die zugleich nämlich besagte, daß die Inkraftsetzung, Wiederaufnahme oder Anwendung aller von Deutschland eingegangenen Verträge einer ausdrücklichen Anweisung des Kontrollrats bedürfe⁴⁸.

Mit der weiteren Ausarbeitung von Empfehlungen auf der Basis der beiden eingeholten Stellungnahmen wurde nun wieder AEC und ARAC beauftragt⁴⁹. Dies war angesichts der widersprüchlichen Rechtsauffassung von DLEG leichter gesagt als getan. AEC stellte deshalb den Antrag, über die Rechtsgültigkeit der Konkordate auf höchster Ebene im Control Council zu befinden, um endlich zu einer klaren Entscheidung zu kommen⁵⁰. Der Antrag mußte nun von DIAC beraten werden. Die Instruktion für den amerikanischen Delegierten befürwortete zwar den Antrag, betonte aber gleichzeitig in einem Zusatz, daß bis zur Errichtung einer zentralen deutschen Regierung, die zur Entscheidung über den Rechtsstatus des Reichskon-

⁴⁷ Extracts from Minutes of 75th Meeting, DPOL/M (47) 11, 20. 3. 1947.

⁴⁸ Siehe Anm. 46, Abschnitt III, Punkt 5 u. 6.

⁴⁹ Allied Control Council, Directorate of Internal Affairs and Communications to Allied Education Committee (Working Party for the Reform of German Educational Law) and Allied Religious Affairs Committee, DIAC/Memo (47) 168, 20. 5. 1947.

⁵⁰ Allied Control Council, Allied Education Committee to Directorate of Internal Affairs and Communications, DIAC/AEC/Memo (47) 15, 30. 5. 1947.

kordats in der Lage sei, im Kontrollrat keine Schritte unternommen werden sollten, um es für gültig oder ungültig zu erklären⁵¹. Auf der 75. Sitzung von DIAC am 20. Juni 1947 ging der sowjetische Delegierte zum Angriff über: Das Reichskonkordat sei von der NS-Regierung in der festen Absicht abgeschlossen worden, um ihre Herrschaft über die katholischen Gläubigen und Organisationen zu festigen. Das Konkordat spiegele das doppelte Ziel der Nationalsozialisten wider: Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Militarismus. Da es von dem Nazi von Papen unterzeichnet und von der Regierung Hitler ratifiziert worden sei, gebe es keinen Grund, der den Schutz des Konkordats, das den Stempel nazistischer Ideologie trage, rechtfertigen könne. Außerdem sei das Reichskonkordat durch das Verschwinden des staatlichen Vertragspartners obsolet geworden. Auf Anregung des amerikanischen Delegierten beschloß man, die sowjetische Stellungnahme ARAC zur Prüfung zuzuleiten (Dokument 4).

Wie zu erwarten war, ließen die tiefen Meinungsverschiedenheiten ARAC weder auf der 30. noch 31. Sitzung zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen⁵². Auch beim dritten Anlauf am 25. September erwiesen sich die diametral entgegengesetzten Positionen zwischen dem sowjetischen und den westlichen Delegierten als unüberbrückbar. Da keine Aussicht auf baldige Einigung bestand, wurden DIAC die konträren Standpunkte zugeleitet (Dokument 5). Damit war das ungelöste Problem wieder auf der Tagesordnung von DIAC. Mitte Oktober beschloß man mit Zustimmung des französischen Delegierten, die Alliierte Kommandatura von Berlin in Kenntnis zu setzen, daß das preußische Konkordat null und nichtig sei⁵³. Da die Standpunkte zum Reichskonkordat unverändert aufrechterhalten wurden, griff man zur Verlegenheitslösung, erneut DPOL einzuschalten⁵⁴. Inzwischen lag ARAC der neue sowjetische Antrag vor, das Durchführungsgesetz zum Reichskonkordat vom 12. September 1933 in die Aufhebung der NS-Kirchengesetzgebung⁵⁵ einzubezie-

⁵¹ OMGUS, Internal Affairs and Communications Division, Education and Religious Affairs Branch, Brief for DIAC/Agenda (47) 24, Meeting to be held on 20 June 1947. In einer anderen Ausfertigung des Schreibens fehlt dieser Zusatz (NA, RG 260, 5/340-3/21).

⁵² Extracts from Minutes of 30th Meeting, DIAC/ARAC/M (47) 9, 29.7. 1947; Minutes of 31th Meeting, DIAC/ARAC/M (47) 10 Revise, 2. 10. 1947.

⁵³ Allied Control Council, Directorate of Internal Affairs and Communications to Allied Secretariat, DIAC/Memo (47) 293, 7. 11. 1947 (NA, RG 260, 5/340-3/20).

⁵⁴ Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications to Political Directorate, DIAC/Memo (47) 294, 7. 11. 1947.

⁵⁵ Vgl. Gesetz Nr. 49 „Aufhebung des Reichsgesetzes über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 14. Juli 1933“ vom 20. März 1947 und das Gesetz Nr. 62 „Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen in Kirchenangelegenheiten, die von der nationalsozialistischen Regierung erlassen wurden“ vom 20. Februar 1948. „Von den Bestimmungen des Reichskonkordats abgesehen, war auf diese Weise das Weimarer Staatskirchenrecht nahezu durchweg wieder freigelegt“, so Hesse (Anm. 2), S. 10. Die Aufhebung der nationalsozialistischen Kirchengesetzgebung wurde in Treysa Ende August 1945 von den evangelischen Kirchenführern selbst verlangt. Vgl. den Briefwechsel mit dem Kontrollrat, in: Verordnungs- und Nachrichtenblatt der EKD, 1946, Nr. 9. Zur allgemeinen Entwicklung siehe Annemarie Smith-von Osten, Von Treysa 1945 bis Eisenach 1948. Zur Geschichte der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, Göttingen 1980.

hen, da es die katholische Kirche den Interessen des NS-Regimes unterworfen habe und deshalb mit der alliierten Politik der Religionsfreiheit unvereinbar sei. Außerdem sei das Gesetz von den Kriegsverbrechern Hitler, Neurath und Frick unterzeichnet. Die westlichen Delegierten lehnten den Antrag entschieden ab, weil andernfalls der Status des Reichskonkordats negativ präjudiziert werde und man der Entscheidung von DPOL nicht vorgreifen wolle⁵⁶.

Als auf der 95. Sitzung von DPOL das Reichskonkordat behandelt werden sollte, waren alle Delegierten unvorbereitet, so daß man diesen Punkt vertagte⁵⁷. Auf der nächsten Sitzung, am 24. November 1947, prallten erwartungsgemäß die Ansichten unversöhnlich aufeinander. Den erneuten Vorstoß, das Konkordat für null und nichtig zu erklären, begründete der sowjetische Delegierte damit, daß DPOL im März nur über den formalen Rechtsstatus hinsichtlich der Proklamation Nr. 2 des Kontrollrats entschieden habe, nun aber gelte es, eine Entscheidung über den Inhalt der einzelnen Artikel herbeizuführen. Da das Reichskonkordat einen bedeutenden Beitrag zur Konsolidierung des NS-Regimes geleistet habe und in einer Reihe von Bestimmungen nazistische Ideologie enthalte, widerspreche die bisherige Regelung, die Anwendung des Konkordats in das Ermessen der einzelnen Besatzungsmächte zu stellen, der Verpflichtung, in ganz Deutschland eine einheitliche Politik auszuführen. Der Antrag stieß auf harten Widerstand. Zwar seien einige Passagen des Reichskonkordats, wie die westlichen Delegierten bereitwillig einräumten, von der geschichtlichen Entwicklung überholt, da es etwa die „Reichsstatthalter“ und die „Wehrmacht“ nicht mehr gebe, aber sie berührten in keinsten Weise die allgemeinen Bestimmungen des Konkordats. Sicherlich sei es in einigen Aspekten kein angemessenes Dokument mehr und werde wahrscheinlich eines Tages durch ein neues Abkommen mit Vatikan abgelöst; gegenwärtig sei aber eine definitive Entscheidung nicht notwendig (Dokument 6). Die konträren Positionen wurden für DIAC lediglich zusammengefaßt.

Daß auch künftig keine Einigung mehr erzielt werden würde, war Ende 1947 vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges allen Beteiligten offensichtlich. In einer kurzen Instruktion wies OMGUS den amerikanischen Delegierten an, daß auf der nächsten DIAC-Sitzung, am 29. Januar 1948, das Reichskonkordat unter keinen Umständen aufgehoben oder als nazistisches Dokument charakterisiert werden dürfe, da sonst eine künftige Wiederinkraftsetzung in Frage gestellt sei⁵⁸. Wie vermutet, beharrte der sowjetische Delegierte auf einer Annullierung des Konkordats als eines „faschistischen Dokuments“, was den britischen Vertreter zu der Entgegnung veranlaßte, dann betrachte er den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 für ungül-

⁵⁶ Minutes of 34th. Meeting, DIAC/ARAC/M (47) 13, 21. 11. 1947.

⁵⁷ Extracts from Minutes of 95th. Meeting, DPOL/M (47) 31, 17. 11. 1947.

⁵⁸ OMGUS, Internal Affairs and Communications Division, Brief for DIAC/Agenda (48) 2, 26. 1. 1948.

tig, da er vom Kriegsverbrecher von Ribbentrop unterzeichnet sei⁵⁹. Anschließend unterrichtete man CORC von den unterschiedlichen Standpunkten⁶⁰.

Von OMGUS wurde der amerikanische CORC-Delegierte, der stellvertretende Militärgouverneur Major General Hays, nach Abstimmung zwischen dem Office of Political Affairs, der Legal Division und dem Legislative Review Board instruiert, von der bisherigen amerikanischen Position keinesfalls abzuweichen. Falls keine einstimmige Entscheidung herbeigeführt werden könne, solle die Angelegenheit ganz von der Tagesordnung gestrichen werden⁶¹. In einer weiteren Instruktion wurde der amerikanische Standpunkt nochmals dargelegt und als Hauptmotiv des sowjetischen Vorgehens die Absicht bezeichnet, in der russischen Zone – und nach Möglichkeit auch in den anderen Besatzungszonen – zu verhindern, daß sich die katholische Kirche zu einem wirkungsvollen Sammelpunkt antikommunistischer Opposition entwickeln könne (Dokument 7). Zweifellos stand hinter dem sowjetischen Vorgehen in der Frage der Kirchensteuer, der Zulassung kirchlicher Jugend- und Sozialarbeit und nicht zuletzt des Reichskonkordats die Absicht, den gesellschaftspolitischen Einfluß der Kirche nachhaltig zu schwächen und die Religionsfreiheit auf den rein persönlich-privaten Bereich zu beschränken. Die Auseinandersetzung um das Reichskonkordat war, abseits aller juristischen Spitzfindigkeiten, ein Kampf um Machtpositionen im Erziehungswesen. Umgekehrt, unterstützte die amerikanische Militärregierung kirchliche Aktivitäten im gesellschaftspolitischen Bereich auch in der Absicht, ein antikommunistisches Bollwerk zu schaffen⁶².

Auf der 153. Sitzung verschob CORC die Diskussion über das Reichskonkordat auf das nächste Treffen, das am 23. März 1948 stattfinden sollte⁶³. Dieses Treffen kam allerdings nach dem Auszug der sowjetischen Delegation aus dem Kontrollrat am 20. März nicht mehr zustande. Letztendlich hatte sich damit die vom State Department im Mai 1945 formulierte amerikanische Position durchgesetzt. Entscheidend hierfür war, daß die Proklamation Nr. 2 des Kontrollrats vom 20. September 1945 keine Aussagen über die Konkordate enthalten hatte, andererseits aber festlegte, daß der Auflösung, Inkraftsetzung, Wiederaufnahme oder Anwendung aller von Deutschland eingegangenen Verträge eine Anordnung vorausgehen müsse, die nach dem Entscheidungsprinzip des Kontrollrats nur einstimmig erfolgen

⁵⁹ Minutes of 95th. Meeting, DIAC/M (48) 2, 29. 1. 1948. Siehe auch die undatierte Teilmitschrift des amerikanischen Delegierten (NA, RG 260, 5/340–3/20).

⁶⁰ Allied Control Council, Directorate of Internal Affairs and Communications to Allied Secretariat, DIAC/Memo (48) 20, 31. 1. 1948; Allied Control Authority, Note by the Allied Secretariat to Coordinating Committee, Validity of the Concordat of 1933, CORC/P (48) 32, 11. 3. 1948 (NA, RG 260, 2/99–1/18).

⁶¹ OMGUS, Internal Affairs and Communications Division to Deputy Military Governor, Brief: Validity of Concordat of 1933, 10. 2. 1948 (NA, RG 260, 2/99–1/18).

⁶² Vgl. zum Beispiel OMGBY, Education and Cultural Relations Division, Religious Affairs Achievements and Objectives, 23. 4. 1948: „The Churches of Bavaria have the strongest influence of any organized agency upon the people of Bavaria. They are the strongest bulwork in any struggle against Communism or any other form of totalitarianism.“ (NA, RG 260, 10/49–3/5)

⁶³ Excerpt from 153rd. Meeting, Corrigendum to COR/M (48) 7, 17. 3. 1948.

konnte. Damit blockierten sich die gegensätzlichen Standpunkte wechselweise, so daß die Suspendierung, wie sie das State Department wünschte, auch ohne förmlichen Beschluß des Control Council oder Coordinating Committee de facto die einzige Möglichkeit darstellte. Damit war zugleich die Anwendung oder Nichtanwendung der Konkordate in das Ermessen der jeweiligen Besatzungsmacht gestellt. Auch die Westmächte, die den kirchlichen Anliegen im allgemeinen aufgeschlossen gegenüberstanden, erhoben die Schulbestimmungen des Reichskonkordats nicht zur verbindlichen Richtschnur ihres Handelns⁶⁴.

III

Die erfolgreiche Politik der Westalliierten, im Kontrollrat die Frage der Fortgeltung des Reichskonkordats offenzuhalten und eine definitive Entscheidung über den Status der Konkordate dem deutschen Gesetzgeber zu überlassen, ermöglichte es allerdings der katholischen Kirche, ihren politischen Einfluß bei der Ausgestaltung der Länderverfassungen geltend zu machen⁶⁵. Während in der bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946 die Fortdauer des bayerischen Konkordats von 1924 in Artikel 178 festgeschrieben wurde, enthielten die Verfassungen für Württemberg-Baden vom 28. November und für Baden vom 22. Mai 1947 keine derartigen Bestimmungen. Erst die baden-württembergische Verfassung von 1953 legte in Artikel 8 die Fortgeltung des badischen Konkordats von 1932 fest. Auch in der Verfassung für Nordrhein-Westfalen von 1950 wurde in Artikel 23 das preußische Konkordat von 1929 als geltendes Recht anerkannt.

Die massive kirchliche Einflußnahme auf die Entstehung des Grundgesetzes kann hier nicht nachgezeichnet werden⁶⁶. Das Elternrecht, d. h. die Einführung der Konfessionsschule, das die katholische Kirche als unverzichtbare Forderung⁶⁷ aufstellte, – „weil es unmöglich ist, in allen deutschen Ländern unsere Forderungen landesver-

⁶⁴ Siehe etwa die harten Auseinandersetzungen um die Schulreform in Bayern. Vgl. Isa Huelsz, Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945–1950, Hamburg 1970. Zur Rolle Muenchs siehe Barry (Anm. 6), S. 123 ff. Vgl. allgemein Manfred Heinemann (Hrsg.), Umerzichung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.

⁶⁵ Vgl. Burkhard van Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980; Bengt Beutler, Die Stellung der Kirchen in den Länderverfassungen der Nachkriegszeit, in: Anton Rauscher (Anm. 6), S. 26–52.

⁶⁶ Vgl. Klaus Gotto, Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes, in: Anton Rauscher (Anm. 6), S. 88–108; Werner Sörgel, Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1979, S. 175–200; Alexander Hollerbach, Zur Entstehung der staatsrechtlichen Artikel des Grundgesetzes, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Hrsg. von Dieter Blumenwitz, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Reppen, Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, Bd. 2, S. 367–382.

⁶⁷ Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz v. 10./11.2. 1949, in: Herder-Korrespondenz, 3 (1948/49), S. 245 f.

fassungsmäßig durchzusetzen“, wie es Prälat Böhler als Leiter des Katholischen Büros Bonn formulierte⁶⁸ –, ließ sich angesichts der laizistischen Mehrheit im Parlamentarischen Rat nicht durchsetzen. Ebenso wenig gelang der katholischen Lobby um den Abgeordneten Süsterhenn die gewünschte eindeutige Verankerung des Reichskonkordats im Grundgesetz. Auch nach der Verabschiedung des Grundgesetzes blieb die Rechtsgültigkeit des Konkordats, die der Parlamentarische Rat nicht definitiv entschieden, sondern in den interpretationsfähigen Formelkompromiß des Artikel 123 Abs. 2 verwiesen hatte, sowohl unter Juristen wie in der Öffentlichkeit heftig umstritten.

Nach jahrelangem Drängen der katholischen Kirche strengte deshalb die Bundesregierung 1955 den sogenannten Konkordatsprozeß gegen das Land Niedersachsen an, auf dessen Seite Hessen und Bremen eintraten⁶⁹. Gegenstand des Prozesses war die Frage, ob das niedersächsische Schulgesetz von 1954 gegen das Reichskonkordat verstoße und dadurch ein Recht des Bundes auf Respektierung der für ihn verbindlichen Verträge verletzt sei. Am 26. März 1957 stellte das Bundesverfassungsgericht in einem salomonischen Urteil fest, daß das Reichskonkordat über den Zusammenbruch des Jahres 1945 hinaus in Geltung geblieben sei, andererseits aber die Länder aufgrund ihrer im Grundgesetz festgelegten Kulturhoheit nicht zur Einhaltung der Schulbestimmungen des Reichskonkordats verpflichtet werden könnten⁷⁰. 10 Jahre später, als auch in Baden-Württemberg (1967), Bayern (1968) und Nordrhein-Westfalen (1968) die Gemeinschaftsschule gegen teilweise erbitterten Widerstand der Kirche eingeführt wurde, hatten die Konkordate ihre Bedeutung für die Durchsetzung katholischer Interessen im Schulwesen verloren.

⁶⁸ Böhler an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Dr. Pfeiffer, 7.2. 1949, zit. bei Gotto (Anm. 66), S. 102.

⁶⁹ Der Konkordatsprozeß. In Zusammenarbeit mit Hans Müller hrsg. von Friedrich Giese und Friedrich August Frhr. v. d. Heydte, 4 Bde., München 1956–1958. Darin sind die gesamten Materialien des Prozesses, die Gutachten (u. a. Bracher), Plädoyers und das Urteil enthalten.

⁷⁰ Ebenda, S. 1669 ff. Das Sondervotum Ernst Friesenhahns ist veröffentlicht in: Beiträge zur Rechtsgeschichte (Anm. 16), S. 151–180. Zum Sondervotum Friesenhahns siehe auch Spotts (Anm. 3), S. 344 f., Anm. 8.

Protokoll der 2. Sitzung der Working Party on Subsidies to various Churches in Germany am 28. Februar 1947.

Der Vorsitzende erinnerte die Sitzungsteilnehmer daran, daß der Arbeitsausschuß beauftragt worden sei, die folgenden drei Punkte hinsichtlich der staatlichen Zuwendungen, die den verschiedenen Kirchen in Deutschland bewilligt werden sollen, zu erörtern:

- (1) Eine Empfehlung hinsichtlich der staatlichen Zuwendungen, die den verschiedenen Kirchen in Deutschland bewilligt werden sollen.
- (2) Ein Vorschlag für den Fall, daß das Konkordat immer noch als verbindlich anzusehen sei.
- (3) Ein Vorschlag für den Fall, daß das Konkordat nicht länger als verbindlich anzusehen sei.

Er schlug vor, auf dieser Sitzung nur den ersten Punkt zu erörtern, da zu erwarten sei, daß das Political Directorate demnächst eine Entscheidung hinsichtlich der Gültigkeit des Konkordats fällen werde.

Er dankte dem amerikanischen Delegierten für das Memorandum und die Dokumente, die die amerikanische Delegation dem Arbeitsausschuß zur Verfügung gestellt habe.

Der britische, sowjetische und französische Delegierte legten anschließend zur gegenseitigen Information dar, wie in ihren Zonen staatliche Zuwendungen an die Katholische und Evangelische Kirche gezahlt werden.

In der französischen Zone sind die zuständigen Militärbehörden nicht direkt mit der Angelegenheit staatlicher Zuwendungen befaßt. Sie sind der Ansicht, daß in diesem Bereich die Deutschen allein zuständig sind und daß, solange die Deutschen keine Prinzipien der Besatzungsmächte verletzen, die lokalen deutschen Behörden für den Unterhalt der Kirche sorgen dürfen, wie sie es für richtig halten. Gesetzliche Regelungen sind der französischen Militärregierung bislang nicht bekannt geworden.

Wie der sowjetische Delegierte bereits dargelegt hatte, erhalten die Kirchen in der Ostzone staatliche Zuwendungen. Diese Zuwendungen erfolgen nicht aufgrund früherer Verträge, sondern sind das Resultat einer Vereinbarung zwischen den Kirchen und den deutschen Behörden. Die Besatzungsbehörden hätten bisher keine Notwendigkeit gesehen, in diesen Bereich einzugreifen.

Der britische Delegierte erklärte, daß die staatlichen Zuwendungen, die gegenwärtig in der britischen Zone den Kirchen gezahlt werden, niedriger liegen als 1931, dem letzten Jahr vor dem Nazi-Regime (sic!). Die Verringerung entspreche der Kürzung der meisten Beamtenbezüge.

Der französische Delegierte schlug daraufhin dem Arbeitsausschuß die Erörterung der folgenden Empfehlung vor, die die amerikanische Delegation entworfen und unterbreitet hatte:

⁷¹ NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: DIAC/ARAC/WPPS/(47)2, Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications, Allied Religious Affairs Committee, Working Party on Subsidies to various Churches in Germany. Vermerk: Nur für den Dienstgebrauch. Anwesend: als Vorsitzender M. de Beaumarchais (Frankreich), M. Yermolayev (UdSSR); Mr. Riedl (U.S.) und Lt. Col. Roots (U.K.).

„Die Fortdauer aller staatlichen Zuwendungen an die Kirchen ist auf derselben Grundlage wie ehemals bis zu dem Zeitpunkt zu genehmigen, da die neugegründeten Länder oder mögliche Zusammenschlüsse zwischen ihnen neue Verträge mit den Kirchen abschließen oder auf verfassungsrechtlichem Wege andere Methoden zur Finanzierung der Kirchen festlegen.“

Dem britischen Delegierten erschien dieser Entwurf der beste Weg zur Lösung des Problems zu sein, da er die Notwendigkeit staatlicher Zuwendungen an die Kirchen anerkenne und es dennoch erlaube, in den verschiedenen Zonen Änderungen vorzunehmen.

Der sowjetische Delegierte vertrat die Auffassung, daß die staatlichen Zuwendungen auf eine feudale Tradition gegründet seien oder auf Verträge, die der Kontrollrat in Kürze für hinfällig erklären werde. Deshalb halte er es für untragbar, die Länder zu zwingen, Zahlungen an die Kirchen zu leisten, die nicht länger gerechtfertigt seien. Er sei der Ansicht, daß es den Ländern freistehen müsse, in demokratischer Weise darüber zu entscheiden, welche Haltung sie den Kirchen gegenüber einzunehmen wünschten.

Der britische Delegierte vertrat die Auffassung, man solle lieber die Zahlungsbedingungen der staatlichen Zuwendungen diskutieren als das Prinzip selbst. Falls die Zahlungen unterbrochen werden sollten, entstünde eine beklagenswerte Situation, die vielleicht unnötige Unruhe hervorrufe. Deshalb wäre es besser, in der Angelegenheit behutsam vorzugehen. Er stimme deshalb dem amerikanischen Vorschlag vorbehaltlos zu.

Der sowjetische Delegierte akzeptierte den zweiten Teil des amerikanischen Entwurfs, konnte aber der Formulierung „auf derselben Basis wie ehemals“ nicht zustimmen, da sie ihm hinfällig gewordene Verträge zu sanktionieren schien.

Der Vorsitzende erklärte, daß er als französischer Delegierter gewillt sei, den amerikanischen Vorschlag zu unterstützen.

Nach einer langen Diskussion der beiden entgegengesetzten Standpunkte unterbreitete der Vorsitzende den Vorschlag, die Formulierung „auf derselben Basis wie ehemals“ aus dem amerikanischen Entwurf zu streichen.

Der sowjetische Delegierte stimmte diesem Vorschlag zu, ebenso sein britischer und amerikanischer Kollege. Der Arbeitsausschuß vereinbarte:

(a) dem Religious Affairs Committee den folgenden Wortlaut vorzulegen:

„Die Fortdauer aller staatlichen Zuwendungen an die Kirchen ist bis zu dem Zeitpunkt zu genehmigen, da die neugegründeten Länder oder mögliche Zusammenschlüsse zwischen ihnen neue Verträge mit den Kirchen abschließen oder auf verfassungsrechtlichem Wege andere Methoden zur Finanzierung der Kirchen festlegen.“

(b) die Erörterung der Punkte 2 und 3 der Tagesordnung des Arbeitsausschusses auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Dokument Nr. 2⁷²

Schreiben des Political Directorate an das Directorate of Internal Affairs and Communications vom 29. März 1947.

Betr.: Gültigkeit der Konkordate von 1929 und 1933

Bezug: DIAC/Memo (47) 41

Durch Entschließung 78 (b) in DPOL/M (47) 11 kam das Political Directorate überein, dem Directorate of Internal Affairs and Communications die folgende Antwort vorzulegen:

„Das Political Directorate ist der Auffassung, daß:

- (a) das Konkordat von 1929 zwischen dem Staat Preußen und dem Heiligen Stuhl in Anbetracht des Kontrollratsbeschlusses über die Auflösung des Staates Preußen ungültig ist.
- (b) das Konkordat von 1933 zwischen dem Reich und dem Heiligen Stuhl vom Kontrollrat entsprechend den in der Proklamation Nr. 2 festgelegten Bestimmungen weder aufgehoben noch bestätigt wurde. Es wird als ‚suspendiert‘ betrachtet. Es besteht jedoch kein Einwand gegen die Anwendung seiner Bestimmungen in den verschiedenen Zonen und in Berlin.“

Dokument Nr. 3⁷³

Schreiben des Legal Directorate an den Vorsitzenden des Directorate of Internal Affairs and Communications vom 30. April 1947.

Betr.: Gültigkeit der Finanzklauseln des Konkordats vom 14. Juli 1929

Das Legal Directorate schloß auf seiner 96. Sitzung am 29. April 1947 (DLEG/M (47) 19, Minute 172) die Erörterung der oben genannten Frage ab. Da es verschiedene Standpunkte hinsichtlich der Antwort gab, die dem Directorate of Internal Affairs and Communications gegeben werden sollte, wurde das Sekretariat angewiesen, das Directorate of Internal Affairs and Communications über die Positionen der jeweiligen Delegierten in dieser Angelegenheit zu unterrichten:

Der britische, sowjetische und amerikanische Delegierte schlugen folgende Antwort vor:

„Nach Ansicht des Legal Directorate gibt es für die Anwendung des Konkordats vom 14. Juli 1929 zum gegenwärtigen Zeitpunkt in dem Gebiet des ehemaligen Staates Preußen keine Rechtsgrundlage. Ob das Konkordat in Zukunft Anwendung findet oder nicht, ist von der Handlungsweise des Kontrollrats gemäß Abschnitt 3 der Proklamation Nr. 2 abhängig. Sollte der Kontrollrat das Konkordat entsprechend der

⁷² NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: Appendix „A“ to DIAC/Memo (47) 168-DPOL/Memo (47) 21. Allied Control Authority, Political Directorate. Vermerk: Nur für den Dienstgebrauch. Gezeichnet: E. G. Plimak, Duty Secretary.

⁷³ NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: Appendix „B“ to DIAC/Memo (47) 168-DLEG/SEC (47) 68. Allied Control Authority, Legal Directorate. Vermerk: Nur für den Dienstgebrauch. Gezeichnet: E. C. Wiener, Duty Secretary.

Proklamation Nr.2 bestätigen, dann wäre Artikel III des Kontrollratsgesetzes Nr.46 zu beachten.“

Vom französischen Delegierten wurde folgende Antwort vorgeschlagen:

„Der französische Delegierte ist der Auffassung, daß die Auflösung des Staates Preußen als solche nichts zur Lösung der Fragen beiträgt, die sich aus dem Konkordat vom 14. Juli 1929 ergeben. Vielmehr wurde dieses Konkordat durch das Konkordat, das am 20. Juli 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich unterzeichnet wurde, nochmals bestätigt. In diesem Vertrag wurde festgelegt, daß das neue Konkordat die mit anderen deutschen Ländern bestehenden Konkordate bestätigt und ergänze, zu denen auch das 1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Preußen abgeschlossene Konkordat zählt.

Das Konkordat von 1933 wurde bisher nicht außer Kraft gesetzt, weder durch die Proklamation Nr.2 noch durch Zustimmung des Vatikans noch durch eine einseitige Aufhebung seitens des Kontrollrats, und muß deshalb als rechtsgültig angesehen werden. Auch wenn aufgrund äußerer Umstände die Anwendung seiner Bestimmungen, besonders der Finanzklauseln, ausgesetzt würde, gibt es keinen Grund, der ihrer künftigen Wirksamkeit entgegensteht.

Da die neu zu konstituierenden Länder die Nachfolger des Staates Preußen sind, sind sie gehalten, seine Aktiva und Passiva zu übernehmen. Sie werden daher so lange zur Erfüllung der Finanzklauseln des Konkordats von 1929, die ebenso wie die anderen Bestimmungen durch das Konkordat von 1933 bekräftigt worden sind, verpflichtet sein, bis die Staatsführung in Deutschland mit dem Heiligen Stuhl eine andere Übereinkunft ausgehandelt hat, beispielsweise aufgrund der Bestimmungen der Erklärung, die sich auf den Artikel IV des Schlußprotokolls bezieht, das dem Konkordat von 1929 beigefügt ist.“

Dokument Nr. 4⁷⁴

Protokoll der 75. Sitzung des Directorate of Internal Affairs and Communications am 20. Juni 1947

(Tagesordnungspunkt) 267: Gültigkeit der Konkordate von 1929 und 1933

Das Directorate erörterte DIAC/P (47) 149.

Der sowjetische Delegierte verlas folgende Stellungnahme: „Die sowjetische Delegation ist der Auffassung, daß das Konkordat von 1929 hinfällig geworden ist, da der Staat Preußen aufgelöst wurde und der Alliierte Kontrollrat das Konkordat von 1929 nicht für rechtsgültig erklärt hat.“

1. „Das Konkordat von 1933 wurde von der Nazi-Regierung mit sehr klarem Ziel vor Augen geschlossen; mittels eines Abkommens mit der Katholischen Kirche sollte ihr Zugriff auf die Massen der katholischen Gläubigen ebenso wie auf die katholischen Organisationen gefestigt werden, und auch, um sie zur Teilnahme an Aggressionskriegen zu bewegen. Dieses Konkordat spiegelt die doppelte Zielsetzung der allgemeinen Politik des Nazismus wider: Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Militarismus. Es

⁷⁴ NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: DIAC/M (47) 24 (Revise); ohne Teilnehmer-Liste. Vermerk: Auszug.

wurde von dem Nazi von Papen unterzeichnet und von der Hitler-Regierung ratifiziert. Die Aufrechterhaltung dieses Konkordats, das den Stempel nazistischer Ideologie trägt, kann durch nichts gerechtfertigt werden.“

2. „Dieses Konkordat wurde außerdem hinfällig, weil keine Organe mehr existieren, die einen der Vertragspartner repräsentieren. Deshalb sind verschiedene Konkordatsartikel, die sich insbesondere auf die ‚Reichsregierung‘ (Artikel 11, 15 (ii), 19, 27 (ii)), auf die ‚Gauleiter des Reiches‘ (Artikel 14, 11 und 16), auf den Reichspräsidenten (Artikel 16) und auf die ‚Deutsche Reichswehr‘ (Artikel 27) beziehen, gegenstandslos geworden und besitzen keinerlei Rechtsgültigkeit mehr.“

3. „Dieses Konkordat enthält unter anderem auch den Artikel 27 bezüglich der Organisation der Militärpfarrer. Dieser Artikel steht im Gegensatz zu dem Ziel der Alliierten, Deutschland zu entmilitarisieren.“

4. „In Anbetracht der Tatsache, daß dieses Konkordat nicht nur weitgehend gegenstandslos geworden ist, da die Organe und Personen, auf die es sich bezieht, nicht mehr existieren, sondern auch Schaden stiften kann, da es nazistische Ideologie enthält, ist die sowjetische Delegation der Auffassung, daß das Dokument als Ganzes nazistischen Charakter trägt und als ungültig betrachtet werden muß.“

Der amerikanische Delegierte beharrte auf der in DPOL/Memo (47) 21, Appendix „A“, niedergelegten Entschließung des Political Directorate. Das Konkordat von 1929 ist hinfällig. Das von 1933 solle als „suspendiert“ betrachtet werden. Das letztgenannte Dokument betreffe in der Tat allein die Deutschen, und der Alliierte Kontrollrat könne streng genommen keine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen, solange keine deutsche Regierung gebildet sei. Zwar sei es ratsam, das Religious Affairs Committee und die Kommandatura von der oben genannten Entscheidung des Political Directorate zu unterrichten, aber in Anbetracht der Stellungnahme des sowjetischen Delegierten halte er es für wünschenswert, daß das Religious Affairs Committee zuerst die in der Stellungnahme angeführten Argumente gründlich prüfe, bevor irgendwelche weiteren Schritte unternommen würden.

Der sowjetische Delegierte stimmte zu, das Religious Affairs Committee zur Beratung heranzuziehen, wies aber darauf hin, daß der zweite Teil der Entschließung des Political Directorate falsch übersetzt oder protokolliert worden sei, denn im vorliegenden Wortlaut widerspreche er Teil 5 von Abschnitt III der Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945.

Der französische und der britische Delegierte stimmten ihrem amerikanischen Kollegen zu und erklärten, daß sie bis zum Empfang der Antwort des Religious Affairs Committee einzig und allein an der Stellungnahme des Political Directorate festhalten würden.

Im Anschluß an die Diskussion wurde beschlossen:

dem Religious Affairs Committee die Stellungnahme des sowjetischen Delegierten mit dem Ersuchen zu übermitteln, das Konkordat von 1933 hinsichtlich der Frage, ob es tatsächlich Nazi-Ideologie enthalte, sorgfältig zu überprüfen.

Dokument Nr. 5⁷⁵

Memorandum des Allied Religious Affairs Committee vom 3. Oktober 1947

Betr.: Gültigkeit des Konkordats von 1933

An: Directorate of Internal Affairs and Communications

1. Auf seiner 32. Sitzung am Donnerstag, den 25. September 1947, kam das Allied Religious Affairs Committee überein, dem Directorate of Internal Affairs and Communications die Stellungnahmen des französischen, amerikanischen und britischen Delegierten sowie des sowjetischen Delegierten gemäß der Anweisung von DIAC/Memo (47) 189 (Revise) zu übermitteln.

2. Der französische, der amerikanische und der britische Delegierte nehmen die Tatsache zur Kenntnis, daß das Konkordat von 1933 ein Abkommen zwischen dem damals souveränen deutschen Staat einerseits und dem Heiligen Stuhl andererseits war. Die Delegierten halten das Konkordat mehr für einen Versuch, der unternommen wurde, einen modus vivendi festzulegen, als daß es dazu diene, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Deshalb sei es verständlich, daß der Einfluß beider Parteien in den Formulierungen des Dokuments klar erkennbar sein sollte. Da zum Zeitpunkt der Unterzeichnung die Nazis in Deutschland an der Macht waren, sei das Dokument natürlich von dem Stempel ihres Anteils am Gesamtentwurf geprägt. Das bedeute jedoch nicht, daß es Ausdruck nazistischer Ideologie sei. Vielmehr regle das Konkordat zwischen dem deutschen Staat und dem Vatikan gewisse Fragen von dauerhaftem Interesse, die bestehenbleiben, welche politische Färbung die deutsche Regierung auch immer haben mag.

3. Der sowjetische Delegierte blieb bei dem Standpunkt, den sein sowjetischer Kollege vom Directorate of Internal Affairs and Communications vertreten hatte. Weiter war er der Auffassung, daß das Konkordat in Deutschland als eine Waffe nazistischer Politik gedient habe, weil es dem Nazismus eine Gelegenheit gab, die wohlwollende Neutralität der Katholischen Kirche zu einem Zeitpunkt zu gewinnen, als er in heftigem Kampf mit anderen Regimegegnern stand. Zudem habe das Konkordat die Katholische Kirche in eine abhängige Position gebracht und so die Kirche dem Einfluß des Nazismus unterworfen.

Dokument Nr. 6⁷⁶

Protokoll der 96. Sitzung des Political Directorate vom 24. November 1947.

(Tagesordnungspunkt) 271. Gültigkeit des Konkordats von 1933 (DPOL/P (47) 98)

Der Vorsitzende erinnerte die Delegierten daran, daß das Political Directorate die Frage der Gültigkeit des Konkordats von 1933 bereits erörtert habe; damals sei jedoch nur der gegenwärtige Status des Konkordats in Bezug auf die Proklamation Nr. 2 des Kontrollrats diskutiert worden, der Wortlaut der Artikel indes unberücksichtigt geblieben. Bei

⁷⁵ NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: DIAC/ARAC/Memo (47) 13. Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications, Allied Religious Affairs Committee. Vermerk: Nur für den Dienstgebrauch. Gezeichnet: K. A. Lepper, Duty Secretary.

⁷⁶ NA, RG 260, 5/340-3/19. Kopf: DPOL/M (47) 32; ohne Teilnehmer-Liste.

weiterer Prüfung der Angelegenheit durch das Religious Affairs Committee des Directorate of Internal Affairs and Communications hätten alle Delegationen bis zu einem gewissen Grad anerkannt, daß die Bestimmungen dieses Konkordats nazistischen Charakter trügen und nazistischen Einfluß widerspiegeln; das Dokument sei an das Political Directorate zurückverwiesen worden. Er machte darauf aufmerksam, daß die sowjetische Delegation der Auffassung sei, daß das Konkordat von 1933 wegen seines nazistischen Charakters außer Kraft gesetzt werden solle.

Der französische Delegierte erklärte, daß er diesen Standpunkt nicht teilen könne. Es sei völlig klar, daß damals das Konkordat nicht von allen Delegationen als nazistisches Dokument betrachtet worden sei und die französische, die amerikanische und die britische Delegation darin übereingestimmt hätten, daß das Konkordat kein Ausdruck von Nazi-Ideologie gewesen sei. Der französische Delegierte konnte auch der Bemerkung seines sowjetischen Kollegen nicht zustimmen, daß das Konkordat als solches nicht vom Political Directorate geprüft worden sei und daß es nur um die Frage gegangen sei, ob man den Vertrag als rechtsgültig betrachten könne. Zur Bekräftigung dieser Ansicht zitierte der französische Delegierte einen Auszug aus dem Entschluß, den das Directorate gefaßt hatte und in dem es heißt: „Es besteht kein Einwand gegen die Anwendung seiner Bestimmungen in den verschiedenen Zonen und in Berlin.“ Er könne daher nicht annehmen, daß den Delegationen die von ihnen erörterten Bestimmungen unbekannt gewesen seien. Daraus schließe er, daß während der Debatte der angeblich nazistische Charakter des Dokuments für keine der vier Delegationen ersichtlich gewesen sei, die daraufhin beschlossen hätten, daß es keinen Grund gebe, weshalb die Zonenbefehlshaber die Bestimmungen nicht anwenden sollten.

Der britische Delegierte bezweifelte, daß der sowjetische Delegierte der früheren Entscheidung des Directorate zugestimmt habe, ohne sich vorher mit dem Wortlaut des Konkordats vertraut gemacht zu haben. In der früheren EntschlieÙung sei festgestellt worden, daß der Kontrollrat das Konkordat auf Grund der Proklamation Nr.2 weder außer Kraft gesetzt noch bestätigt habe. Das Directorate habe sich darauf verständigt, daß es suspendiert sei und daß kein Einwand gegen die Anwendung seiner Bestimmungen in den verschiedenen Zonen und in Berlin bestünde. Der Beschluß sei mit erfreulicher Einmütigkeit gefaßt worden, und er sehe keinen Grund, ihn zu ändern. Er erinnerte die Delegierten auch daran, daß bei der Diskussion über die politischen Parteien der sowjetische Delegierte erklärt habe, seine Delegation habe nicht die Gewohnheit, ihre Positionen zu ändern. Er bedauere, daß dies offensichtlich nicht der Fall sei. Die britischen Stellen ihrerseits seien konsequent und behielten ihren früheren Standpunkt in dieser Frage bei.

Der amerikanische Delegierte erklärte, daß er keine Notwendigkeit sehe, einen im März dieses Jahres gefaßten Beschluß zu ändern, den er für eine sehr befriedigende Lösung halte.

Der sowjetische Delegierte erklärte, daß die sowjetische Delegation ihren Standpunkt nicht geändert habe. Die Angelegenheit habe zwei Seiten: erstens die Tatsache, daß das Konkordat und der Vertrag (sic!) zwischen Deutschland und dem Vatikan überhaupt abgeschlossen worden seien, und zweitens den konkreten Inhalt dieses Vertrages. Das Political Directorate habe damals nur einen Aspekt betrachtet, nämlich ob das Konkordat entsprechend dem Wortlaut der Proklamation Nr.2 rechtsgültig sei. Nun sei der zweite Aspekt zu betrachten, nämlich der Inhalt des Konkordats, und da der Text nazi-

stischen Charakter trage, sei der Alliierte Kontrollrat verpflichtet, ihn als ungültig zu bezeichnen. Er wüßte gern, mit welcher Absicht seine Kollegen an diesem Dokument festhalten wollten, das durch von Papen im Auftrag Hitlers unterzeichnet worden sei. Es handle sich schließlich um ein Dokument, das Nazi-Terminologie enthalte, vom Nazi-Reich spreche und das die Bestätigung der Bischöfe durch die Nazi-Institution des Reichstatthalters vorsehe. Außerdem enthalte es Bestimmungen hinsichtlich der Präsenz katholischer Pfarrer in den nunmehr verbotenen deutschen Streitkräften und hinsichtlich einer dem Wohle des Hitler-Reiches gewidmeten Sonntagsliturgie sowie eine ganze Reihe anderer Bestimmungen nazistischer Natur.

Der französische Delegierte erinnerte daran, daß das Konkordat nach dem Beschluß einer einmütigen Diskussion suspendiert worden sei und daß zu einem späteren Zeitpunkt wahrscheinlich Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl stattfänden, um zum Abschluß eines neuen Konkordatsvertrages zu gelangen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei das Problem der Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche in Deutschland und dem Heiligen Stuhl einerseits und den deutschen Regierungsstellen andererseits zu beachten. Dieses Problem müsse gelöst werden. Eine provisorische Lösung sei mit der Entschließung vom März gefunden worden, die nichts gegen die Anwendung der Bestimmungen des Konkordats in den vier Zonen und Berlin vorbringe. Überdies könne es nicht überraschen, daß man in dem Konkordat eine bestimmte Ausdrucksweise antreffe, die der sowjetische Delegierte als „nazistisch“ gekennzeichnet habe, und die sich auf Organisationen und Behörden beziehe, die nicht mehr existierten. Das Konkordat sei jedenfalls nach seinem Geist und nicht nach seinen Buchstaben anzuwenden. Was den Geist des Konkordats betreffe, sei es der französischen Delegation nicht gelungen, auch nur eine Spur von nazistischer Ideologie zu finden.

Der britische Delegierte stimmte seinem französischen Kollegen zu. Er halte den Text des Konkordats im ganzen weder für perfekt noch für die gegenwärtigen Verhältnisse angemessen; vielmehr müsse eines Tages tatsächlich ein revidiertes Konkordat zwischen dem Vatikan und Deutschland geschlossen werden, aber solange es keine deutsche Regierung gebe, gebe es kein Organ dafür. Er frage sich, warum die sowjetischen Behörden jetzt das Konkordat verurteilen wollten und – wenn sie an dem Dokument Anstoß nähmen – warum sie die Frage erst jetzt, nach einer Zeitspanne von zwei Jahren, aufwürfen. Die sowjetischen Behörden seien durchaus nicht verpflichtet, seine Bestimmungen in der sowjetischen Zone anzuwenden. Die Entschließung scheine ihm ein sehr vernünftiger Kompromiß zu sein, da sie die Angelegenheit dem Ermessen der Zonenbefehlshaber überlasse.

Der amerikanische Delegierte erklärte, es sei vollkommen normal, daß in einem 1933 entworfenen Dokument viele Institutionen erwähnt würden, die jetzt nicht mehr existierten; so gebe es beispielsweise keine Wehrmacht, keine deutschen Statthalter und selbst keine Reichsregierung mehr. Außerdem sei das Thema Religionsunterricht in den Länderverfassungen berücksichtigt worden, die von den Militärbehörden und den Deutschen gleichermaßen anerkannt würden. Er sehe deshalb keinen Grund zur Besorgnis, denn der Beschluß des Directorate vom März erkläre das Konkordat für zeitweise suspendiert. Die Ausführung seiner Bestimmungen unterliege ausschließlich dem Ermessen der Zonenbefehlshaber.

Der sowjetische Delegierte erklärte, er halte es für völlig falsch, es den Zonenbefehlshabern zu überlassen, ob die Bestimmungen dieses Nazi-Dokuments in ihrer jeweiligen

Zone angewendet werden sollten oder nicht. Die sowjetische Delegation sei der Ansicht, daß in ganz Deutschland eine gemeinsame Politik der Besatzungsmächte verfolgt werden müsse und daß das Dokument, das nazistischen Charakter trage, in ganz Deutschland aufzuheben sei. Er führte aus, daß der Text des Konkordats auch wegen der außerordentlich wichtigen Rolle für ungültig erklärt werden müsse, die das Dokument in eben dem Augenblick für die Konsolidierung des Hitler-Regimes gespielt habe, als Hitlers Position noch höchst ungesichert war. Man dürfe nicht vergessen, daß der Vertrag mit dem Vatikan der erste internationale Vertrag gewesen sei, den Hitler nach seiner Machtergreifung abgeschlossen habe. Jeder wisse, mit welcher Eile dieses Konkordat abgeschlossen worden sei und wie sehr Hitlers Stellung im Reich nach dessen Abschluß gefestigt worden sei, als nämlich die Katholische Kirche begonnen habe, ihn aktiv zu unterstützen. Aus diesen Gründen bestehe die sowjetische Delegation darauf, daß das Dokument als ungültig angesehen werde, und sie sehe nicht ein, warum die anderen Delegationen in ihren Zonen an diesem Nazidokument festhalten wollten.

Der britische Delegierte erhob Einspruch gegen den Gebrauch des Ausdrucks „darauf bestehen“, da, wie er erklärte, keiner der Delegierten darauf bestehen könne, daß sein Standpunkt in einer Viermächte-Diskussion übernommen werden müsse. Kein Mitglied des Political Directorate halte das Konkordat für ein ideales Dokument, aber da gegenwärtig keine Möglichkeit bestehe, ein neues Abkommen zu schließen, sei der frühere Beschluß des Political Directorate die vernünftigste Lösung, die möglich sei. Das solle nicht heißen, daß die Alliierten Behörden dieses Dokument gebilligt hätten. Es gebe verschiedene anfechtbare Artikel. Er nenne als Beispiel Artikel 14 (2) und Artikel 16. Diese seien jedoch ohnehin nicht anwendbar, weil die deutsche Nazi-Regierung und ihre Organisationen und Funktionäre nicht mehr existierten. Der gegenwärtige Stand stelle einen Kompromiß dar, wobei die umstrittenen Artikel keine Anwendung fänden und die vernünftigen nach dem Ermessen der Zonenbefehlshaber ausgeführt werden könnten.

Der amerikanische Delegierte erklärte, er wünsche gewiß nicht, daß seine Kollegen seine Worte so auslegten, als ob er ein Nazi-Dokument beibehalten oder die Erinnerung an von Papen wachhalten wolle. Zum Zeitpunkt des Konkordatsabschlusses wurden alle Abkommen von der Nazi-Regierung unterzeichnet, da sie die einzige Regierung in Deutschland war. Das heiße überhaupt nicht, daß der Vertragspartner die Nazi-Regierung unterstützt habe. Er glaube nicht, daß der Vatikan dieses Abkommen mit großer Bereitwilligkeit geschlossen habe. Die Entwicklung habe später gezeigt, daß Hitler ihm keinerlei Beachtung schenkte. Die Beschlagnahme kirchlichen Eigentums und die allgemeine Behandlung der Katholischen Kirche in Deutschland habe dies erwiesen.

Die französische Delegation vertrat die Auffassung, ein Text könne nicht schon deshalb als Ausdruck nazistischer Ideologie bezeichnet werden, weil er bestimmte Termini enthalte, die unter dem 1933 herrschenden Regime üblich gewesen seien. Ideologie sei eine Frage des Geistes, während Terminologie eine reine Formsache sei. Außerdem behaupte die sowjetische Delegation, Hitler habe das Konkordat zur Stärkung seines Einflusses in Deutschland und sogar als Instrument der Außenpolitik benützt. Tatsache sei, daß er es ausnutzte. Es verletzte es auch, um zu seinem Ziel zu gelangen, was beweise, daß er damit nicht zufrieden gewesen sei. Außerdem gehe es nicht mehr um die Frage der Anwendung der Konkordatsbestimmungen durch Hitler oder das Hitler-Regime, sondern um ihre Anwendung durch die deutschen Länderregierungen und die Besatzungsmächte, die die Länderregierungen kontrollieren.

Der sowjetische Delegierte erklärte, daß er das Wort „darauf bestehen“ im Hinblick auf dieses Dokument nicht zufällig verwandt habe. Es sei ein ganz treffendes Wort, wenn es darum gehe, ein Dokument nazistischer Natur für ungültig zu erklären. Selbst bei oberflächlicher Kenntnis des Textes sei zu erkennen, daß die Artikel 11, 12, 14, 16, 18, 19, 22, 23, 25, 27, 30, 31 etc. völlig inakzeptabel seien, da sie nazistischen Einfluß widerspiegeln. Aus diesem Grund und im Hinblick auf die Rolle, die das Konkordat seinerzeit bei der Konsolidierung des Nazi-Regimes gespielt habe, bestand der sowjetische Delegierte erneut darauf, daß es absolut notwendig sei, den Text des Konkordats in ganz Deutschland für ungültig zu erklären. Als Antwort an seinen französischen Kollegen zitierte der sowjetische Delegierte den Artikel 21 des Dokuments, der die Rolle bestätige, die das Konkordat bei der Konsolidierung des Hitler-Regimes gespielt habe. Dieser Artikel bestimme, daß der Religionsunterricht in Konfessionsschulen auf derselben Basis zu erteilen sei wie der Unterricht in anderen Fächern. Es sei wohlbekannt, daß der Unterricht in anderen Fächern in Hitler-Deutschland auf nazistischer Ideologie basierte und den Nazismus, Militarismus, Rassenhaß und andere Prinzipien förderte, die von allen demokratischen Ländern rundweg abgelehnt werden. Indem der Vatikan dem Artikel 21 zustimmte, sei er die Verpflichtung eingegangen, den Religionsunterricht mit den Prinzipien, die beim Unterricht anderer Fächer herrschten, gleichzuschalten, wie es in den Schulen Nazi-Deutschlands der Fall gewesen sei. Dies sei eines der Ziele gewesen, die Hitler mit dem Abschluß des Konkordats zu erreichen suchte. Außerdem wies der sowjetische Delegierte darauf hin, daß, wenn man andere Artikel genau untersuchen würde, ähnliche Schlüsse gezogen werden müßten.

Der französische Delegierte erklärte, daß er die Auffassung seines sowjetischen Kollegen über die Bedeutung des Artikels 21 nicht teile. Ihm erscheine diese Klausel als höchst vorteilhaft für den Heiligen Stuhl angesichts der offensichtlichen Zugeständnisse, die das Nazi-Regime in der Angelegenheit gemacht habe. Die Erklärung, daß den Kindern staatsbürgerlicher und patriotischer Unterricht entsprechend den Grundsätzen und der Moral der christlichen Kirche erteilt werden solle, impliziere den Ausschluß nazistischer Ideologie.

Der sowjetische Delegierte erklärte, daß er dem hätte zustimmen können, wenn nicht die Worte „wie es im übrigen Unterricht geschieht“ in dem Artikel enthalten wären. Indem sie sich an diese Worte hielten, seien die nazistischen Behörden durchaus in der Lage gewesen, den Religionsunterricht dem Unterricht in nichtkonfessionellen Fächern gleichzuschalten.

Der britische Delegierte protestierte gegen die vorsätzliche Mißinterpretation des Artikels 21 durch seinen sowjetischen Kollegen. Die Bestimmungen des Artikels seien ihm völlig klar und könnten seinem sowjetischen Kollegen kaum weniger klar sein. Der Sinn dieser Klausel sei nicht, daß Religionsunterricht nach denselben Richtlinien erteilt werde wie der Unterricht in nichtreligiösen Fächern, sondern habe genau die gegenteilige Bedeutung, nämlich, daß nichtreligiöser Unterricht in den Schulen nach den gleichen Grundsätzen erteilt werden solle wie der eigentliche Religionsunterricht. Das sei ganz vernünftig und zeige keine Spur nazistischer Ideologie.

Der sowjetische Delegierte erklärte, der Text des Artikels 21 zeige ganz deutlich, daß der Unterricht in katholischer Religionslehre in den Schulen nach der Bestimmung „wie es im übrigen Unterricht geschieht“ erteilt werden sollte, und nicht das Gegenteil, wie der britische Delegierte zu beweisen versucht habe.

Nach weiterer Diskussion und angesichts der Unmöglichkeit, zu einer Übereinkunft zu gelangen, faßte das Directorate den Beschluß, das Directorate of Internal Affairs and Communications über die Standpunkte der einzelnen Delegationen zu informieren, wenn man sich überzeugt habe, daß deren Auffassungen im Protokoll korrekt wiedergegeben seien.

Dokument 77⁷⁷

Instruktion für den amerikanischen Delegierten im Coordinating Committee vom 17. März 1948

Gültigkeit des Konkordats von 1933

I. Darlegung des Problems

Das Coordinating Committee hat sich mit folgenden auseinandergelenden Standpunkten zu befassen, nämlich, ob das Konkordat von 1933 zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl als suspendiert betrachtet werden soll (der britische, französische und amerikanische Standpunkte) oder ob das Konkordat so stark mit Nazi-Ideologie behaftet ist, daß es aufgehoben werden muß (sowjetischer Standpunkt).

II. Analyse

1. Im Jahre 1933 schlossen die deutsche Regierung und der Heilige Stuhl einen Vertrag (Konkordat) ab mit der Absicht, die Garantien für die Religionsfreiheit und für die Ausübung des katholischen Glaubens in Deutschland genauer zu umreißen. Vor diesem Vertrag waren bereits Konkordate zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossen worden. Das Konkordat von 1933 legt die Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und den offiziellen Vertretern der katholischen Kirche in Deutschland ziemlich detailliert fest. Typisch für viele dieser Bestimmungen sind folgende:

- a) Es soll volle Freiheit der Kommunikation zwischen dem Heiligen Stuhl und den Bischöfen, der Pfarrerschaft und anderen Mitgliedern der Katholischen Kirche in Deutschland bestehen.
- b) Kein Gebäude, das der öffentlichen Religionsausübung dient, darf ohne kirchliche Zustimmung zerstört werden.
- c) Das Gehalt der Pfarrer soll in gleicher Weise gegen Zwangsvollstreckung geschützt werden wie die Amtseinkommen der Reichsbeamten.
- d) Kleriker und Ordensleute dürfen nicht zu öffentlichen Ämtern und Pflichten herangezogen werden, die nicht mit dem Charakter des geistlichen Standes vereinbar sind.
- e) Katholischer Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen soll als reguläres Unterrichtsfach im Rahmen des Lehrplans anerkannt werden.
- f) Der Fortbestand bestehender katholischer Konfessionsschulen und das Recht zur Errichtung neuer sind garantiert.
- g) Angehörigen einer nicht-deutschen Minderheit wird die gleiche Behandlung und die Respektierung ihrer Muttersprache im Gottesdienst und im Religionsunterricht garantiert.

⁷⁷ NA, RG 260, 2/99-1/18. Brief on CORC/P (48) 32. Vermerk: Vertraulich.

2. Die im zur Diskussion stehenden Dokument niedergelegten Standpunkte, wie sie vom Directorate of Internal Affairs and Communications ausgedrückt wurden, sind im wesentlichen die gleichen wie die des Political Directorate. Die unterschiedlichen Positionen in ihren Grundzügen:

a) Die französische, britische und amerikanische Position

Das Konkordat von 1933 soll als „suspendiert“ betrachtet werden, aber es besteht kein Einwand, daß seine Bestimmungen in den verschiedenen Zonen und in Berlin angewandt werden. Obwohl gewisse Punkte des Konkordats obsolet sind und in einigen Fällen unerwünscht – wie zum Beispiel die Bezugnahme auf das Reich, die Wehrmacht etc. –, sind solche Bezugnahmen keine Anhaltspunkte für Nazi-Ideologie. Sie sind lediglich Spiegelungen der Tatsache, daß die Nazi-Regierung die einzige Macht in Deutschland war, mit der der Vatikan einen Vertrag abschließen konnte. Deshalb soll es, bis die Voraussetzungen für den Abschluß eines neuen Abkommens mit dem Heiligen Stuhl gegeben sind, erlaubt sein, die geeigneten Bestimmungen des alten Konkordats anzuwenden.

b) Die sowjetische Position

Zahlreiche Artikel in dem Konkordat sind eindeutig Ausdruck der Nazi-Ideologie und das Konkordat selbst wurde für die Deutsche Regierung von dem „Kriegsverbrecher von Papen“ unterzeichnet. Der historische Kontext dieses Vertrages – „Hitlers allererster internationaler Vertrag“ – macht seine Anwendung und Anerkennung im Nach-Hitler-Deutschland in jeder Form unerwünscht. Obwohl das Political Directorate übereingekommen ist, daß das Konkordat als zeitweilig suspendiert zu betrachten sei, ist dies nur ein vorläufiger Schritt, und der Kontrollrat sollte nun veranlassen, das Konkordat als Ganzes außer Kraft zu setzen.

3. Da es keine zentrale deutsche Regierung gibt, können viele Bestimmungen des Vertrages nicht voll angewandt werden. Typisch für diese sind:

- a) Der den Bischöfen abverlangte Treueeid auf das Deutsche Reich und seine Regierung.
- b) Die verschiedenen Verweise auf die analogen Positionen von katholischen Würdenträgern und Reichsbeamten.
- c) Die Bestimmung hinsichtlich eines Päpstlichen Nuntius' in Berlin und eines deutschen Botschafters am Heiligen Stuhl.

Abgesehen von solchen Bestimmungen, die mit der gegenwärtigen Situation offensichtlich unvereinbar sind, ist es die primäre Aufgabe des Dokuments, der Katholischen Kirche die üblichen Vorrechte zu sichern, die sie in anderen Ländern überall auf der Welt genießt. Obwohl ein neuer Vertrag wünschenswert wäre, wird nicht erwogen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendetwas unternommen werden sollte, um das Konkordat von 1933 formell außer Kraft zu setzen. Es ist zu beachten, daß die formelle Aufhebung oder gar die Charakterisierung des Konkordats als Nazi-Dokument seine künftige Wiedereinsetzung negativ vorbelasten würde.

4. Die Frage nach der Gültigkeit des Konkordats entstand aus einer Diskussion über den Status der Finanzklausel im Konkordat von 1929 mit Preußen. Die Angelegenheit wurde dem Political Directorate vorgetragen, wo man am 27. März 1947 übereinkam, daß angesichts der Kontrollratsentscheidung über die Auflösung des Staates Preußen das Konkordat von 1929 zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl ungültig ist, daß aber

das Konkordat von 1933 als „suspendiert“ betrachtet werden solle. Zugleich kam man überein, daß kein Einwand gegen die Anwendung seiner Bestimmungen in den verschiedenen Zonen und Berlin bestehe.

5. Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der UdSSR sind in der Vergangenheit nicht gänzlich befriedigend gewesen; die Sowjetunion hat kein formelles Abkommen mit dem Vatikan, das die Stellung der katholischen Kirche in Sowjet-Rußland betrifft. Abgesehen von den rein sowjetisch-vatikanischen Beziehungen, ist die sowjetische Militäradministration vermutlich daran interessiert zu verhindern, daß die Katholische Kirche in der Sowjetischen Zone und im restlichen Deutschland eine so starke Position erlangt, daß sie zum Sammelpunkt der Opposition gegen kommunistische Ideen und Aktivitäten werden könnte. Darüber hinaus enthält das Konkordat mehrere Bestimmungen, die mit der sowjetischen Position zu bestimmten innenpolitischen Angelegenheiten in Deutschland kollidieren, so zum Beispiel die Garantie von Konfessionsschulen. Es gilt als unwahrscheinlich, daß der sowjetische Delegierte im Coordinating Committee seine Position ändern oder modifizieren wird; ebenso ist kaum anzunehmen, daß der französische oder der britische Delegierte ihre Unterstützung der westlichen Grundposition modifizieren werden.

III. Empfehlung

Daß der amerikanische Delegierte im Coordinating Committee

- a) erklärt, daß er das Konkordat sorgfältig gelesen hat unter besonderer Beachtung jener Artikel, gegen die sein sowjetischer Kollege Einspruch erhebt, und daß er nicht der Ansicht ist, daß sie von spezifisch nazistischem Charakter sind.
- b) aufzeigt, daß die Bezugnahmen auf die Reichsregierung, die 1933 an der Macht war, unvermeidlich waren.
- c) erklärt, daß er die von den vier Partnern einstimmig getroffene EntschlieÙung des Political Directorate unterstützt, nämlich daß das Konkordat als zeitweise suspendiert angesehen werden solle, mit der Übereinkunft, daß es keinen Einwand gegen seine Anwendung in den verschiedenen Zonen und Berlin gebe.
- d) erklärt, daß er zu keinerlei Schritten bereit ist, die als Aufhebung der traditionellen Garantie der Religionsfreiheit gedeutet oder in ihrer Wirkung dahin führen könnten. Falls keine Übereinkunft erreicht wird,
- e) er vorschlägt, daß die Angelegenheit von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Notiz

DAS LAND BADEN UNTER FRANZÖSISCHER BESATZUNG 1945–1952

Ein neues Forschungsprojekt

Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts der Stiftung Volkswagenwerk „Deutschland nach 1945“ hat im April 1987 am Historischen Seminar der Universität Freiburg i. Br. das Projekt „Das Land Baden unter französischer Besatzung 1945–1952: Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Spannungsfeld von Besatzungsmacht, gesellschaftlichen Organisationen und Bevölkerung“ begonnen. Unter Leitung der Professoren H. A. Winkler und H. Haumann arbeiten die Doktoranden Peter Fäßler, Reinhard Grohnert und Edgar Wolfrum an diesem auf drei Jahre angesetzten Forschungsvorhaben.

Im Vergleich zur amerikanischen, britischen und sowjetischen Besatzungszone fand der französisch besetzte Teil Deutschlands in der Forschung bislang vergleichsweise wenig Beachtung. Ausschlaggebend dafür waren in erster Linie Schwierigkeiten des Materialzugangs, die wirtschaftliche und politische Isolation der französischen Besatzungszone und schließlich die langfristige Wirkungslosigkeit der französischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik. Dies führte zu der These, daß das französische Besatzungsgebiet wissenschaftlich als „quantité négligeable“ zu behandeln sei. Erst neuere Forschungen nehmen dieses Verdikt zurück und eröffnen den Blick auf die mannigfachen Sonderentwicklungen und innovativen Ansätze in der französischen Zone. Eigene Vorarbeiten zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie zur Entnazifizierung in Baden weisen in die gleiche Richtung. Das Forschungsprojekt knüpft daran an.

Am Beispiel des Landes Baden sollen einerseits Konzeptionen und Konkretisierungen französischer Besatzungspolitik, andererseits politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen auf deutscher Seite untersucht, in ihren Wechselwirkungen dargestellt und bewertet werden. Die Begrenzung auf das Land Baden erscheint hierbei aus mehreren Überlegungen heraus sinnvoll: Die Struktur der Besatzungsverwaltung begünstigte unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern. So wurde zum einen in Baden, wie Zeitzeugen bestätigen, französische Besatzungspolitik besonders exemplarisch umgesetzt, zum anderen weist dieses kleine Land im Südwesten Deutschlands in den Jahren nach Kriegsende bemerkenswerte Alternativenansätze im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben auf. Auch wenn viele solcher Neuansätze nach dem Anschluß der französischen Zone an die Bizone nicht zum Durchbruch kamen und „vergeblich“ waren, ist ihre Erforschung bedeutsam

bei der Frage nach Alternativen zu den grundsätzlichen Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland. Die Befunde für Baden sollen mit den Forschungsergebnissen in den übrigen Ländern der französischen Zone und den beiden anderen Westzonen verglichen werden.

Wir gehen davon aus, daß sich die Nachkriegsordnung Deutschlands in einem Wechselspiel von Besatzern und „Besetzten“ entwickelte, bei dem die Besatzungsmacht zweifellos das gewichtigste und in letzter Instanz entscheidende Wort zu sprechen hatte. Dabei wird allerdings die These von der Omnipotenz der Besatzungsmacht in der Umbruchs- und Gründerphase der deutschen Nachkriegsgeschichte wichtige Differenzierungen erfahren. Denn die Eigeninteressen der Alliierten – die bei den Franzosen besonders ausgeprägt waren – verlangten nach praktikablen Formen der Kooperation und Beteiligung der Besiegten, wie unterschiedlich, je nach Interessenlage und politischen Grundüberzeugungen, eine solche Kooperation in den einzelnen Zonen und Ländern auch immer aussehen mochte. Mithin wird nach Intensität und Ausmaß der Interaktion von Besatzern und „Besetzten“ zu fragen sein. Tatsächlich ist die verdeckte oder offene Zusammenarbeit und die allmähliche Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen für die Deutschen eines der interessantesten Phänomene der ersten Jahre nach 1945; für die französische Zone sind sie noch kaum erforscht.

Sowohl auf deutscher Seite wie auch bei der Besatzungsmacht lassen sich unterschiedliche Interessengruppen bestimmen, deren Zusammen- und Gegeneinanderwirken einzelne Ereignisse und längerfristige Entwicklungen in der französischen Besatzungszone erst verständlich machen. Diese Konstellationen sollen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit, orientiert an den wichtigsten Etappen in Baden – von der Bildung der Antifa, der Entstehung und programmatischen Ausrichtung der Parteien, über die Verfassungsdiskussion, die Auseinandersetzung um Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Südweststaatsfrage – untersucht werden. Diese Analyse der Nachkriegssituation im Land Baden läßt Rückschlüsse auf die französische Besatzungspolitik allgemein und einen Beitrag zur Kontinuität-Diskontinuität-Debatte erwarten.

Die wichtigste Grundlage für das Forschungsprojekt sind die Bestände der „Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche“ in Colmar, die bisher kaum systematisch ausgewertet wurden. Daneben greifen wir auf das Quellenmaterial der in Frage kommenden Staats-, Partei- und Kirchenarchive zurück. Besonderes Augenmerk gilt ausgewählten Kommunalarchiven, da die Reorganisation des öffentlichen Lebens ihren Anfang „vor Ort“ nahm; hinzu kommen Interviews mit deutschen und französischen Zeitzeugen.

Wissenschaftliche Kontakte zu Personen und Institutionen, die mit Nachkriegsgeschichte befaßt sind, bestehen bereits. Über Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit interessierten Kollegen würden wir uns freuen.

Peter Fäßler
Reinhard Grohnert
Edgar Wolfrum

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Elke Fröhlich, Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46b, 8000 München 19), veröffentlichte u. a. „Die Kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums“ (in: VfZ 22, 1974), „Die Anweisungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda bezüglich des Kulturproblems in okkupierten Gebieten“ (in: *Inter arma non silent Musae*, Warschau 1977), „Politische und soziale Macht auf dem Lande“ (mit Martin Broszat in: VfZ 25, 1977), „Die Partei auf lokaler Ebene. Zwischen gesellschaftlicher Assimilation und Veränderungsdynamik“ (in: *Der ‚Führerstaat‘*, Stuttgart 1981), „Bayern in der NS-Zeit“ (Mitarbeiterin und Mitherausgeberin, München 1977–1983), „Alltag und Widerstand, Bayern im Nationalsozialismus“ (mit Martin Broszat, München 1987), „Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941“ (Hrsg., München 1987); zur Zeit mit der Herausgabe des zweiten Teiles (1941–1945) der Goebbels-Tagebücher befaßt.

Bernd Klemm, Doktorand am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen (Marienstr. 13, 3400 Göttingen), veröffentlichte u. a. „Die Arbeiter-Partei (Sozialistische Einheitspartei) Hessen 1945–1954 (Hannover 1980), „... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht. Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923–1930“ (Frankfurt/New York 1982), „Paul Frölich (1884–1953). Politische Orientierung und theoretische Reflexionen von Linkssozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg“ (in: *IWK* 1983, Heft 2), Mitarbeiter an: *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949*. Hrsg. von Helga Grebing, Stuttgart 1983.

Dr. Ludger Kühnhardt, Privatdozent für Politische Wissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn und Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes (Wernher v. Braun Str. 10, 5300 Bonn 1), veröffentlichte u. a. „Die deutschen Parteien und die Entwicklungspolitik“ (Hannover 1980), „Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik“ (Wien 1984),

„Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs“ (München 1987).

Dr. Heinrich Küppers, Privatdozent (Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte) am Historischen Seminar der Gesamthochschule – Bergische Universität – Wuppertal (Gaußstr. 20, 5600 Wuppertal 1), veröffentlichte neben einer Reihe von Aufsätzen zur Sozial-, Bildungs- und Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts „Der Katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitler-Diktatur“ (Mainz 1975), „Bildungspolitik im Saarland 1945–1955“ (Saarbrücken 1984); derzeit beschäftigt mit einer Arbeit über die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz von 1946 bis 1955.

Dr. Axel Schildt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 6, IX, 2000 Hamburg 13), veröffentlichte u. a. „Militärdiktatur mit Massenbasis: Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik“ (Frankfurt/New York 1981), „Die Illusion der Konservativen“ (in: I. Schmäddeke/P. Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, 1985), „Deutschlands Platz in einem ‚christlichen Abendland‘. Konservative Publizisten aus dem Tatkreis in Kriegs- und Nachkriegszeit“ (in: T. Koebner u. a. (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler*, 1987), „Wolkenkratzer‘ am Grindelberg. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage. Hamburg 1945–1956“ (Hamburg 1987); seit April 1987: Bearbeiter des von Prof. Dr. A. Sywotek geleiteten VW-Projekts „Modernität‘ und ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er Jahre“.

Dr. Günter J. Trittel, Lehrer am Max-Planck-Gymnasium und Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen (3400 Göttingen, Nikolausberger Weg 9c), veröffentlichte u. a. „Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949“ (Stuttgart 1975), „Von der ‚Verwaltung des Mangels‘ zur ‚Verhinderung der Neuordnung‘“ (in: C. Scharf/H.-J. Schröder, *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949*, 1979), „Das Scheitern der Bodenre-

form im „Schatten des Hungers“ (in: J. Foschepoth/R. Steininger, *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, 1985), „Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949“ (in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 22/1986), „Hans Schlange-Schöningen. Ein vergesener Politiker der ‚ersten Stunde‘“ (in: *VfZ*, 35, 1987); derzeitiger Forschungsschwerpunkt: soziale Protestbewegungen im deutschen Vormärz.

Dr. Clemens Vollnhals (Eintrachtstr. 11, 8000 München 90), veröffentlichte u. a. „Oswald Spengler und der Nationalsozialismus. Das Dilemma eines konservativen Revolutionärs“ (in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, 13, 1984), „Der bündische Widerstandskreis um

Karl Otto Paetel. Nationalrevolutionäre Ideologie und Politik aus dem Exil“ (in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, 15, 1986), „Die Evangelische Kirche zwischen Tradition und Neuorientierung“ (in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller, *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1987); derzeit arbeitet er an einer Edition zur Situation der evangelischen Kirche 1945/46 aus der Sicht ausländischer Beobachter, seine Dissertation „Evangelische Kirche und Entnazifizierung. Politische Säuberung und kirchliche Selbstreinigung am Beispiel der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949“ erscheint voraussichtlich Ende nächsten Jahres.